



158

24038 . e . 30









Der  
Rheinische Bund

Eine

Zeitschrift

historisch, politisch, statistisch, geographischen

Inhalts

~~~~~  
Herausgegeben

in

Gesellschaft sachkundiger Männer.

von

P. A. Winkopp.

Hofkammerrath.

Ein und zwanzigster Band.

61 — 63 Heft.

---

Gedruckt in Offenbach bei W. E. Kopp.

1812.

Imperium iis artibus retinetur, quibus initio partum est

Sallustius in praef. belli Cat.

oder

Jede Verfassung, welche eine Erneuerung ihrer Kräfte nöthig  
hat, findet sie am besten in der Natur ihres Grundgesetzes.

Darstellung des Fürstenbundes, S. 122.



# Der Rheinische Bund.

Ein und Sechzigstes Heft.

---

## I.

Grundsätze der Finanzeinrichtung des Großherzogthums Frankfurt.

---

Carl von Gottes Gnaden Fürst-Primas des Rheinischen Bundes, Großherzog von Frankfurt, Erzbischof von Regensburg u. u.

Durch besondre Verhältnisse finden Wir Uns bewogen, dasjenige selbst darzustellen, was Wir in Verwaltung der Finanzen des Großherzogthums Frankfurt im Jahre 1811 bemerkten, welche Vortheile, welche Mängel sich darin zeigten, welche Mittel theils ergriffen, theils vorbereitet worden, um erstern einen höhern Grad von Vollkommenheit zu verschaffen, letztern auf eine zweckmäßige Weise verfassungsmäßig abzuhelpfen.

Diese Darstellung ist eigentlich das Geschäft eines Finanzministers. Da jedoch Unser im Jahr 1810 ernannte Finanzminister Graf Leopold von Beust den Rhein. Bund. XXI. 1.

Wunsch geäußert hatte, bei Ihrer Majestät, dem Könige von Sachsen, dem erhabenen Monarchen seines Vaterlands, als Unser bevollmächtigter Minister angestellt zu werden: so haben Wir ihm hierin um so mehr willfahrt, da der Graf von Beust Unserm Staate vieljährige wichtige Dienste geleistet hat.

In dieser Lage haben Wir die Verwaltung des Finanzministeriums auf Ein Jahr selbst übernommen, theils um Uns in der wichtigen Auswahl eines neuen Finanzministers nicht zu übereilen, theils auch um genaue Kenntnisse der Departemente Fuld und Hanau zu bekommen, und die Grundsätze der in dem Organisationspatente festgesetzten Verfassung zur Ausführung zu befördern.

In diesem einseitigen Verwaltungsgeschäfte hat Uns der Finanzreferendar und wirkliche Staatsrath Steiz mit der ihm eignen Rechtschaffenheit, Biedersinn, Fleiß, Einsicht, Erfahrung und Vaterlandsliebe treuliche Hülfe geleistet.

#### §. I.

Der höchste Reichtum eines jeden Staats besteht in Tugenden, Einsichten und Fleiß seiner Einwohner. Reich ist hierin verhältnißmäßig das Großherzogthum Frankfurt. Männliche Gesinnungen, ernstliche Eitelkeit, einsichtsvoller Handlungsgeist und rege Thätigkeit zeichnen den Bürger der Hauptstadt Frankfurt aus. Der Aschaffener erfüllt eifrig seine Pflichten, ist empfänglich für jeden guten Unterricht, und verbessert seinen Boden durch Obstkultur und Feldbau. Der Hanauer vereinigt heffischen Biedersinn mit heitler Gemüthsart, ist erfinderisch und geschickt in Künsten, Fabrik- und Manufakturarbeiten, fleißig und unverdrossen in seinem Bestreben. Der fromme Fulder,

offen in seiner deutschen Redlichkeit bebaut fleißig seinen Boden, spinnt und verwebt seinen Flach und seine Wolle, sucht oft auswärts in Erndte- und Bestellzeiten durch seinen Fleiß Verdienst zum Unterhalte seiner Familie zu erwerben. In den vier Departementen sind die Tugenden um so verlässiger, weil sie gegründet sind auf Religionsbegriffe, Gottesverehrung und Menschenliebe. Beweisen von Herzensgüte begegnet man häufig. Wir selbst zählen unter die glücklichsten Ereignisse Unsers Lebens die vielen rührenden Merkmale treuer Anhänglichkeit, die Wir öfters in jedem Departemente eingeerntet haben, als unschätzbare Belohnung Unsers guten Willens, dessen Wünsche doch nicht immer in Erfüllung gehen konnten. Unterdeß muß jeder Staat im Ganzen, so wie der Mensch im Einzelnen, unermüdet nach innerer Vervollkommenung und eigner Selbsterhaltung streben. Auf diesem Wege bleiben noch immer höhere Stufen zu ersteigen übrig.

In dem Großherzogthume Frankfurt bestehen folgende sichtbare Mängel:

1) Abgang an hinlänglichem Gehalte so mancher würdigen Seelsorger und geistlicher Stellen aller verschiedenen Konfessionen.

2) Mangel an gegenwärtigen Mitteln zur Verbesserung der Landschulen, zu Vervollkommenung der Lyzäen in Städten und zu Besoldung rühmlich ausgezeichneten Gelehrten, welche zu bestimmen sind, jene wissenschaftlichen Lehrämter zu verwalten, die bisher auf der großherzoglichen Universität Aschaffenburg noch nicht besetzt worden.

3) Wird mancher talentvolle Künstler und Arbeiter in seinem Fleiße gehemmt, in seinen Unternehmungen zurückgedrängt durch den noch bestehenden Zunftzwang.

4) Die Grundsteuer, diese wesentliche Stütze der Selbsterhaltung des Staats, ursprünglich für den Militärunterhalt bestimmt, ist in dem Großherzogthume Frankfurt nach dem verfassungsmäßig festgesetzten Grundsätze der Gleichheit in Vertheilung der Lasten noch nicht eingeführt.

Da Tugend, Einsicht, Fleiß und selbstständige Sicherheit der Einwohner als höchste Güter des Staatsvermögens zu betrachten sind: so wird erhabene Pflicht der Finanzverwaltung darin bestehen, diese Gegenstände vorzüglich zu befördern.

Wenn die Maßregeln der Finanzverwaltung nach ihrer wesentlichen Bestimmung dauerhaft und wohlthätig seyn sollen: so müssen sie nach Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Billigkeit und mit rathsamer Klugheit angewendet werden.

Die Gerechtigkeit gebiethet, daß wahres Eigenthum höherer Stände geehrt und in keinem Falle verletzt werde.

Gerechtigkeit und Billigkeit erfordern, daß die Finanzverwaltung sich des gemeinen Mannes nachdrucksam annehme in solchen Verhältnissen, in welchen er durch langsam eingeschlichene Mißbräuche gedrückt wird.

Die Klugheit rath der Finanzverwaltung an, die bestehenden Formen und Benennungen der Einnahmsgegenstände, soviel möglich, beizubehalten.

Wenn man nach diesen Grundsätzen die Fragen beantwortet, wie es möglich sey, die bemerkten vierfachen Mängel zu ersetzen und zu vermeiden: so wird sich



1) ohne Zweifel in der Folge zeigen, daß der sechste Theil des Ertrags der indirekten Abgaben hinreichen wird, die Würde der öffentlichen Gottesverehrung der verschiedenen Glaubensgenossen, auch angemessene Gehalte geistlicher Stellen und Seelsorger zu Stande zu bringen. Freilich setzt dieses voraus allgemeine Gleichstellung der indirekten Abgaben und verfassungsmäßiges Aufheben aller Privilegien nach dem Sinne des Organisationspatents im 12§., und daß nach dem altdeutschen Rechte und Herkommen verfahren werde, gemäß welchem der achte Theil des Werths von accisbaren Waaren erhoben wurde.

Da die Grundsteuerfreiheit nach richtigen Grundsätzen allgemein aufgehoben ist: so rathen Dankbarkeit und Billigkeit an, auf andre Weise für anständigen Unterhalt der Seelsorger und Religionslehrer bedacht zu seyn, welche die Liebe Gottes und der Menschen verbreiten, und den Allmächtigen als ewigen Belohnung sittlicher Tugenden darstellen.

Die übrigen fünf Sechstel des Accisbetrags nach zehnjährigem Durchschnitte werden ergiebige Quellen seyn, um so manche wahren Bedürfnisse des Staats zu decken, worunter vorzüglich auch Polizei- und gute Armenanstalten mit gehören. Besorgnisse wegen bedenklicher Erhöhung des Brodpreises haben bei gemäßigter Accise keinen erheblichen Grund. Von Zeit zu Zeit steigt und fällt der Fruchtpreis mehrere Jahre hindurch auf doppelten Werth, demnach als der Getraidehandel einen stärkern oder schwächern Zug hat, oder die Erndte mehr oder weniger reichlich ist; und dennoch entstehen selten üble Folgen davon. Der Landmann verschafft sich sein Bedürfnis durch eignen Feldbau. In Städten steigt der Tagelohn allmählig,

und bald steht alles wieder gewissermaßen im Gleichgewichte. Erhöhung des Brodpreises um ein Zwölftel als erstes Bedürfniß oder auch um ein Achtel wandelt sehr oft und ist beinahe als unmerklich zu betrachten. Keinen wahren Grund hat die Einwendung, daß ein Achtel der Accise in ältern Zeiten möglich war, weil damals keine Grundsteuer entrichtet wurde. Allein in jenen Zeiten bestand der Heerbann; alle Militär- und Landdienste wegen öffentlicher Sicherheit mußten unentgeltlich geleistet werden, welches nebst ungemessenen Frohnden, Leibeigenschaft, Besthaupt, Azungskosten, Beeten u. s. w. weit lästiger, als beständige Heere durch Besoldung aus Grundsteuer war; diese Einrichtung wurde damals gewünschte Wohlthat erkannt. Lange Zeit hernach erst entstanden durch Mißbrauch übermäßig große Armeen, welche zu drückenden Bürden ausarteten.

In manchen Ländern stiegen noch in neuern Zeiten die Acciseabgaben zum fünften, vierten, dritten Theile des Konsumwerthes, welches freilich lästig seyn mag. Aber das altherkömmliche Achtel ist gewiß nicht übermäßig.

Allgemeine Finanzersparungen beweisen, daß indirekte Steuern die gelindesten Abgaben sind, wenn sie nicht mißbraucht werden. Wahrhaft drückend sind dagegen die willkürlichen Vermehrungen der sogenannten Grundsteuerimpeln. Sie beschweren den Aderbau, den wichtigsten Gegenstand aller Gewerbe; und der wohlhabende Kapitalist, der reichlich Besoldete, der hinlänglich Pensionirte gehen dabei frei durch, welches unbillig ist.

Die Verschiedenheit der Accisetarife für große Städte, für kleine Städte und für Dörfer ist der Grund-

verfassung des Organisationspatent entgegen, welches durchaus Gleichheit der Abgaben verordnet. Bei Gleichheit eines gemäßigten Accistarifes stellt sich das richtige Verhältniß dadurch immer wieder her, daß der Reichere mehr verzehrt, als der Mittelmann und der Arme, welches auch billig ist. Ehemalige Privilegien höherer Stände sind wohl hier und da der Accise und allen Abgaben entgegen, sobald sie mit dem gemeinen Manne an unentbehrlichsten gemeinen Lasten Antheil zu nehmen haben. Allein edelgesinnte Männer aller höhern Stände sind von dieser Unbilligkeit weit entfernt.

2) Entwicklung und Ausbildung der Vernunft, der Geistesgaben und Künste haben zum Endzwecke, die Verbreitung und Anwendung nützlicher Kenntnisse, nach verhältnismäßigen Bedürfnissen verschiedener Stände. Sie sind Werk der Erziehung, und Früchte wohl eingerichteter Lehranstalten.

Hierin fehlt noch Vieles in dem Großherzogthume Frankfurt.

In den untern Schulen wird der erste Grund der Ausbildung für die größere Zahl künftiger Geistlichen, Geschäftsleute, Gelehrten, Künstler, Bürger und Landleute gelegt. Der Saamen, der in die zarte Gemüther der Jugend eingestreut wird, hat nützlichen Einfluß auf das ganze Leben.

Manche Lehrer der untern Schulen auf dem Lande und auch in Städten des Großherzogthums müssen sich kümmerlich durchbringen.

Die Gymnasien in den Städten, so wichtig für die Bildung höherer Stände, sind nicht allenthalben hinlänglich ausgestattet und gestiftet. Selbst in der

Hauptstadt Frankfurt ist hierin noch mancher Wunsch einsichtsvoller patriotisch gesinnter Männer unerfüllt.

Die Universität, diese für den Staat so wichtige Lehranstalt, in welcher künftige Seelsorger, Richter, Geschäftsmänner und Volkslehrer gebildet werden, ist noch sehr unvollkommen. Unser höchstseliger Herr Vorfahrer in dem nun erloschenen Kurstaate Mainz, dessen Bestandtheile Unser jetziges Departement Aschaffenburg mit ausmachte, hatte die mainzer Universität reichlich gestiftet.

Die Folgen der Kriegereignisse vernichteten diese Stiftung. Wir haben in Aschaffenburg die Stiftung einer neuen Universität zu Stande gebracht. Unter dessen haben rechtschaffene würdige Pensionisten lebenslänglichen gesetzmäßigen Genuß von neun Zehnteln des reinen Ertrags, der denselben auf lange Jahre gewissenhaft und von Herzen zu gönnen ist. Viele für eine hohe Schule wesentliche Lehrämter konnten bisher nicht besetzt werden.

Gute Lehranstalten gehören unter die wesentlichen dringendsten Bedürfnisse des Staats. Die gute Finanzverwaltung ist verpflichtet, hierin nicht nur für künftige Verbesserung zu sorgen; die jetztlebende Bewohner des Staats, und ihre Kinder, diese hoffnungsvolle zärtlich geliebte Geschenke des Himmels, haben den nächsten gerechtesten Anspruch darauf.

In mehreren Departementen wurde schon vorhin der Stempelertrag zu den Lehranstalten mit verwendet; und Wir wollen und beschließen, daß vom 1ten Jänner des nächst eintretenden 1812ten Jahrs an der sämtliche Stempelertrag des Großherzogthums der Verbesserung der Lehranstalten gewidmet werde, und zwar auf folgende Weise:

a) Der dritte Theil des gesammten Stempelertrags gehört der Universität Aschaffenburg.

b) In jedem Departemente gehören zwei Drittel der darin eingehenden Stempelgelder zu Verbesserung ihrer Lyzden, Gymnasien und Landschulen.

c) Verhältnißmäßig sind diese und sämtliche in dieser Urkunde enthaltenen Grundsätze auf Unsr gute Stadt Wezlar anwendbar, deren wahres Wohl Uns gleichfalls am Herzen liegt.

d) Sämmtliche Lehranstalten gehören unter Unsr Oberaufsicht. Wir werden Uns hierüber mit Unserm würdigen Minister des Innern, Freiherrn von Albini, und Unserm unermüdet fleißigen Kurator, Staatsrathe Pauli, berathen.

e) Für jedes Departement werden Wir eine besondere Kommission ernennen, welche unter Vorstand des Präfectes verfassungsmäßig die Gegenstände der öffentlichen Lehranstalt besorgen wird.

3) Die Lähmung des Fleißes in nützlicher Anwendung erworbener Geschicklichkeit und Kunstfertigkeit besteht in dem Zunftzwange.

Die Zünfte in ihrer Entstehung waren nützlich. Die Mitglieder einer nämlichen Zunft unterstützten einander wechselweise, strebten samt und sonders nach größerer Vollkommenheit in ihrem Gewerbe; aber so, wie in vielen menschlichen Einrichtungen, schlichen sich hierin die Mißbräuche nach und nach ein.

Geschicktere Meister waren sicher für ihre gute Nahrung. Aber minder geschickte wollten sich sicher stellen durch Zwangsgebote, einschränkende Zunftartikel, Verminderung der Meisterzahl, beschränkte Gesellenzahl, Vorzüge für Meistersöhne u. s. w.

In der ehemaligen deutschen Reichsverfassung

sung eiferten die Geseze gegen solche Mißbräuche; aber sie waren zu tief eingewurzelt. In Oestreich, in Frankreich und in manchen andern Staaten belohnte man den Fleiß der Gewerbe durch Aufhebung der Innungen. In der Verfassung des Großherzogthums Frankfurt sind § 12 des Organisationspatents die besondere Korperationen aufgehoben.

Eine gute Finanzverwaltung kann den Ertrag der jährlich zu lösenden Patente nicht besser verwenden, als durch Unterstützung, Ermunterung, Belohnung vorzüglich geschickter Arbeiter.

Bei gleichen Verdiensten und gleicher Geschicklichkeit gebührt jedoch den eingebornen wirklichen Bürgern und Meistern der Vorzug vor Auswärtigen.

Wir sind weit entfernt, rechtschaffene Bürger in Ausübung ihrer nützlichen Gewerbe zu hemmen; wir sind weit entfernt, sie zum Nachtheile ihrer Frauen und Kinder, in ihrer Arbeitsamkeit zu stören; vielmehr sind Wir überzeugt, daß sie selbst als rechtschaffene Männer die Mißbräuche des Handwerksneides verabscheuen.

Unsere Regentenpflicht erfordert, durch Einführung der Patente und Aufhebung der Innungen solches Uebel zu verdrängen. Mit verdoppelter väterlicher Sorgfalt werden wir Uns mit dem Wohlstande der wirklich im Großherzogthume bestehenden Gewerbe und Verbesserung der Nahrungsquellen rechtschaffener Bürger beschäftigen.

4) Gegenwärtig besteht noch nicht in dem Großherzogthume ein und dasselbe Steuersystem, welches nach dem Sinne der Grundverfassung § 15 des Organisationspatents verordnet ist.

In den Departementen Aschaffenburg, Fulda und Hanau sind die Verfassungen der Grundsteuer zu verschiedenen Zeiten nach sehr verschiedenen Verhältnissen eingeführt worden.

Im Fuldischen und Hanauischen bestund bisher die Steuerfreiheit der Domänen, der Zehnten und Grundzinsen, und mancher Privilegirten, welches Alles in dem Departemente Aschaffenburg abgeändert ist.

Im frankfurtischen Departemente besteht keine verhältnißmäßige Grundsteuer. Ein Haus, welches z. B. 150,000 Gulden werth ist, bezahlt in gewöhnlicher Besteuerung nicht mehr, als ein Haus, welches zu 15000 Gulden zu schätzen ist.

Die Höchste Vollkommenheit der Grundbesteuerung ist alsdann erreicht, wenn durch allgemeine Vermessung und Abschätzung ein allgemeines Kataster zu Stande gebracht ist. Wir werden ungesäumt daran Hand anlegen lassen, sobald es möglich seyn wird.

Allein ein solches Werk erfordert lange Zeit und große Kosten. Einsweil und sogleich kann Vieles geschehen, welches der Verfassung des Großherzogthums gemäß ist.

Wir setzen folgende Finanzeinrichtungen als wesentliche Folgen der bestehenden Grundverfassung fest:

a.) Kein Grundstück oder Haus, Zehnd- oder Grundzinsbetrag ist Steuerfrei. Weder Domänen, noch Grundstücke der ehemal Privilegirten oder den milden Stiftungen eigenthümliche Realbesitzungen sind davon ausgenommen, indem nach § 12 des Organisationspatents alle Privilegien erloschen sind.

b.) Wir begnügen Uns mit dem sechsten Theile des reinen Ertrags, indem Wir überzeugt sind, daß derselbe zu den Bedürfnissen des Staats in den

Militärausgaben und Besorgung auswärtiger Angelegenheiten verhältnißmäßig hinreichen wird. Schon jetzt bei großer Ungleichheit der Grundsteuer beträgt dieselbe in sämtlichen Departementen, mit Inbegriff dessen, was die Stadt Frankfurt von jeher für Unterhalt ihres Bataillons bezahlte, mehr als 400,000 Gulden, und die Aufhebung aller Steuerfreiheit ist mehr als hinlänglich, um die Kosten auswärtiger Angelegenheiten zu bezahlen.

c. Der Grundeigenthümer entrichtet dem Staate den sechsten Theil des ganzen reinen Ertrags, nach Abzug der Kulturkosten, behält zugleich den sechsten Theil des noch nicht abgelösten Zehnden und Grundzinses zurück, als welche Bestandtheile des reinen Ertrags ausmachen.

d. Jeder Grundeigenthümer ist berechtigt, eine Verminderung der Grundsteuer zu verlangen, wenn er beweisen kann, daß ihm mehr als der sechste Theil des reinen Ertrags angesonnen wird.

e. Dagegen ist der Staat berechtigt, Erhöhung der Grundsteuer von jedem Grundstücke oder Hause zu fordern, welches nach zehnjährigem Durchschnitte des jährlichen Mieth- oder Pachtzinses oder sonst geständigen Werthes, weniger als den sechsten Theil des reinen Ertrags entrichtet, in sämtlichen zusammenberechneten sogenannten Simpeln. Den Inspektoren direkter Abgaben liegt ob, hierin Einsicht zu nehmen, nach Verhältniß der Hausmiethen, der Güterpachtungen u. s. w.

f. Dergleichen wechselseitige Berichtigungen geschehen durch freiwillige Geständnisse des Werthes von Seiten der Eigenthümer, Entscheidung geschwornener Experten, denen einer von dem Eigenthümer,



der andere von dem Staate ernannt wird. In widersprechenden Anschlägen entscheidet ein von beiden Theilen ernannter Obmann. Diese einfache Methode hat sich in vielen Gegenden und Orten, unter andern im Regensburgischen und in der Stadt Aschaffenburg, bewährt.

g. In Betreff der Städte Frankfurt und Hanau begnügen Wir Uns mit demjenigen, was Grundstücke und Häuser bisher in zehnjährigem Durchschnitte dem Staate ertragen haben. Den Mehrertrag nach dem sechsten Theile des wahren Werths der Grundstücke und Häuser überlassen Wir jeden dieser beiden Städte als Dotation zu Bezahlung ihrer Municipalausgaben.

#### §. 2.

Die gleiche Vertheilung unvermeidlicher Lasten trägt wesentlich bei zu Beförderung des allgemeinen Wohls. Unterdessen sind noch andere Gegenstände des Staatsvermögens, welche in dessen geographischen und statistischen Verhältnissen bestehen. Auch von dieser Seite ist das Großherzogthum Frankfurt ein gesegnetes Land. Die Gegend um die Hauptstadt ist als ein Garten zu betrachten durch Fruchtbarkeit seines Bodens. Die Fluren des Departements Aschaffenburg haben zum Theile guten, zum Theile mittelmäßigen Boden. Eben dieses kann man auch von den Fuld- und Hanauer Landen sagen. Der Mainfluß verbindet die Departemente Aschaffenburg, Hanau und Frankfurt auf die glücklichste Weise. Sein Lauf macht den Speßard zur Halbinsel, erleichtert dadurch die Wasserfracht des Holzes seiner prächtigen Waldungen, und eröffnet für die Städte Aschaffenburg, Hanau und Frankfurt die Handlung

mit Franken. Das fulder Land ist in seiner ganzen Länge durchschnitten durch einen ansehnlichen Theil der Handlungsstraße zwischen Frankfurt und Leipzig. Aschaffenburg und Sulz enthalten ansehnliche Domänen. In beiden Departementen sind große Waldungen von Eichen und Buchen. Im aschaffenburgischen Departement liegt das wichtige Salzwerk von Orb. Die Bevölkerung ist in den vier Departementen beträchtlich.

Man kann sich indessen nicht bergen, daß diese gute Landgegend gedrückt sind durch große Schulden, unverhältnißmäßige Verwaltungskosten, und starke Pensionen.

Die Pflicht einer guten Finanzverwaltung ist, solche Lasten nach und nach zu vermindern, ohne dasjenige zu verletzen, was Recht und Billigkeit fordern.

1) Die Schulden der Hauptstadt Frankfurt werden richtig verzinst, und nach und nach abgetragen durch bestimmte Vermögenssteuer der Einwohner, welche durch feierlich gewählte Volksrepräsentanten dieses Zahlungsmittel als zweckmäßig erkannten. Bei dieser Schuldentilgung zahlt jeder Bürger den zehnten Theil seiner reinen jährlichen Einnahme. Der Staat trägt dazu bei den sechsten Theil seiner sämtlichen frankfurt. Einkünfte.

Die Staatsschulden des Aschaffenburgischen Departements werden richtig verzinst, und alsdann schleunig abgetragen, wenn der Verkauf des sogenannten Holländer-, Schiff- und Dammbauholzes guten Abgang findet.

Zu Verzinsung und Tilgung der fulder und hanauer Staatsschulden sind bestimmte Summen des jähr

lichen Ertrags der Grundsteuern angewiesen. Der anhaltende Fortgang dieses Geschäfts wird im Zusammenhange von dem Staatsrathe Hefner, als Liquidator, den Ständen in jeder ihrer künftigen Versammlungen vorgelegt werden.

2) Das Großherzogthum Frankfurt hat das Glück, daß dessen wahres Wohl durch viele rechtschaffene, einsichtsvolle, patriotisch gekannte Geschäftsleute befördert wird. Unterdessen sind folgende Thatsachen nicht zu läugnen.

Die Verwaltungskosten betragen nach dem Budget des Landtags

a. für Justiz, Polizei und Ministerium des Innern ein Fünftel der Einnahme.

b. Die Finanzverwaltung kostet das zweite Fünftel der Einnahme.

c. Die Zivilliste des Großherzogs, Gehalte der Ministerien und der Mitglieder des Staatsraths und der Präfecturen machen nahebei soviel als das dritte Fünftel der Staatseinkünfte aus, mit Inbegriff der Besorgung der auswärtigen Angelegenheiten.

Je mehr die Verwaltungskosten betragen, um so weniger bleibt dem Staate übrig, um nach seiner wesentlichen Bestimmung das allgemeine Wohl der Einwohner durch gemeinnützige Unternehmungen, zweckmäßige Verschönerungen und Belohnungen patriotischer Verdienste zu befördern.

Nach gewöhnlichen Finanzgrundsätzen sollten die Verwaltungskosten nur den fünften Theil des Ganzen betragen; und man muß bekennen, daß drei Fünftel an Verwaltungskosten alle angenommene Verhältnisse weit überschreiten.

Die Hauptursachen dieses Mißverhältnisses wurden durch den unvermeidlichen Zusammenhang der Zeitumstände veranlaßt.

In Frankfurt waren die Gehalte der einzelnen Staatsbeamten sehr mäßig; allein die größere Zahl derselben hing von der ehemaligen reichsstädtischen Verfassung ab.

In Aschaffenburg drängten sich Hofämter, Dienerschaft, Justiz-, Polizei- und Kameralstellen des erloschenen Kurstaats Mainz zusammen; und das Fürstenthum Aschaffenburg ist nur der vierte Theil des ehemaligen mainzer Landes auf beiden Rheinseiten.

Der Fürst von Oranien, als Fürst von Fulda, besaß zugleich das Fürstenthum Korbey, Weingarten, Dortmund und die nassau-oranischen Lande. Fulda, war der Sitz seiner gesammten Regierung. Seine Geschäftsleute (worunter mehrere treffliche Männer sind) blieben noch da, und werden von dem fulder Departement besoldet.

In dem Fürstenthume Hanau waren die Verwaltungskosten von ältern Zeiten her sehr mäßig.

Im Ganzen genommen würde es hart und unbillig seyn, rechtschaffene Männer und ihre achtungswürdigen Familien brodlos und unglücklich zu machen, und ihnen dasjenige zu entziehen, was ihnen der hohe Eroberer selbst in Fulda und Hanau während der französischen Verwaltung gelassen hat. Bei der gegenwärtigen einfachen Grundverfassung des Großherzogthums werden entbehrliche Stellen nach und nach selbst erlöschen durch Sterbfälle, welche früher oder später das unvermeidliche Loos aller Menschen sind.

Das System der Einregistrirung ist eigentlich nach unserm Sprachgebrauche eine bestimmtere Protokoll-

runge, und ist verfassungsmäßig nach dem Sinne des Organisationspatent vom 16ten August 1810 §. 15 wirklich eingeführt, und steht mit allen Theilen der innern Staatsverwaltung gewissermaßen in Verbindung. Sein Ertrag in jedem Departement ist als zweckmäßige Quelle zu Bezahlung der Besoldungen anzusehen, wenn andere Staatseinnahmen dazu nicht hinreichen.

3) Die Pensionen in den Departementen Aschaffenburg und Fulda entstanden durch die Säkularisationen. Sie sind eine geheiligte Schuld, gehören zu den Bestimmungen des Reichsschlusses vom J. 1803, welche zu Stand kamen unter Vermittlung Frankreichs und Rußlands, und wurden durch die rheinische Bundesacte bestätigt. Die Stände wiesen dazu im Allgemeinen jährliche 275,000 Gulden an.

Die deutschen Fürsten, welche Bestandtheile des ehemaligen Mainzer Kurstaats nach dem Reichsschlusse von 1803 erhalten haben, sind so gerecht und edel denkend, einen Theil der Pensionen vertragsmäßig zu übernehmen, und zu Bezahlung der auf dem Departemente Aschaffenburg ruhenden Pensionen mit beizutragen.

Sollten gegen alles Erwarten die bestimmten Mittel zu Bezahlung der Fulder Pensionen nicht ganz hinreichen: so würden die biebergesinnten Fulder einen vorübergehenden Vorschuß ohne Zweifel bewilligen, indem ihnen die Rückzahlung nebst Zinsen aus dem Betrage nach und nach erlöschenden Pensionen zuverlässig gesichert wird.

### §. 3.

Nebst dem Nationalcharakter der Einwohner, guter Finanzanordnung sind auch erworbene Kapitalien und

Vermehrung umlaufender Geldmassen von beträchtlicher Wichtigkeit, und machen einen ansehnlichen Theil des gegenwärtigen Reichthums des Staatsvermögens aus.

Daß die Stadt Frankfurt unter göttlichem Segen durch unermüdetes Bestreben, und hauptsächlich durch Transit- durch Expeditions- und durch damit verbundenen Wechselhandel als Messe- und Tauschplatz des südlichen Deutschlands ansehnliche Kapitalien erworben habe, ist eine bekannte Sache.

Aschaffenburg hat einen bedeutenden Zufluß auswärtigen Geldes durch jährlichen Verkauf seines erheblichen Brand- und Bauholzes.

Fuld erwirbt manches fremde Geld durch seine Potaschensiedereien und Verfertigung leinener Tücher.

In Hanau bestunden bisher ansehnliche Fabriken von Goldarbeiten, Manufakturen von Seidenzeugen und wollenen Teppichen.

Unterdessen ist nicht zu verkennen, daß in Deutschland überhaupt und auch insbesondre im Großherzogthume Frankfurt durch unvermeidlichen Zusammenhang der Zeitereignisse die Gelderwerbung erschweret und der Absatz mancher Ländereerzeugnisse und Fabrik- auch Manufakturwaaren gehemmet worden ist.

Die gute Finanzverwaltung kann das ganz Unmögliche nicht möglich machen. Unterdessen thue sie, was sie vermag!

a. Durch möglichste Begünstigung des Expeditions- und Transithandels in Frankfurt, worin Wir unsere väterliche Sorgfalt mit dem patriotischen einsichtsvollen Bestreben der Frankfurter Handlungskammer ver-

einigen werden. Was der Staat durch Transiteinnahmen verliert, kann durch die Accise des innern Detailhandels der in Frankfurt selbst zu konsumirenden auswärts erzeugten Waaren großen Theils wieder ersetzt werden. Deswegen erwarten Wir von der Handlungskammer eine verbesserte Acciserolle in Betreff auswärtiger in Frankfurt konsumirter Waaren, welche dieselbe uns unfehlbar binnen vier Wochen vorzulegen hat, damit Wir alsdann zuverlässig den Expeditions- und Transithandel sogleich erleichtern können.

b. Durch Prämien auf Ausfuhr der entbehrlichen Erzeugnisse inländischer Fabrikate und Manufakturwaaren, durch welche die Aschaffenburg, Fulda und Hanauer soviel möglich die Konkurrenz in Billigkeit der Preise halten, und Absatz ihrer Waaren befördern werden, kann Vieles geschehen.

Bei so vielen Bedürfnissen fremder Waarenerzeugnisse würde der Staat täglich geldärmer werden, wenn nicht auswärtige Gelderwerbungen diesen Verlust ersetzen.

Wir sind entschlossen, in jedem Departemente den zwanzigsten Theil der reinen Geldeinnahmen der Staatskasse zu Bildung solcher Prämien zu verwenden, indem der Staat so wie der Privatmann die Kunst verstehen muß, gegenwärtig zu säen, und künftig zu erndten.

#### §. 4.

Die Generalkasse bleibt und ist der Centralpunkt aller Einflüsse und Ausflüsse des Staatsvermögens ohne Ausnahme. Unser würdiger Generalkassirer, Staats-

ra'd Etz, der in dem Laufe dieses beschwerlichen Finanzprobejahrs so viele Beweise von Einsicht, Ordnung und Vaterlandsliebe gegeben hat, wird dafür sorgen, daß jeder Minister monatlich von denjenigen Kassegegenständen unterrichtet wird, welche seinen Wirkungskreis betreffen, und daß Wir selbst täglich den Saldo der Generalkasse aus einem kurzen in drei Zeilen bestehenden Berichte von der Einnahme, Ausgabe und von dem Vorrathe der Generalkasse ersehen. Tägliche Abschrift davon ist zugleich Unserm Finanzminister mitzutheilen.

Der Staatsrath Pauli, als Kurator der Lehranstalten, erhalte monatlich Nachricht von dem Zustande des reinen Stempelertrags.

#### §. 5.

Die von Uns auf ein Jahr übernommene Selbstverwaltung des Finanzministeriums schließt sich mit Ende des Jahres 1811. Die Rechnung dieses nun zu Ende gehenden Jahres wird den Ständen in der bevorstehenden Versammlung vorgelegt, sodann verfassungsmäßig öffentlich durch den Druck bekannt gemacht werden.

Unsre Grundsätze sind lediglich Folgen der wesentlichen Verfassung des Großherzogthums Frankfurt, welche nach dem Geiste der Zeit, den Beispielen andrer Staatseinrichtungen Sr. Maj. des Kaisers Napoleon mit hinlänglicher Sachkenntniß der Localverhältnisse festgesetzt worden, und die Wir durch Unser Organisationspatent vom 16ten August 1810 in dem Großherzogthume Frankfurt wirklich eingeführt haben.

Hoffentlich wird der Fall einer unvermeidlichen



Kopfsteuer niemals entstehen; und in andern in der Grundverfassung nicht vorgesehenen Fällen werden Wir nach dem Geiste des Organisationspatents §. 15, ohne vorhergegangene Verhandlung mit den achtungswürdigen Ständen des Großherzogthums, nichts je mal unternehmen.

Alein zufolge Unserer Regentenpflichten können und werden Wir, so lang Uns Gott das Leben schenkt, niemals gestatten, daß solche durch Grundverfassung schon entschiedene Grundsätze von Neuem in Frage gesetzt werden. Für jeden Staat kann kein größeres Unglück entstehen, als Schwanken in Finanzgrundsätzen. Ungewißheit des Eigenthums, Mißmuth der Einwohner, innere Gährungen des Geizes und der Habsucht, Bedrückungen des gemeinen Mannes, dessen Wohlstand Uns höchstangelegen seyn muß, könnten Folgen davon werden, welche jedem edelbessenden Freunde des Vaterlandes in seinen reinen Gesinnungen höchstzuwieder seyn würden.

#### §. 6.

Ausführung und Anwendung dieser Grundsätze, die Wir, nach Verathung aller einsichtsvollen Mitglieder Unseres Staatsraths und wiederholter reiflichen Erwägung und Vergleichung mit der Grundverfassung unabänderlich beschlossen haben, überlassen Wir in wohlgegründetem Vertrauen den bewährten Einsichten, Rechtschaffenheit und Vaterlandsliebe Unseres Finanzministers, Christian Grafen von Benzel. Wir zweifeln auch nicht, daß derselbe jenes so wichtige allgemeine Vertrauen in dem Großherzogthume Frankfurt erhalten werde, welches ihm ehemals im Erfurtischen, Konstanziſchen, Regensburgischen durch treue, kluge,

menschenfreundliche Mitverwaltung Unserer Geschäfte zur Ehre gereichte.

Wir begreifen gar wohl, daß Manches nur nach und nach in einem Staate zu Stande zu bringen ist, der aus so verschiedenen neuerlich zusammengefügt sich vorhin fremd gewesenen Theilen besteht. Indem jedoch der Staat seinen öffentlichen Kredit, und in allen Fällen seine Verfassung erhalten muß: so empfehlen Wir Unserm Finanzminister, in unvermuthet dringenden Fällen, das Auswählen möglichst gelinder, wenigst drückender Mittel. Hoffentlich wird es durch Hülfe des Allmächtigen nicht dahin kommen. Im äußersten nicht vorzusehenden Falle würde die äußerst gemäßigte kurz vorübergehende Vermögensteuer die billigste gleichste Aushilfe seyn.

Die beständige Beherzigung des Wohlstands der Einwohner Unseres Großherzogthums empfehlen Wir angelegentlichst Unserm Finanzminister. Er wird Uns immer bereit finden, mit göttlicher Hülfe dazu mitzuwirken. Verdiente Volksliebe ist hoher Wunsch und Glück Unseres Lebens.

#### §. 7.

Nach dem Sinne des Organisationspatents Art. 46. werden Wir diese Finanzeinrichtung der einsichtsvollen Prüfung Unseres verehrungswürdigen Herrn Nachfolgers kaiserl. Hoheit und der Allerhöchsten Bestätigung des Kaisers Napoleon ehrerbietigst vorlegen.

Aßchaffenburg, den 31 Dezember 1811.

Carl, Großherzog.

Auf höchsten Befehl Sr. Königlichen Hoheit  
Müller, geh. Rath und Cabinetssekretär.

---

## 2.

Fernere Nachrichten von dem transrhenanischen  
Sustentationswesen.

Bericht der Subdelegations-Kommis-  
sion für das transrhenanische Su-  
stentationswesen.

---

Im vier und funfzigsten Hefte des Rheinischen Bun-  
des G. 435 theilten wir den Bericht der obengenann-  
ten Subdelegations-Kommission vom 31 Dezbr 1810  
mit. Inzwischen ist uns der fernerweitige Bericht  
dieser nämlichen Kommission vom 31 Dezember 1811  
zum Einrücken mitgetheilt worden, und wir lassen  
daher diesen Bericht mit Weglassung der ad marginali  
bemerkten S. S. des Protocolls hier ganz abdrucken.  
Er lautet wie folgt:

---

Durchlauchtigster Großherzog und Primas,  
Gnädigster Fürst und Herr!

Das Jahr, welches abfließt, und über dessen  
Schlussergebnisse, in Beziehung auf die transrhe-  
nanische Sustentationsanstalt, die unterthänigst un-  
terzeichnete Subdelegationskommission Eurer Kö-  
niglichen Hoheit als ihrem erhabenen Commit-

ten ten zum neuntenmale den gewöhnlichen gehorsamsten Bericht zu erstatten hier die Gnade hat, war zwar nicht, wie mehrere der unmittelbar vorhergegangenen, mit solchen politischen Ereignissen bezeichnet, die auf die Staatsverfassung der Bestandtheile des alten Deutschlands, und somit auf die strengere oder lässigere Beobachtung älterer Verbindlichkeiten von Seiten der einzelnen Staaten einen ändernden Einfluß gehabt hätten. Allein die letzten Erschütterungen und Umwandlungen in unserm Vaterlande, die Zerstückelung alter und Gründung neuer Staaten die nothwendig gewordene Anstrengung und Zusammenhaltung aller Quellen und Zuflüsse derselben, sind eben so viele immer fortvibrirende Motive, aus denen es sich erklären läßt, daß die Verträge, selbst bei dem besten Willen der dazu Verpflichteten, nicht mehr allenthalben so vollständig und genau eingingen, wie das Gesetz sie erheischt, und wie schon die Billigkeit allein es zum heiligen Gesetz machen sollte. Dazu kommt, daß auch oft die Theilnahme der Regierungen an Instituten der Wohlthätigkeit sich in der Maße vermindert, als sich die Zeit seit der Epoche ihrer Stiftung verlängert. Allein, hier ist es Pflicht der unterzeichneten Kommission, und sie erfüllt sie mit inniger Ueberzeugung, jene Theilnahme vielmehr anzufachen, und zu zeigen, daß das, was sonst nur die Gerechtigkeit erforderte, die Menschlichkeit nun fordert.

Von jeher zeichneten sich die deutschen Regierungen vor allen Regierungen Europas vorzüglich dadurch aus, daß sie wohlhergebrachte Rechte ehrten, daß sie geleistete Dienste nicht vergaßen, und ihnen gebrachte Opfer

vergalt. Noch in den neuesten Zeiten wurden die Staatsveränderungen Deutschlands, so hart sie auch waren, doch immer von Denkmälern dieses hohen Wohlthätigkeitsfinnes begleitet. Der Reichsdeputationskreß und die Konföderationsakte, die Säkularisierungs- und die Mediatisationsperiode liefern den Beweis. Was konnten auch Deutschlands hohe Geistlichkeit und Dienerschaften der linken Rheinseite, Männer von erhabener Geburt, Väter zahlreicher Familien, einer Staatsveränderung, die ihre Existenz zernichtete, indem sie andern die ihrige noch erhielt, mehr zum Opfer bringen, als eben diese Existenz, ihren ganzen Wohlstand und Unterhalt, das Glück und die Vortheile ihres Lebens, ja ihre einzige Lebensucht? Was konnten die durch sie noch erhaltenen hohen und edlen Geistlichen der rechten Rheinseite ihnen dafür weniger bieten, als das Fünftel ihres Ueberflusses, da wo durch mehrere Prebenden wirklich noch Ueberfluß war? Freilich haben auch letztere indessen neue Verluste gemacht; oft tragen 2 Präbenden nicht mehr ein, was ehemals nur eine einzige ertrug. Allein ist dies weniger der Fall bei den unglücklichen Geistlichen und Familien der linken Rheinseite? Sie haben mit vielen Kosten ihr Vaterland, ihre Wohnsitze verlassen müssen, sie sind nun in der Fremde alt geworden, bedürfen mehr, als ehemals, und haben weniger; das Gesetz hat sie berufen, und die, welche es gaben, Frankreich und Deutschlands Fürsten könnten sie verlassen?

Nein, die Großmuth und die Hochherzigkeit dieser Gewalthaber wird sie nicht einem ganz hilflosen Alter entgegen gehen lassen wollen: was die heiligsten Verträge ihnen versichert haben, wird das heiligste der Gefühle, das Gefühl des Wohlthuns ihnen erfüllen.

Zwar gnädigster Herr, hat sich auch im Laufe dieses Jahrs noch keine Verbesserung jener Verhältnisse ergeben, deren öffentliche Nüze wir im letzten Jahrberrichte vorzulegen uns genöthiget sahen. Wir wollen daher nur kürzlich den neusten Stand anführen, und die Aussichten, zu denen wir im kommenden Jahre uns berechtigt halten können.

A) Von dem königlich Baiernschen Gubernement ist nach dem, was in dem vorigen Bericht ausführlich über die Negotiation in München gesagt worden, nichts weiteres mehr zu erhalten gewesen. Seine Königliche Majestät übergaben dem geheimen Legationsrathe von Rieff bei seiner Abreise aus München ein Schreiben an Eure Königliche Hoheit, welches hauptsächlich jene 5 Punkte enthielt, welche schon im vorigen Bericht als die muthmaßlichen Resultate gedachter Sendung angeführt wurden. Eure Königliche Hoheit beantworteten dieses Schreiben unter dem 15ten Januar und vereinigten sich mit sämmtlichen Vorschlägen des Königs, besonders indem Höchst dieselben auch ihre volle Zustimmung dazu erteilten, daß das Metropolitankapitel in Aschaffenburg und Regensburg, und sämmtliche Domdechanten ebenfalls in die Mitleidenheit gezogen würden. Hierauf erließen sogleich unter dem 21ten Januar Se. Königliche Majestät die Verordnung: daß pro praeterito vom 1ten October 1809 bis 1ten Januar 1811, die Finanzdirectionen alle liquiden und rückständigen Beiträge zu  $1/5$  der Doppelstpräbendirten im ganzen Reiche, selbst mit Einschluß der ad depositum genommenen Beiträge zu  $1/10$ , ohne Verzögerung an die Sustentationskasse abzuliefern hätten. Pro

futuro aber wären die Beiträge zu 1/10 provisorisch in so lange abzuliefern, bis sich zeigte, daß bei gleichen sämmtlichen andern Beiträgen die Eigengn nicht gedeckt sey, dann sollten die Baierschen Doppelpräbendirten angehalten werden, die sie noch weiters treffende Quote zur Ergänzung der Eigengnsumme nachzutragen.

Doch die Finanzdirectionen hatten noch im Juli diese äußerhöchste Verordnung nirgends erfüllt; es ward daher eine Note an des Königlich-Baierschen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Staatsrath von Zwabß Excellenz in demselben Monat gegeben, worin gezeigt war, daß die Rückstände Baierns seit 1809 — hie und da auch noch ältere — über 60000 fl. betragen, und wo auf baldige Befolgung der Königlichen Verordnung angetragen wurde. Da auch diese Note ohne Erfolg blieb, so ward im August von Seiten des Ministeriums der äußern Verhältnisse sich unmittelbar an das Königlich-Baiersche Ministerium der äußern Verhältnisse gewendet, und besonders nun auch verlangt, daß die Baierschen Domdechanten, der eigenen von Baiern allein gegebenen Initiative zufolge, gleich allen andern ausdrücklich in Konkurrenz gezogen würden. Welchen Erfolg dieses Schreiben hatte, wird aus der Empfangsliste im einzelnen erhellen.

B.) Auch die großherzoglich Würzburgischen Domherren wendeten sich in diesem Jahre an ihre Regierung, und verlangten Verminderung ihrer bisherigen Beiträge zur Sustentationsklasse. Das Großherzoglich Würzburgische Ministerium kommunizirte ihre Reclamationschrift anhero, und unterstützte sie. So grund-

los nun aber auch die Beschuldigungen waren, welche diese Domherrn der Verwaltung des Sustentationsfonds machten, so gegründet waren dennoch einige Motive, welche das Ministerium anführte, um irgend eine günstige Aenderung in der bisherigen Beitragsart zu veranlassen.

Die unterzeichnete Kommission beantwortete daher die Reclamationschrift der Domherrn in einem ausführlichen widerlegenden Promemoria; da man aber schon öfters dießseits den Wunsch geäußert hatte, mit allen einzelnen aufgelösten Domkapiteln Vergleiche über jährliche Aversional-Beitragssummen abschließen zu können: so trug man hier nun auf ein solches Aversum von 8654 fl. jährlich an, welches vom 1ten Juli d. J. an laufen, und auch die Probstei- nicht aber die Dechantheiträge, welche noch einzeln geleistet werden müßten, in sich begriffe, und welches sogar dann einst vermindert und verhältnißmäßig herabgesetzt würde, wenn die Pensionsmaxima einmal erreicht wären.

Hierauf antwortete das Ministerium beifällig. Des Erzherzogs Großherzogs kaiserlich königliche Hoheit erkannten die dießseitige Beleuchtung der Reclamationschrift der Domherrn als gründlich an, und dankten Eurer Königlich en H o h e i t die billige Rücksicht auf die Kontribuenten sowohl, als auch auf die schuldblosen Opfer der Zeitumstände, welche sich in erwähntem Antrage mit der von Eurer K ö n i g - l i c h e n H o h e i t stets bewährten Weisheit vereinbarte. Se. Kaiserlich Königl. Hoheit genehmigten sofort die dießseitigen Vorschläge, und wiesen Ihre Landesdirection zum Vollzug derselben und zur Bekanntmachung an die betreffenden Individuen an. Die



jährliche Summe selbst sollte von den großherzoglich Würzburgischen Kassen in Quartalt raten an die diesseitige Kasse jedesmal entrichtet werden.

Hierauf erließ die großherzoglich Würzburgische Landesdirection die Dekrete in Folge dessen an die einzelnen Domherren. Aus denselben ergab sich zwar, daß nicht sowohl ein eigentliches festes Aversum, als vielmehr eine jährlich ändernde Summe erscheinen mußte. Allein in den Dekreten war vrr Vorbehalt ausgedrückt: daß, wenn in der Folge durch die eingehenden Rückstände und die ordentlichen Beiträge die Ergizienz nicht gedeckt werde, die noch weiters treffende Quota zur Ergänzung der Summe von den Doppelpräbendierten nachgetragen werden müsse.

Die Kommission hat daher ihren Verwalter in Würzburg sogleich angewiesen, die von dem 1ten Juli 1811 an eingehende Beiträge von Würzburg und St. Burkhard nicht nur an Geld, sondern auch an Getraide, die Beiträge der Dechante jedoch ausgenommen, separirt einzusenden und zu berechnen, damit man am 1ten Juli 1812 genau wisse, was das Jahr ertragen um das an dem Averso etwa fehlende dann sogleich nachverlangen zu können.

Schlüsslich theilte das großherzoglich Würzburgische Ministerium noch Bemerkungen der dortigen Landesdirection anhero mit, wodurch diese Stelle ihre Modifikation, welche sie der ersten Entschließung Ihrer Kaiserlich Königl. Hoheit gegeben hatte, zu rechtfertigen trachtete. Das diesseitige Ministerium der äußern Verhältnisse beantwortete diese Bemerkungen durch eine umständliche Widerlegung, welche es dem dortigen Ministerium übersendete.

C.) In Betreff des großherzoglich Bergisch gebliebenen Theils der Güter des Domkapitels von Münster wurden jene Schritte fortgesetzt, deren schon im letzten Berichte Meldung geschehen ist. Herr Staatsrath Graf Beugnot, kaiserlicher Kommissär in dem Großherzogthum antwortete zwar auf das dort erwähnte Schreiben, aber so sehr er auch abermals die Rechtmäßigkeit der diesseitigen Forderung anerkannte, so wenig Hoffnung machte er doch auf deren Realisirung in einem Zeitpunkte, wo die Domherren selbst ihres Besizes und ihrer Fortdauer so wenig sicher wären. Die Kommission wendete sich daher wiederholt an Hrn. Staatsrath Grafen Röderer, Minister Staatssekretär des Großherzogthums, um ihn zu ersuchen, daß er Se. Majestät den Kaiser bewegen möge, in dieser Sache, welche Se. Majestät, sich doch einmal, nach dem Ausdruck des Herrn Herzogs von Bassano Exzellenz, selbst vorbehalten hätten, einen unmittelbaren Ausspruch zu thun. Der Herr Graf Röderer antwortete hierauf: seit der Reunion von Münster mit Frankreich hätten die Administrativbehörden des Großherzogthums keine Gewalt mehr über die Domherren von Münster. Was aber deren noch Bergisch verbliebenen Güter angehe, so rathe er, beiden einschlägigen Gerichtsstellen auf Beschlagnahme der Revenüen anzutragen. Allein hierauf mußte die Kommission allerdings erwiedern, wie solcher staatsrechtliche Gegenstand keinem Civiltribunal unterliegen könne; Sustentationskommission werde keine Prozesse führen, wo sie den entscheidenden Buchstaben des Gesetzes schon für sich habe; daher bleibe die administrative Behörde die einzig kompetente zur Execution des betreffenden Gesetzes. Dagegen antwortete abermals der Herr

**Graf:** die Schuldigkeit der Domherren sey durch die Intervention Eurer Königlich hohen nicht mehr eine einfache Administrationssache, sondern ein Verhältniß mit einem auswärtigen Souverain; man müsse sich daher an den kaiserlich französischen Herrn Minister der äußern Verhältnisse wenden, welcher sich der ganzen Sache genau erinnere, und einen Bericht darüber an Se. kaiserliche Majestät erstatten werde. Dies ist nun auch durch diesseitige Gesandtschaft in Paris geschehen.

D.) Ein gleiches ist in Betreff des französisch gewordenen Theils der Domstift münsterischen Güter, und in Betreff des Domstifts Osnabrügg geschehen, und Herr Graf Keller ist angewiesen, die diesseitige Forderung an beide Kapitel bei dem französischen Hofe auf das nachdrücklichste zu unterstützen. Und da am 2ten dieses Monats das Domstift Münster wirklich aufgehoben, und der Herr Präfekt des Lippe-Departements, Graf du Saillant als kaiserlicher Commissaire liquidateur der Schulden dieses Kapitels ernannt worden ist, so hat sich die Kommission ohne Verzug an diesen gewendet, und auch wegen Osnabrügg eine ähnliche Einschreitung bei dem Präfekt des Ems-Departements Herrn von Revenberg gemacht, um doch endlich den gesetzmäßigen Zweck zu erreichen.

E.) Das in Rücksicht der königlich Westphälischen Domstifter an Herrn Staatsrath Baron Coninx zu erlassende explikative Antwortschreiben, dessen vorgeschlagener Inhalt schon im letzten Bericht umständlich enthalten war, ist indessen erlassen, und da nichts darauf erfolgte, ein zweites an denselben expedirt worden. Indessen erfuhr die Kommission, daß die königlichen Domherren ihre Präbenden noch bis zum

iten Jul. d. J. bezogen hätten, von diesem Tage an aber sollten ihnen angemessene Pensionen nach einer definitiven Regulirung ausbezahlt werden. Um auch diesen Zeitpunkt nicht vorbeigehen zu lassen, erließ Commissio ein drittes Schreiben an Herrn Staatsrath v. Coning, und wird auch im diplomatischen Wege kein Mittel unversucht lassen, um die von eben diesem Herrn Staatsrath gemachten gerechten Zusicherungen realisirt zu erhalten.

F.) In Betreff des Metropolitankapitels erließen Eure Königl. Hoheit bereits Anfang Februar ein Inscript des Inhalts: daß über des Aschaffener Domkapitels Vermögen ehestens verlässige Nachrichten mitgetheilt werden würden, woraus sich dann die Bestimmung des jährlichen Beitrags von selbst ergeben werde, und derselbe richtig bezahlt werden solle. Dieß geschah denn auch mittelst Vorlage eines amtlich verfertigten Verzeichnisses der einzelnen jährlichen Sustentationsraten der Individuen dieses Domkapitels nach dem hier in Frankfurt mit den theilnehmenden Herrn Fürsten abgeschlossenen Sustentationsvergleich, laut der Gefällenberechnung und tabellarischen Uebersichten. Diesem war angehängt ein Namenverzeichnis der Mitglieder dieses Domkapitels, welche die Pensionen aus den rechtsrheinseitigen den Fürsten durch den Reichsschuß angefallenen Gefällen beziehen. Das Kapitel besteht noch dormalen aus einem Domprobsten, Domdechanten und 18 Kapitularen, worunter aber Eure Königl. Hoheit selbst mit einer einfachen Präbende sich befinden, und auch beitragen. Die Souverains und Stände, welche sich in den Mainzer Kurstaat getheilt haben, und von welchen

dieses Kapitel seine wenigen noch übrig gebliebenen Revenüen dießseits Rheins in einzelnen Raten bezieht, bestanden zur Zeit des geschlossenen Vertrags aus Kurerzkanzler, Kurheffen, Hessendarmstadt, Hessenhomburg, Nassau-Usingen, Leiningen, Salm Krautheim Stadt Frankfurt, Kurwürttemberg, Krone Frankreich, Löwenstein, Grafen Werthheim, Hohenlohe-Ingelfingen und Neuenstein, Ysenburg; Grafen Leiningen-Billigheim; Neudenu, und Westerburg. Mehrere dieser Beitragßraten sind zwar indessen ungiebig geworden, doch hat das Kapitel von allen den Beitrag für dieses Jahr schon geliefert; dagegen aber dasjenige, was Eure Königl.iche Hoheit als Souverain und Erzbischoff aus Höchst Ihren eigenen Quellen großmüthig dem Domkapitel zufließen lassen wollen, als lediglich aus Höchster Gnade zugewiesene Geschenke dem Beitrage zur Pensionirung Anderer natürlich nicht unterworfen werden konnte. Ohne diese Wohlthaten würde das Loos des Domkapitels noch spärlicher ausgefallen seyn, zumal da die Stadt Bingen jenseits Rheins und ihre reichen Waldungen sonst dessen Hauptbesitzung ausmachten, und sein Kapital von 100,000 Goldgulden durch die Verarmung der Stadt Nürnberg ungiebig wurde.

Was das Regensburger Domkapitel angeht, so hat, obgleich die Krone Baiern selbst zuerst verlangte, daß es gleich den andern zum Beitrage angehalten würde, dasselbe doch weder die Etats seines Bezugs, noch das Verzeichniß seiner Mitglieder, noch irgend eine Beitragßrate eingesendet. Man hat daher der königlich Baierschen Gesandtschaft davon die Anzeige gemacht, und diesen Beitrag pflichtmäßig reclamirt.

G.) Dem königlich Baierschen Antrage, und dem  
Rhein. Bund. XXI. 1:

zufolge, was im vorigen Berichte über die Dechante der Dom- und Ritterstifter gesagt worden ist, befohlen Eure Königl. Hoheit Höchst Ihrem Domdechante in Aschaffenburg, nicht nur von der Präbende, sondern auch von der Dechanei den Beitrag zu liefern, welches bereits pro 1811 geschehen ist. Desgleichen wurde von dießseits aus bei den sämtlichen übrigen betreffenden Gouvernements angetragen, daß die Dechante in die Beitragspflichtigkeit gezogen würden, und daß großherzoglich Würzburgische, Hessische, Badische und herzoglich Nassauische erklärten sogleich, daß sie die Befehle dazu unverweilt ertheilt hätten. Wirklich haben auch seitdem sämtliche in diesen Staaten befindliche Domdechante beigetragen; nur die Baierischen allein sind noch allenthalben im Rückstande; man hat daher nicht verfehlt, dießseits bemerklich zu machen, in welchem offenbarem Widerspruch dieses Benehmen mit dem erklärten allerhöchsten Willen Sr. königlich Baierischen Majestät stehe, und hofft nun auf baldige Abtragung auch dieser Rückstände.

Dies, gnädigster Herr, sind die Hauptmomente bei der Leitung des transrhenanischen Sustentationswesens, die entweder erst in diesem Jahre erledigt worden sind, oder an deren Erledigung noch immer von dießseits aus gearbeitet, und bei der Gerechtigkeit der Regierungen, in deren Händen die noch unerledigten Gegenstände sind, der endlichen Auseinandersetzung im nächsten Jahre gewiß mit allem Grunde entgegengesetzt wird. Als am Schlusse des ersten Jahrs der transrhenanischen Sustentationsanstalt, Ende 1803. die Kasse aus Mangel an Zuflüssen nur einen Theil der Pensionen, die sie damals schon be-

stimmt hatte, ausbezahlen konnte, gingen doch gleich im Jahre darauf so viele Beiträge ein, daß Ende 1804 die Rückstände für 1803 und das ganze Jahr 1804 ausbezahlt werden konnten, und daß also kein fortdauernder Rückstand in den Rechnungen bis 1810 mehr geführt wurde. Aber wie anders ist dieß nun in den Jahrgängen 1810 und 1811! Auch am Schluß des Jahres 1810 konnte die Kasse aus Mangel an Zuflüssen nur den dritten Theil des Minimums ihrer Pensionen bezahlen. Allein es war zu hoffen, daß im Jahr 1811 so viele Beiträge eingehen würden, daß mit Ende dieses Jahres die Rückstände für 1810 und das ganze Jahr 1811 ausbezahlt werden könnten. Statt dessen hat man dieses Jahr bloß die zwey rückständigen Drittel pro 1810 noch nachbezahlen können; da aber pro 1811 nur 21000 fl. also nur 2000 fl. mehr als im vorigen Jahr für das laufende eingegangen sind, so mußte man sich begnügen, wieder bloß ein Drittel zu bezahlen, und die beiden andern Drittel schuldig zu bleiben. Dadurch ist das Elend und das Bedürfniß, welches sich täglich der Kommission darstellt, bereits auf einen Grad gestiegen, welcher der Beherzigung Eurer Königl. H. H. nicht entgangen ist, und auch der Beherzigung der übrigen Fürsten unsers deutschen Vaterlandes nicht entgehen wird. Von ihnen, und von dem edelmüthigen Primas der Fürsten erwarten wir zuvertrauensvoll bessere Zeiten für unsere Pfliegbesohlene.

Und so möge doch auch diese Darstellung nicht umsonst gewesen seyn, um die Ueberzeugung zu bewirken, daß die Wohlthaten, welche den transrhennischen Domherren und Dienern erwiesen werden, nicht nur eine richtige Anwendung des Gesetzes, sondern

auch eine edle Verwendung eines Fonds sind, der, indem er unter wahrhaft Bedürftige und Berechtigte vertheilt wird, zugleich niemanden entzogen wird, welcher es mehr wäre. Diese Gewißheit und der mächtige Schutz, den Eure Königl. Hoheit zum tiefsten Danke sämtlicher Pensionisten denselben bisher haben verleihen wollen, wird denn auch dieses obgleich nur temporäre Institut der Rechtlichkeit noch ferner aufrecht erhalten.

Wir ersterben in tiefster Ehrerbietung

Eurer Königl. Hoheit,  
unserer gnädigsten Fürsten und Herrn

unterthänigst treu gehorsamste

Subdelegations-Kommission  
für das

transrhenanische Sustentationswesen

Frankfurt am 31ten Dezember 1811.

Frhr. v. Eberstein.

Diesem Berichte liegen nun abermals zwei umständliche Beilagen über den Empfang und die Austheilung der Sustentationsgelder bei.

An Rückständen von 1810 und der vorigen Jahre sind überhaupt von 16 Kapiteln eingegangen: 48659 fl., für das laufende Jahr 1811 überhaupt an 21915 fl. zusammen also 70574 fl. Den stärksten Beitrag lieferte das Domkapitel zu Bamberg, welches nicht nur seinen Rückstand vom 1ten Oktober 1809 — 1ten Januar 1811 mit 20277 fl. abführte, sondern auch auf die laufende Schuldigkeit von 1811 die Summe von 4009 fl. zusammen



also 24286 fl. bezahlte. Aschaffenburg und Speier haben für das Jahr 1811 ihre ganze Schuldigkeit berichtet. Nicht beigetragen haben die Domkapitel zu Regensburg, Eichstätt, welches bereits über 5200 fl. schuldig, Augsburg, welches ohngefähr 10000 fl. schuldig ist, sodann Paderborn, Osnabrück und Serbei. Die Vertheilung geschah an 116 Individuen. Das Maximum welches diese nach der Absicht des Reichsdeputationseschlusses erhalten sollten, besteht in 87585 fl., das Minimum pro 1811 ist aber auf 63613 fl. gesetzt. Aber diese Pensionisten hatten noch pro 1810 die Summe von 44652 fl. zu fodern. Diese wurden in 1811 berichtet; aber für dieses Jahr konnte nur ein Drittheil mit 21582 fl. bezahlt werden.

Der Maassstab übrigens, nach welchem die Ansätze des Maximum gemacht sind, ist folgende schon aus der an die Reichsdeputation im Februar 1803 gemachten und von derselben angenommenen Erklärung des damaligen Kurfürsten Erzkanzler, und aus nachherigen Ansprüchen bekannt, in Zusammenhaltung mit dem vorigen Bezug der Pensionisten, nämlich:

- 1) Jeder Domkapitular soll 1500 fl. Kompetenz behalten.
  - 2) Die Dombignitarien wo möglich etwas mehr.
  - 3) Die Ritterstiftscapitularen weniger.
  - 4) 1500 fl. sollen das Maximum für die ersten Zivilbeamten seyn.
  - 5) Wer 1500 fl. und weniger ehemaligen Bezug hatte, erhält nun eine an 200 fl. geringere Pension.
  - 6) Von 800 fl. und abwärts soll aber die Pension dem vorigen Bezug gleich seyn.
-

## 3.

Für die Erhaltung und neue Einrichtung des  
 Kunstwesens in den Staaten des Rhein-  
 ischen Bundes, von dem Geheimen  
 Rathe Medicus zu Weilburg.

---

Ich hatte in einem dieser Zeitschrift (Rh. B. v. W. B. 2 S. 392.) eingerückten Aufsatz einige Vorschläge zur neuen Einrichtung des Kunstwesens in den Staaten des Rh. Bundes gethan und dabei in einer Note angeführt daß und warum ich die Beibehaltung der Künfte nothwendig hielt.

Von dieser Note hat der Herr Regierungsprocurator Wangemann in Cassel Anlaß genommen, seine der meinigen entgegengesetzte Meinung in dem allgemeinen Anzeiger der Deutschen vom Jahr 1807. Nr. 306. S. 3170 u. folgende in einer eigenen Abhandlung bekannt zu machen. Hiernächst ist der Herr Finanzrath Emmemann in Fulda in dem angezogenen rheinischen Bunde B. 5. 1808 S. 140. gegen die gedachte Note förmlich aufgetreten.

Beide Aufsätze habe ich gleich bei ihrer Erscheinung gelesen und dieselbe dem unbefangenen Urtheil des Publikums ohne weiteres überlassen zu können geglaubt, würde auch ohne eine besondere, den Leser nicht interessirende Veranlassung nicht wieder darauf zurückgekommen seyn.

\*       \*       \*

Meine Note war und sollte keine Abhandlung seyn. Ich wollte damit nicht mehr und nicht weniger als auf die Hauptgründe meiner Ueberzeugung aufmerksam machen und dadurch jeden Mißverstand meiner Vorschläge beseitigen.

Herr W a n g e m a n n geht einen eigenen Gang. Gleich Anfangs sagt er von dem Kunstwesen viel Gutes, kommt demnach auf Nationalöconomie, Staatswirtschaft, Recht und cathégorischen Imperativ und zieht daraus ein Resultat, welches ich mit seinen eigenen Worten hierher setze.

1.) Der Staat darf unter keiner Bedingung einen seiner Staatsbürger durch Zwangsmittel nöthigen, sich zu vervollkommen, seinen physischen Wohlstand zu vermehren oder auch nur seinen Unterhalt zu erwerben.

2.) Dem Staate liegt die Pflicht ob, alle Mittel anzuwenden welche dahin zielen daß es einem jeden Unterthan möglich wird, seinen physischen Wohlstand zum höchsten Grade der Vollkommenheit zu bringen wenn er anders seine Thätigkeit anwenden will. Dabin gehört nun

a) Er muß alle Hindernisse wegräumen welche den Unterthan in seiner freien Thätigkeit und in dem Streben zur Erlangung des größtmöglichen physischen Wohlstandes beschränken.

b) Er muß aber auch in steter Hinsicht auf die Pflicht sub a. und ohne diese je zu verletzen, positive Veranstellungen treffen, welche das Feld einer möglich größeren Erlangung des physischen Wohlstandes erweitern.

Hieraus ergibt sich nun daß der Staat widerrechtlich handelt, wenn er seine Untertanen zur Vermehrung des physischen Wohlstandes zwingt, denn dazu ist ihm

keine Pflicht mithin auch nicht das Recht übertragen worden. Der Staat handelt aber auch widerrechtlich und den prohibitiven Gesetzen der Nationalöconomie zuwider, wenn er nur einzelne seiner Unterthanen in den Stand setzt durch ihre Kraftanwendung ihren physischen Wohlstand zu vermehren, andern hingegen keine Mittel zu einer möglichen Vermehrung ihres physischen Wohlstandes verschafft, denn nicht diese Einzelnen und Ausermählten sondern unbedingt die ganze Nation hat dem Staate jene Rechte und Pflichten übertragen. Er handelt ferner widerrechtlich und nationalunöconomistisch wenn er nur für Einzelne die Hindernisse durch welche der freie Spielraum zur Vermehrung des physischen Wohls beengt wird, hinwegräumt, während er Andern Hindernisse in den Weg legt oder sie doch wenigstens von diesen Hindernissen nicht befreit.

Das Zunft- und Gildewesen stößt nur aber gegen diese Gesetze an, es ist mithin widerrechtlich und feindet gegen das Prinzip der Nationalöconomie.

Durch das Zunftsystem stellt die Staatsgewalt eine Maxime auf, welche nicht als allgemeines Gesetz gelten kann.

Die Staatswirthschaft darf daher das Zunft und Gildewesen nicht adoptiren, weil sein Wesen mit den liberalen Grundsätzen der Nationalöconomie nicht übereinstimmt, vielmehr ihre Gesetze es prohibiren. Er wiegt hierauf die Gründe für und wider die Beibehaltung des Zunftwesens gegeneinander ab, findet letztere zwar überwiegend, lenkt jedoch gutemassen wieder ein, wenn er sagt: Glaubt man das Institut der Zünfte beibehalten zu können, aber nur die Mißbräuche, das Gepräge des Alters, den Zunftzwang

abzuschaffen, eine freie Konkurrenz zuzulassen und die ganze Anstalt zu reformiren, so ist dieß alles sehr löblich, allein dann fällt auch das charakteristische Zeichen der Zunft hinweg, dann sind keine Zünfte mehr vorhanden, sondern man belegt eine ganze Klasse der industriellen Produzenten mit einem Namen der sie nicht zusammenfaßt, von welchem weder in rechtlicher noch in staatswirthschaftlicher Hinsicht entscheidende Grundsätze abhängen. Will man alsdann die industriellen Produzenten einer Gattung, eines Orts Zunft nennen, so wird gegen den Namen niemand etwas haben. Der Zunftverband wird dann in staatswirthschaftlicher Hinsicht weder entscheidend nachtheilig noch vortheilhaft seyn.

Den Schluß macht eine schöne Skizze zur Geschichte des Ursprungs und Fortgangs des Zunftwesens, die ihre Ausführung von der nämlichen Hand und die dazu erforderliche Unterstützung aus den Archiven und Bibliotheken der ansehnlichsten vormaligen Reichsstädte, Hamburg, Lübeck, Bremen, Nürnberg, Augsburg u. Frankfurt a. M. verdiente. Hätte Herr W a n g e m a n n damit angefangen, darauf das Gute was er im Eingang von den Zünften überhaupt und demnach für die Beibehaltung derselben gesagt, folgen, sich durch das Abstractum einer sogenannten Nationalöconomie und entschiedene Abneigung gegen das Alte nicht den eigentlichen Gesichtspunkt verrücken lassen, so würde er mit mir aller Wahrscheinlichkeit nach in uno tertio zusammengekommen seyn. Die Vorlegung seiner weiteren Gründe für die Abschaffung der Zünfte und deren Beantwortung werden diese Wahrscheinlichkeit zur Gewißheit erheben. Jene bestehen aus vorausgeschickter Definition daß das Zunftsystem im Allgemeinen

die geschlossene Vereinigung einer Gattung industrieller Produzenten unter eigenthümlichen bestimmten Gesetzen zur ausschließlichen Production einer Gattung industrieller Genußmittel sey, in folgenden

A) Rücksichtlich seines Einflusses auf alle Staatsbürger welche nicht Zunftmitglieder seyen zeige sich sein Nachtheil,

1) darin: daß allen Staatsbürgern dadurch ein Zwang aufgelegt werde, ihre Genußmittel welche durch industrielle Productivkraft erzeugt worden (industrielle Productstoffe) von der Zunftclasse zu nehmen und daß der Preis derselben ein Monopolienspreis sey.

2) Ein zweiter Nachtheil: sey daß die industrielle Productivkraft aller Nichtzunftglieder in Absicht gewisser Zweige der Production entweder ganz oder doch höchst beschränkt werde.

3) Alle industrielle Productstoffe würden an Qualität schlechter geliefert, dann die Zunftglieder seyen Monopolisten, sie könnten auf Absatz rechnen, sie möchten so schlecht arbeiten als sie wollten.

B) In dem Gesichtspunkt welchen das Zunft-System in Rücksicht der Zunftglieder selbst zulasse, zeige sich:

1) daß die Zunftglieder selbst in Aeussereung ihrer productiven Kraft beengt und mithin benachtheiligt würden, da an manchen Orten den Meistern die Zahl der Gesellen bestimmt, unter welcher sie zwar Gesellen halten dürften welche Zahl Sie jedoch nicht überschreiten könnten, bei übersezten Handwerkern, die Zahl die Aufdingung und Auslernung der Lehrlinge gewissen der productiven Kraftäussereung schädlichen Bedingungen unterworfen sey.

2) Die Zunftgenossen könnten bei veränderten Ver-

hältnissen und Umständen nicht mit Leichtigkeit von einem Gewerbe zum andern übergehen, sondern sehen auf ewig in ihren Productionskreis eingebannt.

3) Die collegialische Verfassung der Zünfte und Gilden, die daraus als Nothwendigkeit hervorgehenden Zusammenkünfte veranlaßten Aufwand und Kosten, welche nicht immer aus dem reinen Einkommen bestritten werden könnten, sondern oft den Kapitalstoff antasteten.

4) Die Zusammenkünfte der Zunftglieder (Jahrtage, Gebote, Quartale, Morgensprachen) gaben Veranlassung zu Trinkgelagen, arteten nicht selten in wahre Bacchanalien aus, beförderten die Liederlichkeit und untergruben die Moralität.

5. Die Lehrzeit kenne keinen Unterschied zwischen den fähigsten und unfähigsten Köpfen, sie sey gleich lang wodurch der Talentvolle abgeschreckt werden müsse.

6) Zunftmißbräuche aller Art entstellten dieses Institut und machten seine Abschaffung wünschenswerth. Dahin rechne er:

a.) den blauen Montag, wodurch Sittenlosigkeit, Liederlichkeit und Geseglosigkeit verbreitet werde und Arbeit verloren gehe.

b.) Bei Fertigung des Meisterstücks sey der Zunft-Adspirant nicht selten den größten Eshikanen ausgesetzt. Er müsse ein Stück zur Probe seiner erlangten Geschicklichkeit verfertigen, welches oft die größten Kosten verursache, doch ganz zwecklos und ihm wenig werth sey, wozu er nachher keine Käufer finde.

c.) Daß die Lehrjungen zu streng und Anfangs zu Arbeiten angehalten würden, welche gar nicht in ihr Gewerbe einschlugen.

d.) Daß schädliche Vorurtheile mancher Art durch die Zünfte erhalten und fortgepflanzt würden. Aus

eigensinniger Eitelkeit müsse jeder Zunftgenosse seine eheliche und ehrliche Abkunft beweisen. Unehelich Geborne und Kinder der Abdecker würden daher nicht aufgenommen.

7) Die Vortheile welche mit dem Zunft und Meisterrecht verbunden seyen, die Theilnahme an öffentlichen Geschäften, die Aussicht welche durch den noch so schwer gemachten Eintritt in die Zunft erkauft werde, und durch wenig Arbeit und mit leichter Mühe der productiven Kraft, Stoff zur Arbeit und dadurch ein hinlängliches Einkommen sicherten, seyen ein zu wünschenswerthes Gut, als daß sich nicht eine Menge finden würde, welche darnach strebte. Hierzu komme daß alle physisch und nationalöconomistisch Unvermögende, d. h. die den zur ur- oder commerciellen Production nöthigen Kapitalsfond nicht besäßen dessen ungeachtet industrielle Produzenten werden konnten.

Der ohnehin große Reiz der Menschen zur industriellen Production, die damit verbundene Gemächlichkeit und der Anspruch auf größere Ehre machten es daher begreiflich, daß von jeher die Concurrenz zur industriellen Production so groß gewesen und daß sich Jeder dazu gedrängt habe, daß mithin diese Gattung der Production überladen gewesen und noch immer werde. Es würden dadurch mehr Produzenten herbeigeloct als die Konsumenten nöthig machten. Sie mußten daher nur eine nothdürftige Production treiben und beim geringsten Schwanken des Absatzes und der Verhältnisse für ihre Existenz zittern.

C.) Für die Nationalgesamtheit und den ganzen Staat seyen die Zünfte in folgenden Stücken nachtheilig.

1) Sie gefährdeten die öffentliche Ruhe, den innern Frieden und die Erhaltung der Staatsverfassung.



Ihre Theilnahme an der Staatsverwaltung, ihr unmittelbarer Antheil an der Verfassung gäben ihnen Gewicht und Ansehen. Jede Korporation, jede durch Lebensweise, Sitten, Gebräuche und gleiches Interesse verbündete, vom Staate gebilligte Gesellschaft, jeder Staat im Staate, müsse, wenn sein Interesse nach einer andern Richtung gehe, der obersten Gewalt und somit der Ruhe der Nationalglieder drohend und verderblich werden.

2) Jeder Regierung müsse daran gelegen seyn, daß das Vermögen der einzelnen Unterthanen auf die höchstmögliche Stufe gebracht werde.

Ich wende mich nunmehr zu Herrn E m m e r m a n n. Derselbe erklärt zuvorderst, daß er mit den von Herrn W a n g e m a n n geäußerten Ideen einverstanden sey, daß dieser um mich zu widerlegen nicht nöthig gehabt so weit auszuholen und theilet demnach seine eigene Ansicht dahin mit.

a.) Die bürgerliche Verbesserung der Juden würde bei der bestehenden Zunftverfassung mit unübersteiglichen Hindernissen kämpfen und so lange diese bestehe, nicht durchgesetzt werden, da sich nicht erwarten lasse, daß die unter Vorurtheilen aufgewachsenen Handwerker Juden in die Lehre nehmen und als Genossen unter sich leiden würden.

b.) Söhne begüterter und gebildeter Familien würden nie in Zünfte treten, wovon die Folge sey, daß der Flor und das Ansehen der Handwerksinnungen nie befördert werden könne, kein feinführender Vater würde es zugeben daß sein Sohn sich mit einer Gesellschaft roher, ausgelassener Menschen vereinige, welche ihn in seinen schönsten Lebensjahren zu den niedrigsten Knechtsdiensten mißbrauche, wodurch seine mit Mühe

und großen Kosten bewirkte Erziehung wieder vermischet werde.

c.) Als Schutzwehr gegen die Anarchie seyen die Zünfte nicht mehr nöthig.

d.) Die Fortdauer dieses Instituts durch so viele Jahrhunderte könne die Ehrwürdigkeit desselben keineswegs aussprechen, da solche notorisch in der nun vernichteten germanischen Reichsverfassung ihren Grund gehabt.

e.) Er habe noch nie gehört daß Zwang und Innungsverbindung das Genie und den Erwerbsfleiß emporhüben, die Güte, Feinheit und wohlfeilen Preis der englischen Handlungsartikeln, seyen nicht Producte eigensinniger, altfränkischer, durch Zunftgesetze beschränkter Handwerker, sondern das Werk freier Manufakturisten und Künstler, unsere freien Handwerker und Künstler seyen hinter den Zunftgenossen nicht zurückgeblieben, er könne nicht einsehen wie durch Aufhebung der Zünfte allein nur Pfuscher entstehen sollten, indem das Publikum alsdann ermächtigt werde bei demjenigen zu kaufen, welcher die beste Waare in den billigsten Preisen liefere.

f.) Auffallend sey es ihm gewesen die Zunftverfassung mit den Verhältnissen des gelehrten Standes in Parallele gesetzt und aus dem anerkannten Nutzen dieser das Gute jener hergeleitet zu sehen. Er hätte nicht geglaubt daßjenige besonders rühmen zu hören was von jeher die Zielscheibe des Spotts aller aufgeklärten Köpfe gewesen. Diese Art Zunftverfassung, welche sich in den gelehrten Stand eingeschlichen habe, sey das Werk aufgeblasener, selbstsüchtiger Thoren, welche der guten Sache unendlich dadurch geschadet hätten, daß sie der Freiheit im Nachdenken Fesseln anlegen wollten,

die Promotionen zu Magistern, Doctoren, gekrönten Poeten und d. g. m. seyen eben so kindisch und lächerlich als das Meisterwerden in einer Handwerks-Innung nach dem alten Schlendrian. Die bemerkte Art sich zum Gelehrten auszubilden, habe mit den geschlossenen Zünften nichts gemein, es seye dann, daß man jene gothische Schnörkel für untrügliche Zeugnisse der Gelehrsamkeit halten wolle.

g.) Wolle man die Zünfte aufheben um dadurch dem Erwerbsfleiß uneingeschränkte Freiheit zu verschaffen, ohne die Handwerker einer strengen Regierungsaufsicht zu unterwerfen, so könne es leicht geschehen, daß, wie ich befürchte, statt geschickter Handwerker ein Haufen Pfuscher entstehe. Diesem Uebel sey aber sehr leicht dadurch zu begegnen daß die Handwerker der Aufsicht der obrigkeitlichen Behörden unterworfen blieben, und daß niemand die Erlaubniß zur Ausübung seiner Kunst gegen eine Patentabgabe wie solche in Frankreich eingeführt sey, früher erhalte bis er Proben seiner Geschicklichkeit vor der Obrigkeit des Orts nach angehörtem Gutachten von Unpartheiischen Kunstverständigen abgelegt habe.

h.) Im Allgemeinen könne behauptet werden, daß das Wandern roher unvorbereiteter Gesellen wenigen Nutzen gewähre und daß diese Menschen unwissender, träger, ungefiteter und luxuriöser in ihr Vaterland zurückkehrten. In dem Königreiche Baiern sey es durch eine Verordnung vom 4ten März 1806 auf die Baiेरische Staaten beschränkt. Bei allen Handwerkern sey es nicht nöthig und könne auch nach Aufhebung der Zünfte zur Bedingung des Bürger- und Meisterrechts gemacht werden.

i.) Die Aufhebung der Zünfte könne übrigens nur

durch Gesamtkraft möglich und nur durch ein Fundamentalgesetz der Rheinischen Konföderation gleichsam mit einem Schlag wirksam realisiert werden; durch Partikulargesetze und Aufhebungen würden nur Unruhen erregt werden, man würde die Zunftmeister ihrer Gesellen berauben und diese sich in diejenigen Länder flüchten in welchen man noch Zunftzwang duldet.

Beide Herren kämpfen um die Wahrheit frei zu sagen, mit Schatten. Ihr Feuereifer gegen alles Alte hat ihnen nicht erlaubt die guten Erfolge welche die Reichsschlüsse vom 4ten Septbr. 1731 \*) und 30ten April 1772 gehabt haben, zu bemerken. Von dem Rescript Kaisers Franz I. vom 4ten August 1764. (Ortloff. Corp. jur. opif. S. 31.) das ihnen viele Mühe hätte ersparen können, nehmen sie ganz keine Notiz. Sie gedenken sich die Zünfte wie sie in den Landen der Fürsten nie, und selbst in der geringsten der vormaligen Reichsstädte, schon lange nicht mehr waren. Sie und vorzüglich Herr Emmermann unterlegen mir dabei Meinungen und Behauptungen, an die ich nicht gedacht habe.

---

\*) Im Jahr 1765 und also kaum etlich und dreißig Jahre nach dem Reichsschluß von 1731 zog ich bei Gelegenheit einer Arbeit, bei welcher es auf den gedachten Reichsschluß mit ankam in der Stille Erkundigung ein, und fand, daß die heilsamen Verordnungen desselben, guten Theils in Eitre übergegangen und die gerügten Mißbräuche kaum noch den Namen nach bekannt waren:

Kurz, man siehet nur allzudeutlich, daß beide ohne eigene Erfahrung und Aften ihre Systeme allein auf abstracte weithergeholte Theorien gebaut haben.

Ich habe die Nothwendigkeit der Beibehaltung der Künste allein in dem gesetzt, was ihnen wesentlich ist und zum Vortheil des ganzen Publicums gereicht, nemlich in die Erhaltung der durch die Erfahrung so vieler Jahrhunderte ausgemittelten Grundsätze und Handgriffe die nach ihrer Aufhebung mit den alten Meistern abnfehlbar zu Grabe gehen würden. Da wir nur Fähigkeiten mit auf die Welt bringen und Alles was wir wissen wollen erlernen müssen, so sind uns Lehrmeister unentbehrlich.

Wo soll nun aber der Handwerker der sich nur einem Sache zu widmen gedenket, denselben finden, wann wie ich in der angefochtenen Note gesagt habe, durch die Vermischung der Handwerke nach dem bekannten *qui trop embrasse mal etreint* oder wie der Deutsche sagt; Vierzehn Handwerke fünfzehn Unglücke\*) nur Pfuscher vorhanden seyn werden.

---

\*) J. F. Eisenhart in den Grundsätzen der deutschen Rechte in Sprüchwörtern. Helmstädt 1759. 8. S. 65. erklärt dieses Sprüchwort so:

§. 1.

Die Erfahrung hat gelehrt daß diejenigen welche sich auf gar zu viele Künste gelehrt es selten hoch gebracht, sondern in Allem nur eine mittelmäßige Geschicklichkeit erlangt haben. Das gemeine Volk leidet hierunter am allermeisten weil es alsdann gemeiniglich schlecht bedient wird. Bei den Handwerkern ist dieses öftmals auch eingetroffen; daß diejenige so sich auf gar zu viele auf einmal gelehrt haben, selten eines recht gelernt. Ein jedes Handwerk fordert eine besondere Gabe.

Können und werden auch noch so theuer bezahlte Patente diesen Abgang ersetzen?

Man gebe in die erste die beste Werkstätte wo mehrere Gesellen und Lehrlinge arbeiten und sehe wie der Meister auf Anfragen oder aus eigener Bewegung bald diesen bald jenen zurecht weist, ihm Handgriffe angibt und das zweckmäßige derselben erklärt. Man

higkeit von demjenigen so sich darauf legen will und es kann jemand zu dem einen Handwerk eine große Fähigkeit und Neigung besitzen zu dem andern aber ungeschickt seyn. Wenn dahero dergleichen Leute ohne ihre natürliche Fähigkeit zu prüfen auf einmal zu viel Handwerke erlernen wollen, so werden sie gemeinlich in keinem große Meister und dem gemeinen Wesen würden sie weit mehr Dienste leisten können, wenn sie nur in einem Handwerke es zur Vollkommenheit gebracht hätten.

Ausserdem gerichtet dieses zu solcher Leute größtem Schaden, indem sie öfters die nöthigste Handhierung so ihnen die meiste Nahrung verschaffet, verschäumen und hingegen mit dem Verlust ihres Vermögens solche Nebenhandhierungen treiben wo nicht viel dabei zu gewinnen ist. Dieses Sprüchwort soll also denjenigen so der Erlernung einer Kunst oder Handwerks obliegen zur Warnung dienen, sich nicht mit vielen Dingen abzugeben, sondern sich dahin zu bestreben, daß sie dereinst in einer Handhierung oder Kunst für vollkommene Meister gehalten werden können.

## §. 2.

Die Freiheit mehr als ein Handwerk treiben zu dürfen ist an den meisten Orten durch Verordnungen eingeschränkt und die Verfügung gemacht, daß kein Handwerk das andere hindern, sondern ein Jeder bei dem seinigen bleiben und durch dasselbe seine Nahrung suchen soll. 1.)

1.) Struvius in Decis. jur. opific. Dec. 10.

ermäge ferner die Fertigkeit die ein Mann erhalten muß, der ein und das nemliche Geschäft Jahr aus Jahr ein forttreibet, man vergleiche ferner unsere Wohnungen, Hausgeräthe und Kleidungsstücke mit dem wie das alles noch in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war und beantworte sich dann mit Unbefangenheit die Frage: ob das, wenn nach Aufhebung der Zünfte, der Schmidt auch ein Schlosser, der Zimmermann auch ein Schreiner, der Schuhmacher auch ein Sattler geworden, in der Mitte des gegenwärtigen Jahrhunderts noch so seyn werde.

So viel im Allgemeinen und nun zur Beantwortung des Besonderen und zwar des Herrn W a n g e m a n n.

Die Definition desselben paßt auf die heutigen Zünfte nicht, weil die Zahl ihrer Mitglieder nicht von ihnen sondern von ihrer Obrigkeit abhängt, die das Meisterrecht gemeiniglich in einemhin mit dem Bürgerrecht ertheilet, weil sie keine andere als solche Gesetze haben dürfen, die ihnen der Regent gegeben oder doch gebilligt hat, und daß es jedem der Beruf und Geschick dazu fählet frei stehet, sich seine Bedürfnisse selbst zu verfertigen.

ad A.) 1.) Da jede Zunft aus mehreren Mitgliedern bestehet die alle von ihrem Handwerk leben wollen und da jeder Mann freie Wahl unter ihnen hat, diesen Zweck nur durch Güte der Arbeit und Billigkeit des Preises erreichen können, so ist nicht abzusehen wie dieser Preis zu einem Monopolienspreis gestempelt werden möge. In den Fürstlich Oranien-Nassauischen General-Zunft-Artikeln vom 10ten October 1779. war schon versehen daß diejenige welche das Meisterrecht in einer Stadt oder Landzunft erhalten, erstere in allen Städten und letztere überall auf dem

Landen arbeiten durften. Nach der Herzoglich- und Fürstlich-Nassauischen Verordnung vom 24ten Septbr. 1808 ist sämmtlichen inländischen Handwerkern gestattet ohne alle Abgabe aus einer Stadt oder Dorf oder Amt in ein anderes ungehindert zu arbeiten. Nachheifer wird da gewedt wo man sich als einen besondern Stand ansieht, dies beweist die Geschichte der Technologie. Derselbe beruhet aber nicht auf einem numero infinito sondern wann nur ein numerus da ist, wo aber kein numerus ist, da gibt's Monopolisten, die Zünfte sind also keine Monopolisten.

ad 2.) Müssen dann alle Menschen auf die nemliche Art produziren?

ad 3.) Ist gegen alle Erfahrung und schon oben im voraus beantwortet.

ad. B.) 1.) Durch das Rescript Kaisers Franz I. vom 4ten August 1764. sind die Meister berechtigt so viel Arbeiter, Gesellen und Lehrlingen zu halten, als sie gut finden.

ad 2.) Wann durch veränderte Zeiten und Sitten ein Handwerk ganz oder zum Theil eingeht dann werden die Meister desselben schwerlich auf den Einfall kommen ein neues zu erlernen. Sie werden vielmehr auf andere Erwerbszweige deren es so viele gibt, denken, und jede Obrigkeit wird es sich zur Pflicht rechnen, die ihnen dabei entgegentretende Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Ihre eigene Thätigkeit muß indessen immer vorangehen. Früher kann die Regierung nicht einschreiten, da nach der eigenen Theorie des Herrn Wangemann, der Staat unter keinen Bedingungen einen seiner Staatsbürger durch Zwangsmittel nöthigen darf, sich zu vervollkommen,



seinen physischen Wohlstand zu vermehren oder auch nur seinen Unterhalt zu erwerben.

ad 3.) Herr W a n g e m a n n führt hier die vielen Prozesse der Zünfte als Beispiel an. Aber welche Regierung wird einer Zunft die Führung eines Prozesses gegen eine andere gestatten? Wird sie nicht vielmehr von dem Grundsatz ausgehend, daß die Zünfte keine andere als von dem Regenten gegebene oder gebilligte Gesetze haben dürfen, und daß es mithin einzig und allein auf interpretationem authenticam ankomme, nach summarischer Untersuchung die strittig gewordene Grenzlinie sofort in die gehörige Richtigkeit bringen.

ad 4.) Ueber den Unterschied zwischen Zehren und Zechen habe ich mich in Nr. 4. der Vorschläge so erklärt daß es hoffentlich eines mehreren nicht bedarf. Morgensprachen und Quartale sind längst vergessen. Zunftgenossen, welche, wie Herr W a n g e m a n n sagt ihre Taschen mit Salz füllen um damit den Reiz zum Trinken zu erhöhen, sind mir nie vorgekommen, vielmehr muß ich den Versammlungen die ich zu beobachten Gelegenheit gefunden, Mäßigkeit, Zucht und Ehrbarkeit nachrühmen.

ad 5.) Jedem Meister stehet frei mit den Eltern oder Vormündern eines Lehrlings über eine geringere Lehrzeit übereinzukommen, auch hat er das Recht demselben wann er das, was er zu lernen hatte, wirklich gelernt hat, zu Belohnung guter Aufführung und Application an der noch übrigen Lehrzeit so viel nachzulassen als ihm gefällig ist.

ad 6.) a.) Auch von dem blauen Montag als Regel weiß man wenigstens seit dem Reichsschluß von 1772

nichts mehr. In jedem Stande gibt es indessen von Zeit zu Zeit einen Tag der mit Aussetzung der Arbeit, der Freude und Erholung gewidmet und scherzweise blau genannt wird. Von den Handwerksgefelln ist dabei der geringste Mißbrauch um deswillen nicht zu befürchten, weil die Meister klug genug sind, denselben an den Tagen an welchen sie nicht arbeiten weder Kost noch Lohn zu geben wodurch sich dann das Schwärmen und Müßiggehen von selbst leget. In den angezogenen Dranien-Rassauischen Generalarticeln war auf einen veräumten Arbeitstag der Verlust des ganzen Wochenlohns gesetzt, was jedoch zu hart ist und eben deswegen von keinem Meister in Ausübung gebracht werden wird. — Baumei in seinen penées sagt: es ist unmöglich die Arbeit zu lieben, wenn man nicht das Vergnügen liebt.

ad b.) In den meisten Zunftarticeln ist das Meisterstück vorgeschrieben; wo diese Vorschrift veraltet ist oder gänzlich ermangelt, da ist es die Schuldigkeit des dirigirenden landesherrlichen Beamten, den Abspiranten gegen jede Chikane zu schützen.

ad c.) Der vermögende Lehrling welcher Lehrgeld bezahlt, kann Bedingungen vorschreiben, dagegen muß sich der arme, welchen der Meister gegen verlängerte Lehrzeit ohnentgeltlich aufnimmt und denselben dadurch in Stand setzet sich dereinst ehrlich fortzubringen schon etwas gefallen lassen. In den angezogenen Dranien-Rassauischen Generalarticeln sind zwar über die Behandlung der Lehrlinge zweckmäßige Vorschriften enthalten, indessen hängt doch das Meiste von der Moralität des Meisters ab; der Pfuscher kann eben so leicht unmoralisch seyn als der Zunftgenosse.

ad d.) Für die Kinder der Wafenmeister und Abdecker hat der Reichsschluß von 1772 hinlänglich gesorgt. Aus meiner langen Erfahrung weiß ich indessen zwar einen Fall, daß ein bewittelter Bursche durch Heirath in eine Abdeckerfamilie getreten ist und sich der Handthierung derselben unterzogen hat, dahingegen aber keinen daß ein Sohn aus einer solchen Familie ausgetreten wäre und sich einem andern Gewerbe gewidmet hätte. Die Ursache davon liegt wohl darin, daß diese Leute durch Blutsfreundschaft, Schwägerschaft und Gevatterschaft mit ihren Genossen im Umkreise auf das engste verbunden, eine besondere Kaste bilden, ihre Kinder ihrer eigenen Denkers und Handelsweise gemäß erziehen und damit um so leichter zum Zweck kommen, als die Handthierung nicht nur schon an und für sich einträglich ist, sondern sie sich auch daneben noch mit Heilung der Krankheiten der Thiere, in der Stille auch wohl der Menschen abgeben, und dadurch neben dem Gewinn auch noch eine gewisse Achtung bei dem gemeinen Mann erwerben.

Genug, daß ihnen Thüre und Thore geöffnet sind.

ad 7.) Ist schon im voraus beantwortet. Die Erhaltung des richtigen Verhältnisses zwischen den Ur- und commerziellen und den industriellen Produzenten hängt nicht von den Zünften sondern von den Regierungen ab.

ad C.) I.) In den Landen der Fürsten hatten die Zünfte nie einen Antheil an der Regierung, nur hin und wieder in den vormaligen Reichsstädten einen sehr untergeordneten, der, wann er gehörig behandelt wurde, von wohlthätigen Folgen war und nun ganz wegfällt. Bei Revolutionen, an welche ich übrigens bei Niederschreibung meiner Note nicht gedacht habe

dürfte sich mit Zünften und Korporationen weit eher handeln lassen als mit dem zusammengelaufenen Janhagel.

ad 2.) Lauter vorhin beseitigte *petitiones principii*. Die productive Kraft der Nationalgesamtheit, die, ich wiederhole es, nicht auf eine und die nemliche Art wirken kann behält in der unzähligen Menge von Handthierungen und Erwerbsmitteln einen unermesslichen Spielraum.

Nun zu den Ansichten des Herrn Emmermann.

ad 1.) Die bürgerliche Verbesserung der Juden, wird nach der bisherigen Erfahrung, da selbst der von dem großen *M a p o l e o n* berufene Sanhedrin der Erwartung nicht entsprochen hat, wenigstens bei den deutschen Juden von irgend einer Verbesserung nichts zu vernehmen gewesen, so lange ein frommer Wunsch bleiben, als die Juden ihre, auf besondere Zeit und Ortsverhältnisse und vorzüglich die gänzliche Isolirung von allen Völkern der Erde gegründete mit der wahren Gottesverehrung und einem tugendhaften Wandel nichts gemein habende Geseze, ihre Vorurtheile und den Talmudistischen Unsinn nicht aufgeben, alles von der christlichen Obrigkeit erwarten und die Verbesserung selbst nicht auf die Moralität, sondern auf die völlige Gleichheit mit den christlichen Unterthanen und unbeschränkte Theilnahme an allen Gewerbsweigen berechnen. Daß hier die wenige aufgeklärte welche es gerne besser sähen nicht gemeint sind, das bedarf wohl keiner Erwähnung. Stünde der bürgerlichen Verbesserung der Juden weiter nichts als das Zunftwesen im Wege, so würden wir das große Werk bald vollendet sehen.

In der Fürstl. Primatischen neuen Stättigkeits und Schutzordnung der Juden zu Frankfurt a. M. vom

30ten Novbr. 1807. (Rh. B. v. W. B. 5. S. 303. auch zu Frankfurt auf 40 S. 4. besonders gedruckt.) heißt es wörtlich:

§. 113. Jedem Meister in welcher einer Zunft oder Innung, steht frei, nach seinem Gefallen Jungen und Lehrlinge jüdischer Nation an und in die Lehre zu nehmen und sie auszuweisen, weshalb sie auch von dem Handwerk ohnweigerlich eingeschrieben und aufgedingt werden müssen. Es wird hierin der jüdischen Gemeinde, aller Schutz gegen Widersprüche anderer Mitmeister oder der Zunft zugesichert.

§. 114. Ist solch ein Junge ausgelehrt, so erhält er seinen ordentlichen Lehrbrief vom Handwerk. Die Erfahrung wird lehren ob und welcher gedeihliche Erfolg von dieser, der jüdischen Gemeinde verschafften Befähigungsgelegenheit, zu erwarten sey.

Der Voraussetzung des Herrn E m m e r m a n n zuwider sind hiernach wie ich von sicherer Hand weiß bis jetzt über 30 jüdische Knaben in die Lehre getreten, und von den Frankfurter Zunftgenossen mit offenen Armen aufgenommen worden.

Die Großherzoglich Badische und Königl. Württembergische Verordnungen vom 13ten Januar und 5ten Oktober 1809 (Rh. B. v. W. B. 13. S. 259. mit einer allgemeinen Beherzigung verdienenden Einleitung) sodann die Herzoglich Sachsen-Meiningische vom 5ten Januar 1811. (Rh. B. v. W. B. 19. S. 91.) gehen noch weiter, indem beide erstere die Juden nicht nur zu Treibung und Erlernung bürgerlicher Gewerbe und Handwerker auffordern und befähigen, sondern ihnen auch wann sie sich genugsam dazu qualifizirt haben

werden, daß Meisterrecht ohnbedingt, letztere aber auf allen Fall die Freimeisterschaft zusichern.

Keine wohlgeordnete Regierung wird Anstand finden je nachdem sie den Juden alle schon völlig gleiche Rechte mit den übrigen Unterthanen erteilt oder ihnen dieselbe noch vorbehalten hat, gleiche Verordnungen ihren Generalzunftartikeln einzuverleiben und mit Ernst darüber zu wachen. Daß übrigens die Befähigung der Juden zu Professionen und Handwerkern so viel bewirken werde, als man sich hin und wieder davon zu versprechen scheint, das läßt sich wohl um deswillen bezweifeln, weil der Jude wegen seines Sabbath's nur 5 Tage in der Woche arbeiten kann; seine Feiertage mit den christlichen nicht zusammentreffen, er auch mit dem christlichen Meister nicht essen darf; Umstände die dem jüdischen Meister in der Konkurrenz mit dem christlichen nachtheilig, dem Lehrling, und noch mehr dem wandernden Gesellen aber oft unbezwänglich seyn werden.

ad b.) Bei dem allgemeinen Ringen und Streben nach höheren Sphären und den durch den Geist der Zeit erweiterten Zugängen, werden Eltern aus den gebildeten Ständen ihre Söhne dem Handwerksstande schwerlich widmen wollen; auf allen Fall aber steht ihnen ja frei, über die Art und Weise wie sie ihren Sohn gehalten wissen wollen, mit dem Meister übereinzukommen.

ad c.) Wie Herr Emmermann sich hier in eine Digression über Anarchie verstreuen können, das weiß ich nicht, das aber gewiß, daß ich, da die angefochtene Note und der Aufsatz dem sie zur Einleitung dient, weder das Wort Anarchie noch eine Aeußerung

enthalten, die auch nur von ferne darauf gedeutet werden möchte, ihm keinen Anlaß dazu gegeben, und also auch nichts darauf zu antworten habe. Meine Bemühung war allein auf die Erhaltung der Jahrhunderte hindurch erworbenen Kunstfertigkeiten gerichtet und nur in dieser Hinsicht habe ich gesagt daß man die Zünfte wann sie aufgelöst worden, und Pfuscher an die Stelle der Meister getreten seyn würden, schon in den ersten 10 Jahren zurückwünschen dürfte. In Frankreich soll dieses wirklich der Fall seyn und unter der Hand an der Reorganisation derselben gearbeitet werden.

ad d.) Das Argument: daß das, was in der nun vernichteten germanischen Verfassung seinen Grund gehabt, nicht weiter gelten könne, verdient die ernstlichste Beherzigung jedes biebern Deutschen. Ich bin kein unbedingter Laudator temporis acti. Ueber das was ich aus der Theorie davon wußte habe ich in 50 Dienstjahren Gelegenheit genug gehabt, Stärke und Schwäche der alten Verfassung practisch kennen zu lernen. Daß ich mich auch in die neuen zu schicken gewußt, das habe ich als Schriftsteller \*) und als Geschäftsmann gezeigt. Ich darf also wohl fragen, was wir dann, wenn das Argument des

---

\*) Als Schriftsteller war ich der erste der sine iro et studio eine unpartheiische Auslegung der Artikel 26. 27. 28. u. 34 der Nh.-Konföderation vom 12ten July 1806 versuchte (Nh. B. v. W. B. 2. S. 66.) und demnach das Vergnügen hatte diesen Versuch mit dem Beifall des verewigten Johs. von Müller beehrt zu sehen (Jen. allg. Litt. Zeit. Nr. 85. 1807. S. 65. folgte.)

Herrn Emmermann in der Allgemeinheit je angenommen werden könnte, an die erledigten Stellen zu setzen hätten. Meiner Seits wüßte ich nichts anzugeben als die Rh. Konföderation vom 12ten July 1806. und den Code Napoleon, zwei Normen, welche, da die eine auf die Trümmer der deutschen und die andere auf die neue französische Verfassung gebaut ist, einander widersprechen, die eine über das schon bewirkte Gute das Größere noch erwarten läßt, und die andere, da, wie der Rezensent der Rechtswissenschaft des Gesetzbuchs Napoleons und der übrigen bürgerlichen Gesetzgebung des Königreichs Westphalen von Fr. Carl v. Strombeck, in den Götting. Gelehrten Anzeigen vom Jahr 1811. St. 159. S. 1577. sich ausdrückt, ihre Vorzüge darin bestehen, allgemeine Rechtsgrundsätze in großen Ansichten festzusetzen, Vorschriften, fruchtbar an Folgerungen aufzustellen und nicht in das Einzelne solcher Fälle herabzusteigen welche aus einem Rechtsgeschäfte entstehen können, eben dadurch aber der Thätigkeit des Richters ein weites Feld öffnet und ohne die alte entbehrlich zu machen, die Gründung und Ausbildung einer neuen Jurisprudenz erfordert, auch wie es alle bisherige Versuche gelehrt haben, ohne bedeutende Modifikationen nicht eingeführt werden können. Doch ich enthalte mich alles weiteren, da Gelehrte, erfahrene und geschäftskundige Männer von acht deutschem Schrot und Korn, in der Erwägung wieviel auf den entscheidenden Charakter einer Nation ankomme, ihre Stimme laut erhoben, und diesem Waldstrom einen Damm entgegengesetzt haben, den er wohl nicht übersteigen wird.



ad e.) Von Manufacturisten ist nicht die Rede sondern von zünftigen Handwerkern; beide sind so sehr verschieden daß sie sich in ihrem Wirkungskreis nicht hindern, sondern sehr oft wechselseitig unterstützen. Jene erfordern Genie, diese Handgriffe und Kunstfertigkeiten, die sich allein von ihnen, von Pfuschern aber schlechterdings nicht erwarten lassen.

ad f.) Meine Vergleichung des Handwerksstandes mit dem des Gelehrten gehet nicht weiter und konnte der Natur der Sache nach nicht weiter gehen, als daß der sich dem einen oder dem andern widmende Jüngling jener bei einem Meister dieser auf dem Gymnasium, jener auf der Wanderschaft, dieser auf der Universität, die zu dem erwählten Fach erforderliche Kenntnisse stufenweise zu erlernen und auszubilden nach der Zurückkunft in das Vaterland, jener durch das Meisterstück und dieser durch eine öffentliche Prüfung die Proben über die erworbene Kenntnisse abzulegen und dadurch die Erlaubnis zu erwirken hätte, das Erlernte als Nahrungsquelle zu benutzen.

Wie dieses Herrn Emmermann auffallen, noch mehr, wie er sich erlauben mögen der so deutlich ausgesprochenen öffentlichen Prüfung nach der Zurückkunft in das Vaterland die academische Würden unterzuschieben, diesen Würden und den Universitäten selbst, Absichten und Zwecke beizulegen, die mit denen welche sie wirklich haben in dem entschiedensten Widerspruch stehen, das alles, sowie den Ton in welchem es gesagt worden, glaube ich der eigenen Würdigung des unbefangenen Lesers ohne weiteres anheim stellen zu müssen.

ad g.) Würden dann auf diese Art eingerichtete Handwerker etwas anders seyn, als nach meinen Vorschlägen: verbesserte Zünfte.

ad h.) Hier hat mich meine langjährige Erfahrung im Gegentheil belehrt, daß diejenige welche nie über ihre Vaterstadt hinausgekommen, hinter denen welche sich auf der Wanderschaft ausgebildet hatten, in Kunstfertigkeit und äußerem Anstand sehr weit zurückgeblieben sind, und sich noch im Alter durch eine gewisse Einseitigkeit ausgezeichnet haben. Wenn alle Bundesfürsten einen Länderumfang wie Baiern, Residenzen wie München und seine Umgebungen, Kunststädte wie Nürnberg und Augsburg hätten, dann möchte es mit der Beschränkung des Wanderers auf das eigene Land wohl hingehen, und doch stehet von den liberalen Gesinnungen der Baierschen Regierung zu erwarten, daß sie dem der auch noch ausländische Werkstätten zu besuchen wünscht, die Erlaubnis dazu nicht versagen werde. Uebrigens ist das Wandern durch die allgemein eingeführte Militair-Conscription schon so erschwert, daß es einer weiteren Beschränkung nicht bedarf.

ad i.) Bis dahin also daß die Gesamtkraft der Rheinischen Konföderation sich über das angetragene Fundamentalgesetz und den gemeinschaftlichen Schlag vereinigt, dürfte es wenigstens rathlich seyn, das Zunftwesen in den einzelnen Bundesstaaten zu verbessern, auf welchen Fall ich dann meine ohnmaßgeblichen Vorschläge zur Prüfung und gutfindenden Gebrauch vorstelle.

Herr Regierungs-Advokat K r e m m e r in Meiningen hat sich für die Beibehaltung und Verbesserung der Zünfte erklärt. (Rh. B. v. B. B. 8. S. 230.)

Seine bescheiden und anspruchlos vorgetragenen Gründe konzentriren sich nach einer zweckmäßigen Warnung vor Uebereilung dahin: „Da die industrielle „Production außer dem erforderlichen Kapitalstoffe „einen weit geringeren Grad von Anstrengung bedür- „fe als die Urproduction, so werde bei diesem so „mächtigen Reiz die unbedingte Gewerbefreiheit der „Urproduction zu viele Hände entziehen, der Aus- „tritt aus den Klassen der übrigen Produzenten zu be- „trächtlich und dadurch der Drang zur industriellen „Production zu stark werden, die industrielle Pro- „duction werde an Qualität der Producte verlieren „und nur an Quantität gewinnen, nicht alle würden „von dieser Gattung der Production leben können, es „werde den Produzenten schwer ja oft unmöglich seyn, „ihr einmal ergriffenes Gewerbe zu verlassen und ent- „weder ein neues oder (dem Prinzip der Theilung „der Arbeit entgegen) ein andres zu wählen das sie „noch daneben treiben könnten, diese Schwierigkeit „seinen Wohlstand zu verbessern müsse in jeder Hin- „sicht die industrielle Production lähmen und die „Veredlung der Gewerbe hindern, die Größe der „Koncurrenz werde eine große Zahl industrieller Pro- „duzenten deren Kapitalstoff gering sey entweder zu „Armen oder zu Puschern machen, diejenigen deren „Kapitalstoff beträchtlich sey würden die Koncurrenz „niederdrücken und sich auf diese Art zu Monopoli- „sten emporheben, es könne Fälle geben, wo die „industrielle Production einer Nation aufhöre ökono- „misch zu seyn; der Mensch werde bei gänzlicher

„Freiheit der Gewerbe, und der hohen Meinung die  
 „er von seinen Talenten hege, sich zu jedem Gewerbe  
 „berufen glauben, alles Streben nach Vollendung,  
 „Fortpflanzung und Vererbung der Gewerbekennthiffe  
 „von Generation zu Generation, dieser schöne Zug  
 „des Zunftsystems müsse verschwinden, an eine ge-  
 „wisse Vereinigung der Zunftgenossen, an gemeinschaft-  
 „liche Berathung über die Ausbildung der Gewerbe  
 „sey nicht zu denken. Obgleich die Nationalöconomie  
 „die höchstmögliche Erhöhung der productiven Kraft  
 „und also Beförderung der freien Concurrenz gebiete,  
 „so scheine sie doch nicht die totale Vernichtung der  
 „Zunftverfassung und vollkommene Gelderwerbsfreiheit  
 „sondern nur eine durchgreifende Reform und Um-  
 „wandlung derselben und der Gebrechen zu fordern,  
 „welche bloß aus der Geschichte der Gründung der  
 „Gewerbe erklärt werden müßten und nicht in das  
 „Zunftsystem verwebt seyen. In der That stimmten  
 „jetzt die mehrsten Schriftsteller auch aus andern als  
 „nationalöconomistischen Gründen für eine zweckmäßi-  
 „ge Reformation, für Aufhebung des Widerrechtli-  
 „chen und der Mißbräuche besonders für Vertilgung  
 „der geschlossenen Innungen, nicht aber für die gänz-  
 „liche Aufhebung der Zünfte. Sie stimmten alle dar-  
 „in überein, daß nicht das ganze System an sich,  
 „sondern nur einige Geseze dem Prinzip des Rechts  
 „und der Nationalwirthschaftslehre widerstrebten,  
 „daß seine Vortheile für den Nationalwohlstand (nur  
 „dem physischen und moralischen Zustande der heuti-  
 „gen Menschen angepaßt!) und daß die Reform von  
 „dem allgemeinen Bundestag zu erwarten sey.“

Die Einkleidung und die Erwartung der Reform von dem Bundestag abgerechnet, stimmen diese Gründe mit den meinigen im Wesentlichen überein. Ich kann also keinen Anstand nehmen, dieselben zu unterschreiben.

Wie ich so weit gekommen bin, stoße ich in der Person des Großherzogl. Hessischen Herrn Geheimenraths und Direktors des Hofgerichts zu Gießen Freiherrn v. Stein auf einen dritten Gegner. (Rh. B. v. B. B. 15. S. 292.)

Da ich die Gründe welche meiner Einsicht und Erfahrung nach die Beibehaltung der Zünfte nothwendig machen; an- und ausgeführt und die welche man denselben entgegenzusetzen vermeinet, beseitigt; dabei auch gezeigt habe daß der sogenannte Zunftzwang wider den der Hauptangriff des Herrn Geheimenraths von Anfang bis zu Ende gerichtet ist, schon lange aufgehoben worden; ohne daß seiner Voraussetzung nach die ganze Zunftverfassung dadurch zusammengeürzt und daß man irgendwo von diesem Zunftzwang etwas übrig geblieben, es nicht die Schuld der Zünfte sondern der Regierungen sey; so glaube ich zu Vermeidung unangenehmer Wiederholungen mich auf die von dem Herrn Geheimenrathe angezogene

1) Beispiele von dem aus vormalig deutschen Reichslanden gebildeten Königreich Westphalen und dem Großherzogthum Berg, sodann Frankreich, England und Rußland; und

Rhein. Bund. XXI. 1.

2) die Aeußerung daß die Zunftverfassung dem Geist des Code Napoleon welcher die persönliche Befreiung von aller Dienstbarkeit und Bannrechten als Grundsatz, aufstelle entgegen und mit einigen Lehren desselben z. B. mit dem Artikel 1787. und folgenden nicht zu vereinigen sey, beschränken zu müssen.

Ich antworte darauf:

ad 1.) Die Beispiele von dem Königreich Westphalen und dem Großherzogthum Berg sind noch zu neu als daß sich etwas daraus folgern ließe.

Vor der Hand wird wohl Alles mit der Ausgebung der Patente und der Disposition über die Zunftkapitalien gethan seyn. Die vorhandene Meister werden auf der einen Seite ihre Lehrlinge und Gesellen und auf der andern ihre alte Kunden behalten, vielleicht auch ihre Verbindungen unter neuen Namen fortsetzen. In der ersten Zeit wird also die Veränderung wenig fühlbar seyn, es aber in dem Verhältniß werden, wie die Meister durch den Tod und andere Zufälle des menschlichen Lebens vermindert, endlich ganz abgegangen und ihre Stellen durch Pfücher eingenommen worden, daß das Publikum alsdann Ursachen genug haben werde die Zünfte zurückzuwünschen, das leidet wenigstens bei mir keinen Zweifel. \*)

---

\*) Wie dieser Aufsatz an die Redaction abgesendet werden sollte fand ich in den Göttingischen gelehrten Anzeigen 1812. Nr. 187. unter den von der Königlichen Societät der Wissenschaften daselbst für das Jahr 1812. aufgegebenen Preisfragen auch die: Wie können die Nachteile welche nach Aufhebung der Zünfte oder Gilden entstehen, verhütet oder vermindert werden? Zum sicheren Beweis daß schon jetzt in dem Königreich Westphalen Nachteile merklich geworden seyn müssen.

Wie man in Frankreich schon jetzt die Sache mit andern Augen ansehe als vorhin, das habe ich bereits oben bemerkt. In dem Großherzogthum Baden welches unter allen Bundesstaaten, in der größten Länge an Frankreich grenzet hat man wahrscheinlich aus dieser Ursache die französische Einrichtung nicht nur nicht adoptirt, sondern im Gegentheil in der landesherrlichen Verordnung die Grundverfassung der verschiedenen Stände betreffend vom 4ten Juni 1808. (Rh. V. v. W. B. 10. S. 126 — 131.) dem Kunstwesen seine Fortdauer zugesichert. In Absicht auf England und Rußland müßte man, um sicher urtheilen zu können, von beiden Reichen die Geschichte der Verfassung des Handwerksstandes bis zu ihrer Aufhebung, die Aufhebungsakten selbst und ihre Folgen vor sich haben. In dem Charakter des Engländers liegt es einmal nicht, Alles sehn und Alles machen zu wollen, vielmehr weiß man daß er in der Regel einzelne dem ersten Ansehen nach oft unbedeutende Stücke erwählet und mit rastloser Thätigkeit so lange bearbeitet, bis er sie auf den höchstmöglichen Grad gebracht hat, und daß eben hierin die hohe Vollendung seiner Handarbeiten zu suchen sey.

ad 2.) Der angezogene Art. 1787. welcher der Section III. Tit: VIII. Chap. III. Des devis et des Marchées nach der Uebersetzung des Herrn Gerhards, von der Uebernahme bestimmter Arbeiten nach einem gewissen Anschlage oder Accorde zur Einleitung dienet, lautet wörtlich so: *Lorsqu'on charge quelqu'un de faire un ouvrage on peut convenir qu'il fournira seulement son travail ou son industrie ou bien qu'il fournira aussi la matière* und redet nicht von einzelnen Handwerkern sondern von den in Frankreich

mehr als irgendwo gewöhnlichen Entrepreneurs, steht also wenn der Code Napoleon auch ohne alle Modificationen eingeführt wird, der Beibehaltung des Zunftwesens nicht im Wege.

Wie übrigens meiner Einsicht und Erfahrung nach, der wichtigste Schritt zur Verbesserung und deren Erhaltung für die Zukunft in der Aufhebung der besonderen Oberzunftmeisterstellen und deren Uebertragung an die Jurisdiktionsbeamten besteht, so bemerke ich nur noch beiläufig, daß derselbe in dem ganzen Administrationsbezirk der Regierung zu Weilburg nach und nach, und zuletzt in den Jahren 1804 und 1805 ohne Anstand geschehen ist.

Weilburg den 15ten Nov. 1811.

W. L. Medicus.

~~~~~



## 4.

Weitere Nachrichten von dem zur Regulirung des Kur- und oberrheinischen Kreis-Schulden und Pensionswesens zu Frankfurt versammelten Konvent.

---

Ueberzeugt, daß es für die höchsten Souveraine, welche bei der Regulirung des Kur- und oberrheinischen Kreis-Schulden und Pensionswesens betheilet sind, und vorzüglich für die sämmtlichen Gläubiger und Pensionisten des ehemaligen Kur- und oberrheinischen Kreises, von besonderm Interesse ist, den gegenwärtigen Zustand dieses wichtigen Gegenstandes zu kennen; so fahren wir fort, die Nachrichten von desselben weiterem Fortgange, welche wir jedesmal aus ganz verlässigen Quellen schöpfen, in dieser Zeitschrift mitzutheilen.

## § I.

Am 3ten Februar 1812 ließ der Fürstprimatliche Kommissarius, der Großherzoglich Frankfurtsche Herr Geheimerath von Roth, unter den zu Frankfurt anwesenden Hrn. Bevollmächtigten Kommissarien bei dem Konvente das Kur- und oberrheinischen Kreis-Schulden- und Pensionswesen betreffend, dem Königlich Baiserischen Herrn Staatsrath und Gesandten

Herrn

Geheimen Legationrath von Plitt, dem Großherzoglich Badenschen Herrn Gesandten Freiherrn v. Seckendorf, dem Großherzoglich Hessischen Herrn Geheimenrath Freiherrn v. Wiesenbüten wegen Heßen und Waldeck, für die abwesenden, Herzoglich Nassauischen Bevollmächtigten, Herrn Geheimenrath Handel und Fürstlich Isenburgischen Herrn Regierungsrath Kopp wurden Abschriften besorgt zur Beförderung der Regulirung des Kur und oberrheinischen Kreis-Schulden und Pensionswesens, eine Circularnote folgenden Inhalts, umtheilen.

#### I. Bei dem Rurrheinischen Kreise.

Fürstprimatisher Kommissarius hat bereits am 18ten Julius vorigen Jahres einen neuen Vorschlag \*) wie das Rurrheinische Kreis-Schulden- und Pensionswesen, gänzlich auseinander gesetzt werden könne, in das Rurrheinische Kreisprotokoll gelegt, und die übrigen Herrn Kommissarien anbei ersucht, diesen Vorschlag zu prüfen, und, wenn er ihren Beifall erhielt, ihren Höchsten Herrn Kommittenten zur Annahme zu empfehlen.

Da aber hierauf noch zur Zeit keine Abstimmung erfolgt ist; so findet sich Fürstprimatisher Kommissarius veranlaßt, diesen Gegenstand, in der reinsten Absicht, die gerechteste und dringende Förderung und Erwartung der Rurrheinischen Kreisgläubiger und Pensionisten zu befördern, in Erinnerung zu bringen,

---

\*) Dieser neue Vorschlag ist abgedruckt in Winkopp Rheinischer Bund, N. 57. S. 325.

damit diese Sache, nach dem rühmlichen Beispiele des schwäbischen und fränkischen Kreises endlich einmal zum Ende gebracht werden könne.

Die Einrede, daß noch zur Zeit nicht alle, bei dem Rurrhein betheilte Souveraine, bei dem Konvente erschienen sind, kann die übrigen von ihrer gesetzlichen Obliegenheit nicht befreien.

Fürstprimatisher Kommissarius bemerkt anbei, daß, nach dem Inhalte seines Vorschlages, Westphalen an der Rurrheinischen Kreisschuld, Nichts, und Berg kaum Etwas zu zahlen habe, — und daß demnach, wenn die bei dem Konvente, durch Bevollmächtigte, wirklich erschienene Souveraine, mit dem Vorschlage des Fürstprimatischen Kommissarius einverstanden sind, und demnach die Berichtigung der Rurrheinischen Kreis-Schulden- und Pensionen auf sich nehmen, die ganze Sache, ohne weiters, abgethan ist, wobei sich von selbst versteht, daß der Konvent die rückständige Paktitiengelder von den betreffenden Behörden einfordern werde.

Schließlich bemerkt Fürstprimatisher Kommissarius, daß der Königlich Baiersche Herr Staatsrath und Gesandte v. Zwack, ihm, die Anzeige gemacht habe, daß Se. Königl. Majestät von Baiern, an der Regulirung des Kur- und Oberrheinischen Kreis-Schulden- und Pensionswesens, bei dem Konventenunmehr Antheil nehmen — und er seine Vollmacht, alsbald einbringen werde — auch daß der Großherzoglich Badensche Herr Gesandte Freiherr v. Seckendorf, eine erneuerte Vollmacht von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Baden bei dem Kongress

wegen Berichtigung des Kur- und Oberrheinischen Kreis-Schulden und Pensionswesen am 26ten Novbr. 1811. eingereicht habe.

## II. Bei dem Oberrheinischen Kreise.

Fürstprimatistischer Kommissarius: Um die Regulirung des Oberrheinischen Kreis-Schulden und Pensionswesen zu befördern, ist vor Allem nothwendig, daß man sich darüber verstehe:

1.) Ob und welche Ausstände exigibel oder nicht exigibel —

2.) für welche Ausstände eine rechtliche Entschuldigung obwalte oder nicht? Dann

3.) wie viele Römermonate zur Berichtigung der Oberrheinischen Kreis-Schulden und Pensionen erforderlich? Insonderheit

4.) ob an Frankreich das Ansinnen zu machen sey, daß Frankreich den Matrikularmäßigen Antheil, der jenseits Rheins gelegenen Kreislande übernehmen möge, oder

5.) ob dieses Ansinnen nicht zu machen, und sofort der Antheil der jenseits Rheins gelegenen weltlichen Kreislande, an den Kreisschulden, denjenigen Landesschulden beizuzählen, welche von den entschädigten Fürsten, ohne Belästigung ihrer neuen Unterthanen, zu übernehmen seyen.

Fürstprimatistischer Kommissarius bemerkt:

ad 1.) Er habe das von dem Oberrheinischen Kreis-Obereinnehmer Bally gefertigte Verzeichniß der Rückstände bei der General- und Spezialkasse bis Ende Februar 1805, sub (26) dem Konventsprotokolle am 10ten Dezember 1805 bereits beigelegt.

ad 2.) ersucht er diejenigen Herrn Bevollmächtigte, deren Höchste Kommittenten eine rechtliche Entschuldigung in Ansehung ihrer Rückstände für sich zu haben glauben, solche dem Konvente vorzulegen — oder überhaupt abzustimmen, was in Ansehung der Rückstände zu verfügen seyn möge.

ad 3.) Zur Beförderung dieses Punktes, legt er, unter Bezug auf seine Bemerkungen, den alten und neuern Matrikel betreffend, einen Entwurf zum neuesten Matrikel, nach den jetzigen Verhältnissen, dem Konvente zur Prüfung vor.

ad 4. u. 5. bemerkt er, daß Fürstprimas und der Großherzog von Baden ihre Meinungen zu Protokoll bereits dahin geäußert haben, daß von dieser Anfrage bei Frankreich zu abstrahiren — und daß dieser Antheil, in weiterem Gefolge des Reichsschlusses 1803. §. 84. denjenigen Landesschulden beizuzählen sey, welche von den entschädigten Fürsten zu übernehmen sind.

---

E n t w u r f  
einer Oberrheinischen Kreis-Matrikel  
zum  
Behuf der Regulirung der Oberrheini-  
schen Kreisschulden, verfertigt im  
Jänner 1812.

		zur Generalkasse,		zur Spezialkasse.	
		fl.	fr.	fl.	fr.
<b>Frankreich.</b>					
a.)	Wegen Salm Salm	31	= 30 $\frac{1}{4}$	31	= 30 $\frac{1}{4}$
b.)	— Salm-Kyrburg	28	= 19 $\frac{1}{4}$	28	= 19 $\frac{1}{4}$
c.)	— der Rheingrafen	56	= 10 $\frac{1}{2}$	56	= 10 $\frac{1}{2}$
d.)	— des Hessen-Kas- selschen Antheils von der Nieder- grafschaft Katzen- elnbogen . . .	64	—	—	—

Summa	180	—	116	—
-------	-----	---	-----	---

**Fürst Primas.**

a.)	Wegen Fulda . . .	246	= 39 $\frac{1}{4}$	246	= 39 $\frac{1}{4}$
b.)	— Hanau Münzen berg . . .	183	= 40 $\frac{3}{4}$	—	—
c.)	— Solms Ködel- heim. . .	1	= 47	1	= 47
d.)	— Frankfurt . .	500	—	500	—
e.)	— Wezlar . . .	32	—	32	—
Summa		964	= 7 $\frac{1}{2}$	780	= 26 $\frac{1}{2}$

zur Generalkasse.		zur Spezialkasse.	
fl.	fr.	fl.	fr.

## Bayern.

a.)	Wegen Pfalz Simmern	10 122	20	—	—
b.)	— Zweibrücken	187	—	—	—
c.)	— Brezenheim ( modo Lindau )	8	—	8	—
d.)	— Dachstuhl (modo Dettingen Waller- stein.)	16	—	16	—
Summa		333	20	24	—

## Württemberg.

a.)	Johannitermeister, nicht ganz $\frac{1}{2}$ oder ungefehr	6	—	6	—
b.)	Wegen Oberstein	7	—	7	—
c.)	— Wartenberg, ( modo Roth	7	12	7	12
d.)	— Allbrücken, (modo Hegbach zur Hälfte	8	—	8	—
Summa		28	12	28	12

## Westphalen.

Wegen Heßen = Kassel	1032	45	—	—
Summa per se				

sur Generalkasse.		sur Spezialkasse.	
fl.	fr.	fl.	fr.

## B a d e n.

a.)	Wegen Vorder- und Hinter-Sponheim	90	—	90	—
b.)	— Speyer	100	—	100	—
c.)	— Straßburg (ehedin ein Status pactitius.)	76	—	76	—
d.)	— Basel, (modo Schlingen)	3	= 6	3	= 6
e.)	— Johannittermeister	9	= 5	9	= 5
f.)	— Odenheim	10	= —	10	= —
g.)	— Hanau Lichtenberg $\frac{1}{2}$	35	= 40	—	—
h.)	— dem Amt Lahr	15	—	15	—
i.)	— Leiningen Hardenburg zu $\frac{2}{3}$	13	= 20	13	= 20
k.)	— Leiningen-Falkenburg (modo Neudenau und Biligheim)	30	—	30	—
Summa		382	= 11	346	= 31

## B e r g.

a.)	Wegen Alt Leiningen-Westerburg	3	= 25 $\frac{2}{3}$	3	= 25 $\frac{2}{3}$
b.)	— Neu L. W.	6	= 20 $\frac{2}{3}$	6	= 20 $\frac{2}{3}$
Summa		9	= 46	9	= 46



zur Generalkasse		zur Spezialkasse	
fl.	fr.	fl.	fr.

## Hessen.

a.)	Wegen	Heßen Darmstadt	634 == 11	—	—
b.)	—	Worms zu $\frac{7}{10}$	26 == 15	26 == 15	
c.)	—	Fuld . . . . .	5 == 20 $\frac{1}{2}$	5 == 20 $\frac{1}{2}$	
d.)	—	Hanau = Lichtenberg			
		zu $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{2}$	14 == 20	—	—
e.)	—	— Münzenberg	46 == 19 $\frac{1}{2}$	—	—
f.)	—	Solms Braunfels .	54 == 40	54 == 40	
g.)	—	Rödelheim . . . .	22 == 13	22 == 13	
h.)	—	Laubach . . . . .	35 —	35 —	
i.)	—	Hohensolms . . . .	18 —	18 —	
k.)	—	Lich . . . . .	24 —	24 —	
l.)	—	Königstein . . . .	24 == 30	24 == 30	
m.)	—	Stolberg = Gedern u.	10 —	10 —	
n.)	—	Leiningen = Harden-			
		burg zu $\frac{1}{2}$ . . . . .	6 == 40	6 == 40	
o.)	—	Alt Leiningen Grün-			
		stadt ( modo Ilben-			
		stadt ) : : : . . .	13 == 59	13 == 59	
p.)	—	Neu Leiningen Grün-			
		stadt, ( modo Engel-			
		thal ) : : : . . . .	12 == 41	12 == 41	
q.)	—	Witgenstein = Witgen-			
		stein . . . . .	16 == 48	16 == 48	
r.)	—	— Berlenburg	11 == 12	11 == 12	
s.)	—	Friedberg . . . . .	24 —	24 —	

Summa	1000 == 8 $\frac{1}{2}$	305 == 18 $\frac{1}{2}$
-------	-------------------------	-------------------------

zur Generalkasse.		zur Spezialkasse.	
fl.	fr.	fl.	fr.

## Würzburg.

Wegen Johannitter Meister

ungefähr  $\frac{1}{2}$  oder . . . . . 1 = 40      1 = 40

Summa per se.

## Nassau.

a.)	Wegen Nassau Weilburg	82 = 40	82 = 40
b.)	— — Ufsingen u. Idstein mit Abzug des Amts Lahr	88 = 13 $\frac{1}{2}$	88 = 13 $\frac{1}{2}$
c.)	— Saarbrücken .	34 = 33 $\frac{1}{2}$	34 = 33 $\frac{1}{2}$
d.)	— Ottweiler . .	27 = 33 $\frac{1}{2}$	27 = 33 $\frac{1}{2}$
e.)	— der Hessischen Ämter . . . .	28 = 49	— —
f.)	— Solms Braun- fels. .	65 = 20	65 = 20
g.)	— — Hohen- solms .	30 = 30	30 = 30
h.)	— Königstein . .	55 = 30	55 = 30
i.)	— Anhalt-Schaum- burg . . . .	2 = 40	2 = 40
k.)	— Münzfelden . .	— 54	— 54
l.)	— Erchingen . .	20 —	20 —
Summa		436 = 45	407 = 54

## Waldeck.

	jur Generalkasse.		jur Spezialkasse	
	fl.	fr.	fl.	fr.
Wegen Waldeck . . . . .	120	—	120	—
Summa per se	<hr/>		<hr/>	

## Isenburg.

Wegen Birstein . . . . .	69	=	57	69	=	57
— Wächtersbach . . . . .	22	=	16	22	=	16
— Meerholz . . . . .	14	=	19	14	=	19
— Büdingen . . . . .	23	=	42	23	=	42
Summa	130	=	14	130	=	14

## Wiederholung.

Frankreich . . . . .	180	—	116	=	—
Fürst Primas . . . . .	964	7½	780	=	26½
Bayern . . . . .	333	= 20	24	—	
Württemberg . . . . .	28	= 12	28	=	12
Westphalen . . . . .	1032	= 45	—	—	
Baden . . . . .	382	= 11	346	=	31
Berg . . . . .	9	= 46	9	=	46
Hessen . . . . .	1000	= 8¼	305	=	18½
Würzburg . . . . .	1	= 40	1	=	40
Rassau . . . . .	436	= 43	407	=	54
Waldeck . . . . .	120	= —	120	—	
Isenburg . . . . .	130	= 14	130	=	14
<hr/>					
Summa	4618	= 17¼	2269	=	11¾

## §. 2.

Am 12 ten Februar 1812 hat der Fürstprimatistische Kommissarius abermals eine Circularnote, bei dem obengedachten Konvente, die Abfindung Sr. Königl. Majestät v. Westphalen, mit mehreren oberrheinischen Kreisgläubigern, in Ansehung ihrer oberrheinischen Kreisobligationen, umgetheilt, des Inhalts:

Fürstprimatistischer Kommissarius: Der Königl. Westphälische Staatsraths-Advocat Engelhard, hat dem Fürstprimatistischen Kommissarius, mittels Schreiben dd. Kassel 22ten Mai 1811, eine Abschrift von der Uebereinkunft, zwischen der Königlich Westphälischen Behörde, und mehreren Oberrheinischen Kreisgläubigern, als Inhabern Oberrheinischer Kreisobligationen, mitgetheilt.

Diese Uebereinkunft enthält eine Berechnung der Ratae des Königreichs Westphalen, rücksichtlich der ehemals Hessen Kasselschen Lande, an der oberrheinischen Kreis-Generalkasse Schuld:

Der damalige Herr Staatsrath und Generaldirektor der Königlich Westphälischen Amortisationskasse Freiherr von. Malsburg, hat darin die Westphälische Rata an der gedachten oberrheinischen Kreisschuld, nach Vorschrift des Reichsschlusses vom Jahr 1803, und der rheinischen Bundesakte vom Jahr 1806 beurtheilt, und hiernach durch eine mühsame Vergliederung der oberrheinischen Kreis-Generalkasse Schuld und deren Aktiven berechnet und festgesetzt.

Die in dieser Berechnung angenommene Norm ist die gesetzliche, nach welcher auch die Raten der übrigen an der oberrheinischen Kreisschuld theilten

Souverainen, sowohl an der oberrheinischen Kreis-general- als Spezial-Kasse Schuld, leicht berechnet werden können; und es wäre zu wünschen, daß solche allgemein angenommen werden mögte.

Auch ist zu bemerken, daß, selbst nach dem Dafürhalten des oberrheinischen Kreis-Ober-Einnehmer's Velli, der in der gedachten Berechnung enthaltene Ansaß der Rückstände, so zur Tilgung der oberrheinischen Kreisschuld, nach der Verfügung des Reichsschlusses 1803, No 83 vor Allem, insofern keine Entschuldigung obwaltet, verwendet werden sollen, nach der letzten oberrheinischen Kreisrechnung vom Jahre 1806 eben so richtig ist, welche zur Tilgung der oberrheinischen Kreisschulden mitverwendet werden soll.

Dann ist ferner zu bemerken, daß die verzinsliche Kapitalschuld allerdings in 209, 600 fl. bestehe; und der in der gedachten Berechnung hinzugeschlagene Posten von 18864 fl. 25  $\frac{1}{2}$  kr., der Rückstand der oberrheinischen Kreisbesoldungen ist, die aber nur bis zum 12ten Julius 1806, nemlich bis zur Auflösung der Reichsverfassung dort berechnet sind, die aber wohl weiter berechnet werden müssen.

Gleiche Beschaffenheit hat es mit den in der obgedachten Berechnung der in Anschlag gebrachten Zinsen von der Kapitalschuld bis zum 12ten Juli 1806.

Indem der Fürstprimatische Kommissarius glaubt, die allgemeine Ausgleichung des oberrheinischen Kreisschulden- und Pensionswesens zu befördern, hält er

es für Pflicht, diese von der Königl. Westphälischen Seite, einstweilen einzeln, rühmlich getroffene Berechnung und Uebereinkunft, dem hochansehnlichen Konvent, zum Muster, insoweit solche, dem Gesetze und der allgemeinen Ausgleichung des oberrheinischen Kreisschulden- und Pensionswesen angemessen ist, in der Anlage, Lit. A. mitzutheilen.

---

Lit. A.

### Generaldirektion der Amortisationskasse.

Kassel den 27ten März 1811.

Mein Herr Staatsrath Advokat! Ich habe zwar kein Bedenken getragen, den Theil der Kreisschulden des vormaligen Oberrheinischen Kreises, welcher auf den vormaligen Kurhessischen Kreisländern haftet, als Reichsschuld anzuerkennen, und werde darüber den Interessenten hiesiger Stadt, in deren Namen Sie unterm 31ten Januar d. J. um die Aufnahme nachgesucht haben, demnächst Westphälische Obligationen ausfertigen lassen.

Die von Ihnen aufgestellte Berechnung der Quote der Gesamtschuld, welche von der Amortisationskasse zu übernehmen seyn würde, kann jedoch hierbei nicht zum Grunde gelegt werden, ich habe mich vielmehr veranlaßt gesehen, dieselbe nach folgenden auf dem Reichs-Deputations-Hauptschluß vom Jahre 1803 und der Rheinischen Bundesakte beruhenden Grundsätzen aufstellen zu lassen.

- 1.) Der Betrag der Schulden wird so angenommen, als er aus der letzten förmlich abgehörten Rechnung des Kreiseinnehmers Belli, welche mit Ende Februar 1806 schließt, dann aber bis zum 12ten Juli 1806 als dem Tage der Aufhebung des deutschen Reichs fortgeführt ist, hervorgeht. Eben so wird dieselbe auch bei Angabe des Aktivbestandes der Oberrheinischen Generalkasse, die hier nur in Betrachtung kommen kann, und der Matrikularanschlüge der einzelnen Kreisstände als Grundlage angenommen.
- 2.) Zu Tilgung der Schulden werden die Ausstände gedachter Kasse benutzt, und nur, sofern diese nicht hinreichen, der Rest durch Kreisrömermonate aufgebracht. Reichs-Deputations-Hauptschluß d. d. 25ten Februar 1803 §. 83. bestätigt durch Rheinische Bundesakte Art. 2.
- 3.) Frankreich übernimmt den auf den ihm abgetretenen jenseitigen Theilen des vormaligen Oberrheinischen Kreises haftenden Matrikularanschlag nicht, dieser fällt vielmehr auf die Fürsten, welche wegen jener Länder diesseits Rheins entschädigt sind, so wie diese auch den Matrikularanschlag derjenigen zu tragen haben, welche unter ihre Souverainität gekommen sind, und nur der Theil der abgetretenen geistlichen Kreislande fällt ohne Uebertragung hinweg und vermehrt die Schuldenmasse der diesseits Rheins übrigen Kreisgebiete. Reichs-Dep. Hpt. Schluß §. 84. Rheinische Bundesakte Art. 29.
- 4.) Was von dem Matrikularanschlage gilt, gilt auch aus gleichen Gründen von den an die Kreis-kasse zu entrichtenden Resten.

- 5.) Die in der Rechnung als liquid angeführten Forderungen einzelner vormaligen Kreisstände werden quoad summam concurrentem mit ihren Resten kompensirt; Endlich werden
- 6.) die ausstehenden Vorschußgelder gleich den Resten, welche beide eingetrieben werden müßten, als zur Bezahlung der Schuld verwendet, angenommen.

Nach diesen Grundsätzen beträgt nun, wie die abschriftlich. anliegende Rechnung nebst Anlagen näher ergeben wird, der Theil der Schuld, welchen die Amortisationskasse zu übernehmen hat, nebst Zinsen bis Ende 1810 überall 144,646 Fr. 16 Et. zu 5 pr. Et. auf welche ich die ganze Schuld habe reduzieren lassen, da die Gläubiger nur fünfprozentige Obligationen besitzen. Darüber werden 123,000 Fr. in Obligationen au porteur und 21646 Fr. 16 Et. baar bezahlt werden.

Sobald Ihre Herren Mandanten, wie ich nicht zweifle, diese Berechnung, von welcher Berechnung ich mich nicht im Stande sehen würde, als richtig anerkannt und Sie mir den Betrag von 123000 Fr. in alten Oberrheinischen fünfprozentigen Obligationen, nebst Coupons vom 1ten July 1804 erstattet haben werden, werden Sie die neuen Obligationen nebst Coupons und eine Anweisung über die baar zu bezahlenden 21646 Fr. 16 Et. hier in Empfang nehmen können.

Empfangen Sie die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

Der Staatsrath, Generaldirector  
der Amortisations-Kasse.

(Unterzeichnet) Malsburg.



## E t a t.

Der zur Generalkasse des vormaligen Ober-  
rheinischen Kreises nach der letzten Rechnung de 1805  
— 1806 pag. 66. 67. ausstehenden Rückstände, mit  
Bemerkung derer, welche dem Reichs-Deputations-  
Hauptschluß gemäß ganz wegfallen oder auf die dies-  
seitigen resp. vormaligen Kreis-Gebiete übertragen  
werden.

N.	N a m e n.	R ü c k s t ä n d e.					
		fallen weg.		werden über-			
		fl.	kr.	h.	fl.	kr.	h.
1.	<p>W o r m s. Der linksrhein- seitige Antheil des geist- lichen Kreislandes an den Schulden fällt nach dem Reichsschluß de 1803 § 84 ohne Uebertragung weg. Der Großherzog von Hessen erhielt den recht- rheinseitigen Rest des Bisthums (§. 7 K. A.) und würde diese ratam übernehmen. Sie ist nicht ausgemittelt und dürfte der ganze Rest, da jene rata nicht bedeutend ist, und um die Sache defi- nitiv zu beendigen, als wegfallend angesehen wer- den.</p>	3938	51				

N.	N a m e n.	R ü c k s t ä n d e.					
		fallen weg.			werden übers- tragen.		
		fl.	fr.	h.	fl.	fr.	h.
	Transport	5938	51				
2	Pfalz = Simmern. Baiern ward dafür §. 2. des Reichsschlusses ent- schädigt, trägt seine Quo- te.	—	—	—	8685	40	—
3	Speier. Der dießseitige Theil kam an den Groß- herzog von Baden (§. 5. des K. A.) damit hat es ähnliche Bewand- niß, wie bei No. 1.	18847	5		—	—	—
4	Pfalzlaubern. wie ad No. 2. wo auch der Rest schon übertragen ist. . .	—	—	—	—	—	—
5	Straßburg. Baden er- hielt das dießseitige Ge- biet (§. 5. K.A.) die Ma- trikel war schon vorher auf die dießseitige Lande berechnet, der Rest wird daher übertragen.	—			8480	12	2
6	Pfalz = Beldenz. wie ad Nr. 2 und 4.	—	—		—	—	—
7	Basel. Baden erhielt die dießseitigen Reste (§. 5. K. A.) wie bey Nr. 1.	7400			—	—	—

{30185|54| - |17165|52|2

N.	N a m e n.	R ü c k s t ä n d e.					
		fallen weg			werden übers- tragen.		
		fl.	fr.	h.	fl.	fr.	h.
	Transport	30185	54		17165	52	2
8	Pfalz = 3 Weibrücken. fällt wie Nr. 2 auf Bai- ern.	—	—	—	16077	19	2
9	Gulda. Der Besitzer von Gulda trägt den Rest	—	—	—	1890		
10	Hessen = Darmstadt. Rest 54680. 55. 2. Forderung 42834. 18. 2. Bleibt 11846. 37. 2.	—	—	—	11846	36	2
11	Johanniter = Meister. Das Fürstenthum Hei- desheim kam durch Art. 9. des Rheinbundes an Baden, welches den Rest zu zahlen hätte.	—	—	—	—	—	—
12	Hessen = Kassel. Den Rest trägt Westphalen. Dieser betr. 74379. 52. 2. Dagegen hat es zu fordern pag. 74. der Rechnung 28746 48. bleibt Rest 45633 fl. 4 fr. 2 h	—	—	—	45653	4	2
13	Prüm en. geistliche Prob- stei lag jenseits, der Rest fällt weg	1319	36	—	—	—	—
		31505	30	—	92612	54	

N	N a m e n.	R ü c s t ä n d e.					
		fallen weg.			werden über-		
		fl.	fr.	h.	fl.	fr.	h.
	Transport	51505	30		92612	54	
14	Hersfeld. Den Rest trägt Westphalen	—	—	—	—	—	—
15	Weissenburg. Geistliche Probstei wie ad Nr. 13.	—	—	—	—	—	—
16	Pfalz-Sponheim. wie ad Nr. 2.	—	—	—	—	—	—
17	Adenheim. Probstei u. Stift kam (§. 5. K.A.) an Baden, dem daher der Rest zur Last kommt	—	—	—	—	—	—
18	Baden-Sponheim wie ad Nr. 17.	—	—	—	2840	—	—
					3550	—	—
19	Romeni. Personalist. Cessat	5376	—	—	—	—	—
20	Salm-Salm. ist entschädigt. (§. 3. des K.A.) zahlt den Rest	—	—	—	2708	40	—
21	Weilburg-Nassau. zahlt (§. 12. K. A.)	—	—	—	2068	95	—
22	Ussingen. wie ad Nr. 21				483	2	2
23	Idstein bleibt bei Nassau	—	—	—	1942	39	3
24	Saarbrücken. Nassau ist dafür (§. 12.						
		36880	30	—	106206	15	1

N.	Namen.	Rheinl. Pfälz.				werden über- tragen.			
		sollen bez.							
		fl.	°	fr.	h.	fl.	°	fr.	h.
	Transport	56880		30		106200		15	
	K. A.) entschädigt, zahlt . . . . .	—		—		3043		26	
25	Otterweiler, Nassau ist dafür entschädigt §. 12. des K.A. zahlt	—		—		2426		57	
26	Waldeck, bleibt .	—		—		—		—	
27	Hanau-Münzen- berg, bezahlt der Groß- herzog von Frankfurt	—		—		14940		38	2
28	Hanau-Lichtenberg: Darmstadt ist dafür entschädigt (§. 7. K.A.) zahlt . . . . .	—		—		4125		45	
29	Solms-Braunfels Nassau erhielt darüber Art 24 des Rheini- schen Bundes die Sou- verainität, zahlt .	—		—		6581		23	
30	Solms-Rödelheim gehört unter die Sou- verainität von Hessen- Darmstadt, zahlt .	—		—		506		30	
31	Solms-Laubach. wie bei N. 30 . . .	—		—		560		—	
32	Solms-Hohen-								

56880 | 30 | 138588 | 54 | 3

Namen.	Rückstände.					
	fallen weg.			werden über-		
	fl.	fr.	h.	fl.	fr.	h.
Transport	56880	30	1	53388	54	3
solms. wie bei No. 29	—	.	—	2316	36	3
33 Solms-Lich, wie bei Nr. 30. 31.	—	—	—	1060	37	3
34 Königstein, kam an Nassau §. 12. des K. A.	—	—	—	3660	—	—
35 Stollberg-Gedern u. Ortenberg. Groß- herzog v. Hessen erhielt darüber die Souverai- nität Art. 24. Rh. B.	—	—	—	< 114 < 422	52 44	2 2
36 Isenburg-Birstein bleibt wie sonst.	—	—	—	244	49	2
37 Isenburg-Wächters- bach, Meerholz u. Büdingen, kam durch den Rheinbund unter die Souverainität von Isenburg Birstein	—	—	—	523	16	—
38 Kyrburg. Ist entschä- digt. §. 3. K. A.	—	—	—	2336	12	1
39 Greiweiler. Die Rheingrafen wurden §. 3 K. A. mit dem Amte Horstmann entschädigt; letzteres kam durch Art.						

| 56880 | 30 | 1 | 149068 | 4 | -

N.	N a m e n.	N ü c s t a n d e.					
		fallen weg.			werden übers- tragen.		
		fl.	kr.	h.	fl.	kr.	h.
	Transport	56880	30	1	149068	4	-
	24. des Rheinbundes unter die Hoheit von Berg, der Rest fällt al- so weg	1967	21	1	—	-	-
40	Grumbach wie ad Nr. 39.	1658	4	2	—	-	-
41	Dhaun gleichfalls	1007	41	-	—	-	-
42	Leiningen-Falken- burg (Heidesheim) Ba- den hat darüber Art. 24 des Rheinbundes die Souverainität erhalten.	—	-	-	2579	15	-
43	Leiningen-Falken- burg. (Hartenburg) wie ad Nr. 42.	—	-	-	2579	15	-
44	Leinigen-Grünstadt (Leiningen Westerburg ältere Linie.) Die Ent- schädigungsländer § 20 K. A. kamen durch Art. 24. des Rheinbundes unter die Souveraini- tät von Darmstadt	—	-	-	1202	13	1
45	Leiningen-Wester- burg. (neuere Linie) wie	—	-	-	115	47	2

41513 | 3513 | 155544 | 3611

N.	Namen.	Rückstände.					
		fallen weg.			werden über- tragen:		
		fl.	fr.	b.	fl.	fr.	b.
	Transport	4	5	3	1	55	44
	ad Nr. 44.				< 1090	20	3
					< 326	40	2
46	Wittgenstein-Wittgenstein, kam unter die Souverainität von Hessen Art. 24. des Rheinbundes	—	—	—	168	—	—
47	Wittgenstein-Verleburg. wie Nr. 46.	—	—	—	—	—	—
48	Falkenstein, liegt jenseits Rheins, Oestreich war nicht dafür entschädigt	28	40	—	—	—	—
49	Reipoltskirchen. Würtemberg bezahlt die Matrikel. (§. 6. K. A.)	—	—	—	4400	—	—
50	Oberstein. wie ad Nr. 49. (§. 6. K. A.)	—	—	—	577	10	2
51	Griechingen. Wiedrunkel wurde dafür entschädigt. (§. 21. K. A.) kam aber unter die Souverainität des Herzogs von Nassau (Art. 24. Rh. B.) dieses zahlt	—	—	—	170	30	—
		44	553	36	3	163	808
						54	3



N.	Namen.	R ü c k s t ä n d e.					
		sollen weg.			werden über- tragen.		
		fl.	fr.	b.	fl.	fr.	b.
	Transport	44353	36	3	163808	34	3
52	Wartenberg, wurde entschädigt (§. 24. K A) kam aber unter Württem- berg (Art. 24. des Rh. B.) dieses zahlt.	—	—	—	619	15	2
53	Frenzenheim, ent- schädigt durch §. 22. K. A. kam unter die Ho- heit von Württemberg.	—	—	—	659	48	—
54	Dachstuhl, durch §. 15 K. A. entschädigt kam durch Art. 24. des Rh. B. unter Baiern.	—	—	—	1375	36	—
55	Ollbrücken durch § 24 K. A. entschädigt kam unter Württemberg Art. 24. Rh. B.	—	—	—	1136	—	—
56	Stadt Worms hört auf	2113	45	—	—	—	—
57	Stadt Speyer hört auf	2063	24	—	—	—	—
58	Stadt Frankfurt, zahlt der Großherzog von Frankfurt. (Art. 24 Rh. B.)	—	—	—	—	—	—
		48530	45	3	167599	14	1

N.	Namen.	R ü c k s t ä n d e.					
		fallen weg.			werden über-		
		fl.	fr.	h.	fl.	fr.	h.
	Transport	48530	45	3	167599	14	1
59	Stadt Friedberg, kam an Darmstadt §. 7. K. A.	—	—	—	—	—	—
60	Stadt Wetzlar kam an Frankfurt § 25. K. A. Nicht in dem bei dem oberrheinischen Kreise her- gebrachten Aufrufe ste- hen, es sind jedoch in der oberrheinischen Kreisma- trikel enthalten:	—	—	—	1648	—	—
61	Anhalt-Schaum- burg.	—	—	—	1953	20	—
62	Münzenfeld.	—	—	—	1025	6	—
	Man kann bei erman- gelnden Nachrichten nicht bestimmen, wie fern die Reste von Nr. 61. und 62. in die eine oder andere Kategorie gehören und habe desfalls dieselben mit übertragen, um da- durch auch die bei Nr. 1. 3. u. 7 geschehene Annah-						

---

48530 | 45 | 3 | 172225 | 40 | 1

N.	N a m e n.	R ü c k s t ä n d e.					
		fallen weg.			werden über-		
		fl.	fr.	h.	fl.	fr.	h.
	Transport	48530	45	5	172225	40	1
	me wieder etwas zu kom-						
	pensiren.						
		48530	45	5	172225	40	1
	Hierzu kommen noch die						
	nach pag. 74. der Rech-						
	nung guthabenden Vor-						
	schüsse, welche der Rhein-						
	graf v. Salm ad 10554 fl.						
	31 fr. 2 h. und Auditor						
	von Luder ad 400 fl. er-						
	halten und welche einzu-						
	fordern sind mit . .				10954	31	2
					183180	11	3

# Oberrheinische Kreisschuld.

Die ganze Kreisschuld beträgt:	fl.	fr.	h.	gr.	Et
70000 fl. - f. à 4½ pr Ct.					
159600 fl. - f. à 5 pr Ct.					
18864 25½ f. Rückstände, wovon keine Zinsen bezahlt werden, wenigstens nicht stipulirt sind:	228464	25	3	493102	39
<p>Zu deren Tilgung werden, den Bestimmungen des Reichs-Deputations Hauptschlusses von 1803 gemäß, der in diesen Punkten durch die Rhein-Bundesakte bestätigt ist</p> <p>1) alle die bei den Kreisständen ausstehenden Reste verwandt und</p> <p>2) das Fehlende durch Kreis - Römermonate aufgebracht.</p> <p>Die ausstehende Reste be- tragen, Anlage 1 . . .</p>					
	183180	11	5	595363	92
Durch Römermonate bleibt daher aufzubringen	45284	14	-	97758	47

Außerdem sind die Zinsen der  
Kapitalschuld vom 1. Jul. 1804  
an rückständig.

Hiernach würde auf das  
vormalige Hessen fallen und  
ist von der Amortisations-  
Kasse zu übernehmen.

1) an Resten 74379 fl. 52 f. 2 h  
nach Abzug von 28746 fl. 48 f.

für Artilleriegelder

fl.	f.	h.	Gr.	Et.
45635	4	2	98491	39

2) von der bleibenden Schuld  
der 45284 fl. 14 f. der nach  
dem Matrifularanschlag von  
5628 fl. 21 fr.  $\frac{2}{3}$  hel. zu 1096 fl.  
45 f. Anlage 2. zu berechnen-  
de Theil . . . . .

8821	9	-	19045	46
54457	13	2	117536	85

Ueberhaupt

Von dieser Schuld werden  
nun verzinstet werden müssen

1.) mit fünf Prozent

der Rest der 45635 fl. 4 f. 2 h.  
98491 Gr. 39 Et. da derselbe  
baar gezahlt werden müßte,  
oder darüber, da jenes nicht  
geschehen kann, Obligationen  
zu den Landesüblichen Zinsen  
ertheilt werden müssen.

		Capitalsschuld.		à 5 pr. Ct.		à 4 1/2	
		fl.	fr.	h.	fr.	fr.	fr.
Transport.		45653	4	2	924	39	—
Ferner ein Theil der auf die Amortisations- kasse noch zu überneh- menden Schuld von 8824 fl. 9 fr. der sich zu dieser Schuld so verhal- ten muß, wie 139600 fl. (Betrag der ganzen 5 pro Cent. Schuld) zu 228464 fl. 25 fr. 3 h. (Betrag der ganzen Schuld) 139600 fl. — 228464 fl. 25 fr. 3 h. — 8824 fl. 9 fr.		539	52		11637	44	—
Endlich der gleich ver- hältnißmäßige Theil der bisher nicht verzins- ten Schuld von 18864 fl. 25 3/4 fr.							
18864 fl. 25 3/4 fr. —							
228464 fl. 25 3/4 fr. —							
8824 fl. 9 fr. . . .		728	38	—	1572	62	—
Da dieser Theil zurück- gezahlt oder la desüb- lich verzinsert werden muß.							
		51753	34		111701	45	

Capitalstuld. | 4 5 pr Ct. | á 41/2  
fl. | f. | h | Grs. | C | Gr. 165

Transport	517	3	34	111701	54		
2. Mit Bier ein halb Prozent							
der auf gleiche Art zu berechnende Theil der ganzen mit 4 1/2 pr Ct. zu verzinsenden Schuld v. 70000 fl.							
70000 fl. — 228464 fl.							
25 1/2 fr. — 8824 fl. 9 fr.	2703	39		—	5835	39	
	54457	13	2	111701	45	5835	39
	2703	39					
	51753	34	2				
Oder die mit 4 1/2 pr. Ct zu verzinsende Schuld v. 2703 fl. 39 fr. oder 5835 Gr. 39 Ct. auf 5 prozentige reduziert, be- trägt . . . . .	2433	18		5251	86	—	—
	54186	52	2	116953	31	—	—
Zu Abrundung dieser Schuld werden nun die seit 1ten July 1804 bis Ende 1810 rückständi- gen Zinsen benutzt, wo- zu das vormalige Hes- sen (jetzt die Amortisa- tionskasse) eine zu der Kapitalschuld nach dem Verhältniß von 5628 fl. 21 fr. 2/3 h. 1096 fl. 45 t. konfurriren wird.							

	fl.	fr.	b	Gr.	Et
Die Zinsen vom 1. July 1804 bis Ende 1810 betragen von 70000 fl. à 4½ p. E. 20475 fl. fr. 139600 = à 5 = = 45370 . . 18864 = 25¼ fr. à 80					
65845 fl. =					
oder: 44191 Gr. 87 Et.					
97923 = 58 =					
142115 Gr. 45 Et.					
Hiervon der auf das vormali- ge Hessen fallende Theil, nach dem Verhältniß von 5628 fl. 21 fr. ¾ h. zu 1096 fl. 45 fr. macht	12830	40	=	27692	85
Dazu die 5 pr. Et. Kapital- schuld von voriger Seite .	54186	52	2	116953	31
Mithin an Kapital und Zinsen	67017	32	=	144646	16
In neuen Obligationen Lit. D. à 5 p. E. werden ertheilt .	—	=	=	123000	=
Bleibt mithin baar zu ersetzen.	—	=	=	21646	16
Kapitalisirt werden 6046 Gr. 69 Et. also etwas weniger als ¼ des ganzen Rückstandes oder etwa 1½ jährige Zinsen.					



# E t a t

der Stände des vormaligen Oberrheinischen Kreises und deren Matricularfuß mit Bemerkung, wiefern die Ansätze nach dem Reichsdeputations Hauptschluß 1803 wegfallen oder übertragen werden.

N.	N a m e n.	Matricularansatz.				Bemerkungen.
		fällt weg.		wird übertra-		
		fl.	l.	fl.	l.	
1	Hochstift Worms	76	—	—	—	
2	Pfalz Simmern	—	—	122	20	
3	Hochstift Speier	228	—	—	—	
4	Pfalz = Lautern					
	siehe ad N. 2.	—	—	—	—	
5	Strassburg (Hochstift.)	—	—	1000	—	
6	Pfalz Beldenz					
	siehe ad. N. 2	—	—	—	—	
7	Hochstift Basel	500	—	—	—	
8	Pfalz Zweibrück.	—	—	187	—	
9	Hochstift Fulda	—	—	252	—	
10	Hessen = Darmst.	—	—	665	—	
11	JohannitterRei-					
	sterthum ' . .	—	—	20	—	
12	Hessen = Cassel .	—	—	1096	45	
13	Abtei Brämen	16	—	—	—	
14	Hersfeld . . . .	—	—	—	—	
15	Weisenburg . .	—	—	—	—	
16	Pfalz = Sponz	—	—	—	—	
		620	—	3541	5	

N.	N a m e n.	Matrifularanſchlag.				B. merkungen.
		fällt weg		wird übertra- gen.		
		fl.	℔.	fl.	℔.	
	Transport	820	—	554	5	
	heim ſiehe ad N. 2	—	—	—	—	
1	Pröbſten Oden- heim . . .	—	—	10	—	wegen der vort- be n Graffſchaft
1	Baden = Spon- heim = =	—	—	40 50	—	Sponbe m- des gleichen w gen der hüttern.
1	Marktgraſſchaft Nomeni . .	500	—	—	—	
20	Salm = Salm	—	—	31	30 $\frac{1}{4}$	nehmlich wegen Salm 20 fl. 1 ℔.
21	Weilburg .	—	—	82	40	Stehers
22	Uſſingen . .	—	—	20	33 $\frac{1}{2}$	Succ ſe ſion 3: 13 $\frac{1}{8}$
23	Idſtein . .	—	—	82	40	Dann ſehen 6: 2 $\frac{7}{8}$
24	Saarbrücken .	—	—	34	35 $\frac{1}{2}$	$\frac{3}{7}$ an
25	Ottweiler . .	—	—	27	35 $\frac{1}{2}$	Quinnens gen 2: 75
26	Waldeck . .	—	—	120	—	31 fl. 30 $\frac{1}{4}$ 48
27	Hanau Münzen- berg . . .	—	—	250	—	Kreißſchluſſ d. d. 2. April 1773.
28	Hanau Lichten- berg . . .	—	—	50	—	nach dem moder- nirten Fuß ſonſt in Simplo 160 fl
29	Solms Braun- fels . . .	—	—	120	—	
30	Solms Rödel- heim . . .	—	—	24	—	Reichsquatzen d. d. 12. May 1769.
31	Solms Laubach	—	—	35	—	
32	Solms Hohen- fels . . .	—	—	48	—	
		1520	—	4347	35 $\frac{1}{4}$	

N.	N a m e n .	Matrikularanschlag.				Bemerkungen.
		fällt weg		wird übertra- gen		
		fl.	fr.	fl.	fr.	
	Transport	520	—	4347	55 $\frac{13}{48}$	
35	Solms Lich .	—	—	24	—	
34	Rönigstein .	—	—	8	—	
35	Stollberg, Ge- dern u. Orten- berg . . .	—	—	<5 <4	5 55	
36	Isenburg: Vir- stein . . .	—	—	69	57	
37	Isenburg Wäch- tersbach, Meer- holz und Bü- dingen . . .	—	—	<22 <14 <23	16 $\frac{1}{4}$ 19 $\frac{1}{4}$ 42	
38	Rorbürg . . .	—	—	28	19 $\frac{11}{80}$	Kreis + uß d. d 2. April 1773.
39	Grehweiler (Stein)	23	51 $\frac{1}{4}$	—	—	desgleich n.
40	Grumbach . .	20	6 $\frac{1}{4}$	—	—	desgleichen.
41	Dhaun . . .	12	13 $\frac{11}{120}$	—	—	desgleichen.
42	Leiningen: Sal- kenburg (Hei- desheim)	—	—	30	—	
43	Leiningen: Sal- kenburg (Har- tenburg) . . .	—	—	30	—	
44	Leiningen: Grün- stadt . . .	—	—	13 $\frac{1}{4}$	<50 <25	
<hr/>						
1576   102   4697   54 $\frac{1}{2}$						

N.	Namen.	Matrikularanfsatz				Bemerkungen.
		fällt weg		wird übertra- gen.		
		fl.	fr.	fl.	fr.	
	Transport	1576	10½	4697	53½	
45	Leiningen-Westen- burg . . .	—	—	< 12 < 6	4r 20½	
46	Wittgenstein- Wittgenstein	—	—	16	48	
47	Wittgenstein-Ver- leburg . .	—	—	11	12	
48	Falkenstein .	40	—	—	—	
49	Herrschaft Rei- boldskirchen	—	—	250	—	
50	Oberstein . .	—	—	7	—	
51	Eriechingen .	—	—	20	—	
52	Wartenberg .	—	—	7	12	
53	Brezenheim .	—	—	8	—	
54	Dachstuhl . .	—	—	16	—	
55	Ellbrücken . .	—	—	16	—	
56	St. Worms .	24	—	—	—	
57	= Speier .	24	—	—	—	
58	= Frankfurt	—	—	500	—	
59	= Friedberg	—	—	24	—	Nr. 59. war ver- mög. Kreisblu- kes vom 14. Juli 1797 auf 10 Jah- re vom Jahr 1794 an von ihren Kreisaffenshul- digkeiten befreit.
60	= . Weylar .	—	—	32	—	
61	Anhalt Schaum- burg . . .	—	—	2	40	
62	Münzfelden .				54	
		1464	10 71/20	5628	21 1/2	

Für die Treue dieser Abschriften  
Kassel den 10 Mai 1811.

P. W. Diede,  
Publicus Notar.

## 5.

Werden außer der Ehe gebohrne Kinder durch die Heirath ihrer Eltern jederzeit legitimirt?

---

Ueber die Frage: ob die außer der Ehe erzeugten, durch die nachherige Heirath ihrer Eltern aber legitimirten Kinder, lehnssuccessionsfähig werden, oder nicht? waren bisher die Meinungen der Rechtsgelehrten getheilt. Von einigen wurde sie, mit Hinweisung auf lib. II. Feud. tit. 26. 2. 4. §. naturales liberi etc. schlechterdings verneint, von den mehrsten aber unter Berufung auf das Kanonische Recht Cap. 6. X. qui filii sint legitimi behauptet. Diese affirmative Meinung war bisher vorzüglich in Süddeutschland, besonders aber in den ehemaligen Bisthümern und selbst bei den vormaligen Reichsgerichten herrschend.

Strittiger hingegen war der Fall, wenn die außer der Ehe erzeugten Kinder im Ehebruch oder in Blutschande erzeugt waren.

Nichts desto weniger hat man auch diese in der Regel für successionsfähig erkannt, wenn deren Eltern zu ihrer Verehelichung Dispensation erlangt hatten, obgleich dieselben nach Vorschrift des Römischen Rechts und einiger darauf gebauten Special-Gesetze auf keine Weise für successionsfähig erkannt wurden, weder zu Allodien, noch zu Lehen.

Da aber selbst die neueste Napoleonische Gesetzgebung Art. 331 die strengere Meinung des Römischen Rechts angenommen zu haben scheint: so ist es wohl der Mühe werth, die Rechte dieser Kinder aufs genaueste zu untersuchen, da es jetzt in Süddeutschland und besonders in den säcularisirten Bisthümern deren nicht wenige gibt.

Nach einer fast allgemein angenommenen Erklärung des bereits aufgeführten Kanonischen Textes, in Verbindung mit Cap. 6. X. de eo, qui duxit in matrimonium, quam polluit per adulterium, sind bis jetzt auch die im Ehebruch erzeugten Kinder, im Falle einer Verhehlung ihrer Eltern, als legitimirt und successionsfähig betrachtet worden, jedoch mit Ausnahme derjenigen, deren Vater seiner unschuldigen Gattin nach dem Leben getrachtet hatte.

Wenn aber ein Specialgesetz auch im Allgemeinen verordnet, daß die im Ehebruch erzeugten Kinder durch Ehelichung ihrer Eltern die Rechte ehelicher Kinder nicht erlangen sollen: so kann dieß doch nur von dem Fall verstanden werden, da der Mann seiner vorherigen Frau nach dem Leben getrachtet hat, wenn zumal zu der Ehelichung vorher Dispensation ausgemüßt und in der Dispensationsurkunde den im Ehebruch erzeugten Kindern die Rechte ehelicher Kinder entweder ausdrücklich zugesprochen, oder doch nicht besonders versagt worden sind.

Weniger Zweifeln ist die Legitimation und Successionsfähigkeit der in Blutschande erzeugten Kinder untermworfen, da ferne nämlich deren Eltern zu ihrer Ehelichung Dispensation erlangt

haben; wenn gleich Provinzialgesetze ohne nähere Bestimmung dieselben von der Erbfolge ausschließen. Denn dergleichen Provinzialgesetze sind auf das Römische Recht gebaut und müssen folglich auch aus demselben erklärt werden.

Nun scheint zwar das Römische Recht, z. B. Nr. 12. und 89. alle in Blutschande erzeugten Kinder ohne Ausnahme von der Erbfolge auszuschließen. Allein wenn man die bekannte Regel: *quod non agnoscit glossa, non agnoscit curia*, umkehrt und positiv aufstellt: *quod agnoscit glossa, agnoscit quoque curia*: so leidet das Römische Recht eine sehr bedeutende Einschränkung.

Es findet sich, nemlich beim 1 Kap. der 12 Novelle, welches also anfängt:

*Sancimus igitur de cetero: si quis illicitas et contrarias naturae, quas lex incestas et nefandas et damnatas vocat, contraxerit nuptias,*

die Glosse, und zwar bei *contraxerit: de facto*, d. i. *sine dispensatione*; folglich tritt die Härte dieser Gesetze nur dann ein, wann *incestae nefandae et damnatae nuptiae* ohne Dispensation geschlossen worden sind. Zu den *damnatis nuptiis* sind unstreitig auch die Verbindungen ehebrecherischer Personen mit zu rechnen und hiernach werden also solche *adulterini*, deren Eltern Dispensation zur Ehe erlangt haben, so gut legitimirt und erbfähig als *incestuosi*.

Daß aber unter der Glosse *de facto*, so viel als: ohne Dispensation, zu verstehen sey, erhellet unter andern aus den Auslegungen, die selbst in Provinzialgesetzen gegeben worden sind z. B. in dem

Herzogl. Sächsischen Gotha'schen Mandate vom 15ten May 1778 und im Lehnsmandate vom 6ten Jan. 1800 heiße es ausdrücklich :

Es können in der Regel alle durch eine nachfolgende Heirath legitimirten Kinder, ohne Unterschied und wenn sie auch gleich adulterini oder incestuosi wären, daferne nur in den bei den letztern Fällen deren Eltern zu Vollziehung der Ehe Dispensation erhalten haben (*modo non contraxerint illicitas nuptias de facto*) wie im Erbe also auch in den Lehnsgütern sußgediren.

Und hat denn nicht, der Urheber dieser strengen Gesetze, Justinian selbst, solche Ehen, die gegen sein Verbot bereits eingegangen worden waren, dergestalt bestätigt, daß sogar die vorher erzeugten Kinder in Hinsicht des Erbrechtes den in erlaubter Ehe geborenen völlig gleich gesetzt worden sind ?

#### Nr. 139.

Solche Ehen also, die zwar in der Regel d. h. durch ein allgemeines Gesetz verboten, durch Dispensation d. h. durch ein besonderes Gesetz aber in besondern Fällen wieder erlaubt worden sind, dürfen nicht nach jenem allgemeinen Gesetz beurtheilet werden, welches für sie ganz unkräftig und als nicht vorhanden zu betrachten ist. Sie sind bloß nach dem Inhalt und Zwecke der Dispensation zu beurtheilen.

Wird nun die Eingehung einer sonst verbotenen Ehe durch Dispensation erlaubt: so ist sie völlig als gültig und als ganz unverboden anzusehen; folglich muß sie



auch alle die Wirkungen und Folgen haben, welche jede gültige Ehe hervorbringt.

Die im Ehebruch und Blutschande vorher erzeugten Kinder werden daher durch die dispensirte Ehe ihrer Eltern so gut erbfähig, als die in dieser Ehe erzeugten Kinder selbst; sie hören auf adulterini et incestuosi zu seyn, so bald die Dispensation zur Ehe ihrer Eltern erlangt und die Ehe geschlossen ist; das Gesetz, welches ihnen vorher das Erbrecht versagt hatte, ist auf ihre Familienverhältnisse nicht mehr anwendbar; es existirt für sie nicht mehr, seitdem ihre Eltern eine gültige Ehe geschlossen haben.

Auf gleiche Weise müssen denn auch die hierher Bezug habenden Verordnungen des Napoleonischen Gesetzbuches, wo solche in Deutschland eingeführt sind, erklärt werden, daß nämlich solche Ehen die dispensationsfähig und wirklich dispensirt worden sind, auch für die vorher erzeugten Kinder dieselben Folgen und Wirkungen in Hinsicht der Familienverhältnisse und des Erbrechtes haben müssen, welche sie für die während der Ehe erzeugten Kinder haben, und welche jede gültige Ehe hat.

Da dem schuldigen Theil in dem Falle, wenn wegen begangenen Ehebruches eine Ehescheidung erfolgt ist, die Verheirathung mit seinem Mitschuldigen nach dem 298 Artikel gänzlich untersagt worden ist: so können natürlich in diesem Falle wo keine Dispensation statt findet, adulterini durch Ehelichung ihrer Eltern, nach dem 331 Artikel auch nicht legitimirt werden. Derselbe Fall ist es nach dem Kanonischen Rechte, wenn ein Ehemann seiner Gattin nach dem Leben getrachtet hat. Dann findet auch zu Ehelichung des Mitschuldigen keine Dispensation statt.

Wird aber die Ehe nicht durch Scheidung wegen Ehebruch, sondern wegen einer andern Ursache z. B. durch den Tod des unschuldigen Ehegatten aufgelöst: so werden dann adulterini, wenn ihre Eltern zur Heirath Dispensation erhalten, die in diesem Falle nicht verboten ist, durch diese Ehe auch legitimirt und erbfähig.

Dasselbe findet ebenfalls bei den in Blutschande erzeugten Kindern statt, in so ferne die Dispensation zur Ehelichung ihrer Eltern erlaubt ist; dahin gehören nach Art. 163 u. 164 die Ehen eines Oheims mit seiner Nichte und einer Tante mit ihrem Neffen; und in Westphalen nach dem zum 162. Artikel gegebenen Dekret vom 6ten Aug. 1808, die Ehen zwischen Schwägern und Schwägerinnen, wenn nämlich die vorhergehende Ehe nicht durch eine Scheidung aufgelöst worden ist.

Durch jede gesetzliche Ehe werden also die vorher erzeugten Kinder legitimirt und erbfähig, auch durch eine solche, die im Allgemeinen zwar verboten, aber doch durch eine gültige Dispensation erlaubt worden ist; und es ist kein rechtlicher Grund vorhanden, weswegen die vorher erzeugten Kinder von den Rechten ausgeschlossen seyn sollten, die doch ihren in der Ehe von denselben Eltern erzeugten Geschwistern zugestanden werden. Warum sollten ihnen denn die Rechte und Wohlthaten einer Verbindung nicht zu Theil werden, deren einzige Ursache und Stifter sie oft sind?

W. v. S.

## 6.

## Kritische Beurtheilung

der officiellen Vorträge des Herrn Geheimenraths von Almendingen an das Herzogl. Nassauische Staatsministerium über die Art der Einführung des Codes Napoleon und seiner organischen Umgebungen. (Gießen bey Müller 1811.)

Von dem Großherzogl. Nassauischen Oberappellations-Gerichts-Präsident Frh. von Dalwigk.

Difficile est, ut bono peragantur exitu, quae malo sunt inchoata principio C. 5. D. 61.

## Einleitung.

Die Reform einer Staatsverfassung — die Adoption eines fremden Gesetzbuchs in einem Staate, ist wegen der Verschiedenheit menschlicher Ideen und Ansichten nicht die Arbeit eines — es ist die mehrerer denkenden Köpfe und Sachkundiger Männer, aus ein und dem nehmlichen Staate. Bekannt mit den Gesetzen und Gewohnheiten dieses Staats, werden die Resultate ihres Forschens, besprochen — glücklich zum Ziele führen.

Der Herr G. A. von Almendingen hat jedoch als Nassauischer Regierungskommissair bei den Kon-

ferenzen in Gießen seinen Plan zur Aufnahme des Napoleonischen Gesetzbuches im Herzogthum Nassau (ob ich gleich im Allgemeinen und hin und wieder im speciellen, ihm nicht beipslichte) mit dem ihm eigenen Scharfsinn und mit tiefer Kenntniß der französischen Legislation durchgeführt.

So wie jede Abänderung des C. N. große Vorsicht erfordert, und ganz in demselben Geiste entworfen werden muß; so sollten auch individuelle Staatsverhältnisse und Bedürfnisse dabei nur negativen Einfluß haben, um den Charakter der Universalität — einer der größten Vorzüge des C. N. — nicht zu verwischen. Nur da, wo es nicht zu vermeiden wäre, solche besondere Zwecke und Verhältnisse des Staats in die Gesetzgebung aufzunehmen, da möchte ich mit dem klassischen Schmidt \*) durch Aufstellung besonderer Gesetzbücher dem in Frankreich gegebenen Beispiele folgen — Modifikationen beim C. N. aber nur da den Raum gestatten, wo vielleicht hier und da gegen die Absicht seiner Urheber ein Vorherrschen des politischen Prinzips sich eingedrungen haben könnte. \*\*)

Aufgefordert vom Gouvernement lege ich hier anmaßungslos \*\*\*) meine Gedanken über die Vorträge des Herrn v. Almenningen hin, und beleuchte im

\*) In seiner kritischen Einleitung in das gesammte Recht des französischen Reichs, Th. 1. S. 478. Handels und Wechselrecht, Landwirtschaftsrecht, Forst und Bergrecht und manche andere Materien, sind aus dem Plane ausgeschlossen, obschon sie ebenfalls Verhältnisse des einzelnen Bürgers zum Bürger und das Privateigenthum betreffen welches nach Loiré Esprit du C. N. Introd. Ch. 17. den eigentlichen Gegenstand des bürgerlichen Rechts ausmacht.

\*\*) Man s. z. B. den Art. 374.

\*\*\*) Ich sage anmaßungslos, denn wer kann Gefall nän

ersten Abschnitte, die vorgeschlagene successive Einführung des E. N., im zweiten die Beibehaltung des römischen, kanonischen und statutarischen Rechtes, und gehe im dritten Abschnitte, zu den vorgeschlagenen Modificationen einzelner Artikel des E. N. über.

## E r s t e r A b s c h n i t t .

---

### Successive Einführung des Codex Napoleon.

#### §. 1.

Die vorgeschlagene successive Einführung des Code Napoléon soll nach §. 97. in fünf Perioden zerfallen, wovon jede ein Ganzes bildet.

Die in der ersten Periode aufzunehmende, in 1036 Artikeln enthaltene, doktrinelte Bestimmungen werden von §. 99. — 137. mit denen hin und wieder nöthig befundenen Modificationen angezeigt.

#### §. 2.

Jeder Uebergang von einer Gesetzgebung zur andern hat große Schwierigkeiten und bedeutende Nachtheile.

---

Anfällen und Ironien haben, deren hin und wieder in unsern Tagen würdige Gelehrte sich gegen einander bedienen und wem fällt nicht dabei Pope's Sprüchwort ein:

immodest words admit of no defence,  
for want of modesty, is want of sense.

Diese Nachtheile vervielfältigen sich, je nachdem sich die Uebergänge von einer Gesetzgebung zur andern vervielfältigen. Eine solche Vervielfältigung ist aber alsdann wenigstens zum Theil vorhanden, wenn zwischen der alten und neuen Gesetzgebung eine oder mehrere auf einander folgende transitorische Gesetzgebungen folgen.

Da jedoch die vorgeschlagene interimistische Gesetzgebung nicht das Ganze, sondern nur einzelne Materien, oder auch nur einzelne Artikel umfaßt; so können freilich die Nachtheile so groß nicht seyn, als wenn zwischen der zeitlichen und zukünftigen Gesetzgebung, eine ganze von beiden mehr oder weniger abweichende Gesetzgebung eingeschoben würde. Nachtheile bleiben indessen immer vorhanden, die sich hauptsächlich bei der in der Anwendung so äußerst schwierigen Materie von der Wirkung der Gesetze auf früher angefangene Rechtsverhältnisse äußern werden. \*) Bei alsdann eintretender Verlegenheit der

---

\*) Man sehe hierüber Pfeiffer's Rechtsfälle, B. I. XV. S. 349. und XXIV. S. 553. über den Einfluß einer Veränderung der öffentlichen Verfassung auf frühere Verträge. Im Badischen Publikationsedikt vom 3ten Febr. 1809. zur Aufnahme des C. M. als eines Landrechts für das Großherzogthum Baden, heißt es:

„das Gesetz hat keine rückwirkende Kraft, jedoch kann es „auf künftig erst entstehende Folgen früherer Handlungen „angewendet werden.“

Näher wird dieser Satz bestimmt a.) in Beziehung auf die Akten des Zivilstandes, b.) Vaterschaft und Kindschaft, c.) die elterliche Gewalt, d.) Pflegschaften, e.) Erbschaften, f.) letzte Willensverfügungen, g.) Heirathsverträge, h.) die Klage wegen Verletzung bei einem Kaufe, i.) Bürgschaften. S. Zachariä Nachtrag zum Handbuch des französischen Zivilrechts. S. 8.

Richter in der Applikatur ein oder des andern Gesetzes wird das h. Ministerium mit Anfrage überhäuft, und unwillkürlich eine jurisprudence supplementaire interimistisch erzeugt werden, deren Dispositionen vielleicht beim Eintritt der zweiten oder dritten Periode, wenn nemlich keiner der vergangenen Fälle zur rechtlichen Beurtheilung und Entscheidung mehr zurück ist, wiederum ihr Grab finden dürften, wogegen der Uebergang zur vierten Periode abermals neue transitorische Gesetze erzeugen wird, deren Wirkung beim Eintritt der fünften Periode von selbst aufhören möchte.

### §. 3.

Dem aufmerksamen Beobachter wird es nicht entgehen, daß H. v. A. in der ersten Periode Artikel aufgenommen hat, die sich auf andere nicht recipirte beziehen, und nur in diesen ihre Erläuterung finden können. So soll z. B. der Präliminär Artikel des E. N. de la publication, des effets et de l'application des lois en général von Art 1. — 6. Gesetzeskraft erhalten. Auf den dritten §. des Art. 3., worin es heißt:

„ les lois concernant l'état et la capacité des personnes régissent les François, même résidant en pays étranger

beziehen sich aber die nachfolgenden Artikel 170. und 171., worin Bestimmungen enthalten sind, wenn die zwischen Franzosen, und zwischen Franzosen und Fremden im Auslande eingegangene Ehen für gültig zu halten sind. Diese Artikel, so wie das ganze erste Buch des E. N. fallen aber nicht in die vorgeschlagene erste Periode.

Eben so wird es in dem vom Herrn Referenten zur Aufnahme in Vorschlag gebrachten Art 610 dem Universallegatar der Nutznießung zur Pflicht gemacht, das durch Testament gemachte Vermächtniß einer Leibrente oder eines Kostgeldes ohne Abzug auszuzahlen.

Die Definition eines Universalvermächtnisses — eines Vermächtnisses unter einem Universaltitel und eines Partikularvermächtnisses finden sich aber erst in den Artikeln 1003. und 1010., die in die erste Periode des Herrn Referenten nicht fallen.

Klengstlich wird sich daher der Massauische Geschäftsmann nach einer Erklärung des Wortes Universallegatar \*) umsehen, die er in Art 1003 zwar findet, allein ob sie vom Gouvernement adoptirt sey, in Ungewißheit lebt.

Durch solche in die Augen fallende Lücken, deren ich mehrere aufzählen könnte, wird hoffentlich der Plan einer successiven Einführung des C. N. in sein Nichts zerfallen.

#### S. 4.

Das Studium des neuen Rechtes wird aber durch eine periodische Einführung noch überdies in so fern erschwert, als man sich bei der interimistischen Gesetzgebung an Ideen gewöhnen und Ideen in das ganze System hineinpassen muß, welche, wie z. B. die in der ersten Periode, wenigstens zum Theil noch vorhandene Vereinigung des Notariats mit dem Richteramte mit dem einzuführenden Systeme des neuen Rechtes, und mit seinem

---

\*) Er findet sich im römischen Recht, nicht im Sinne des Code Napoléon.



Geiste in offenkundiger Disharmonie stehen.

Auch ist es mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit vor-  
 auszusehen, daß nach einem nicht einmal langen  
 Zeitverlaufe bei Anwendung der Gesetze auf die  
 während der verschiedenen Uebergänge eingegange-  
 nen und entstandenen Rechtsverhältnisse leicht Miß-  
 griffe entstehen werden; deßhalb versielen denn  
 auch in keinem einzigen Staate, in welchem der  
 E. N. Aufnahme finden sollte, Geschäftsmänner  
 auf die Idee der periodischen Einführung dieses  
 Gesetzbuchs.

#### §. 5.

Es leidet aber keinen Zweifel, daß, wenn nicht  
 zuvor die ganze Verfassung (sowohl die ad-  
 ministrative als gerichtliche) sich so gebildet hat,  
 wie sie der E. N. als Bedingung seiner Anwend-  
 barkeit unterstellt, eine Einführung dieses Geset-  
 zbuchs im Ganzen, wenn nicht unabsehbare  
 Rechtsverwirrung eintreten soll, unmöglich  
 bleibt, und in dieser Hinsicht eine theilweise Ein-  
 führung mit vorübergehenden Modifikationen  
 (so sehr ihn die Natur der Sache zu widerstreben  
 scheint) einer unvorbereiteten Einführung des Gan-  
 zen bei weitem vorzuziehen ist.

Zu wünschen ist daher, daß die Verfassung zu-  
 erst gehörig ausgebildet, und demnächst das gan-  
 ze Gesetzbuch, nebst denen hier und da nöthi-  
 gen Abänderungen, auf einmal eingeführt wird.  
 Anfragen werden zwar auch alsdann, und zwar  
 bei dem größeren Umfange der Lehren, zumal in  
 Verbindung mit den organischen Einrichtungen, selbst  
 in größerer Anzahl entstehen; allein sie umfassen

dann alle Branchen auf einmal, alle zu ertheilende Erläuterungen werden auf das Ganze, und nicht auf einzelne Theile berechnet gegeben werden können — sonach permanent seyn, und nicht durch neue wieder aufgehoben werden müssen \*)

Nur dann, wenn die ganze Maschine in Thätigkeit gesetzt ist, läßt es sich beurtheilen: ob das Räderwerk passend ist, und wo nachgeholfen werden muß.

### §. 6.

Hierauf, und auf die Einführung des Gesetzes Buchs im Ganzen richte ich meinen Antrag,

---

\*) Es würde wünschenswerth seyn, sagt Herr Präsident von Strombeck in der Rechtswissenschaft des Gesetzbuchs Napoleons B. I. S. XVII., daß alle Rechtsfragen durch Gesetze beantwortet würden. Aber fehlt eine bestimmte Vorschrift des Gesetzes, so dienen statt seiner alte, gewisse wohlhergebrachte Gewohnheiten, eine ununterbrochene Reihe gleichförmiger Entscheidungen und angenommene Meinungen und Grundsätze. In Frankreich wurden nach der Promulgation des Zivilgesetzbuchs nur einzelne transitorische Dispositionen erlassen, in dem Gesetze vom 25. Germinal XI. wegen der Adoption, in dem Gesetze vom 26. Germinal XI. wegen der Ehescheidungen, in dem Gesetze vom 14. Floreal XI. wegen der natürlichen Kinder, in den Satzungen des Staatsraths über die Instruktion der vor und seit dem 1ten Januar 1807 angefangenen Prozesse vom 6ten Januar 1807 bestätigt in dem Kaiserlichen Lager von Preussisch Eylau am 16ten Februar 1807. S. Supplement des Codes Napoléon et de procédure civile, p. 31 — 58. (Stereotypensausgabe). Das Uebrige bleibt der Praxis oder jurisprudence überlassen, durch die, nach dem Plane der französischen Legislation, auch hier ein sogenanntes Système d'application von dem Prinzip im Art. 2. des C. N. aus, allmählig sich bilden soll. S. Seidenstückers Einl. in den C. N. Kap. IV. S. 303. 340.

indem ich mich keineswegs mit dem Herrn Referenten S. 119. von der Richtigkeit folgenden Schlusses überzeugen kann:

„ im Fall der Nassauische Staat dermalen solche  
 „ Menschen nicht besitzt die das Studium  
 „ der französischen Legislation sich zu  
 „ eigen gemacht haben, so kann der Staat  
 „ mit der Organisation nicht den Anfang machen.“

Nach meinen Begriffen vom Staat und dessen Dienern sind letztere wegen des ersteren, keineswegs aber die erstere wegen der letzteren da. \*) In den Königreichen Westphalen und Neapel hatten kurz vor der Aufnahme des C. N. gewiß die wenigsten Staatsbeamten eine genaue Kenntniß dieses Gesetzbuchs, diesem ungeachtet wird er von denen größtentheils beibehaltenen alten Staatsdienern sehr gut verstanden und angewendet.

Warum sollte es im Nassauischen anders seyn? Die Anwendung eines Gesetzes auf den vorkommenden Fall ist meistens mit weit wenigeren Schwierigkeiten verknüpft, als die Ertheilung des Gesetzes selbst. Für den Kenner des römischen Rechts und den geübten Rechtsgelehrten bleibt die Praxis und dabei die Lectüre der Diskussionen die beste Lehrmeisterin des Code Napoléon. Würde daher die Zeit zu seiner Rezeption auch bis ins Jahr 1824 verschoben, sobürge ich dafür, daß die wenigsten unserer Geschäftsmänner ihn, ohne durch die Praxis dazu genöthigt zu seyn, aus den Quellen studiren werden.

---

\*) Ein längst anerkannter Grundsatz S. v. d. Be. & v. Staatsämtern und Staatsdienern §. 20.

## §. 7.

Dieses vorausgesetzt wende ich mich mit Umgehung dessen ob und wie das Land in Districte eingetheilt wird, und was sowohl in administrativer, finanzieller und polizeilicher Hinsicht zu verfügen seyn möchte, zu der

## gerichtlichen Organisation.

Hier dringt sich mir zuerst der Wunsch auf, überhaupt nur zwei Instanzen zu statuiren, weniger durch Frankreichs Vorbild, als durch die Ueberzeugung geleitet, daß, wenn zwei ordentlich besetzte Tribunäle eine Rechtsache durchdacht und entschieden haben, die dritte durchaus überflüssig ist.\*

Damit verbinde ich nicht die Absicht, den französischen Prozeß = Codex zugleich zu rezipiren; der alte Prozeßschlendrian kann — abgesehen von der Abneigung der Nassauischen Geschäftsmänner gegen ersteren, jedoch mit bedeutenden Abänderungen, immer fort bestehen; wenn aber die den französischen Gerichten beigelegte Competenz mit einigen Modifikationen den Nassauischen Gerichten zu eigen gemacht wird; so werden dadurch die Functionen, die der E. N. den Friedensgerichten, den Tribunälen erster Instanz und den Appellhöfen beilegt, um so eher in Wirksamkeit gesetzt, und der schon in der Hallischen Literatur-Zeitung N. 220. 1811. gerügte Vorschlag des Herrn Referenten, die Attribute der deutschen Gerichte erster Instanz nur in den Fällen den Obergerichten beizulegen, in welchen der E. N. der Tribunäle erster Instanz ausdrücklich erwähnt, in allen andern Fällen aber die Aemter als Gerichte erster Instanz zu

belassen, füglich umgangen werden können. Ich werde deutlicher werden, wenn ich als Basis der gerichtlichen Organisation in Vorschlag bringe.

a.) die Beibehaltung der Amtleute in jedem Amte oder Kanton, eingeschränkt auf den, den Friedensrichtern vorgezeichneten Wirkungskreis. Sie, als Vermittler der Partbeien betrachtet, müssen die Befugnis haben, die Advokaten bey denen zum vorläufigen Vergleichsversuche geeignete Sachen nach Umständen zu entfernen, da sie die in ihrem Amtsbezirke wohnenden Personen am besten kennen;

b.) zur Beförderung und Erleichterung des Geschäftsanges drei Tribunale erster Instanz oder Hofgerichte, eines für das obere, und zwei für das untere Herzogthum, mit denen im Code Napoléon ihnen beigelegten Attributen;

c.) das Oberappellationsgericht als Appellhof,

d.) eine Kassationsbehörde in der Person der Staats-Referendarien die Juristen sind, unter dem Vorfize des Ministers, der die Justizgeschäfte zu seinem Ressort hat \*)

---

\*) Ich habe zwar in meiner Abhandl. über den Frankfurter Kassationshof, in der Germania B. 4. H. 3. S. 455-470 den Kassationshof in konföderirten Staaten von nicht bedeutendem Umfange, für kein nothwendiges Institut gehalten und dieser Meinung bin ich auch noch. Da aber wo dieser und die Einrichtung im Staate, eine Kassationsbehörde zulässig machen, kann dieselbe immer von Nutzen seyn und in so fern rüchte ich dem Herrn L. D. R. Haus in seiner Abb. über den Zweck und die polit. Vortheile des französ. Kassationshofs (bei Winkopp

e.) die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetze und als Folge dieses Grundsatzes, die Abschaffung des Feudalwesens — die Aufhebung der geistlichen- Stadt- und Patrimonialgerichtsbarkeit \*) und des Unterschieds zwischen Amts-

B. XIX. S. 377—338. ganz bei.) Diesem ungeachtet aber bleibt die von ihm verworfene These, daß die Verletzung der Parthei, ohne Verletzung des Gesetzes nicht denkbar sey, unbestreitbar, indem dem Richter, wenn er auch nur nach Analogie und den Regeln der Vernunft erkennt, diese, nach meiner Bemerkung S. 14. unten, eben so heilig seyn müssen als Gesetze.

\*) Der Feudalismus, die Patrimonialgerichtsbarkeit, die nicht wenig zahlreichen und drückenden Ueberreste der Leibeigenschaft sind zwar in der Bundesakte (als den Mediatistiren bleibend) erwähnt, aber damit nicht gesagt worden, daß sie eben so heilige unantastbare Rechte seyen, als das Grundeigenthum.

Die bürgerliche u. peinliche Gerichtsbarkeit, die Polizeigewalt, die Forstherrlichkeit, sind jene Gegenstände, wo von den Standesherrn über Eingriffe u. Kränkungen am häufigsten u. lauteſten geklagt wird. Sie suchen unter diesem Titel von der ehemaligen Landesherrlichkeit so viel als möglich zu retten, u. wenn man Gelegenheit gehabt hat manche Deduktionen und Vorstellungen zu lesen; so wird man unverkennbar das Bestreben darin finden, einen möglichst unabhängigen kleinen Staat im Staate zu bilden, als ob nicht alle Hoffnung verloren sey, zum zweitenmal aus der Klasse kaiserlicher Beamten, in jene selbstständiger Landesherrn aufzusteigen.

Wenn der dritte Theil der Einwohner eines Staates in Standes- und grundherrlichen Gebieten lebt, wenn die Verfassung dieser vielen kleinen Bezirke mit einer für den ganzen Staat wünschenswerthen Verfassung unvereinbar ist, soll dessen ohngeachtet, die erstere fortbestehen? Sollen die Unterthanen die Wohlthat einer

und Schriftsäßigkeit, ich sage — der geistlichen von den Konsistorien ausgeübten, Gerichtsbarkeit, die den trüben Zeiten des Mittelalters — den Anmaßungen der Klerisei, und dem Reiz auch fleischliche Gegenstände, als Fornikations- Stuprations- und Ehescheidungsgegenstände zu entscheiden, ihr Daseyn verdankt;

f.) zu Ersparung der Kosten die Instruktion der peinlichen Sachen bei den Aemtern und deren Dezzision bei den Tribunälen erster Instanz, mit Vorbehalt der bei der Kassationsbehörde anzubringenden Richtigkeits-Querel;

g.) die Ausübung der Präsidial-Funktion, die ich keineswegs mit dem Herrn Referenten, den Direktoren der Nassauischen Tribunäle übertragen kann, indem die Amtsverrichtungen, die dem Präsidenten in den Art. 41, 45, 376, 382. §. 2.

gleichförmigen raschen Verwaltung ewig entbehren? Soll ein Theil derselben dem Staate, dem sie angehören, ewig fremd bleiben? Die gebäßige Scheidewand zwischen alten und neuen, ganzen und halben Staatsangehörigen niemals niedergeworfen werden? So spricht vernünftig der ungenannte Verfasser einiger Bemerkungen zum Heft 53. Nr. 20. des Rheinischen Bundes, in eben dieser Zeitschrift Hft. 57. Nr. 31., und ich, der ich gern dem Zeitgeist folge, glaube vernünftig gehandelt zu haben, wenn ich als Privatmann im Oktober 1811 die mir zugehörige Kriminal- und Zivil-Jurisdiktion in dem im Waldeckischen gelegenen Städtchen Büschau, mit Einverständnis der Miteigenthümer, freiwillig, und ohne daß an die Rezeption des E. R. dort noch die Hand gelegt worden ist, an Sr. Durchlaucht, den Herrn Fürsten v. Waldeck, abgetreten habe.

1007. 1008. des E. N. beigelegt werden, ihm (ohne daß das Gericht Antheil daran nimmt) nicht als Direktor desselben, sondern als besonders dazu beauftragtem Staatsbeamten anvertraut worden sind.

h.) die Bestellung des *Ministère public* bei den Hofgerichten (Tribunälen erster Instanz) und dem Oberappellationsgericht, ohne welche der E. N. in vielen Fällen nicht wirksam werden kann, wozu, um den Anstand der Kosten zu beseitigen; gleichwie im Badischen, der jüngste Rath eines jeden Collegiums zu ernennen wäre, der in solchen Sachen, worin er die Funktion des kaiserlichen *Procureurs* versieht, bei Entscheidung der Sache im Collegium nicht mitstimmt.

i.) Die Kundmachung der Entscheidungsgründe in den Urtheilen, die von der Vernunft noch nie als Geheimniß für die Partheien anerkannt worden sind \*)

---

\*) Sehr wahr sagt Herr v. Strombeck, a. a. O. S. XXIII. Note 7.

„Nichts erregt mehr das Mißtrauen der Partheien, als die schreckliche Gewohnheit einiger Gerichte Deutschlands, ihre Aussprüche, von allen Gründen enblößt, als Orakel mitzutheilen, dem unterliegenden Theile die traurige Beschäftigung überlassend, die Beweggründe selbst ausfindig zu machen. Ich halte ein solches Verfahren für einen richterlichen Despotismus, welcher eben so sehr dem Geiste der deutschen Gesetzgebung, als der Zeit widerspricht. Ohne Zweifel überhebt auch die Mittheilung der Entscheidungsgründe, die Präsidenten der Tribunäle der Mühe, den unterliegenden Partheien, die sie überlaufen, ihr Unrecht begreiflich machen zu müssen, das bei beschränkten Begriffen und Rechtskenntnissen, der sich darstellenden Individuen, oft keine Kleinigkeit ist.



## §. 8.

Zu den nicht gerichtlichen, im Herzogthum Nassau nothwendigen Anstalten, um den C. N. wirksam zu machen, gehören weiter

- 1.) die Officiers de l'état civil,
- 2.) der Familienrath,
- 3.) die Notairs,
- 4.) das Enregistrement,
- 5.) das bureau conservateur des hypothèques.

## §. 9.

(Zu 1.) ist es für jeden Staatsbürger ohne Unterschied von der größten Wichtigkeit, daß er sich zu jeder Zeit über die, sowohl in seiner eigenen, als in fremden Familien vorgefallenen Geburten, Heurathen und Todesfälle sichert, und glaubwürdige Nachrichten verschaffen kann, da von ihnen oft die bedeutendsten Rechte jeder Art abhängen.

Dem Staate liegt daher die unerläßliche Pflicht ob, alle die dazu erforderlichen Anstalten zu treffen; und den Kirchenbüchern solche Register zu substituiren, wodurch Geburt, Heurath und Tod besser als durch erstere beurkundet werden kann, ich meyne — die Register über die Akte des Zivilstandes.

Im Königreich Westphalen ist die Führung dieser Register durch die Verordnung vom 22. Januar 1808 den Predigern vorläufig und wahrscheinlich nur so lange übertragen worden, bis sich auf dem Lande kultivirte Menschen genug finden, denen die Führung dieser Register mit Vertrauen übertragen werden kann.

Im Herzogthum Nassau kann ein Gleiches geschehen. Die Art und Weise, wie die Akten des Zivil- oder Personenstandes im Königreiche Westphalen geführt werden, erläutert die gedruckte Anweisung für Prediger zu Führung der Register des Zivilstandes. Kassel 1808., die hier zum Beweiser dienen kann.

#### §. 10.

(Zu 2.) bin ich mit dem Vorschlage des Herrn Referenten, den Familienrath im Herzogthume einzuführen, um so mehr einverstanden, da bereits bei vielen Gelegenheiten die Erfahrung von seinem Nutzen überzeugt hat.

(Zu 3) erheischt es die Nothwendigkeit, die Kontentiose von der willkührlichen Gerichtsbarkeit zu trennen. Die gerichtliche Protokollierung des Geschäftes ersetzt den Acte authentique des Notars keineswegs. Dieser ist nur der Rathgeber, der Vertraute der Partheien. Der Richter darf seiner Bestimmung nach beides nicht seyn.

Ist der Richter selbst der Instrumentant; so vereinigt er in einer Person die kontrollirte und kontrollirende Behörde; ja! er wird sogar, wenn über die Gültigkeit der Form Streit entsteht, Richter in eigener Sache. Die willkührliche Gerichtsbarkeit, in die Hände der Notarien gelegt, sichert das Eigenthum, und verhütet Prozesse. Ich stimme daher für die Einführung des französischen Notariats.

#### §. 11.

(Zu 4.) das Enregistrement (Urkundenkontrolle) hat zum Hauptzwecke, das Datum eines Aktes zu

beurkunden. Ein nicht einregistrirter Akt unter Privatunterschrift ist gegen einen Dritten bei Gericht ungültig (Art. 1328.)

Das Verzeichniß derjenigen Akten, welche dieser Förmlichkeit unterworfen sind, findet man im Code administratif T. II. pag. 85. Franzosen selbst bekennen, daß die Gebühren dafür zu hoch angesetzt sind \*) In gemäßigterem Ansätze ist das Enregistrement auch in finanzieller Hinsicht im Herzogthum wünschenswerth.

### §. 12

(Zu 5.) folgt das bureau conservateur des hypothèques.

a.) durch die Inscription der Hypotheken in die Register der Hypothekenbureau's gelangen die Hypotheken zur Offenkundigkeit: mithin kann sich sowohl der dritte Erwerber des Grundstücks, worauf solche haften, als auch jeder Darleiher versehen. Nur mittelst der Inscription erlangt daher der Pfandgläubiger Rechte gegen den dritten Besitzer des ihm verpfändeten Gegenstandes, und ein Vorzugsrecht vor den übrigen Kreditoren. Ueber dieses wichtige Sicherungsmittel der Rechte und des Credits stellt der E. N. eine sehr vollständige Gesetzgebung auf, wodurch er die Form und Wirkung dieser Inscription festsetzt, und dabei das Interesse des Schuldners mit der Sicherheit seiner Gläubiger zu vereinbaren sucht.

Hieher gehört auch

b.) die Transcription der Erwerbungsur-

---

\*) E. la Magistrature en France p. 218. Nr. 1. à Paris 1807.

funden. Es müssen nemlich diejenigen Urkunden, durch welche Eigenthum an Grundstücken erworben wird gleichfalls in die Register des Hypothekenbewahrs (welche hierin die Stelle der in Deutschland üblichen Währschafts-Protokolle vertreten) eingetragen werden, um gewisse Wirkungen hervor zu bringen. Insbesondere haben.

1.) Schenkungen unbeweglicher Sachen (Art. 939 — 941.) und die durch's Gesetz erlaubten fideicommissarischen Verfügungen, (Art. 1069. — 1073.) wenn solche nicht transcribirt sind, keine rechtlichen Wirkungen gegen die Gläubiger und gegen den dritten Erwerber der Grundstücke;

2.) die Verjährung, welche einen besondern Rechtsgrund voraussetzt, fängt erst von dem Tage an zu laufen, wo dieser Titel einregistrirt ist; (Art. 2080)

3.) die Eintragung der Urkunden ist erforderlich, wenn der Erwerber eines Grundstücks, oder eines auf Grundstücke gebührenden Staatsrechtes dasselbe auf die gesetzliche Weise von den darauf haftenden Privilegien und Hypotheken befreien will. (Art. 1281. ff.) In alle diese Formen sind zwar fiskalische Zwecke verflochten, sie haben aber ganz unverkennbare wohlthätige Folgen für Sicherung der Rechte und Erleichterung der Rechtsanwendung.

Der Nutzen des bureau conservateur des hypothèques ist augenfällig, und erzeugt den Wunsch, daß bei den großen Mängeln, welche man hin und wieder bei unseren deutschen Hypothekenbüchern an-

trifft, dies französische Institut jenen substituirt werden möge. \*)

\*) Die Inscriptionsgebühren sind mäßig, und werden durch das Gesetz vom 21. Ventose des Jahres 7. in folgenden Dispositionen bestimmt:

Il sera perçu au profit du trésor public, conformément à l'article 62. de la loi du 9. vendémiaire an 6., un droit sur l'inscription des créances hypothécaires, et sur la transcription des actes emportant mutation de propriétés immobilières.

Le droit d'inscription des créances, sera d'un pour mille du capital des créances.

Il ne sera payé qu'un seul droit d'inscription, pour chaque créance, quel que soit d'ailleurs le nombre des créanciers réquerans et celui des débiteurs grevés.

S'il y a lieu à inscription d'une même créance dans plusieurs bureaux, le droit sera acquitté en totalité dans le premier bureau; il ne sera payé, pour chacune des autres inscriptions, que le simple salaire du préposé sur la représentation de la quittance constatant le paiement entier du droit, lors de la première inscription.

En conséquence, le préposé dans le premier bureau sera tenu de délivrer à celui qui paiera le droit, indépendamment de la quittance au pied de bordereau d'inscription, autant de duplicata de ladite quittance qu'il lui en sera demandé.

Il sera payé vingt centimes pour chaque duplicata, outre le papier timbré.

L'inscription des créances appartenant à la république, aux hospices civils et aux autres établissements publics, sera faite sans avance du droit d'hypothèque et des salaires des préposés.

Toutes les fois que l'inscription aura lieu sans avance du droit et des salaires, le préposé sera tenu, 1<sup>o</sup> d'enoncer, tant sur les registres, que sur le bordereau à remettre au requérant, que le droit et salaires sont dûs; 2<sup>o</sup> d'en poursuivre le recouvrement sur les débiteurs, dans les deux décades (ou vingt jours) après le date de l'inscription.

Ces poursuites s'exerceront suivant les formes établies pour le recouvrement des droits d'enregistrement.

Cette loi a supprimé la conservation générale des hypothèques, et a attribué ses fonctions à la régie nationale de l'enregistrement et des domaines.

Elles sont remplies, dans les départemens, par les receveurs de l'enregistrement.

Ces receveurs sont établis dans les communes où siègent les tribunaux civils et correctionnels.

La même loi leur attribue les droits suivans:

1<sup>o</sup> Pour l'inscription de chaque droit d'hypothèque ou privilège, quelque soit le nombre des créanciers, si la formalité est requise par le même bordereau . . . 50 Ct.

2<sup>o</sup> Pour la transcription de chaque acte de mutation, par rôle d'écriture contenant 25 lignes à la Page et 18 syllabes à la ligne . . . . . 25 Ct.

3<sup>o</sup>. Pour chaque déclaration de changement de domicile . . . . . 25 Ct.

4<sup>o</sup>. Pour l'inscription de chaque notification de procès — verbaux d'affiches . . . . . 1 Fr. - -

5<sup>o</sup>. Pour chaque radiation d'inscription . . . . . 50 Ct.

6<sup>o</sup>. Pour chaque extrait d'inscription, ou certificat qu'il n'en existe aucune . . . . . 50 Ct.

7<sup>o</sup>. Pour les copies collationnées des actes déposés ou transcrits dans les bureaux des hypothèques, par chaque rôle de feuille de papier de 25 lignes à la page et de 18 syllabes à la ligne . . . . . 25 Ct.

§. Code administratif T. II. p. 684.

(Der zweite Abschnitt und die Fortsetzung folgt im nächsten Heft)

## 7.

Vollständige Sammlung aller Akten-  
stücke welche auf die Naturalisation  
der Franzosen im Auslande Bezug  
haben.

---

Das kaiserlich französische Dekret vom 26 August 1811, welches nicht nur für die Zukunft jede Auswanderung aus Frankreich ohne besondere Genehmigung Sr. Kais. Königl. Majestät untersagt, sondern auch allen im Umfange der jetzt zu Frankreich gehörigen Provinzen Gebornen, die Pflicht auflegt, Kais. Königl. Genehmigungs-Patente zur Naturalisation im Auslande zu lösen, wenn sie nicht bestimmten gesetzlichen Strafen ausgesetzt seyn wollen — dieses Dekret und das unterm 25 Jänner 1812 erstattete und genehmigte Gutachten des Statraths haben ein so allgemeines Interesse für so viele Einwohner, besonders in den Staaten des Rheinischen Bundes, welche sich vor oder nach der Vereinigung deutscher Lande mit Frankreich in mehreren deutschen und andern Staaten niedergelassen oder Dienste angenommen haben, daß wir für nothwendig halten, nicht nur dieses Dekret und das erwähnte Gutachten in französischer und deutscher Sprache in unsre Zeitschrift aufzunehmen, sondern auch Nachricht von den Maßregeln zu geben, welche von den hohen Souverains der Staaten des Rheinischen Bundes deßhalb ergriffen worden sind:

Wir wählen die Uebersetzung, welche neben dem französischen Texte im Herzog. Nassauischen Verordnungsblatte N. 9. vom 23 März 1812 abgedruckt worden ist

## D é c r e t   i m p é r i a l .

Au Palais de Trianon, le 26 août 1811.

Napoléon, etc. Nous avons décrété décrétons et ordonnons ce que suit :

**Titre Ier. Des Français naturalisés en pays étranger avec notre autorisation.**

**Art. 1er.** Aucun Français ne peut être naturalisé sans notre autorisation.

2. Notre autorisation sera accordée par des lettres - patentes dressées par notre grand-juge, signées de notre main, contresignées par notre ministre secrétaire d'état, visées par notre cousin le prince archichancelier, insérées au bulletin des lois, et enregistrées en la Cour impériale du dernier domicile de celui qu'elles concernent.

3. Les Français naturalisés ainsi en pays étranger jouiront du droit de posséder, de transmettre des propriétés et de succéder, quand même les sujets du pays où ils seront naturalisés ne jouiraient pas de ces droits en France.

4. Les enfans d'un Français naturalisé en pays étranger, et qui sont nés dans ces pays, sont étrangers. Ils pourront recouvrer la qualité de Français, en remplissant les formalités prescrites par les articles 9 et 10 du Code Napoléon. Néanmoins, ils recueilleront les successions et exerceront tous les droits qui seront à leur profit, pendant leur minorité et dans les dix ans qui suivront leur majorité accomplie.



## Kaiserliches Dekret.

Im Pallast von Trianon, den 26. August 1811.

Wir Napoleon ic. Haben dekretirt, dekretiren u. befehlen, wie folgt:

**Erster Titel.** Von den im Auslande mit Unserer Ermächtigung naturalisirten Franzosen.

**Artikel 1.** Kein Franzose kann in einem fremden Lande ohne Unsere Ermächtigung naturalisirt werden.

2. Unsere Ermächtigung soll durch Patentbriefe von Unserm Großrichter, von Uns unterzeichnet, durch Unsern Minister Staatssekretair kontrassegnirt, und durch Unsern Vetter, den Fürsten Erzkanzler, visirt, zugestanden, ins Gesetz-Bulletin eingerückt, und bei dem kaiserl. Gerichtshof am letzten Wohnsitz dessen, den sie betrifft, einregistrirt werden.

3. Die auf diese Art in der Fremde naturalisirte Franzosen sollen das Recht genießen, Eigenthum zu besitzen, zu hinterlassen und zu ererben, selbst wenn die Unterthanen des Landes, worin sie naturalisirt worden sind, diese Rechte in Frankreich nicht genießen sollten.

4. Die Kinder eines in der Fremde naturalisirten Franzosen, die in derselben geboren sind, sind Ausländer. Sie können indessen die Eigenschaft eines Franzosen wieder erlangen, wenn sie die in dem 9ten und 10ten Artikel des Gesetzbuches Napoleons vorgeschriebene Formalitäten beobachten. Dessen ungeachtet sollen sie Erbschaften antreten, und alle Rechte zu ihrem Vortheil während ihrer Minderjährigkeit und 10 Jahre lang nach zurückgelegter Minderjährigkeit genießen können.

5. Les Français naturalisés en pays étranger, même avec notre autorisation, ne pourront jamais porter les armes contre la France, sous peine d'être traduits devant nos cours, et condamnés aux peines portées au Code pénal, livre 3, art. 75 et suivants.

## Titre II. — Des Français naturalisés en pays étranger sans notre autorisation.

6. Tout Français naturalisé en pays étranger, sans notre autorisation, encourra la perte de ses biens qui seront confisqués; il n'aura plus le droit de succéder, et toutes les successions qui viendront à lui échoir, passeront à celui qui est appelé après lui à les recueillir, pourvu qu'il soit régnicole.

7. Il sera constaté, par-devant la cour du dernier domicile du prévenu, à la diligence de notre procureur-général, ou sur la requête de la partie civile intéressée, que l'individu s'étant fait naturaliser en pays étranger, sans notre autorisation, a perdu ses droits civils en France; et en conséquence, la succession ouverte à son profit sera adjugée à qui de droit.

8. Les individus dont la naturalisation en pays étranger, sans notre autorisation, aurait été constatée, ainsi qu'il est dit en l'article précédent, et qui auraient reçu distinctement ou par transmission des titres institués par le sénatus-consulte, du 14 août 1806, en seront déchus.

5. Die in der Fremde selbst mit Unserer Ermächtigung naturalisirten Franzosen dürfen nie die Waffen gegen Frankreich führen, bei Strafe, vor Unsere Gerichtshöfe gebracht, und zu den im Straffoder, Buch 3, Artikel 75, aufgeführten Strafen verurtheilt zu werden.

**Zweiter Titel. — Von den ohne Unsere Ermächtigung im Auslande naturalisirten Franzosen.**

6. Jeder ohne Unsere Ermächtigung im Auslande naturalisirte Franzose wird mit Konfiskation seiner Güter bestraft; er ist des Rechts der Erbschaft verlustig, und alle Erbschaften, die ihm zufallen, sollen auf den übergehen, der nach ihm zunächst darauf Anspruch hat, vorausgesetzt, daß er ein Einheimischer ist.

7. Es soll vor dem Gerichtshof des letzten Wohnsitzes des Angeklagten, auf Ansuchen Unseres General-Prokurators und auf Verlangen der dabei interessirten Zivilparthei konstatirt werden, daß das Individuum das sich ohne Unsere Ermächtigung im Auslande hat naturalisiren lassen, seine bürgerliche Rechte in Frankreich verloren hat, und die zu seinem Vortheil sich eröffnende Erbschaft folglich dem zu Theil werden muß, der das Recht dazu hat.

8. Die Individuen deren Naturalisation im Auslande ohne Unsere Ermächtigung auf die im vorigen Artikel vorgeschriebene Weise konstatirt worden ist, und denen entweder geradezu oder durch Uebertragung Titel zu Theil geworden seyn dürften, die durch das Senatskonsult vom 14. Aug. 1806 eingeführt worden sind, sollen derselben verlustig seyn.

9. Ces titres et les biens y attachés seront dévolus à la personne restée Française, appelée selon les lois, sauf les droits de la femme qui seront réglés, comme en cas de viduité.

10. Si les individus mentionnés en l'article 8 avaient reçu l'un de nos ordres, ils seront biffés des registres et états, et défenses leur sont faites d'en porter la décoration.

11. Ceux qui étaient naturalisés en pays étranger, et contre lesquels il aura été procédé, comme il est dit aux articles 6 et 7 ci dessus s'ils sont trouvés sur le territoire de l'Empire, seront, pour la première fois, arrêtés et reconduits au-delà des frontières; en cas de récidive, ils seront poursuivis devant nos cours, et condamnés à être détenus pendant un tems qui ne pourra être moindre d'une année, ni excéder dix ans.

12. Ils ne pourront être relevés des déchéances et affranchis des peines ci-dessus que par des lettres de relief accordées par nous en conseil privé, comme les lettres de grace.

13. Tout individu naturalisé en pays étranger, sans notre autorisation, qui porterait les armes contre la France, sera puni conformément à l'article 75 du Code pénal.

### Titre III. — Des individus déjà naturalisés en pays étranger.

14. Les individus qui se trouveraient naturalisés en pays étranger lors de la publication du présent décret, pourront, dans le délai d'un an, s'ils sont sur le continent européen; de trois ans, s'ils sont hors de ce continent; de cinq ans, s'ils sont au

9. Diese Titel und die damit verknüpften Güter sollen der nach den Gesetzen zunächstkommenden Person, die französisch geblieben ist, zufallen, unbeschadet jedoch der Rechte der Frau, die so wie im Fall der Wittwenschaft, regulirt werden sollen.

10. Wenn die im Artikel 8 erwähnten Personen einen Unserer Orden erhalten haben sollten, so sollen sie von den Registern und Verzeichnissen gestrichen, und ihnen verboten werden, die Dekoration derselben zu tragen.

11. Diejenigen, welche im Auslande naturalisirt sind, und gegen welche, wie in den Artikeln 6 und 7 angezeigt ist, verfahren worden, sollen, wenn sie auf dem Boden des Reichs betroffen worden, das erstemal verhaftet und über die Gränze geführt, im Wiederholungsfall vor Unsere Gerichte gebracht und zu einer Gefängnißstrafe, die nicht unter ein Jahr und nicht über 10 Jahr betragen darf, verurtheilt werden.

12. Es sollen ihnen die oben angezeigten Verfallsfristen nicht erlassen, und sie von den obigen Strafen anders nicht befreiet werden können, als durch Erlass-Briefe, die von Uns im geheimen Rathe, gleich den Gnadenbriefen ausgefertigt worden.

13. Eine jede im Auslande ohne Unsere Autorisation naturalisirte Person, welche gegen Frankreich die Waffen führen sollte, soll in Gemäßheit des Artikels 75 des Straf-Coder bestraft werden.

Dritter Titel. — Von den im Auslande bereits naturalisirten Personen.

14. Die im Auslande bei der Bekanntmachung des gegenwärtigen Dekrets naturalisirten Personen sollen, wenn sie auf dem europäischen Kontinent sind, binnen einem Jahre, sind sie außerhalb desselben,

delà du Cap de-Bonne-Espérance et aux Indes-Orientales, obtenir notre autorisation dans les délais et selon les formes portées au présent décret.

15. Ils ne pourront être relevés du retard que par des lettres de relief de déchéance, accordés sur la proposition de l'un des nos ministres, et délivrés par notre grand-juge, ainsi qu'il est dit par l'art. 12 ci-dessus.

16. Le délai passé, et s'ils n'ont pas obtenu de lettres de relief, les dispositions générales du présent décret leur seront applicables.

#### Titre IV. — Des Français au service d'une puissance étrangère.

17. Aucun Français ne pourra entrer au service d'une puissance étrangère sans notre autorisation spéciale, et sous la condition de revenir si nous le rappelons, soit par une disposition générale, soit par un ordre direct.

18. Ceux de nos sujets qui auront obtenu cette autorisation, ne pourront prêter serment à la puissance chez laquelle ils serviront, que sous la réserve de ne jamais porter les armes contre la France, de quitter le service, même sans être rappelés, si le prince venait à être en guerre contre nous; à défaut de quoi ils seront soumis à toutes les peines portées par le décret du 6 avril 1809.

19. L'autorisation de passer au service d'une puissance étrangère leur sera accordée par des lettres-patentes délivrées dans les formes prescrites à l'art. 2 ci-dessus.

innen drei Jahren, und wenn sie jenseits des Vorgebirges der guten Hoffnung und in Ostindien sind, binnen 5 Jahren unsere Ermächtigung in den im gegenwärtigen Dekrete vorgeschriebenen Fristen und Formen, erlangen können.

15. Es kann die Versäumnis ihnen nur durch Erlassschreiben erlassen werden, welche auf den Vorschlag eines Unserer Minister bewilligt, und von Unserem Großrichter, nach Angabe des obigen Artikels 12 ausgefertigt werden sollen.

16. Ist diese Zeit vorüber, und sie haben keine Erlassschreiben erlangt, so sollen die allgemeinen Verfügungen des gegenwärtigen Dekrets auf sie anwendbar seyn.

Vierter Titel. — Von Franzosen, welche im Dienste ausländischer Mächte stehen.

17. Es kann kein Franzose im Dienste einer ausländischen Macht stehen, ohne unsere besondere Erlaubnis, und unter der Bedingung, wieder zurückzukommen, sobald Wir ihn zurückberufen, es sey durch eine allgemeine Verfügung oder durch einen direkten Befehl.

18. Diejenigen Unserer Unterthanen, welche diese Erlaubnis erhalten, können der fremden Macht, der sie dienen, anders keinen Eid leisten, als unter der Bedingung, nie gegen Frankreich zu fechten, und sogar ohne zurückberufen zu werden, den Dienst zu verlassen, wenn der Fürst gegen Uns im Krieg begriffen werden sollte. Im entgegengesetzten Fall sollen sie allen durch das Dekret vom 6ten April 1809 angeordneten Strafen unterworfen seyn.

19. Die Ermächtigung in den Dienst einer fremden Macht überzugehen, soll ihnen durch, in der vom obigen Artikel 2 vorgeschriebenen Form, ausgefertigte offene Schreiben erteilt werden.

20. Ils ne pourront servir comme ministres plénipotentiaires dans aucun traité où nos intérêts pourraient être débattus.

21. Ils ne pourront entrer en France qu'avec notre permission spéciale.

22. Ils ne pourront se montrer dans les pays soumis à notre obéissance avec la cocarde étrangère, et revêtus d'une uniforme étrangère, ils seront autorisés à porter les couleurs nationales, quand ils seront dans l'Empire.

23. Ils pourront néanmoins porter les décorations des ordres étrangers, lorsqu'ils les auront reçus avec notre autorisation.

24. Les Français au service d'une puissance étrangère ne pourront jamais être accrédités comme ambassadeurs, ministres ou envoyés auprès de notre personne, ni reçus comme chargés de missions d'apparat qui les mettraient dans le cas de paraître devant nous avec leur costume étranger.

25. Tout Français qui entre au service d'une puissance étrangère, sans notre autorisation, et sera par conséquent traité conformément aux dispositions du titre II. du présent décret, et s'il reste au service étranger en tems de guerre, il sera soumis aux peines portées par le décret du 6 avril 1809.

26. L'article 14 est applicable aux Français qui seraient au service étrangers sans être munis de lettres-patentes.

27. Notre décret du 6 avril 1809 continuera à être exécuté pour tous les articles qui ne sont ni abrogés



20. Sie können in keinem Vertrage, wo von Unserem Interesse gehandelt wird, als bevollmächtigte Minister dienen.

21. Sie können nur mit Unserer besondern Erlaubniß nach Frankreich zurückkehren.

22. Sie dürfen sich in den Unserer Herrschaft unterworfenen Ländern nicht mit fremder Kokarde, noch fremder Uniform zeigen. Wenn sie im Reiche sind, sollen sie berechtigt seyn, die Nationalfarben zu tragen.

23. Demungeachtet sollen sie ausländische Orden tragen dürfen, wenn sie Unsere Autorisation dazu erhalten haben.

24. Die im Dienste einer fremden Macht befindlichen Franzosen können niemals als Botschafter, Minister oder Gesandte bei Unserer Person akkreditirt, noch in Sendungen von Uns angenommen werden, die sie in den Fall setzen könnten, in ihrem fremden Kostüm vor Uns zu erscheinen.

25. Ein jeder Franzose, welcher ohne Unsere Erlaubniß in die Dienste einer fremden Macht getreten ist, wird aus diesem Grunde schon angesehen, als ob er ohne Unsere Autorisation im Auslande naturalisirt sey, und demzufolge in Gemäßheit der Verfügungen des Artikels 2 des gegenwärtigen Dekretes behandelt, und wenn er in Kriegszeiten im fremden Dienste bleibt, den durch das Dekret vom 6. April festgesetzten Strafen unterworfen.

26. Der Artikel 14 ist auch auf die Franzosen anwendbar, welche in auswärtigen Diensten sind, ohne mit Patentscheiben versehen zu seyn.

27. Unser Dekret vom 6ten April 1809 soll fortdauernd für alle Artikel, welche nicht zurückgenommen

ni modifiés par les dispositions du présent décret et notamment à l'égard des Français qui, étant entrés sans notre autorisation au service d'une puissance étrangère, y sont demeurés après la guerre déclarée entre la France et cette puissance. Ils seront considérés comme ayant porté les armes contre nous, par cela seul qu'ils auront continué à faire partie d'un corps militaire destiné à agir contre l'Empire français ou ses alliés.

#### Avis du Conseil d'Etat du 21 Janvier 1812.

S. M., sur le rapport du grand-juge ministre de la justice, et après avoir entendu son conseil d'Etat, a approuvé le 21 janvier 1812, au palais des Tuileries, un avis portant solution de diverses questions relatives aux Français qui sont naturalisés ou qui servent en pays étranger.

Cet avis est conçu ainsi qu'il suit :

Le Conseil d'Etat, qui, d'après le renvoi ordonné par S. M., a entendu le rapport de la section de législation sur celui du grand-juge ministre de la justice, présentant les questions suivantes :

1. Les Français qui, avant la publication du décret impérial du 26 août 1811., avaient obtenu de S. M. la permission d'entrer au service d'un prince étranger, sont-ils tenus de demander des lettres patentes, comme ceux qui n'ont point encore obtenu cette permission ?

2. L'obligation d'obtenir des lettres-patentes de S. M. pour pouvoir demeurer sujet d'un prince étranger, est-elle commune aux [descendants des re-

noch durch die Verfügungen des gegenwärtigen Dekrets modifizirt sind, und besonders für diejenigen Franzosen fortdauern, welche, wenn sie ohne unsere Erlaubniß in die Dienste einer fremden Macht gegangen, nach dem zwischen Frankreich und dieser Macht erklärten Krieg darin geblieben seyn sollten. Sie sollen betrachtet werden, als hätten sie die Waffen gegen Uns getragen, bloß aus dem Grunde, weil sie fortdauernd zu einem Militairkorps gehört, welches gegen das französische Reich oder dessen Verbündeten zu agiren bestimmt war.

Staatsraths-Gutachten v. 21. Januar 1812.

Se. Majestät haben, auf den Bericht des Großrichters, Justizministers, und nach Anhörung Ihres Staatsrathes, den 21. Januar 1812, im Pallaste der Thuilleries, ein Gutachten genehmigt, welches die Auflösung verschiedener, die Franzosen, welche sich im Auslande naturalisirt haben, oder daselbst dienen, betreffender Fragen, enthält. Dieses Gutachten lautet, wie folgt: „Der Staatsrath — nach Ansicht des von Sr. Majestät an ihn erlassenen Berichts der Section der Gesetzgebung, über den Bericht des Großrichters, Justizministers, welcher folgende Fragen aufstellt:

1) Sind diejenigen Franzosen, welche vor der Bekanntmachung des kaiserl. Dekrets vom 26. August 1811, von Sr. Majestät die Erlaubniß erhalten hatten, in die Dienste eines fremden Fürsten zu treten, um Patentbriefe anzubalten, verpflichtet, gleich denen, welche diese Erlaubniß noch nicht erhalten haben?

2) Erstreckt sich die Verpflichtung, Patentbriefe von Sr. Majestät auszuwirken, um Unterthan eines auswärtigen Fürsten bleiben zu können, auch auf die Ab-

ligionnaires fugitifs par suite de la révocation de l'édit de Nantes ?

3. Un Français sera-t-il censé naturalisé sujet d'un prince étranger, par cela seul que ce prince lui aura conféré un titre héréditaire ?

4. Les Français qui, avec la permission de S. M. sont au service d'un prince étranger, peuvent-ils accepter les titres que ce prince juge à propos de leur conférer en récompense de leur services ?

5. Quels sont les différents services qu'un Français ne peut faire à l'étranger sans en avoir obtenu l'autorisation par lettres-patentes ?

En d'autres termes, le décret impérial du 26 août comprend-il, non seulement le service militaire et les fonctions diplomatiques, administratives et judiciaires, mais encore le service d'honneur dans la maison d'un prince ?

Les secrétaires-généraux sont-ils fonctionnaires administratifs ?

Le décret comprend-il même le travail des commis de bureaux qui ne sont point à la nomination du gouvernement ?

6. Les sujets des pays réunis à la France, qui, dès avant la réunion, étaient entrés au service d'un pays étranger, sont-ils tenus pour continuer ce service, d'obtenir des lettres patentes ?

7. Les lettres-patentes doivent-elles être demandées individuellement, ou peuvent-elles l'être par un état général des Français que le prince étranger voudrait garder à son service ?

Kömmlinge derjenigen Glaubensverwandten, welche nach der Widerrufung des Edikts von Nantes flüchtig wurden?

3) Wird ein Franzose schon dadurch als naturalisierter Unterthan eines auswärtigen Fürsten angesehen, wenn dieser ihm einen erblichen Titel erteilt hat?

4) Können die Franzosen, welche mit der Erlaubnis Sr. Majestät in Diensten eines fremden Fürsten sind, die Titel annehmen, welche dieser Fürst ihnen zur Belohnung ihrer Dienste verleihen möchte?

5) Welches sind die verschiedenen Dienste, welche ein Franzose im Auslande nicht versehen kann, ohne dazu durch Patentschreiben autorisirt zu seyn? Mit andern Worten: Begreift das kaiserliche Dekret vom 26 August nicht allein den Kriegsdienst, und die diplomatischen, administrativen und gerichtlichen Geschäfte, sondern auch die Ehrendienste an dem Hofe eines Fürsten? Sind die Generalsekretairs verwaltende Beamte? Begreift das Dekret auch die Arbeit der Bureau-Kommiss, welche nicht von der Regierung ernannt werden?

6) Sind die Unterthanen der mit Frankreich vereinigten Länder, welche vor der Einverleibung in auswärtige Dienste getreten waren, verpflichtet, wenn sie in diesen Diensten bleiben wollen, Patentbriefe auszuwirken?

7. Müssen die Patentschreiben persönlich nachgesucht werden, oder kann man sie nach einem allgemeinen Etat derjenigen Franzosen, welche der fremde Fürst in seinen Diensten behalten will, auswirken?

8. Les Français, et notamment les sujets des pays réunis, qui sont ou qui entraient au service d'un prince étranger, ne pourront-ils, sans une permission spéciale de S. M., venir visiter leurs possessions ou suivre leurs affaires en France ?

9. La permission spéciale de S. M. pour pouvoir rentrer en France sera-t-elle nécessaire, même à ceux qui auront quitté le service étranger ?

10. La défense de se montrer dans les pays soumis à la domination de S. M. avec la cocarde étrangère et un uniforme étranger, s'applique-t-elle au cas où les Français, employés comme officiers dans les troupes d'un prince étranger, traverseraient la France ou y seraient stationnés avec leur corps ?

11. Un Français ne peut-il également se montrer en France revêtu d'un costume étranger quelconque ?

Si un prince étranger vient en France, et qu'un officier nécessaire près de sa personne soit Français, cet officier pourra-t-il faire son service avec le costume qui y est affecté ?

Vu la loi du 15 décembre 1790, les décrets impériaux des 6 avril 1809 et 26 août 1811 ;

Est d'avis,

Sur la 1re question : qu'aucune permission accordée à un Français soit pour se faire naturaliser, soit pour prendre du service à l'étranger, n'est valable, si elle n'est accordée dans les formes prescrites par l'art. 2. du décret du 26 août 1811, qu'ainsi tout Français

8. Dürfen die Franzosen, und hauptsächlich die Unterthanen der einverleibten Länder, welche in Diensten eines auswärtigen Fürsten stehen, oder in solche eintreten, ohne eine besondere Erlaubniß Sr. Majestät, ihre Besitzungen in Frankreich nicht besuchen, oder ihre Geschäfte darin betreiben?

9) Ist die besondere Erlaubniß Sr. Majestät, um wieder nach Frankreich kommen zu dürfen, auch für diejenigen nothwendig, welche den auswärtigen Dienst verlassen haben?

10) Ist das Verbot, in den der Botmäßigkeit Sr. Majestät unterworfenen Ländern mit einer fremden Ko-larde, oder einer fremden Uniform zu erscheinen, auch auf den Fall anwendbar, wo Franzosen, welche als Offiziers bei den Truppen eines auswärtigen Fürsten stehen, durch Frankreich ziehen, oder mit ihren Korps in diesem Reiche stationnirt werden?

11) Darf ein Franzose sich in Frankreich auch nicht mit irgend einem andern fremden Kostüme zeigen? — Wenn ein auswärtiger Fürst nach Frankreich kommt, und ein zum Dienste bei dessen Person nothwendiger Beamter ein Franzose ist, kann dieser seinen Dienst in dem Kostüme, das dazu bestimmt ist, verrichten?

Nach Ansicht des Gesetzes vom 15ten Dezember 1790, der kaiserlichen Dekrete vom 6ten April 1809, und 26ten August 1811; ist der Meinung: Auf die erste Frage, daß keine einem Franzosen ertheilte Erlaubniß, es sey, um sich im Auslande naturalisiren zu lassen, oder fremde Dienste zu nehmen, nur dann gültig ist, wenn sie in den in dem Artikel 2 des Dekrets vom 26ten August 1811 vorgeschriebenen Formen abgefaßt ist; daß dergestalt jeder Franzose, der vor

qui, avant la publication du dit décret, aurait pris du service d'une puissance étrangère, même avec la permission de S. M., est tenu, s'il ne veut encourir les peines portées au titre II de ce décret, de se munir de lettres-patentes, conformément aux dispositions de l'art 2, et dans les délais prescrits par l'art. 14 du même décret.

Sur la 2<sup>e</sup> question : que les dispositions des décrets des 6 avril 1809 et 26 août 1811 ne sont pas applicables aux descendants des religionnaires fugitifs qui n'ont point usé du droit qui leur était accordé par l'art. 22 de la loi du 15 décembre 1790.

Sur les 3. et 4<sup>e</sup> questions : que tout Français qui, étant, même avec la permission de S. M., au service d'une puissance étrangère, accepte de cette puissance un titre héréditaire, est, par cette acception seule, censé naturalisé en pays étranger : et que si ladite acceptation a eu lieu sans l'autorisation de S. M., il doit être traité selon le titre II du décret du 26 août 1811.

Sur la 5<sup>e</sup> question : qu'aucun service, soit près de la personne, soit près d'un des membres de la famille d'un prince étranger, de même qu'aucune fonction dans une administration publique étrangère, ne peuvent être acceptés par un Français sans une autorisation de S. M.

Sur la 6<sup>e</sup> question : que tout sujet d'un pays réuni à la France, qui, même avant la réunion, serait entré au service d'une puissance étrangère, est tenu de se pourvoir de lettres-patentes ainsi qu'il est dit sur la première question ; à moins qu'avant cette réunion, il n'eut été naturalisé chez cette puissance.



der Bekanntmachung des besagten Dekretes bei einer auswärtigen Macht Dienste genommen hat, und sey es auch mit Erlaubniß Sr. Majestät, gehalten ist, wenn er nicht in die im Titel II. dieses Dekretes verfügte Strafen verfallen will, sich in Gemäßheit der Verfügungen des Artikels 2. mit Patentschreiben zu versehen, und dieses binnen der im Artikel 14 desselben Dekretes festgesetzten Fristen.

Auf die zweite Frage: daß die Verfügungen der Dekrete vom 6ten April 1809 und 26ten August 1811 auf die geflüchteten Glaubensverwandten, welche sich des Rechts, das ihnen durch den Artikel 22 des Gesetzes vom 15ten Dezember 1810 verwilligt war, nicht bedient haben, nicht anwendbar sind.

Auf die 3te und 4te Frage: daß jeder Franzose, welcher, selbst wenn er mit Erlaubniß Sr. Majestät in Diensten einer auswärtigen Macht steht, von dieser Macht einen erblichen Titel erhält, vermöge dieser bloßen Annahme als im Auslande naturalisirt angesehen wird, und wenn die besagte Annahme ohne die Autorisation Sr. Majestät statt findet, in Folge des zweiten Titels des Dekretes vom 26ten August 1811 behandelt werden muß.

Auf die fünfte Frage: daß kein Dienst, es sey bei der Person od. bei einem der Verwandten eines fremden Fürsten, desgleichen kein Geschäft bei irgend einer Staatsverwaltung, anders, als nach erhaltener Erlaubniß Sr. Majest. von einem Franzosen angenommen werden kann.

Auf die sechste Frage: daß jeder Unterthan eines mit Frankreich vereinigten Landes, welcher noch vor der Einverleibung in die Dienste einer fremden Macht getreten seyn sollte, gehalten ist, sich mit Patentschreiben zu versehen, wie in Ansehung der ersten Frage bereits erwähnt worden; es sey denn, daß er vor der Einverleibung bei jener Macht naturalisirt worden sey.

Sur la 7<sup>e</sup> question : que tout Français qui désire obtenir l'autorisation, soit de se faire naturaliser, soit de prendre du service à l'étranger, doit en adresser personnellement la demande au grandjuge ministre de la justice, pour être la dite demande soumise, par ce dernier, à S. M.

Sur les 8<sup>e</sup> et 9<sup>e</sup> questions : qu'aucun Français, ni aucun sujet des pays réunis, qui est ou entrera au service d'une puissance étrangère, ne pourra, pour quelque cause que ce soit, venir en France qu'avec une permission spéciale de S. M., laquelle sera nécessaire à ceux mêmes d'entr'eux qui auront quitté le service étranger, et que la demande de cette permission devra être adressée au grandjuge.

Sur les 10<sup>e</sup> et 11<sup>e</sup> questions : qu'un Français servant avec autorisation dans les troupes d'une puissance étrangère, doit, lorsque son corps est appelé par S. M. à traverser la France ou à y stationner, conserver la cocarde et l'uniforme de ce corps, tant qu'il est présent; que, hors ce seul cas, aucun Français ne peut porter en France, ni cocarde étrangère, ni uniforme, ni costume étranger, quand même le prince, au service personnel duquel il est attaché, se trouverait en France;

Et que le présent avis soit inséré au bulletin des lois.



Ueber die 7te Frage: daß jeder Franzose, welcher die Autorisation zu erlangen sucht, entweder im Auslande Dienste nehmen, oder sich naturalisiren lassen zu dürfen, sein Gesuch persönlich an den Großrichter Justizminister richten muß, damit letzterer dieses Gesuch Sr. Majestät vorlegen könne.

Auf die achte und neunte Frage: daß kein Franzose noch Unterthan der einverleibten Länder, welcher im Dienste einer fremden Macht ist, aus welcher Ursache es auch sey, nach Frankreich kommen kann, ohne eine besondere Erlaubniß von Sr. Majestät dazu erhalten zu haben, welche sogar für diejenigen derselben erforderlich ist, welche den ausländischen Dienst verlassen haben, und daß das Gesuch um diese Erlaubniß an den Großrichter gerichtet seyn muß.

Auf die zehnte und eilfte Frage: daß ein Franzose, welcher mit Autorisation unter den Truppen einer fremden Macht dient, wenn sein Korps durch Frankreich zu ziehen, oder darin zu stationniren hat, die Kokarde und die Uniform dieses Korps so lange behalten muß, wie dasselbe anwesend ist; daß aber, diesen einzigen Fall ausgenommen, kein Franzose in Frankreich weder eine auswärtige Kokarde, noch auswärtige Uniform und Kostüm tragen darf, wenn auch der Fürst, in dessen persönlichem Dienste er sich befindet, in Frankreich ist; — und soll das gegenwärtige Gutachten in das Gesetzbüchlein eingerückt werden.



Decret Imperial d.d. 3. Mars 1812.

N a p o l é o n, Empereur des Français, Roi d'Italie etc.

Sur le rapport de notre grand-juge ministre de la justice,

Notre Conseil d'Etat entendu, nous avons décrété et décrétons ce qui suit :

Art. 1er Les lettres-patentes que nous accorderons aux termes de nos décrets des 26 et 28 août 1811, pour autoriser certains des nos sujets soit à accepter du service chez une puissance étrangère, soit à être naturalisés en pays étranger, seront scellées du grand-sceau de l'Etat.

2. Le grand-sceau sera apposé par notre cousin le prince archi-chancelier de l'Empire, après délibération du conseil du sceau.

3. Il sera payé pour droit du dit sceau une somme de mille Francs, qui sera versée dans la caisse du sceau.

4. Notre cousin le prince archi-chancelier et notre grand-juge ministre de la justice, sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret, qui sera inséré au bulletin des lois.

Signé: N a p o l é o n.

Kaiserliches Dekret die Taxe für kaiserliche Erlaubnißscheine, zur Naturalisirung eines gebornen Franzosen, in fremden Staaten betreffend, vom 3ten März 1812.

Wir Napoleon, Kaiser der Franzosen, König von Italien, u.s.w.

Haben, auf den Bericht unsers Großrichters, Ministers der Gerechtigkeitspflege,

Nach Anhörung unseres Staatsraths, dekretirt und dekretiren was folgt:

Art. I. Die Urkunden, welche wir nach unsern Dekreten vom 26ten und 28ten August 1811 ertheilen um gewisse von unsern Unterthanen zu autorisiren, entweder bei einer fremden Macht in Dienst zu treten, oder im Auslande naturalisirt zu werden, sollen mit dem großen Staatsiegel gesiegelt werden.

2. Das große Siegel soll von unserm Vetter, dem Fürsten Reichserzkanzler, nach einer Verathschlagung des Siegelamtes, beigesdruckt werden.

3. Als Gebühr für besaates Siegel soll eine Summe von tausend Franken bezahlt werden, welche in die Kasse des Siegelamtes abgeliefert wird.

4. Unser Vetter der Fürst Reichserzkanzler und unser Großrichter Minister der Gerechtigkeitspflege sind, jeder in wie weit es ihn betrifft, mit der Vollziehung des gegenwärtigen Dekrets beauftragt, das in das Gesetzbülletin eingerückt wird.

Unterzeichnet: Napoleon.

Diese 3 Aktenstücke wurden im Herzogl. Nassauischen Verordnungsblatte vom 23. März 1812 den Einwohnern des Herzogthums bekannt gemacht, und das Herzogliche Staatsministerium ließ dabei nachstehende zwei Verordnungen bekannt machen.

(Die Einsendung der Petitionen, um Erlaubniß zur Naturalisirung, an Herzogl. Staats-Ministerium bet.)

Der an dem Herzoglichen Hofe akkreditirte Kaiserlich französische bevollmächtigte Minister hat anher eröffnet, daß die nach den Kaiserlich französischen Dekreten an ihren Kaiserlichen Großrichter einzureichenden Gesuche geborner Franzosen, um Erlaubniß zur Naturalisation in fremden Staaten durch die Kaiserliche Gesandtschaft weiter an obengenannte Behörde befördert werden, und demnach an solche gelangen müßten. Es wird solches andurch bekannt gemacht, und für die betroffenen Landeseinwohner verordnet, daß solche ihre Petitionen an Herzogliches Staats-Ministerium einzusenden haben, von wo sie der Kaiserlichen Gesandtschaft zur Weiterbeförderung zugehen werden. — Die Petitionen müssen, nach der gesandtschaftliche Eröffnung wesentlich enthalten:

- 1) den Vor- und Zunamen des Petitionärs,
- 2) dessen Alter und Geburtsort,
- 3) Stand oder Gewerbe,
- 4) die Angabe des letzten Aufenthaltsortes in Frankreich,
- 5) des jetzigen Aufenthaltsortes,
- 6) den Zweck und die Beweggründe der Bitte.

Wiesbaden den 18. März 1812.

Herzoglich Nassauisches Staats-Ministerium.

Freiherr von Marschall.

vt. Kößler.

Nachdem durch ein Kaiserlich französisches Dekret vom 26. August vorigen Jahres verfügt worden, daß künftig die Auswanderung der französisch Kaiserlichen Unterthanen in Frankreich nur in dem Fall als gesetzlich angesehen werden soll — wenn eine besondere u. unmittelbare allerhöchste Kaiserliche Erlaubnis dazu ausgewürkt worden ist; so werden die Herzoglichen Regierungs-Kollegien und Aemter hierdurch angewiesen, keinen französisch Kaiserlichen Unterthan — zum Unterthan in hiesigem Herzogthum aufzunehmen, bevor er nicht über die gesetzliche Entlassung aus seinem Vaterland und Sr. Kaiserlich Königlichen Majestät von Frankreich allerhöchste Bewilligung sich genügend ausgewiesen hat. Wiesbaden den 4. März 1812.

Herzogl. Nassauisches Staats-Ministerium.

Freiherr v. Marschall.

vt. Köppler.

Das Großherzoglich Hessische geheime Staatsministerium hat die oben abgedruckten beiden K. K. Dekrete ebenfalls in der Landzeitung abdrucken lassen, sämtliche im Falle sich befindende Unterthanen aufgefordert, sich bei dem einschläglichen Justizamt zu melden, eine ähnliche Verordnung, wie jene des Herzogl. Nassauischen Ministeriums erlassen, und endlich unterm 23. Mai d. J. in No. 63 gedachter Großherzoglichen Zeitung nachstehende Belehrung bekannt gemacht,

In Folge des unterm 28ten Februar dieses Jahrs erlassenen, in No. 26. der Großherzoglich Hessischen Zeitung eingerückten, Publikandums wird ohne Unterschied des Standes und Ranges, sämtlichen, im hiesigen Großherzogthum befindlichen Eingebornen des französischen Reichs, auf welche die Kaiserlich französischen Naturalisations-Beschlüsse am 26 und 28 August 1811 und 21. Januar dieses Jahrs in Anwendung gebracht werden könnten, zur Belehrung und Nachachtung in ihrem Verhalten folgendes bekannt gemacht :

1.) Alle durch jene Kaiserlichen Beschlüsse betroffene Mannspersonen, welche aus dem gegenwärtigen Umfange des französischen Reichs gebürtig, im hiesigen Großherzogthum als Staatsbürger aufgenommen, oder darin als Diener angestellt sind, auch nicht in dem nachstehenden dritten Absatz als ausgenommen angegeben sind, haben der Regel nach,



wenn sie sich den, in dem Kaiserlichen Normativ-Decret vom 26. August 1811 ausgesprochenen Nachtheilen nicht aussetzen wollen, sondern theils ihre Naturalisation im Ausland, theils aber die Erlaubniß, entweder zur Rückkehr nach Frankreich, oder zur einstweiligen Fortsetzung ihres bisherigen Aufenthalts oder Dienstes im hiesigen Großherzogthume zu erhalten wünschen, eine hiernach geeignete Bittschrift an den Kaiserlich französischen Justizminister Großrichter zu Paris, vor dem Eintritt der gesetzlichen Frist vom 26. August 1812 gelangen zu lassen und dieselbe zu dem Ende bei dem am hiesigen Hofe akkreditirten Kaiserlich französischen Gesandten, zur gefälligen Beförderung nach Paris, in Zeiten einzureichen.

2.) Zur Vermeidung aller Irrungen und Verzögerungen wird vorgebacht den diesseitigen Staatsangehörigen zur Nachachtung eröffnet, daß ihre an den Kaiserlichen Justizminister Großrichter in französischer Sprache zu richtenden, eigenhändig, auch unter amtlicher Beurkundung der Unterschrift zu unterzeichnenden Gesuche, im Wesentlichen und in zweckmäßiger Kürze, nachfolgendes bestimmt enthalten müssen: den Vor- und Zunamen des Bittstellers, sein Alter, den Geburtsort, Stand oder Gewerbe, seinen letzten innerhalb des französischen Reichs gehabtten Wohnsitz, den Zweck und die Beweggründe seiner Bitte. Denjenigen Individuen, die der Fassung solcher Petitionen unkundig seyn dürften, haben die Beamten ihres Wohnsitzes, welchen durch die Großher-

zogliche Regierungen gedruckte Formolurien zu solchen Vorstellungen zugehen werden, Amtshalber die nöthigen Belehrungen zu ertheilen und mit ihrem Rath beizustehen. Da übrigens solche Erlaubnißgesuche, nach den vorliegenden Kaiserlichen Dekreten, lediglich als Partie- und nicht als Staatssache behandelt werden, und deswegen von jedem Betheiligten individuell in eigenem Namen angebracht werden müssen, so können, in einzelnen Fällen, keine diesseitigen Staatsverwendungen hierüber eintreten. Demnach wird es der hiesige Hof bei der sehr angelegentlichen Verwendung bewenden lassen, die von ihm, zur Unterstützung aller Gesuche von den im Falle jener Kaiserlichen Dekrete sich befindenden diesseitigen Staatsangehörigen, bei dem französischen Staatsherrscher schon eingelegt worden ist.

3.) Ausgenommen von der, nach vorstehendem ersten Absatz, innerhalb der genannten Frist nachzuforschenden Kaiserlichen Ermächtigung, sind diejenigen, welche zwar aus den an Frankreich abgetretenen, oder mit demselben vereinten Landen gebürtig sind, vor der Zeit aber, wo diese Abtretung oder Vereinigung erfolgte, oder ausgesprochen wurde, schon in den hiesigen bermalen Großherzoglichen Landen als Unterthanen aufgenommen, oder darin zu Staatsdiensten angestellt gewesen waren, mithin dadurch in beiden Fällen, die hierländische Naturalisation erlangt hatten.

4.) Unter der Disposition des Kaiserlichen Dekrets sind diejenigen Frauenspersonen nicht begriffen, welche sich in die hiesigen Lande bisher verheirathet ha-

ben, als welche dadurch für hierländisch naturalisirt zu achten sind. Ein Gleiches gilt von solchen Frauenspersonen aus dem französischen Reich, welche hinführo, nach Weibbringung der zur Heirath erforderlichen Zeugnisse von der französischen Obrigkeit, sich in den hiesigen Landen ordnungsmäßig verehelichen. Französische Staatsangehörigen bleiben aber diejenige Frauenspersonen, die, ohne in die hiesigen Lande sich zu verheirathen, sich in denselben aufhalten oder niederlassen.

5.) Da das hiesige Gouvernement darüber in Kenntniß gesetzt seyn muß, ob und welche von seinen, im Falle der angeführten Kaiserlichen Dekrete sich befindenden Staatsangehörigen, die befragten Erlaubnißgesuche bei der genannten französischen Behörde angebracht und welchen Erfolg ihre deßhalb gethanen Schritte gehabt haben, so wird allen denjenigen, welche dergleichen Bittschriften übergeben haben, bei Vermeidung nachtheiliger Folgen, hierdurch befohlen, und es zu ihrer Dienst- und Unterthanen-Pflicht gemacht, über ihre deßhalb gethane Schritte und deren Erfolg bei der unterzeichneten Behörde seiner Zeit die Anzeige zu thun.

Die Großherzoglichen Staatsdiener insbesondere, welche bei der Kaiserlich französischen Behörde, um die Erlaubniß in hiesigen Diensten zu bleiben, nachsuchen werden, müssen die Anzeige von der Uebergabe ihrer desfallsigen Petitionen vor Ablauf von 3 Monaten nach dem 26. August 1812 um so mehr thun, wenn sie, nach Umständen, sich nicht in dem Falle

sehen wollen, durch Unterlassung solcher Anzeige, als ihre Großherzoglichen Dienste auffagend, geachtet zu werden.

Darmstadt, den 23. Mai 1812.

Auf allerhöchsten Spezial-Befehl.

Großherzoglich Hessisches Geheimen Staats-Ministerium.

Freiherr von Lichtenberg.

Strecke.

Heinemann.

( Die Fortsetzung folgt im nächsten Heft. )

—————000000—————

### Druckfehler:

Seite	4	Zeile	8 v. unten	statt gedruckt	ließ gedruckt
6	2			Accisetarife	Accisetarife
8	5			Zäner	Zänner
16	1	6. oben		muß die Sylbe sung hinweg.	
	7	v. unten		st. Großerzogthumme,	l. Großherzogthume
12	16	v. oben		st. Grundeigenthümer,	l. Grundeigenthümer
14	14			berwindern	l. vermindern
15	6			befördert	l. befördert
91		letzte Zeile		muß es 35 fr. heißen st. 36 fr.	1 h.
116		Zeile 3 v. oben		st. Universallegatar	l. Universallegatar.
121	8			Befugniß	l. Befugniß
124	11	v. unten		entlößt	l. entlößt.

# Der Rheinische Bund.

Zwei und Sechzigstes Heft.

---

8.

## Ueber Militärdienst, als eine Staatslast. \*)

---

§. I.

Der Staat ist ein organisches Ganzes, welches die Menscheneinheit in der Sinnenwelt repräsentirt. Er hat deshalb die Angelegenheit der menschlichen Gattung zu besorgen, und muß aus diesem Grunde in der Sinnenwelt reell leben und wirken. \*\*)

---

\*) Dieser Aufsatz wurde durch die „Bemerkungen über Herrn Prof. Behr's systematische Darstellung des rhein. Bundes“ im 23. Heft dieser Zeitschrift veranlaßt. Ich wollte aber jene Bemerkungen, und die darin angeführte Meinung des Hrn. Prof. Behr nicht im Detail widerlegen; denn ich liebe polemische Tendenzen nicht. Der Leser mag diesen Aufsatz mit jenen Bemerkungen selbst vergleichen.

\*\*) Da es zu weitläufig seyn würde, hier den Staatsbegriff zu erörtern, so muß ich mir vorbehalten dieses in einer besondern Abhandlung „über die Verbindung der Rhein. Bund. XXI. 2.“

Soll aber der Staat sinnlich leben, und wirken, so kann es nur durch die menschliche Individuen geschehen; denn die Gattung hat keine andere Organe, als die Individuen und kann nur durch diese sinnlich existiren. Der Staat muß daher zu seiner Wirksamkeit die Kräfte der Individuen, als seiner Glieder, in Anspruch nehmen, und die allererste Staatslast ist eine Dienstleistung.

## §. 2.

Hierzu ist jedes dem Staate angehöriges Individuum von selbst verpflichtet, denn jedes gehört der Gattung an, welche der Staat in der Sinnenwelt vertritt. Jedes Individuum kann nur als ein Glied der Gattung leben, denn eine vollständige Isolirung des einzelnen Menschen von der Menschheit ist platterdings unmöglich. Von ihr getrennt könnte er nicht zum Menschen werden; nur in ihrem Schooße ist seine Entwicklung möglich. Darum lebt und wirkt jedes Individuum nicht allein für sich, sondern als Gattungsglied zugleich für die Gattung; und dieser Verband äußert sich in der Sinnenwelt vorzüglich darin, daß es für den Staat, als sinnlichen Repräsentanten der Gattung, wirkt, oder im allgemeinsten Sinne die Staatslasten trägt.

Der Staat wirkt zwar hinwiederum für die Individuen, weil die Gattung nur in den Individuen, als

---

schen zu einem Staate“ zu thun.— Diese Abhandlung ist wirklich in den Händen des Herausgebers, konnte aber aus zufälligen Ursachen noch nicht abgedruckt werden.

W.

ihren Gliedern, leben kann. Aber darum ist die Staatslast nicht mit einem Kaufspreiße zu vergleichen, welchen der Bürger für die ihm durch den Staatsverband zugehende Vortheile bezahlt. Am allerwenigsten ist sie der Preis für den Staatsschutz, denn der Bürger ist nicht bloß Individuum, welches des Schutzes bedarf; sondern er ist zugleich ein Glied der Menschheit, dessen Interesse an das Interesse der Gattung geknüpft ist. Was für diese geschieht, geschieht auch für ihn. Will man je ein Gleichniß als solches gelten lassen: so ist die Staatslast ein notwendiger Kaufpreis, aber nicht für die Vortheile, viel weniger für einen einzelnen Vortheil des Staatsverbandes, sondern für die Einverleibung in den Staat selbst, mithin für alle daraus entspringende Vortheile, und Nachtheile zugleich.

Wenn man den Bürger bloß als Individuum auffaßt, wie es jene Ansicht thut, welche die Staatslast als ein Aequivalent des Staatsschutzes betrachtet: so ist es völlig ungerecht, dem Individuum zu irgend einem andern Zweck, als den des Schutzes, Beiträge abzufordern. Jedem muß es frei stehen, ob er noch etwas anders, als den bloßen Schutz, vom Staate kaufen will, und der Staat dürfte ohne Bewilligung des Individuums von dessen Steuerbeitrag keinen Kreuzer auf Kultur und Bildung, vielweniger zu wohlthätigen Zwecken verwenden. Auch würde aus dieser Ansicht, wie ihre Vertheidiger freilich hie und da zu behaupten consequent genug waren, der absurdste Maasstab für die Staatslasten hervorgehen. Der Besitzer weitläufiger Ländereien, die wenig oder

nichts ertragen, der arme Hausvater einer großen Familie, (da ja der Mensch zunächst geschützt werden muß) würden weit mehr an der Staatslast tragen müssen, als der Besitzer weniger einträglichen Gründe, als der reiche Hagestolz, denn sie bedürfen ja mehr des Schutzes, als diese! —

### §. 3.

Der Bürger ist also als solcher, das heißt als Glied des Staats, die Staatslasten zu tragen schuldig, gerade so wie die Glieder des menschlichen Körpers schon als solche für das Ganze, welchem sie angehören, thätig seyn müssen. Allein diese Lasten müssen auf sämtliche Staatsglieder verhältnißmäßig gleich vertheilt werden.

Der Mensch ist nemlich an die Erde gefesselt. Sie befriedigt seine irdische Bedürfnisse. Von ihr getrennt könnte er so wenig, als der Fisch außer dem Wasser, leben. Sie ist also sein Lebenselement. Dieses Element einer- und seine individuelle Kraft und Fähigkeit anderseits, geben den Begriff seines Vermögens; denn je mehr dem Menschen von der Erde und ihren Produkten zu Gebote steht, und je größer seine individuelle Kraft ist, desto mehr vermag er.

Dasselbe Vermögen ist auch das Lebenselement des Staates, denn er lebt nur in den Individuen, als seinen Gliedern. Aber er muß seine Glieder gleich behandeln, denn sie sind alle ohne Unterschied Glieder der Gattung. Die Gleichheit ist nur dann vorhanden, wenn der Staat in dem Lebenselement seiner Glieder verhältnißmäßig lebt, mithin seine Lebenskraft verhältnißmäßig von ihnen zieht, oder was eign ist, die Staatslast verhältnißmäßig vertheilt.



Wir wollen diese Wahrheit versinnlichen. Setzen wir: der Bürger A. kann in einem Tag bei gleicher Anstrengung seiner Kräfte, und seines objektiven Vermögens doppelt so viel leisten, als der Bürger B. in seiner Lage, und mit seinen Kräften. Würde nun von jenem nur eine, objektiv genommen, gleiche Leistung, wie von dem letzten gefordert: so würde er um die Hälfte leichter gehalten seyn; denn er dürfte sich und sein Vermögen nur halb so stark anstrengen als der letzte, um ein Gleiches zu leisten, oder er dürfte bei gleicher Anstrengung nur halb so lange arbeiten, als sein Mitbürger. Der Staat kann demnach seine Bürger nur dann gleich behandeln, wenn er ihre subjektive und objektive Kraft, oder ihr Vermögen überhaupt, gleich stark anstrengt. Die Resultate dieser Anstrengung müssen aber nach Verschiedenheit der Individualität verschieden ausfallen. Folglich muß der Staat seine Lasten, um sie gleich zu vertheilen, verhältnißmäßig vertheilen.

#### §. 4.

Diese verhältnißmäßig gleiche Vertheilung der Staatslasten nun, ist eine strenge Forderung der Gerechtigkeit; ohne sie läßt sich kein organischer Verein, kein Staat denken. Allein wie soll sie realisirt werden? Es zeigt sich hier eine doppelte Schwierigkeit. Einmal ist der subjektive Bestandtheil des Vermögens, die individuelle Kraft und Fähigkeit, äußerlich gar nicht kennbar. Wie will der Staat wissen, was jeder Bürger bei gleichem Gebrauche seiner Talente wirklich leisten könnte? Hiernächst sind die Dienste, welche der Staat zu seiner Wirksamkeit nöthig hat, sehr verschieden. Sie lassen sich nicht immer nach der

Gleichheit unter verschiedene Subjekte vertheilen, sie können nicht immer zerstückelt werden, und nicht Jeder ist zu Allem fähig. Sodann bedarf der Mensch, wenn er etwas effectuiren soll, verschiedener Werkzeuge und Waffen, um die Natur zu besiegen, oder Menschen zu bezwingen, welches letzte dem Staat vorzüglich obliegt. Nicht Jeder kann die zu seinem Dienste erforderlichen Instrumente mitbringen. Ueber dieses würden ungeheuerer Kräfte verschwendet werden, bis sich jeder Bürger an der Stelle, wo sein Dienst nach der Reihenfolge nöthig wäre, einfände, und nach geleisteter Pflicht wieder in seine Heimath zurückkehrte. Und wie wollte man sich endlich an demjenigen erholen, welcher durch Auswanderung oder Tod den Staat verliesse ehe ihn die Dienstleistung getroffen hätte? Diese nur oberflächlich berührte Schwierigkeiten machen die gleiche Vertheilung der Staatslast unmöglich. Und doch ist sie strenge Forderung der Gerechtigkeit. Die Erfüllung dieser Forderung ward, sobald der Staat sich nur etwas entwickelte, durch die Erfindung — des Geldes — möglich gemacht. Wie hierdurch allein eine vollkommene Ausgleichung im Verkehr möglich wurde, so wurde hierdurch auch eine vollkommene Ausgleichung der Staatslast möglich. Sie wurde in eine Geldabgabe — in die Steuer, verwandelt, und alle Schwierigkeiten waren gehoben. Jeder Bürger zahlt dem Staat seinen Steuerbeitrag nach dem Maasse, in welchem er Geld zu erwerben vermag, und der Staat kauft sich nun seine Bedürfnisse im Weg des freiwilligen Verkehrs. Jeder Bürger erkaufte sich dadurch den durchaus freien Gebrauch seiner Kräfte. Mag er nun fleißig oder nachlässig seyn, mag er sein Vermögen gut oder schlecht benützen, er leistet den Beitrag zur

**Staatslast, welchen sein Vermögen leisten kann. \*)**

Dadurch wird die Gleichheit vollkommen erreicht, alle unnütze Zeit- und Kraftverschwendung fällt hinweg, und der Staat befriedigt seine Bedürfnisse auf dem kürzesten und leichtesten Weg.

Zwar kann auch bei dem Steuermaassstab die individuelle Fähigkeit nicht mit tarirt werden, soweit sie nicht durch Wirksamkeit in die Sinnenwelt übertritt. Allein in soweit ist sie auch lediglich etwas Ideelles und Unfruchtbares, was der Staat nur indirekte durch Beförderung der Bildung und Kultur fruchtbar machen, und in seinen Kreis ziehen kann. Und da jeden Menschen sein Interesse von selbst anzieht, so gilt ohnehin die Vermuthung, daß keiner eine nach seinem Verhältniß möglich fruchtbare Kraft, oder Fähigkeit besitze, die nicht wirklich durch Produktion sich äußert. Nur wenn der Staat diese Vermuthung durch Gegenbeweis entkräften könnte, würde er eine aus eigener Schuld des Besitzers unfruchtbare Fähigkeit zur Steuerkonkurrenz zielen dürfen.

Durch die Verwandlung der Staatslast in eine Steuer wurde nun alle Schwierigkeit gehoben. Aber nun finden wir auch den Staat in seinem ganz neuen Verhältniß, im Verhältniß des Privatverkehrs mit seinen Bürgern. Er schließt nun mit ihnen Verträge, und ist, wie der Private, in dieser Beziehung dem Privatrecht unterworfen. Er ist, soweit sein Privatverkehr reicht, selbst zum Privaten

---

\*) Es ist deßhalb nicht der reine Ertrag, den Jeder von seinem Vermögen wirklich bezieht, sondern der reine Ertrag, welchen Jeder davon beziehen kann, der einzig rechtliche Steuermaassstab, den ich an einem andern Ort vollständig ausführen werde.

geworden, und es steht darum auch der höhere Staatsdiener, welcher seinen Dienst gegen die bestimmte Belohnung freiwillig übernimmt, nicht im ursprünglichen Dienstverhältniß, sondern im Vertragsverhältniß zum Staate.

### S. 5.

Hiernächst ist nun der Bürger dem Staat nichts weiters, als seine Geldabgabe, — seine Steuer schuldig; und der Staat mag sehen, wie er sich alle seine Bedürfnisse im Wege des freiwilligen Verkehrs ankaufe.

Alein es werden bald Fälle eintreten, in welchen der Staat mit seinem Gelde in Verlegenheit geräth. Er will z. B. eine Straße anlegen, und bedarf hierzu eines im Privatbesitz befindlichen Stück Landes. Der Eigenthümer will es nicht verkaufen, oder benützt wenigstens die Gelegenheit, um den Preis ungeheuer zu steigern. Oder der Staat läßt ein Truppenkorps ins Feld rücken. In der Gegend, wo es stationirt ist, steigen sofort die Preise der Lebensmittel. Die Besitzer in der Nähe, von welchen sie ohne Zeitverlust, und mit Umgehung großer Transportkosten gekauft werden könnten, bereichern sich auf Kosten des Staats durch willkürliche Preiserhöhung. Die Truppen sollen in der Nähe einquartiert werden, aber wie soll der Staat die Quartiere miethen? Er bedarf einer großen Anzahl Soldaten, aber Wenige wollen um billige Belohnung Militärdienst leisten. Wie soll sich der Staat aus dieser Verlegenheit ziehen? Er muß ohne Zweifel zur Naturallast seine Zuflucht nehmen. Er muß die Besitzer zur Ablassung der erforderlichen Naturalien, die Dienstfähige zur Dienstleistung zwingen. Allein

dabei darf der Staat nicht stehen bleiben, wenn die letzten Dinge nicht schlimmer werden sollen, als die ersten, wenn nicht alle Gleichheit der Staatslast verschwinden soll. Was soll also der Staat noch weitersthun? Er muß auch diese Naturallast in Geld verwandeln, muß sie auf alle Staatsglieder ausschlagen, und den Naturalkontribuenten ihre Naturalien und Dienste nach einem billigen Preise bezahlen. Dadurch nimmt die Naturallast die Natur eines nothwendigen Kaufes an. Der Staat bleibt im Privatverkehr mit den Naturalkontribuenten; er bezahlt ihnen als Privater, was er von ihnen verlangt, aber der Verkehr ist aus Noth in einen nothwendigen verwandelt.

#### §. 6.

Ist nun aber gleich alle Naturallast, nachdem der Staat einmal im Gelde eines genauen Ausgleichungsmittels habhaft wurde, das Resultat eines nothwendigen Kaufs: so behält doch dieser Kauf selbst die Natur einer Staatslast. Denn er beschränkt immer die Freiheit des Individuums, und wenn der Nothverkäufer auch durch den wahren Werth immer entschädigt würde, was aber nie genau bestimmt werden kann, weil alle Preise relativ sind: so würde ihm doch der Werth der besondern Vorliebe entgehen, und überhaupt wird er durch den Verkauf zur Unzeit manchen Nachtheil leiden. Es muß deßhalb auch diese Last des Nothkaufs der Bezahlung ungeachtet noch so viel möglich gleich vertheilt werden.

Kann demnach die neuzubauende Straße zwischen den Grundstücken zweier Nachbarn eben so leicht hindurch, als über das eine weggeführt werden: so sind in Ermanglung eines gütlichen Arrangements

beide dem Nothlauf zu unterwerfen; Jeder muß die Hälfte des nöthigen Raums gegen billige Bezahlung ablassen. Können zu einer Fourage- oder Viktualienlieferung für ein Truppenkorps ohne zu großen Zeit- und Transportkostenaufwand hundert Ortschaften konkurriren: so muß sie auf hundert Ortschaften ausgeschlagen werden, wenn schon die fünfzig nächsten die zu bezahlende Lieferung allein bestreiten könnten. Kann die Last des Militäirdienstes auf sämtliche dienstfähige Unterthanen repartirt werden: so muß diese Repartition geschehen, wenn gleich durch eine Verdoppelung der Dienstzeit die Hälfte das Nämliche leisten könnte.

#### §. 7.

Es fragt sich aber nunmehr, nach welchem Maaßstab diese Vertheilung der Naturallast geschehen müsse? Man könnte auf den ersten Anblick glauben, der nämliche Maaßstab, welcher der Steuervertheilung zu Grunde liegen muß, könne auch hier angewendet werden. Allein die Steuer repräsentirt die ganze Staatslast, welche auf jeden Bürger trifft, sie muß also auch nach seinem ganzen Verhältniß zur Staatskraft bemessen werden, d. h. Jeder muß die Staatslast in dem Verhältniß mittragen, in welchem sich seine Kraft zur Gesamtkraft befindet; und da die Kraft, welche zur Wirksamkeit des Staats erfordert wird, auf Geld (den *nervus rerum gerendarum*) reduzirt ist: so kommt es bei dem Steuermaaßstab, wie wir schon bemerkten, lediglich darauf an, wie viel Geld jeder Bürger zu erwerben im Stande ist. Sein ganzes Vermögen und dessen mögliche

Rente wird nach Geld berechnet, und hiernach sein Beitrag bestimmt.

Betrachten wir dagegen die Naturallast: so richtet sich die Fähigkeit der Bürger hierbey zu konkurriren nach einem ganz andern Verhältniß. Der Geldbesitz qualifizirt nicht zu dieser Konkurrenz, denn wenn man gleich für Geld in der Regel Alles bekommen kann: so ist doch dieses gerade in dem Verhältniß, in welchem die Naturallast nöthig wird, nicht der Fall; denn sonst dürfte der Staat nicht zur Naturallast schreiten. So gut, als die Konkurrenten die Naturalien sich der Lieferung halber kaufen könnten, eben so gut und noch besser könnte sie auch der Staat sich unmittelbar kaufen, und es müßte somit beim freiwilligen Verkehr bleiben.

Bei der Naturallast kommt es also auf die Frage: wer am meisten Geld erwerben könne? gar nicht an, sondern es fragt sich nur: wer die Naturalien, welche sich der Staat irgendwo durch den Nothkauf verschaffen muß, gerade besitze, wer die erforderlichen Dienste gegen billige Belohnung gerade leisten könne? Wenn der Staat eine Straße anlegt: so kann er nicht das entlegene Grundstück des reichen Güterbesizers. — wenn er eine Fouragelieferung verlangt, kann er sie nicht von dem reichen Kaufmann und Fabrikanten, — wenn er Waaren und Fabrikate fordert, kann er sie nicht von dem Landbauer nehmen. Eben so kann er, wenn er Soldaten braucht, nicht gebrechliche Männer und Wittwen, wenn sie auch die höchste Steuer bezahlen, dazu auffordern.

Die Naturallast muß also auf diejenigen Individuen vertheilt werden, welche in der Lage sind, um ge-



rade davon betroffen werden zu können. Allein wie der Steuermaassstab objektiv, und von der willkürlichen Vermögensbenutzung des Individuums unabhängig seyn muß: so muß auch dieser Maassstab objektiv auf die äussere Lage eines Jeden basirt seyn. Nicht der Fleiss, welcher einem Bürger mehr Naturalien von der zu liefernden Sorte erwarb als sein Nachbar besitzt, welcher bey gleichem Fleisse auch so viel haben könnte; — nicht die willkürliche Bewirthschaftung, vermöge deren ein Individuum seinen Vorrath vor der Lieferung veräusserte, darf hierbei in Anschlag kommen, denn dadurch würde die Gleichheit des Maassstabs vernichtet; sondern Jeder muß zu einer bestimmten Naturallast gerade so viel beitragen, als er im Verhältniß mit Andern nach seiner äussern Lage beitragen kann. \*) Es kann demnach wohl Fälle geben, daß ein Konkurrenzpflichtiger in einem bestimmten Zeitpunkt aus eigener Schuld seinen Beitrag zu leisten außer Stande ist, aber er mag dann sehen, wie er denselben im Wege des freiwilligen Verkehrs, sey es auch um den doppelten Preis aufbringe. So wäre z. B. der Kantonspflichtige, welcher sich selbst zum Militairdienst untauglich machte, um jeden Preis einen Ersatzmann zu stellen schuldig.

---

\*) Es wird demnach nicht nur ein sogenannter Hoffuß für die Feldprodukte, und zwar soviel möglich auf die Qualifikation eines jeden Gutes für bestimmte Produkte, z. B. für Viehzucht berechnet; — sondern auch ein eigener Maassstab für die Cinquartierung, ein eigener Maassstab für Lieferung von Waaren, Transporten u. s. w. erfordert, wie ich ebenfalls an einem andern Ort ausführlich zeigen werde.



## §. 8.

Es ist hier nicht der Ort, diesen Maassstab im Detail durchzuführen; aber auf den Militairdienst soll er angewendet werden, und in dieser Beziehung wird sich Alles auf folgende Sätze reduciren lassen:

- I. Jeder Bürger ist nach der Zahl seiner dienstfähigen Söhne militairpflichtig;
- II. Es findet keine Exemption statt;
- III. Der Staat muß den Militairdienst gehörig bezahlen.

Zu I. Der Militairdienst ist nicht die ursprüngliche Staatslast, von welcher im Eingange gesprochen wurde. Jene Last mußte der gleichen Vertheilung wegen in eine Geldabgabe verwandelt werden. Der Staat mußte seine Bedürfnisse im Wege des freiwilligen Verkehrs befriedigen, und nur wo dieser nicht ausreicht, darf er zur Naturallast seine Zuflucht nehmen. Aber auch jetzt darf die Gleichheit der Last nicht vergessen werden; auch hier tritt das Geld als Ausgleichungsmittel dazwischen, und stempelt die Naturallast zum Resultate des notwendigen Kaufs.

Dieser Kauf kann den Bürger nur im Verhältnisse seiner Fähigkeit, ihm unterworfen zu werden, treffen; und die Fähigkeit richtet sich nach dem möglichen Besitze der Verkaufsobjecte. Alles dieses ist bereits hinreichend erwiesen, und es ist von selbst klar, daß in Bezug auf den Militairdienst die Zahl der dienstfähigen Söhne eines Bürgers seine Fähigkeit zum Militairdienst bestimme.

Noch keinem Menschen ist es eingefallen, zu behaupten, der Feldbauer dürfe zu einer Lieferung von Feldprodukten nur so viel beitragen, als ihn treffen würde, wenn die Lieferung auf den ganzen Staat und dessen steuerpflichtige Glieder repartirt werden könnte. Kein Mensch hat noch den Satz aufgestellt, der Bürger mit einem eigenen Nahrungsstand dürfe nur so viel Einquartierung und Verpflegung des Militairs übernehmen, als auf ihn käme, wenn die Last vom ganzen Land getragen werden könnte. Kein Mensch hat noch den Gedanken geträumt, der Feldbesitzer, dessen Acker zur Anlegung einer Straße erfordert wird, dürfe nur so viel Grund und Boden hergeben, als er hergegeben hätte, wenn es möglich wäre, an Herbeischaffung des nöthigen Raums alle Grundbesitzer des Staats konkurriren zu lassen. Wie könnte man auf den Gedanken kommen, so etwas von dem Militairdienste zu behaupten? — zu behaupten, jeder Bürger dürfe ohne Unterschied seiner Dienstfähigkeit nur Einen, oder konsequent verfolgt, nach Verhältniß seiner Steuerpflichtigkeit wohl auch nur einen Viertels-, Achtels-, Sechzehntels-Soldaten u. s. w. stellen? Nein! der Maasstab der Naturallast, und folglich auch der Last des Militairdienstes ist von dem Steuermaasstab himmelweit verschieden. Der Staat kann hierbei nicht fragen, wie viel Steuer ein Bürger zahle, nach welchem Maasstab ihm derselbe im Ganzen verpflichtet sey; sondern er fragt nur, wer besitzt die Naturalien und Produkte, die ich kaufen muß, aber durch freiwilligen Kauf nicht erhalten kann; wer kann die Dienste leisten, die ich miethen soll, aber durch freiwillige Miethen nicht aufzubringen vermag.

Freilich wäre es gut, wenn der Staat Alles, was er braucht, und besonders die Militairdienste im Wege des freiwilligen Verkehrs erhalten könnte, und vielleicht wird dieses auf einer höhern Entwicklungsstufe einmal möglich gemacht. Allein so lange diese Stufe nicht erreicht ist; so lange der Staat um seine äußere Sicherheit kämpfen muß, und einer Militairmacht bedarf, welche die Zahl der freiwilligen Konkurrenten weit übersteigt; so lange die Konkurrenz den Dienstlohn nicht auf einen billigen Grad herabsetzt, und dem Staat es möglich macht, die tauglichsten Konkurrenten zu wählen, wie dieses vorzugsweise beim höhern Staatsdienst erfordert wird: so bleibt nichts anders übrig, als die dienstfähige Individuen gegen billige Belohnung zum Dienste zu zwingen; und diesen Zwang auf alle Dienstfähige so viel möglich, gleich zu vertheilen.

### §. 9.

Zu II. Es findet keine Exemption vom Militairdienste statt.

Der Staat muß alle seine Glieder gleich behandeln. Dieses ist bereits oben erwiesen. Nun bewirkt zwar die Naturallast zwischen den gerade dazu befähigten, und nicht befähigten Bürgern eine Ungleichheit, und sie ist darum ein notwendiges Uebel. Allein dieses Uebel darf nicht über die Grenze der Nothwendigkeit ausgedehnt werden. Es muß also auf Alle vertheilt werden, auf welche es vertheilt werden kann, und wenn es gleich nur in Gelde auf den ganzen Staat vertheilt werden kann: so muß es doch auch in Natur auf Alle, welche dazu qualifizirt sind, vertheilt werden. Gände also eine Exemption vom Militair-

dienste statt: so würden die nicht exemirten mit ihren exemirten Mitbürgern ungleich behandelt, diese verlören nichts, wo sie so gut als jene verlieren könnten und sollten; ihr Antheil an der allgemeinen Last würde noch dazu auf die nicht Exemirten gewälzt, und es gäbe keine Ungerechtigkeit, wenn es diese nicht wäre.

Aber, wendet man ein, wenn Alles Soldat seyn soll, so leiden Künste und Wissenschaften; Kultur und Produkten werden gehemmt, und dem Staate selbst wird es bald an brauchbaren Subjekten zum höhern Dienste fehlen, weil Jeder in dem Alter, in welchem er sich dazu vorbereiten soll, Soldat seyn muß.

Dieser Einwand setzt ein großes Mißverständniß voraus, das Mißverständniß, als müßte der Staat, weil er an alle Dienstfähige gleichen Anspruch hat, auch von Allen die wirkliche Dienstleistung fordern. Hierzu könnte es der Staat nur im höchsten Nothfall kommen lassen, wenn der Zweck der äußern Vertheidigung alle innere Staatszwecke verschlänge. Außer diesem Nothfall, muß der Staat einen Theil der dienstfähigen Jünglinge zu andern Zwecken, als dem Militärdienst sich reserviren, und die Größe dieses Theils richtet sich nach dem Verhältniß, in welchem der Zweck der äußern Vertheidigung in jedem Zeitmoment zu andern Zwecken steht. Aber die Ausscheidung dieser Reserve darf sich nicht nach der Geburt richten, objektive Verhältnisse müssen entscheiden. So werden z. B. die einzigen Söhne, da keine Zerstückelung des Menschen möglich ist, so lange frei seyn, bis die Uebrigen nicht hinreichen; denn wer mehr Söhne hat, ist nach einem höhern Maasstab militairpflichtig. Wo

gleiches objectives Verhältniß vorhanden ist, da ent-  
scheide das 2008.

Auch wird der Staat auf das Gleichgewichtsver-  
hältniß der Stände und Gewerbe Rücksicht nehmen  
dürfen. So werden z. B. die Studierende frei seyn  
bis ihre Anzahl im Staate verhältnißmäßig, nemlich  
nach dem oben berührten Verhältniß der verschiedenen  
Staatszwecke, zu groß ist, denn so lange dieses nicht  
ist, ist es offenbar, daß nicht mehr studierendefähige  
Jünglinge vorhanden sind, oder daß die Uebrigen die  
Freiheit vom Militairdienst nicht um das Studiren  
erkaufen wollen, und eine Fähigkeit (wobei das Ver-  
mögen, den Kostenaufwand zu bestreiten, mit in  
Anschlag kommt) setzt die Studierende, so lange ihre  
Anzahl nicht zu groß ist, von selbst unter die zum  
Militairdienst Unfähige, weil das Staatsbedürfniß  
diese Anzahl ausschneiden muß. Das Nämliche gilt von  
andern Ständen und Gewerben, und dadurch, daß der  
Staat keinen Stand und kein Gewerbe, bei der Kon-  
scription übergeht, sobald ein Individuum daraus nach-  
dem Verhältniß, in welchem sie zu einander, und zu  
dem Zwecke der Staatsverteidigung stehen, entbehrt  
werden kann, stellt er das Gleichgewicht immer wie-  
der her, welches sonst den freien Verkehr, durch die  
Furcht vor dem Militairdienst geleitet, gar bald auf-  
heben würde. Der Staat fügt dadurch den Einzelnen  
keinen Nachtheil zu, welchen sie sich nicht selbst durch  
ihre Anhäufung und Verdrängung in einem Stande  
zugezogen haben würden. Man erkläre z. B. den  
Stand der Studierenden vom Militairdienst frei, wie

Viele werden studieren, und dann wegen ihrer Uebersahl ihre Versorgung in dem Stande, wozu sie sich durch das Studieren, wenn es nicht bloß Maske war, vorbereiteten, nicht finden können?

Also keine persönliche Exemption darf stattfinden. Die dem Staat vom Militairdienst entbehrliche Zahl der dienstfähigen Jünglinge muß nach objektiven Verhältnissen ausgeschieden werden. Alle Uebrigen müssen den Militairdienst leisten, und von ihrer Anzahl hängt es ab, wie bald Jeder abgelöst werden könne, wie groß mithin die Dauer der Dienstzeit zu bestimmen sey.

Das die Gleichheit und Gerechtigkeit des Maaßstabs für den Militairdienst in der Anwendung nicht mit mathematischer Genauigkeit erzielt werden könne, ist Folge der allgemeinen Mangelhaftigkeit alles Irdischen; aber auch kein Steuermaaßstab kann mathematisch genau seyn, und Niemand wird ihn darum für entbehrlich erklären.

#### §. 10.

**Zu III. Der Staat muß den Militairdienst gehörig bezahlen.**

Auch dieser Satz ist eine strenge Folgerung aus unsern Promissen, und bedarf keines weitem Beweises. Ohne die Bezahlung des Militairdienstes würde eine Staatslast, welche ihrer Natur nach alle Bürger gleich treffen soll, die zum Naturaldienst fähigen Glieder allein treffen. Die Gleichheit der Bürger als solcher wäre zernichtet, und jede ungleiche Behandlung derselben ist ungerecht.

Es fragt sich aber hier:

- a) ob der Staat nur den Dienst nach einer objektiven Schätzung bezahlen, oder dem Individuum auch den entgehenden Gewinn ersetzen; — und
- b) ob er auch die im Dienste Verunglückte entschädigen müsse?

Zu a.) Es ist schon oben gezeigt worden, daß der Staat seine Glieder nur dann gleich behandle, wenn er die Beiträge eines Jeden nach Verhältniß seiner Kräfte, und seines Vermögens regulirt, wenn er von Allen der verschiedenen Resultate ungeachtet eine gleiche Anstrengung fordert. Allein diese Gleichheit führt zugleich wieder mittelbar eine Ungleichheit mit sich. Der Fleißige und Geschickte hätte nämlich durch die Anstrengung, welche er dem Staat, und der Aufbringung des Steuerbeitrags widmen muß, einen größern Vortheil für sich errungen, als der Träge und Ungeschickte für sich errungen hätte, wenn er von der Staatslast frei geblieben wäre. Auch kann Mancher durch ungelegenen Eintritt des Zahlungstermins sich in seiner Wirthschaft bedeutend schaden müssen, um seine Steuerrate aufzubringen; er kann zu diesem Zwecke seine Vorräthe oder Vermögensstücke unter dem Preis weggeben müssen. Die gleiche Vertheilung der positiven Last erzeugt also einen ungleichen negativen Nachtheil, mit einem Wort: eine Verschiedenheit des entgehenden Gewinns.

Diese Verschiedenheit fällt vorzüglich beim Militairdienste auf. Der Tagelöhner oder Bauernknecht wird dadurch wenig verlieren, denn er würde, wäre er frei geblieben, doch nicht viel mehr verdient haben,

als ihm der Staat für den Militärdienst zahlt, oder wenigstens zahlen sollte. Allein ganz anders verhält es sich mit dem Künstler, geschickten Handwerker, und überhaupt mit Jedem, welcher seine Kräfte besser, als zu gemeinen Handdiensten zu verwenden weiß. Es fragt sich also, muß der Staat bei der Bezahlung des Militärdienstes hierauf Rücksicht nehmen? Niemand, wer nicht das praktische Gefühl der Konsequenz eines irrigen Systems, das er für wahr hält, unterordnet, wird die Frage bejahen; und wir hätten sicher in der Theorie geirrt, wenn uns die Konsequenz sie zu bejahen zwänge. Ueberhaupt darf man die Wahrheit an sich selbst nicht erst in Theorien suchen; sie gibt sich dem Gefühl obnehin zu erkennen, und läßt sich im Leben, wenigstens nie ganz verfehlen. Die Theorie muß sie nur näher aufklären, und dem Verstande genießbar machen. Mehr darf sie sich nicht anmaßen, wenn sie nicht Hypothesen bauen will; den Stoff der zu erzeugenden Einsicht muß sie aus dem Leben nehmen.

Wir wollen also nicht erst die Wahrheit der verneinenden Behauptung aufsuchen, aber wir müssen die Gründe erörtern, um klar zu sehen.

Betrachtet man zuerst den Begriff der Staatslast untermischt: so erscheint die Frage: ob der Staat dem Bürger den durch Tragung der Staatslast entgehenden Gewinn zu gut kommen lassen soll, als völlig sinnlos; denn die positive Leistung ist mit dem entgehenden Gewinn identisch. Wer z. B. des Tages zweimal so viel als ein anderer bei gleicher Anstrengung ausrichten kann, der muß zweimal so viel leisten, und ihm entgeht nicht mehr, und nicht weniger, als



zweimal so viel, was dem Andern entgeht. Hat Dagegen ein Bürger einen besondern Schaden, weil er seinen Beitrag nicht so leicht aufzubringen vermag, so ist dieses lediglich seine Schuld, denn die Gleichheit des Maassstabs für alle Staatslast bringt es mit sich, daß Alle, wenn sie gleich gut wirthschafteten, ihre Beiträge auch gleich leicht leisten könnten.

Allein die Naturallast ist nicht bloß eine Staatslast, sondern sie resultirt zugleich aus einem Nothkauf. Der Naturalcontribuent soll nicht bloß seine Schuld an den Staat abtragen, sondern der Staat wird zugleich sein Schuldner. Diese Last ist also von gemischter Natur, und nun ist die aufgestellte Frage deswegen schwierig, weil sie verneint oder bejaht werden muß, je nachdem man von einem der beiden Gesichtspunkte ausgeht. Als Privater ist der Staat seinem Diener nach den Grundsätzen des Zivilrechts vollkommene Entschädigung schuldig, als Staat kann er Keinem einen größern Schaden zufügen als dem Andern, folglich kann von keiner Schadloshaltung die Rede seyn.

Dieser Widerspruch löst sich durch eine genauere Betrachtung der Naturallast. Diese Last sollte nämlich als Staatslast auf alle Bürger gleich vertheilt werden, weil aber nicht alle dazu fähig sind: so müssen die Fähigen den Antheil der Unfähigen nebst ihrem eigenen Antheil auf sich nehmen. Für diesen fremden Antheil müssen die Naturalcontribuenten bezahlt werden, und hieraus entspringt das Privatverhältniß. Würde ihnen nun auch der durch die Uebernahme der fremden Antheile an der Last entgehende Ge-

winn ersetzt: so müßten die zur eigenen Entrichtung ihrer Naturallast unfähigen Bürger nicht nur diese Entrichtung dessen, was sie träge, bezahlen, sondern sie müßten auch noch ihren Stellvertretern den entgehenden Gewinn ersetzen. Sie würden nicht bloß ihre Last, in Geld verwandelt, tragen, sondern sie würden auch noch einen besondern nicht aus ihrer, sondern aus fremder Individualität entspringenden Nachtheil leiden. Wären sie an der Ueberwälzung ihrer Last auf Andere selbst Schuld: so würde ihnen hieran ganz recht geschehen, allein wer ohne eigene Schuld, und ohne selbst die freie Ursache davon zu seyn, dem Andern schadet, leistet keinen Schadensersatz. Wer z. B. ohne seine Schuld vom Dache fällt, und im Fall einen Vorbeygehenden beschädigt, leistet wohl keine Entschädigung, wie wir aus dem Privatrecht voraussetzen dürfen.

Die Naturalkontribuenten müssen es also lediglich der blinden Natur zuschreiben, daß gerade nur sie zur Naturallast geeignet sind. Die Uebrige zahlen ihren Antheil in Gelde, und davon werden sie für die Uebernahme der fremden Lastantheile bezahlt. Aber unter ihnen selbst ist nun die ganze Naturallast bloße Staatslast, der fremde Antheil wird, wie ihr eigener, unter sie gleich vertheilt, und es kann von einer weitem Schadloshaltung wegen entgangenen Gewinns keine Rede seyn.

Der Staat bezahlt also für die Naturallast überhaupt, und für den Militärdienst insbesondere nichts weiter, als den wahren Werth der Naturalien und Dienste, oder mit andern Worten: er hat hierfür keinen an-

bern Preis als denjenigen zu bezahlen, welchen man nach dem gemeinen Verkehr für Naturalien, und Dienste von gleicher Art zu bezahlen pflegt.

## §. II.

Zu b.) Durch diese Erörterung ist nun auch die Beantwortung der noch übrigen Frage vorbereitet, der Frage: ob der Staat die im Militärdienste Verunglückte entschädigen müsse?

Diese Frage muß bejaht werden, insoferne der Soldat sein Unglück sich nicht selbst zuzog. \*) Hätte der zum Dienste unfähige Bürger seinen Dienst selbst versehen können, es hätte ihn das nämliche Unglück betroffen. Er leidet durch die Bezahlung hierfür nichts weiter, als was er ursprünglich zu leiden schuldig ist. Er bezahlt nur ein Unglück, welches ihn hätte treffen sollen. Daß Jeder sein Unglück selbst tragen müsse, und daß folglich dem Soldaten für seine Verthümmerung nur insoferne eine Entschädigung gebühre, als er nicht seine eigene, sondern eine fremde Dienstlast trage, wird man nicht einwenden, denn wie wäre hier eine Ausscheidung möglich, und wer könnte selbst dann, wenn jeder nur seinen Dienst versähe, sagen,

---

\*) Es versteht sich, daß hier nur vom Rechte die Rede ist. Dieses würde den Staat nicht verbinden z. B. den freiwilligen Unternehmer eines gefährlichen Coups zu entschädigen, insoferne er nicht wegen seiner Nuzensbeförderung (ob versionem in rem) verhaftet würde. Aber der Staat würde sowohl, als der Private, unvernünftig handeln, wenn er nichts, als was er rechtlich müßte, u. Alles, was er rechtlich dürfte, thun wollte.

welches Unglück für das bestimmte Individuum bestimmt war, da sich dem Feinde gegenüber das Individuum seinen Platz nicht selbst anweist, sondern erwarten muß, wohin es gestellt wird. Und genau genommen müßte ja die Gefahrlichkeit wieder unter sämtliche Soldaten gleich vertheilt werden, und da dieses nicht möglich ist, so hat Jeder an seiner Stelle nicht bloß seinen eigenen Antheil an der Gefahr, sondern auch die Antheile aller Uebrigen ungetrennt auf sich, weshalb auch Jeder nicht für sich allein, sondern für alle Uebrige vermundet wird.

Die Sache ist klar, und bedarf keiner weitem Ausführung. Wie aber körperliche Beschädigungen nach Geld geschätzt werden sollen, bleibe dem Leser überlassen.

---

## 9.

**Fortsetzung und Beschluß**  
 der im Hefte 61. S. III abgedruckten kritischen Be-  
 urtheilung der officiellen Vorträge des Herrn Ge-  
 heimen-Raths von Almendingen an das  
 Herzogl. Nassauische Staatsministerium über  
 die Art der Einführung des Code  
 Napoleon.

Vom Herzogl. Nassauischen Herrn Ober-Appellations-Gerichts-  
 Präsidenten Frh. v. Palmigk.

---

**Zweiter Abschnitt.**

---

**Beibehaltung des römischen, kanonischen  
 und statutarischen Rechts.**

§. 13

Nachdem ich mich über die periodische Einführung  
 des E. R. geäußert, und einen wiewohl noch  
 unvollkommenen Plan zur gerichtlichen Orga-  
 nisation vorgelegt habe, schreite ich zu dem Antrage  
 des Herrn Referenten S. 15:

„das römische, kanonische u. statutarische  
 „Recht in allen vom E. R. nicht mittelbar oder

„unmittelbar vorausgesehenen Fällen in seiner bisherigen Kraft zu erhalten, und die Richter darauf zu verweisen.“

Hier will also der Herr Referent auf einen Acker Weizen, Korn, Haber und Herste, durcheinander säen, auf einmal einärndten und Brod backen. —

Ohne mit mir selbst im Widerspruch zu stehen, kann ich diesem Untereinanderwerfen als unschmackhaft nicht beipflichten. Ueberzeugt, daß die subsidiarische Beibehaltung der deutschen Partikularrechte, und des römischen Rechtes eine nutzlose Multiplikation von Rechtsquellen erzeugen wird, die zur unvermeidlichen Verwirrung u. Erschwerung des Richteramtes hinführt, und der Chifane als Zuchtruthe für's Volk, einen noch größeren Spielraum geben wird, erklärte ich mich bereits öffentlich gegen das Aufspropfen des C. N. auf das römische und statutarische Recht, als *insupportabile multorum cameleorum onus* \*). — Les lois positives sagt Locré \*\*) manqueroient leur effet, et deviendroient inutiles, si d'autres lois pouvoient déranger l'ensemble du plan, qu'elles ont adopté: on retomberoit dans le chaos, d'ou elles ont entrepris de nous tirer.

Ein Individuum, das im Herzogthum seinen Wohnort verändert, aus dem Hachenburgischen in das Diezische überzieht, und hier Güter kauft, muß nicht anderen Gesetzen sich unterworfen sehen.

Der große Zweck, Einheit des Rechts im Herzogthum zu gründen, würde bei diesen verschiedenartigen

---

\*) Meine Abh. bei Winkopp hein. Bunde Th. VII. S. 500.

\*\*) *Expos. du C. N. T. I. P. I. p. 47.*

Gesetzen unmöglich erreicht werden können, und die Bemerkung Malleville's zum Art. 4. bei uns wahr werden, daß auf diese Weise dem Eoder kein anderer Zweck, als der, das Gesetzes-Chaos zu vermehren, übrig geblieben sey.

#### §. 14.

Bis jetzt bestehen im Herzogthum Alt-Nassauische, Cakellenbogische, Solmsische, Neuwiedische, Wied-Runkelische, Mainzische, Köllnische, Trierische und Hessen-Darmstädtsche Landesstatute. — Schon dadurch dringt sich für Nassau das Bedürfniß auf, mit der großen benachbarten Nation in Hinsicht der Legislation sich in Harmonie zu setzen. Wer wird es aber läugnen, daß nicht das Fortbestehen von neun verschiedenen, dem römischen und kanonischen Rechte derogirenden statutarischen Normen, denen wiederum der E. R. derogiren soll, dem Geschäftsmanne eine zurückschreckende Aussicht gewährt. Einige dieser Landesstatute sind überdies so dunkel abgefaßt, daß ohnehin die doktrинelle Interpretation in vorkommenden Fällen die Entscheidung liefern muß.

Die Zivilgesetze aller Staaten enthalten eine Menge von Bestimmungen, die von selbst, da man sie allgemein für unrecht und zweckwidrig erkannte, nach und nach veraltet sind. Selbst das preussische Landrecht, das allem Gewohnheitsrecht die Gültigkeit versagte, ist nicht ganz frei von Bestimmungen, die, ohne durch ausdrückliche Provinzialrechte abgeändert zu seyn, dennoch nicht zur Anwendung gebracht wurden \*)

---

\*) Schmid, a. a. D. Einl. §. 6.

Sollte wohl die vorzüglich aus dem *journal de palais* und *journal du barreau* zu erlernende *jurisprudence des arrêts* (die keineswegs zu einer Legislation sich erhebt, und bey dem hohen wissenschaftlichen Standpunkt, dessen wir in Deutschland uns rühmen dürfen, nur von geringem subsidiarischen Werthe für uns seyn kann) schwieriger für den angehenden, und selbst den geübten Rechtsgelehrten seyn, als das Studium von neun verschiedenen, zum Theil in barbarischem Styl geschriebenen Landesstatuten, die Herr v. A. der ersteren substituiert? (S. 12. des Hauptvortrags erste Per.) Die Aufhebung dieses statutarischen Rechts ist bei der Aufnahme des E. R. in allen seinen Theilen ein nothwendiges Requisit.

Ohne das römische Recht, so sehr seine Vollkommenheit und scharfe Konsequenz zu ehren ist — in Fällen, wo der hin und wieder modifizierte E. R. schweigt, ausdrücklich in subsidium dafür gelten zu lassen, gestatte man stillschweigend, dem Richter sich darauf als *raison écrite* zu beziehen, oder man räume ihm die nämliche Autorität ein, welche stets in wohlorganisirten Gerichtshöfen die Präjudizien hatten,\*) auf daß die gesetzlichen Normen nicht vervielfältiget, und die Richter als vernünftige Wesen anerkannt werden mögen, deren Beurtheilungskraft eine Rechtsentscheidung bei mangelndem Gesetze, das nicht für alle Fälle gegeben zu werden braucht,\*\*) überlassen werden kann.

\*) S. Strombeck *Rechtswissenschaft des Gesetzb. Napoleons*, I. XIX. Note 4.

\*\*) Ueber die eingebildete Unvollständigkeit des E. R. verliere ich hier kein Wort, ich müßte sonst abschreiben was der ver-



No so ferne die Gesetzeserklärung einem jeden Richter obliegt, in sofern sogar positive Gesetzgebungen den Tribunälen zur Pflicht machen, bei scheinbarer Ermangelung bestimmter Gesetze, nach Analogie und allgemeinen Rechtsprinzipien zu entscheiden, \* ist wohl gewiß der Philosophie sogar für den praktischen Gebrauch nicht aller Einfluß abzuschneiden.

Unläugbar ist die Rechtswissenschaft ihrer Herrschaft unterworfen, sobald man dieser nicht so enge und kleinliche Schranken setzt, als freilich noch häufig geschieht. Selbst der römische Begriff von *Interprudentia* erkennt Philosophie und Wissenschaft dessen, was an sich Recht oder Unrecht ist, als ihre Bestandtheile an.

„Die Kenntniß der positiven Gesetze, sagt Schmid \*)  
 „ist nur ein Theil ihres Gebietes, und selbst die  
 „noch übrigen Fragmente römischer Rechtsgelehr-  
 „ten begründen ihre Entscheidungen fast immer auf  
 „etwas Höheres, als das positive Gesetz. — Dies  
 „ist seinem Wesen nach bloß *anerkenneud* und  
 „*dausprechend*, was durch Vernunft ge-  
 „geben ist, nicht *schaffen*d.“

Dem Gewissen des Richters müssen daher Regeln der Vernunft, die *raison écrite*, eben so heilig seyn,

---

dienswolle *Grötmann* in seinem ausführlichen Handbuch B. 1. S. 56 — 58. richtig darüber gesagt hat. Er paßt für jeden vernünftig eingerichteten Staat, denn er enthält nur die Aussprüche der Vernunft über die bürgerlichen Verhältnisse u. was in einem gegebenen Staate nicht zum Code Napoléon paßt, kann auch vor dem Richterstuhle der Vernunft nicht bestehen.

\*) a. a. D. Einleit. S. 5.

als Gesetze, obgleich ihre Uebertretung keine Kassationen zur Folge hat. \*) Man erkenne also mit Portalis die Richter an als Diener des Gesetzes, wo das Gesetz gesprochen hat, und als Schiedsrichter, wo es schweigt.

Der Grundcharakter des Code Napoleon besteht darin, die nothwendigen unveränderlichen Normen des bürgerlichen Rechts aufzustellen, entspricht nun im Code, wie nicht zu läugnen ist, die Ausführung der Absicht, wozu dann noch neben einem modifizirten Code Napoleon, dreierlei unter einander sich derogirende Gesetzbücher?

#### §. 15.

Nur in sofern durch das römische und kanonische Recht prozessualische Normen vorgeschrieben werden, scheinen diese ihre gesetzliche Kraft behalten zu müssen, da der deutsche Prozeß im Nassauischen beibehalten werden soll, und Alles, was der C. N. diesem zuwider, z. B. beim Zeugenverhöre in Ehescheidungssachen, Art. 253, 254. bei Eröffnung eines Urtheils auf ein Interdiktionsgesuch Art. 498. verordnet, einer Modifikation unterworfen zu seyn. Allein das römische und kanonische Recht, in soweit dadurch die Rechtsverhältnisse bestimmt werden, aufzuheben, und in prozessualischer Hinsicht beizubehalten, verleitet den Richter leicht zu dem Irrthum: ob nicht da, wo zivilrechtliche und prozessualische Normen in Ansehung der ersteren in einander greifen, das römische und kanonische Recht ebenfalls in Anwendung

---

\*) Zachariae Hdbch. des fr. Civ. R. Th. I. Einl. LXXXIV.

gebracht werden müsse? Durch eine solche Anomalie entstehen Zweifel und Mißgriffe, denen durch eine neue Prozeßordnung, die nicht auf das gemeine Recht hinweist, leicht vorgebogen werden kann \*) worin das, was der französische Prozeß-Roder Entes und Nützliches enthält, mit aufzunehmen seyn möchte. Es ist dieses, in vielen deutschen Staaten, ein wahres Bedürfnis unserer Zeit, denn es ist sicher nicht zuviel gesagt, wenn man die Geheimhaltung unserer Rechtspflege, die Geschmacklosigkeit, Unverständlichkeit und Oberflächlichkeit unserer rechtlichen Verhandlungen (von seltenen Ausnahmen ist die Rede nicht) für eine der vornehmsten Ursachen erklärt, welche die allgemeine Verbreitung der Kultur in dem deutschen Volke gehindert haben. \*\*)

#### §. 16.

Die Dispositionen der Suppléments zum E. N. sind nicht in dem nemlichen universellen Geiste gefaßt, wie dieser; sind also als eigentliche Bestandtheile des E. N. nicht zu betrachten, und bedürfen daher bey dem, dem E. N. aufgedruckten Charakter der Allgemeinheit bei uns der Rezeption nicht.

---

\*) Wer wird nicht erstaunen, wenn er in Herrn v. Strombeck's Rechtswissenschaft, Vorrede S. VII. liest, daß die neue Prozeßgebung im Königreiche Westphalen, das merkwürdige Resultat hervor brachte, daß das Tribunal erster Instanz zu Eimbeck in Zeit von zwei Jahren über tausend Prozesse, der R. Appellationshof zu Zelle aber in den ersten sechs Monaten nach seiner Einsetzung schon über sieben hundert alte Prozesse entschieden hatte, wovon einige bis fast in die Mitte des vorigen Jahrhunderts heraufreichend, selbst in literarischer Hinsicht Aufsehen erregt hatten.

\*\*) Schmid a. a. D. S. 281.

## D r i t t e r   A b s c h n i t t .

### Begutachtung der vorgeschlagenen Modifikationen.\*)

#### §. 17.

Wenn der Herr Referent um den *déni de justice* wegen Mangel, Dunkelheit oder Unzulänglichkeit des Gesetzes zu beseitigen, dem römischen, kanonischen und statutarischen Rechte in subsidium Gesetzeskraft lassen will; so erscheint nach meinen obigen Bemerkungen die vorgeschlagene Modifikation des Art. 4. des C. N. als unstatthaft.

Der *déni de justice* setzt begreiflich den *réfus* voraus, Justiz zu administrieren. Dieser tritt aber nach dem Art. 506. des Prozeßkodes auch alsdann ein, wenn

- a) die Richter sich weigern, eine Bittschrift zu beantworten, oder
- b) es unterlassen, in denen Sachen, die zur Entscheidung reif, und an der Reihe sind, zu erkennen. In diesen Fällen sagt der Art. 4. des C. N. und Art. 506. des C. de proc. civ. *le juge pourra* (nicht *doit*) *être poursuivi*, d. i. *par la prise à partie*, oder die *Sindefikatsklage*.\*\*) Diese Vorschriften des Prozeßkodes

---

\*) *Etsi nihil facile mutandum est ex solennibus: tamen ubi aequitas evidens poscit, subveniendum est* L. 183. D. de divers. regul. jur.

(\*\*) Der Code pénal Art. 185. verordnet:

„Tout juge ou tribunal, tout administrateur ou autorité

gehen uns zwar hier nichts an, wenn aber unter den Worten: „pourra être poursuivi“ der Weg der Syndikatsklage verstanden wird; so wird, um sie erheben zu können, begreiflich vorausgesetzt, daß ein Tribunal erster Instanz in denen am wenigsten bevölkerten Städten aus einem Präsidenten, drei Richtern und drei Suppleanten, ein für drei oder mehrere Departemens angeordneter Appell oder Kaiserl. Gerichtshof, außerhalb Paris aber wenigstens mit vier und zwanzig Richtern besetzt gewesen sey. (Code d'organisation judiciaire p. 1 — 13. R. Decret vom 6. Juli 1810.) \*)

Nun besteht aber das größte Departement in Frankreich aus 3 bis 400 m., das geringste aus 150 m. Seelen. Rechnet man nun für jeden Gemeindebezirk von 70 bis 80 m. Seelen ein Tribunal erster Instanz, für zwei große und ein kleines Departement, oder für 750 m. auch eine Million Menschen aber einen Kaiserl. Gerichtshof; so müssen mit Rück-

---

„administrative, qui sous quelque prétexte que ce soit  
 „même du silence ou de l'obscurité de la loi, aura dénié  
 „de rendre la justice qu'il doit aux parties, après en avoir  
 „été requis, et qui aura persévéré dans son déni, après  
 „avertissement ou injonction de ses supérieurs, pourra  
 „être poursuivi et sera puni, d'une amende de deux  
 „cents francs au moins, et de cinq cents francs au plus, et de  
 „l'interdiction de l'exercice des fonctions publiques depuis  
 „cinq ans jusqu'à vingt.“

\*) Beaucoup de juges et peu d'administrateurs! sprach ein berühmter Staatsminister.

sich auf die Seelenzahl im Herzogthum, nach obigem Verhältniß, bei jedem der oben 9. 7. in Vorschlag gebrachten Justizdikasterien eine noch größere Anzahl von Richtern bestellt werden, da der schleppende deutsche Prozeß beibehalten werden soll. Ist daher auch nur ein Justizdikasterium nicht mit der gehörigen Anzahl von Richtern besetzt; so kann der Art. 4. seine Anwendung nicht finden.

### § 18.

Zum 6. 106. will der Herr Referent in Ansehung der in den Art. 530 und 1911 für lößbar erklärten Grundrenten verordnen:

„daß die Anwendungsart beider Artikel eigenen  
 „Verordnungen vorbehalten, und bis zu deren  
 „Promulgation der bisherige Zustand in Anse-  
 „hung der Erbpächter, Zehnten und Grundzinse  
 „beibehalten werden.“

In der That würde es das nämliche seyn, wenn man es einstweilen beim Inhalte der Art. 530. des Gesetzbuchs die Rente wesentlich für lößbar erklärt, ist man dabei über zwei Sätze einig geworden. Der erste dieser Sätze war, daß es demjenigen, der sich die Rente ausbedingt, frei stehet, die Klauseln und Bedingungen der Wiederlöse fest zu stellen, d. i. das Kapital, wofür der Loskauf geschehen kann, so hoch anzuschlagen, als es ihm belieben mag; der zweite war, daß er sich ausbedingen darf, daß die Wiederlöse nicht vor Ablauf von dreißig Jahren geschehen soll. Die erste dieser Modifikationen zernichtet beinahe den Grundsatz selbst; denn der Gläubiger der Rente, der den Loskauf ver-

selben nicht wünscht; hat nur das Kapital so hoch anzuschlagen, daß dem Schuldner aller Vortheil beim Lösekauf derselben, und alle Lust dazu benommen wird.\*)

Sollen daher Zehnten und Renten lössbar sein: so war es gewiß zweckmäßig; wenn im Königreiche Westphalen der Ablösungspreis durch das K. Decret vom 18. August 1809. nach gewissen, auf landwirthschaftlichen Prinzipien basirten Normen, regulirt wurde, wobei aber nur zu bemerken ist, daß, so viele Mühe auch das Gouvernement zur Erleichterung der Ablösung und zu Herbeischaffung des von den Schuldnern zu erlegenden baaren Geldes sich gegeben hat, dennoch der beabsichtigte Zweck bis jetzt nicht vollkommen hat erreicht werden können.

Wird auch, wie in Westphalen, die billigste Verordnung im Nassauischen deshalb erlassen; so ist doch an

---

\*) Der ungenannte Verfasser einiger Bemerkungen zum Hest 53. Nr. 20. des rheinischen Bundes, sagt in dieser Zeitschrift Hest 57. Nr. 31. Die Zehnten und Gülten und ihre Ablösllichkeit betreffend, läßt sich manches dafür und dawider sagen. Ich halte selbst nicht viel auf die Ablösung der Zehnten; kauft sie der Untertban von dem Staate los; so kauft er sich damit neue Steuern; für Pfarreien und öffentliche Stiften ist die Auslösung bei dem stets wechselnden Verhältniß des Gelds und Naturalienwerthes verderblich; wenn aber der Staat aus irgend einem Motiv sie zu verordnen zweckmäßig findet; so kann ich nicht einsehen, warum die Stände desselben aus der Bundesakte, selten eine Ausnahme ansprechen könnten.

deren Realisirung, da besonders der Bauer gerne an alten Gewohnheiten klebt, sehr zu zweifeln.

Da indessen die Ablösung den Fortschritten der Landwirtschaft entspricht, und dieser beförderlich ist; so halte ich es für zweckmäßig, es den Gutsherrn zu überlassen, wie sie mit den Schuldner einig werden können, und es deshalb bei dem Inhalte der Art. 530 und 1911 zu belassen.

• 19.

In Ansehung der Erläuterung der Art. 647. und 648. bin ich mit dem Herrn Referenten dahin einverstanden, daß bei entstehenden Beschwerden der Gemeinden, mit Rücksicht auf die Lokalitäten von Regierungswegen zu untersuchen sey: ob die proportionelle Aufhebung der Stoppelhut der Gemeinde in landwirthschaftlicher Hinsicht vortheilhaft sey?

Bei der Vergleichung des Nassauischen Gesetzes vom 20. Februar 1808. mit obigen Artikeln des E. R. vermeint zwar der Herr Referent S. 36., es sey die Absicht des ersteren nicht, daß die Frage: ob ein bestimmtes Terrain der gemeinen Huth und Waide unterworfen, oder ob es vom Eigenthümer unbefugt derselben entzogen worden sey, oder ohne Entschädigung entzogen werden dürfe, nie richterlich entschieden werden solle. Dies scheint aber doch der Fall zu seyn, wenn es im Art. 5. des Nassauischen Gesetzes heißt:

„Sollten indessen besondere Fälle eintreten, wo Jemand vermeinte, ein wirkliches Recht auf die He-



„Verlassung eines bestimmten Theiles des bepflanzten  
 „Brachfeldes oder eines Waldes zur Bewaidung zu  
 „haben, und ihm dadurch gegenwärtiges Verbot der  
 „Bewaidung der angepflanzten Grundstücke und  
 „Waldungen ein Nachtheil erwachsen; so soll ihm  
 „frei stehen, seine Beschwerden wegen geglaubter  
 „Kränkung seiner etwaigen Gerechtsame bei Unserer  
 „Landesregierung oder Gemeinde-Oekonomie-Depu-  
 „tation vorzustellen, welche nach Beschaffenheit der  
 „Umstände die sich ergebende Anstände nach den in  
 „dieser Verordnung aufgestellten, auf die Wohlfahrt  
 „des Staates gebauten, Grundsätzen zu entschei-  
 „den hat. Gegen eine solche Verfügung soll kei-  
 „ne Appellation, u. überhaupt wegen  
 „Huthung und Trift, als einem Gegen-  
 „stand der landwirthschaftlichen Poli-  
 „zei durchaus kein richterliches oder  
 „prozessualisches Verfahren statt fin-  
 „den, sondern es sollen alle sich erge-  
 „bende Anstände und Beschwerden le-  
 „diglich von Unserer Regierung, als  
 „Ober-Landes-Polizei-Behörde, ent-  
 „schieden, und niemals als Rechts-  
 „sachen vor die Justizstelle gezogen  
 „werden.“

#### §. 20.

Zu §. 108. halte ich bei der Erläuterung des dritten  
 Paragraphs des Art. 2045. die Zustimmung der Ma-  
 jorität der Gemeinde Glieder oder des von der Ma-  
 jorität dazu bevollmächtigten Gemeinde-Vorstandes  
 zu denen von den Gemeinden abzuschließenden Ver-  
 gleichen und deren Confirmation von den Obergerich-  
 ten nicht für nöthig. Allein die Regierung hat zu

beurtheilen: ob ein Vergleich einer Gemeinde nützlich und vortheilhaft sey. Oft steht ein bloßer Eigensinn der Majorität der Gemeindeglieder der Abschließung eines der Gemeinde zuträglichen Vergleiches entgegen. Wie weit würde man mit dem Arrangement zwischen den Gemeinden K..... und E..... gegen die Gemeinde G..... gekommen sein, wenn man auf den Widerspruch der letztern hätte Rücksicht nehmen wollen?

### §. 21.

Den Art. 1741. erläutert der Herr Referent §. III. auf folgende Art:

„der Miethkontrakt wird durch Kontraktwidriges Handeln oder Unterlassen nur in den in diesem Gesetzbuche oder vom gemeinen Rechte ausdrücklich genannten Fällen aufgehoben — in allen anderen Fällen dagegen bloß eine Klage auf Erfüllung des Kontrakts oder auf Entschädigung begründet.“

Der angeführte Artikel statuirt, indem er den Miethkontrakt für erloschen erklärt, wenn der Vermiether oder Abmiether seine Zusage nicht erfüllt, eine Ausnahme vom Art. 1184., der zwar bei synallagmatischen Verträgen die aufhebende Bedingung immer stillschweigend verstanden wissen will, im Fall eine der Partheien ihr Versprechen nicht erfüllt, jedoch der Parthei, gegen welche das Versprechen nicht erfüllt worden ist, die Wahl läßt, entweder die andere Parthei zur Erfüllung des Vertrags, wenn sie möglich ist, zu zwingen, oder die Aufhebung desselben nebst Schadloshaltung, zu verhalten. Warum eine Ausnahme beim Miethkontrakt statt finden soll, sehe ich nicht ein. Indessen sei einen die französischen Tribunale den Art. 1741. gegen die Vermuthung des Herrn Referenten

buchstäblich in Anwendung zu bringen; denn der Appellationshof von Poitiers erklärte am 3ten Jul. 1806 in der Sache Desroches wider Plaire, eine zu Gunsten des letzteren gegen jährlich zu zahlende 1400. Fr. geschlossene Pachtung für aufgehoben, weil er zur Zeit, wo das Urtheil erlassen wurde, das Pachtgeld von zwei Jahren her rückständig war, unerachtet er noch während des Processes eine abschlägliche Zahlung von 2136 Livres versagt hatte. \*)

Der Bestands- oder Miethkontrakt wird aufgehoben und erlöscht:

### I.) Kraft des Gesetzes

1.) nach Ablauf des bedungenen Termins (Art. 1737.)

2.) durch den Unterzang der vermiethteten Sache (Art. 1741. )

3.) Wenn der Pächter (Miether) die verpachtete Sache vom Verpächter entweder als Eigenthum oder zum Nießbrauch erbt ( Art. 1300. )

4) durch die Nichterfüllung der gegenseitigen Verpflichtungen des Bestandgebers und des Beständers.

II.) Vor Ablauf des Termins, obgleich nicht Kraft des Gesetzes, doch auf gerichtliches Ansuchen des Verpächters oder Pächters, ( Miethers ) \*\*)

\*) S. Mallerwille zum Art. 1741 Note (\*) mit Anmerk. von Blanchard.

\*\*) Der Abschnitt worin der Art. 1741 vorkommt, bestimmt die Regeln, welche die Hausmiete und der Nießbrauch

1.) wenn der Miether zur Sicherheit des Miethzinses das Haus nicht mit hinlänglichen Mobilien versieht, ( Art. 1752 ) oder der Pächter eines Landgutes dasselbe nicht mit dem zum Anbau nöthigen Viehe und Ackergeräthe versieht; ( Art. 1766. )

2.) wenn das vermietete Haus ohne Verschulden des Vermieteters den Untergang droht, oder wegen vernachlässigter Reparatur von Seiten des Vermieters unbewohnbar wird; ( Art. 1720. )

3.) wenn der Beständer die gemietete Sache verdirbt, oder derselben zu einem andern, als dem bestimmten Gebrauche, oder zu einem solchen, woraus für den Bestandgeber Schaden entstehen könnte, sich bedient ( Art. 1728. 1729. )

Alle diese Gründe der Erlöschung eines Mieth- oder Pachtcontractes erleiden keine Abänderung, mit Ausnahme jedoch der vierten Kraft des Gesetzes bestimmten Ursache. In Ansehung dieser schlage ich daher die Modification vor :

„ Der Miethcontract erlöscht nicht durch die Nicht-  
„ erfüllung der gegenseitigen Verpflichtungen, son-

---

mein haben. Wie unrichtig das römische Recht unter dem Wort *Locatio* alle Arten derselben zusammen faßt und für die *locatio* überhaupt, also für den Pacht, eben so für die Miethe, den Grundsatz aufstellt: *locatio conductio proxima est emptioni venditioni*, — wie sehr, auch die Verfasser des E. N. der beurfundeten großen Einsicht in die Natur dieser Verträge ungeachtet, in Betreff der aus diesem Satz folgenden Bestimmungen, sich irre führen ließen, hat vortrefflich entwickelt Rudhart in seiner gekrönten Preisschrift „ Untersuchung über systematische Eintheilung und Stellung der Verträge S. 289. Nürnberg „ 1811. “

„ denn es berechtigt nur die letztere zur Erfüllung  
 „ klage “

## § 22.

Der Art. 1768 lautet also :

„ Jeder Pächter eines Landgutes ist bei Vermei-  
 „ dung des Kosten- und Schadensersatzes schuldig  
 „ dem Eigenthümer von den an seinen Grund-  
 „ stücken etwa gemachten Eingriffen Nachricht zu  
 „ ertheilen. Diese Nachricht muß in eben der Zeit  
 „ gegeben werden, die für die gerichtliche Vorla-  
 „ dung nach Verhältniß der Ortsentfernung be-  
 „ stimmt ist. “

Es ist hier nur mit Bestimmung der Zeit genau-  
 er angegeben, was L. II. §. 2. D. locati conducti  
 in den Worten verordnet :

„ Item prospicere debet conductor, ne aliquo, vel  
 „ jus rei, vel corpus deterius faciat, vel fieri  
 „ patiatur. “

Ob nun gleich der Artikel verordnet, daß die dem  
 Eigenthümer zu ertheilende Nachricht binnen der  
 für gerichtliche Vorladungen bestimmten  
 Zeit geschehen müsse, um die possessorische Klage  
 anstellen zu können; so vermeint doch der Herr Refe-  
 rent S. 55. der Artikel lasse die Frage unbestimmt,  
 binnen welcher Zeit, vom Tage, wo der Pächter die  
 Eingriffe in Erfahrung gebracht habe, angerechnet,  
 er den Verpächter zu benachrichtigen schuldig sei,  
 und bringt hiernach folgende Modification des Ar-  
 tikels in Vorschlag :

„ Eingriffe in das gepachtete Grundstück ist der  
 „ Pächter gerichtlich mit der Bitte anzuzeigen

„ schuldig, daß das seine Anzeige enthaltende Pro-  
 „ tokoll dem Verpachter mit der Aufforderung mit-  
 „ getheilt werde, der Pächter binnen einer vom  
 „ Gerichte zu bestimmenden Zeit zu vertreten, und  
 „ beym Genuß des gepachteten Grundstückes zu er-  
 „ halten. Diese Anzeige muß binnen vier Wochen  
 „ vom Tage an erfolgen, da der Pächter vom ge-  
 „ schehenen Eingriffe Kunde erhalten hat. Durch  
 „ längeren Verzug, so wie durch gänzlich unter-  
 „ lassene Anzeige wird der Pächter dem Verpach-  
 „ ter zum Schadensersatz verantwortlich. Macht  
 „ der Verpachter binnen der auf die geschehene  
 „ Aufforderung bestimmten Frist seine Eigenthums-  
 „ rechte nicht geltend: so ist der Pächter in seinem  
 „ eigenen Namen, gegen die angeblichen Eingrif-  
 „ fe gerichtlich zu handeln, befugt.“

Kineswegs ist nach dem Art. 1768. der Pächter,  
 den Eigenthümer gerichtlich zu warnen, schuldig.  
 Da der Artikel den Zeugenbeweis ausschlie-  
 ßen, und nur den durch Urkunden statuiren  
 will; so verordnet er, daß diese Warnung durch  
 einen Huissier und durch exploit d'Huissier geschehen  
 soll.

Der Sinn des Artikels ist daher folgender:

„ Der Pächter ist von den Eingriffen, die in die  
 „ Grundstücke des Eigenthümers gemacht werden,  
 „ innerhalb acht freien Tagen, (NB. dieß  
 „ ist die gewöhnliche Vorladungsfrist) und wenn der  
 „ Eigenthümer entfernt wohnt, letzterem mit Zu-  
 „ rechnung von einem Tage für jede Entfernung  
 „ von drei Miriameter, von der Zeit angetchnet,  
 „ wo der Pächter den Eingriff erfährt, durch ei-

„nen Huiffier Nachricht zu geben schuldig. Unter-  
 „läßt er diese außergerichtliche Anzeige innerhalb  
 „der bestimmten Frist: so ist er zum Schadens- und  
 „Kostenersatz verbunden.“

Es ist also hier nur die *actio locati* dem Ver-  
 pachter vorbehalten worden. Uebrigens versteht es  
 sich von selbst, daß der Artikel die bestimmten acht  
 Tage von der Zeit an komputirt, wo der Pächter  
 den Eingriff in Erfahrung bringt; denn es heißt im  
 Artikel ganz ausdrücklich:

„Diese Nachricht muß in eben der Zeit ge-  
 „geben werden.“

begreiflich von Zeit der erhaltenen Kund-  
 schaft an gerechnet. Da im Nassauischen das  
 Amt des Huiffier nicht eingeführt wird; so kann zur  
 Kundmachung der Amtsdieners (der eine Beglaubigung  
 darüber auszustellen hat) demselben substituirt werden;  
 daher dann die Modifikation, mit Beibehaltung des  
 ersten Absatzes des Artikels in Ansehung des zweiten  
 (da der französische Prozeß weg bleibt) folgenderma-  
 ßen ertheilet werden könnte:

„Diese Nachricht muß, von Zeit der erhaltenen  
 „Kundschaft angerechnet, innerhalb acht Tagen,  
 „mit Zurechnung von einem Tage für jede sechs  
 „Stunden der Entfernung, durch den Amtsdieners  
 „der eine Beglaubigung darüber auszustellen hat,  
 „ertheilt werden.“

#### §. 23.

Zu §. 113. S. 56. muß ich auf folgende Grundsätze  
 aufmerksam machen.

Wenn der Code Napoleon bei Streitigkeiten, die 150 Franken übersteigen, keinen Zeugenbeweis zuläßt: so liegt dieß sehr folgenreiche Prinzip in der Unsicherheit des Zeugenbeweises, und in dem großen Mißtrauen, welches die französischen Gesetzgeber in die Redlichkeit der Zeugen setzen. \*) Der wahre Sinn jener Regel besteht nicht etwa darin, daß dergleichen Forderungen bloß durch Urkunden erwiesen werden können, oder daß sie wohl gar die schriftliche Form als Bedingung ihrer Gültigkeit erforderten, sondern sie zweckt nur auf Ausschließung des Beweises durch Zeugen, und des diesem gleich geschätzten Beweises, durch außergerichtliches Geständniß, (Art. 1355.) und durch richterliche Vermuthung (Art. 1353) ab. Dieß folgt zunächst aus dem angegebenen Grunde des Gesetzes und dem klaren Inhalt des Art. 1341 sowohl als derer welche mit ihm korrespondiren \*\*) (1714, 1715.)

Durch die Einführung der Notariatsfunctionen wird in der That der Zeugenbeweis überflüssig, wenn man die in den Artikeln 1341, 1347, 1348 und 1950 angegebenen Fälle, wo er zugelassen wird, ausnimmt.

Ich habe oben die Anordnung dieses Instituts nothwendig gehalten, wird es eingeführt: so möchte das zum Beweis der in den Art. 1756, 1759, 1762, S. I. und 1869 enthaltenen Aufkündigungen und Einsprüche, S. 53. einstweilen substituirte Gerichtsprotokoll überflüssig werden.

---

\*) Delvincourt Institutes I, 255.

\*\*) Bauers Beiträge zur Charakteristik und Kritik des C. N. S. 93.



## §. 24.

In Ansehung des Quantums der gesetzlichen und verabredeten, sowie der gesetzwidrigen Zinsen, verweist der Herr Referent §. 114. S. 60 auf die Vorschriften des gemeinen Rechts, natürlich nicht auf das römische Recht, das die wunderlichsten Vorschriften darüber erteilt, sondern auf die Reichspolizei-Ordnung von 1530. Tit. 26 und 1577 §. 6., ohne sie jedoch im Einführungsbedikt namentlich zu nennen.

Ich bestimme in bürgerlichen Geschäften fünf, und um den Handel und den Erwerbsfleiß zu begünstigen, in Handelsgeschäften, sechs Prozent. \*) Eine Bestimmung, die auch das Kaiserliche Dekret vom 3. September 1807 vorschreibt.

Um nicht bei andern Gelegenheiten auf die Reichs-, abschiede und Deputationschlüsse hin zu verweisen, wollte ich den Artikel 1907. dahin erläutern:

„ die gesetzlichen Zinsen sind in bürgerlichen Geschäften fünf und in Handelsgeschäften sechs vom Hundert. Von gleicher Qualität dürfen die ausbedungenen Zinsen seyn. Wird erwiesen, daß höhere Zinsen ausbedungen worden sind: so soll der Darleiher den empfangenen Ueberschuß zurück geben, oder ihn von der Hauptsumme der Schuldforderung sich abziehen lassen, auch wenn er sich mit

---

\*) Obgleich Adam Smith in seinen vortrefflichen *Recherches sur la nature et les causes de la richesses des nations* Tome I. page 184 auch in Handelssachen vier bis fünf Prozent nur genügend hält.

„dem Bucher abgibt, zu einer Geldstrafe, welche  
 „die Hälfte des auf Bucher ausgeliehenen Kapitals  
 „nicht übersteigen darf, nicht weniger bei erwiesenem  
 „Betruge zu einer Gefängnißstrafe, die nicht länger  
 „als zwei Jahre dauern darf, verurtheilt werden.

## §. 25.

Wenn der Art. 1062. § 3. wegen der vom Erwir-  
 ken eines Sequesters oder gerichtlichen  
 Depositums, dem Verwahrer zu zahlenden  
 Belohnung im allgemeinen auf das Gesetz  
 hinweist; das dem Herrn Referenten unbekannt ist:  
 so ist darunter das Kaiserl. Dekret über den Tarif  
 der Prozeßkosten und Gerichtsgebühren vom 16.  
 Febr. 1807. (wobon ich am Schluß meines Handbuchs  
 über den französischen Zivilprozeß, eben  
 wegen der Schwierigkeit; eine Uebersetzung geliefert  
 habe) zu verstehen, woselbst sie Nr. 35. in Paris  
 zu 3 Fr.; in den Städten, wo ein Tribunal erster  
 Instanz ist; zu 2 Fr. 25 Ct.; und in den anderen  
 Städten und Landkantons auf die nämliche Summe  
 bestimmt ist.

Dieser Tarif der Gerichtsgebühren kann im Herzog-  
 thum Nassau noch zur Zeit nicht Gesetzeskraft erhalten.

Da überdieß die mit der Sequestration verbundene grö-  
 ßere oder geringere Mühe im Voraus sich nicht füglich  
 bestimmen läßt; so pflichte ich dem Herrn Referenten  
 bei, daß die dem Verwahrer zu verabreichende Be-  
 lohnung vom sequestrirenden Richter zu bestimmen sey.

## §. 26.

Der Art. 1268., der einem unglücklichen, aber redli-  
 chen Schuldner, um seine persönliche Freiheit zu er-  
 halten, die gerichtliche Güterabtretung, ohne weiter für

seinen Unterhalt zu sorgen, gestattet, kann allerdings, ohne die Humanität zu verletzen, im Nassauischen seine Anwendung nicht finden.

Die gerichtliche Güterabtretung muß erlaubt seyn; allein das Kostbarste im Leben, die persönliche Freiheit, darf durch das Gesetz nicht davon abhängig gemacht werden. Rechte auf die Person eines redlichen Schuldners hartherzigen Gläubigern zuzustehen, harmonirt nicht mit der jedem Staatsbürger eigenen natürlichen Freiheit. Der nach Prüfung des Aktiv- und Passivstandes von Amts wegen zu verfügende Verkauf der Güter, oder zu erkennende Konkurs, ist ein Surrogat für die hartnäckige Weigerung der gerichtlichen Güterabtretung.

Ich bin daher mit dem Antrage einverstanden, daß der im Art. 1268. erwähnte Personalarrest für unstatthaft zu erklären, und eben so auch, daß der zweite Absatz des Art. 2040, der bei einer gerichtlichen Bürgschaft erfordert, daß der Bürge verhaftet werden dürfe, zu suspendiren sey.

Dagegen kann ich wegen der dem in Konkurs gerathenen Schuldner nicht hinweg zu nehmenden Gegenstände auf das gemeine Recht nicht hinverweisen, das nichts bestimmtes darüber sagt. Eine, Nassauische Verordnung bestimmt eben so wenig diese Gegenstände; man verzeichne also die nothwendigsten Etude, nehme sie in den Artikel auf, und modifizire ihn auf diese Art.

In Ansehung der Besoldungen der Staatsdiener existirt ebenjaus im Nassauischen keine Verordnung,

die einen Theil derselben zur Konkursmasse zu ziehen verordnet. Ein Theil der Besoldung ist bloße Rente des Kunstkapitals, worauf der Nahrungsstand beruht; aber neben demselben kann ein Theil als Ersatz des durch den wirklichen Dienst erlittenen Verlustes erscheinen. Von diesem kann kein Theil gekürzt und zur Masse gezogen werden, wohl aber von ersterem, wie ich dafür halte, ein Zehntel.

### §. 27.

Zu §. 119. ist das öffentliche Ministerium bei der Aufnahme des C. N. nicht zu umgehen; ich glaube daher, daß der Art. 2046. §. 2 unverändert stehen bleiben muß, wenn er im Geiste des römischen Rechts verordnet:

„daß ein Vergleich über die aus einem Verbrechen entstehenden Civilsprüche das von Seiten der Staatsbehörde (gegen den Verbrecher) anzustellende Verfahren nicht aufhebe.“

### §. 28.

Da der französische Civilprozeß auf Nassauischen Boden noch nicht verpflanzt wird; so versteht es sich, daß dem Hussier vel quasi der Richter und dem Commandement und Exploit des ersteren der Vollziehungs- und Zahlungsbefehl des letzteren, substituirt werden muß.

Das, was der Herr Referent hiernach im §. 122 statt der citation en justice — der consignation — der sommation, pour enlever une chose due lorsqu'elle est une chose certaine — statt des saisie —

arrêt — der opposition — execution — und des Sequestre judiciaire in Vorschlag bringt; dies alles leidet besonders hinsichtlich der consignation um desswillen keine Abänderung, weil die Zulässigkeit und Wirkung der Deposition einer Geldsumme ein richterliches Verfahren und Erkenntniß veranlassen kann; nur kann nach meinen obigen Grundsätzen

a) keineswegs auf ein gerichtlich über eine persönliche Verbindlichkeit aufgenommenes Protokoll, sondern nur auf ein Notariatsinstrument, als acte authentique vom Richter ein commandement oder Zahlungsbefehl ergehen;

b) kann die Bekanntmachung einer geschehenen Cession durch ein richterliches Dekret (nicht par exploit d'Huissier) nur dann überflüssig werden, wenn die Forderung durch einen acte authentique cediret worden ist, und der debitor cessus bei der Cession zugegen war und sie anerkannt hat; daher der 2te Absatz des Art. 1690. stehen bleiben muß.

#### §. 29.

Wenn der C. N. Art. 1138 und 1583. den römischen Grundsatz aufhebt:

„traditionibus, non nudis pactis, dominia rerum  
„transferuntur.“

und ohne Ablieferung der versprochenen Sache das Eigenthum von dem Augenblicke auf den Berechtigten überträgt, wo sie überliefert werden sollte, obgleich die Uebergabe nicht erfolgt ist; so hat unstreitig  
Wein. Bund. XXI. 2.

tig der §. 3. Instit. de emptione et venditione die Veranlassung dazu gegeben, worin es heißt:

„ cum autem emptio et venditio contracta sit ,  
 „ quod effici diximus, simulatque de pretio con-  
 „ venerit, cum sine scriptura res agitur, periculum  
 „ rei venditae statim ad emptorem pertinet, tam et  
 „ si adhuc ea res emptori tradita non sit. “

Unstreitig hat die Begünstigung des Commerzes das Daseyn dieses Artikels im Napoleonischen Gesetzbuche erzeugt; denn etwas Aehnliches finden wir im französischen Handelsgesetzbuche B. 1. Abschn. 2. Art. 100. hier heißt es:

„ La marchandise sortie du magasin du vendeur  
 „ ou de l'expéditeur, voyage, s'il n'y a conven-  
 „ tion contraire, aux risques et perils de celui, à  
 „ qui elle appartient, sauf son recours contre le  
 „ commissionnaire et le voiturier chargé du trans-  
 „ port.

Das römische und französische Gesetz hat hier bloß den Zufall vor Augen, der nach geschlossener Convention auf den Käufer übergeht.

Bei Handelsgeschäften würde ich es bei der Disposition der angeführten Artikel des E. N. belassen. Ist dagegen von eigentlichen Handelsfachen nicht die Rede; so würde ich zur Konsumation eines Vertrages über Mobilien auch die Tradition erfordern, dagegen zur Erwerbung von Immobilien und das Eigenthum sicher zu stellen, gleichwie bei Schenkungen, die T r a n s s c r i p t i o n oder

Einschreibung in das Hypothekensbuch zum Gesetze machen.

Reicht gleich meine Meinung hier von der des Herrn Referenten im §. 135 ab, so sind doch seine Ansichten aus der Natur der Sache geschöpft, anschaulich dargelegt.

Wenn übrigens das römische Recht nicht ausdrücklich beibehalten wird, so wird dadurch der Hr. Referent der Sorge überhoben, daß die praktischen Juristen die Aufhebung der vindikationsklage bei Mobilien mit Ausnahme der im Art. 2279. „spezifizirten Fälle, nicht finden möchten. Nach meinem Antrage bleibt dieser sehr deutliche Artikel unverändert stehen.

#### §. 30.

Ich wende mich §. 135; der Vorträge zur Erläuterung des Art. 1895 §. 2 der beim Gelddarlehn die Rückzahlung nicht nach dem innern, sondern nach dem Nominalwerthe bestimmt. Dies ist dem römischen Rechte in L. I. pr. D. de contrah. empt. et vendit. und L. 94 §. I. D. de solut. et liberat. ganz angemessen.

Staatsraison erzeugte eine gleiche Verfügung in Frankreich. Man sagte :

„ der Fürst theile seine Münze den Privat-  
 „ personen in der Absicht aus, damit sie ihnen  
 „ zum Zeichen des Werthes aller Sachen dienen  
 „ solle, und sie gehöre ihnen nur unter diesem Gesichtspunkte zu, mithin könne sie auch nur in  
 „ dieser Hinsicht den Gegenstand der Handelsver-

„ träge, worunter das Darlehn gehöre, ausmachen.  
 „ Man könne also die Münze nicht an und für sich,  
 „ sondern bloß als Zeichen der Summe leihen,  
 „ die es dem Fürsten gefallen habe, sie anzeigen  
 „ zu lassen, folglich auch den Lehnner nicht verbinden,  
 „ etwas anders als diese Summe zurück zu geben.“\*)

Ich gebe es zu, daß die Münze den Privatpersonen zum Zeichen des Werthes aller Sachen dienen soll; wenn ich aber im Jahre 1738 zur Zeit des Leipziger Münzfußes für 100 Rthlr., die ich entlehnte, mir noch einmal so viele Sachen anschaffen konnte, u. wirklich angeschafft habe; wenn ich überhaupt damals einen weit größeren Nutzen aus dem Darlehn ziehen konnte, als ich ihn jetzt ziehen würde; und wenn mein Gläubiger diesen mir zur Zeit des Darlehns zugewendeten Vortheil eben dadurch entbehrt hat, daß er mir im Jahre 1738 hundert Thaler vorstreckte; so ist es doch, deucht mich, billig, daß ich ihm den damals entbehrten Vortheil und das durch den gesunkenen Werth der Münzsorten entstandene Defizit vergüte.

Freilich ist die Depreziation des Geldes als Waare ein Zufall, und in der Regel würde diesen Zufall der Darleiher tragen müssen; allein den gemischten Zufall (casum mixtum) der aus einer vorhergegangenen Kulpā entsteht, trägt derjenige, in dessen Willkühr es lag, oder von dem es abhing, sich seiner Verbindlichkeit zu entledigen. Bei den meisten Schuldnern kann man fragen: warum zahlten sie nicht früher, warum zögerten sie damit bis zur erfolgten Herabsetzung des

---

\*) Pothier du prêt de consommation Nr. 36. 37.



Münzsorten? Der Schadenersatz, der aus dieser Mora entsteht, gebührt dem Gläubiger.

• Prozesse die durch das Verhältniß des damaligen und jetzigen Werthes der Münzsorten und der Lebensbedürfnisse entstehen möchten, zu verhüten, ist kein durchgreifender Grund, die Rückzahlung des Nominalwerthes zu verordnen.

Ich modifizire daher den Art. 1895. §. 2. nach dem Vorschlage des Herrn Referenten, mit Weglassung der Worte: „des gemeinen Rechts.“

### §. 31.

So viel über die sonst verdienstvolle Arbeit des Herrn von Almendingen. Daß worüber ich nichts bemerkte, erhält meinen Beifall.

Sollte, ohne die nachtheilige periodische Einführung gut zu heißen, der ganze Komplex des Codex Gesetzeskraft erhalten; so werden bei mehreren Artikeln Modifikationen nöthig werden, worüber ich demnächst meine Meinung zu sagen, mir vorbehalte.

Frhr. v. Dalwigk,

Herzogl. Nass. D. App. G. Präsident.

## IO.

## U e b e r

die Weed in der Burggrafschaft  
Friedberg,

Zur Nummer 28 des 5ten Heftes des Rheinischen Bundes.

von Dr. Meff, in Friedberg.

---

Die Erzählung eines zwischen dem Großherzoglich Hessischen Fiskus und dem Herrn Burggrafen, Grafen von Westphalen zu Friedberg, über die Beziehung der Weed entstandenen Rechtsstreites beginnt mit der Einleitung :

„ Es befindet sich die Burg Friedberg in dem  
 „ unvordentlichen Besitze von ihren leibeigenen  
 „ Untertbanen, eine grundzinsliche unveränderte  
 „ Abgabe unter dem Namen: Weed, und zwar  
 „ im Fall des ermangelnden hinreichenden Grund-  
 „ Eigenthums, von ihren Leibern zu beziehen.

Der Prozeß selbst und dessen Verhandlungen liegen außer dem dermaligen Zweck, aber er mag zur Veranlassung dienen, die Natur und Eigenschaft

der unter dem Namen der Weid in der Burggrafschaft Friedberg hergebrachten Abgabe näher zu untersuchen, und dadurch zu Beleuchtung des älteren Abgabensystems in Deutschland etwas Weniges beizutragen.

Das kleine in der Wetterau gelegene Ländchen, von welchem gegenwärtig die Rede ist, besteht aus zwölf Dorfschaften: 1.) Altenstadt, 2.) Heldenbergen, 3.) Oberau, 4.) Kommelhausen, 5.) Rodenbach, 6.) Büdesheim, 7.) Mendel, 8.) Raichen, 9.) Großkarben, 10.) Kleinkarben, 11.) Oskarben, und 12.) Ilbenstadt. Sie machten zusammen die ehemalige Grafschaft Raichen aus, und in den früheren Zeiten sollen das Städtchen Assenheim und auch die Dörfer Burggräfenrode und Höchst ebenfalls dazu gehört haben. Das Dorf Kloppenheim, welches damit verbunden war, wurde zu Anfang des vorigen Jahrhunderts an den deutschen Orden verkauft.

Ueber diese Grafschaft war in früheren Zeiten ein Greve gesetzt; dazu kam in der Folge in einem jeden Dorf ein Untergreve, und in neueren Zeiten wurde sie in drei Ämter: Altenstadt, Büdesheim und Großkarben, wovon Heldenbergen, Oberau, Kommelhausen und Rodenbach zu dem ersten, Mendel und Raichen zu dem zweiten, und Kleinkarben, Oskarben und Ilbenstadt zu dem dritten Amt gehören, eingetheilt.

So wenig der Zeitpunkt angegeben werden kann, in welchem diese Grafschaft als ein kaiserliches Lehn an die ehemalige Burg Friedberg gekommen ist, ebenso wenig läßt es sich behaupten, bei welcher Gelegen-

heit die Weed zum erstenmal erhoben worden ist, und welche Veranlassungen sie nach und nach in Gang gebracht haben. Sie erscheint hier und da in den Urkunden des Mittelalters in Verbindung mit Diensten und Steuern \*) und wie aus der untenstehenden Note ersichtlich ist, so prätentirten auch auswärtige Herren, die Grafen von Hanau und Büdingen von unsern Unterthanen der Grafschaft Raichen Steuer, Weed und andere Abgaben, ja! es wurde den Grafen von Hanau durch einen Vergleich im Jahr 1570. wirklich zugestanden, von ihren Leibeigenen die ständige Weed, jedoch keine Frohnden und Dienste zu begehren, und unter jenen etliche zu wählen, welche dieselbe setzen und einsammeln sollten \*\*)

Wie lange die Grafen von Hanau in dem Bezug dieser Abgabe geblieben sind, findet sich nicht, aber sie haben dieselbe in neueren Zeiten nicht mehr bezogen. Dagegen ergibt sich aus dem unten angeführten Vertrag \*\*\*) daß nicht alle Güter in der Grafschaft Rai-

---

\*) Mader in f. Nachrichten von der Kaiserl. und des H. Reichs. Burg I. Theil Seite 299.

„ Die Unterthanen sollen keinerlei Dienste, Steuern und  
 „ Weed geben, anders, als das Gericht wisse, und von  
 „ Alters herkömmlich verordnet im Kaiserl. Kommissions  
 „ Dekret von 1431, und ein Kaiserl. Mandat vom 16.  
 „ März 1645 verbietet den Unterthanen der Grafschaft  
 „ Raichen, an die Grafen von Hanau, Büdingen und  
 „ andere, Steuer, Dienst, Atzung oder Weede zu geben  
 „ und zu thun.

Derselbe a. a. D. II. Theil Seite 9.

\*\*) Derselbe a. a. D. II. Theil Seite 327.

\*\*\*) Derselbe a. a. D. Seite 322.

„ 2) Sollen die Güter so bisher keine Weed gegeben,

hen beedbar gewesen sind, sondern diejenige, welche in einer freien Hand sich befanden, auch frei von dieser Abgabe waren. Dabei war der Fall nicht selten, daß beedbare Güter, wenn sie in die Hände eines Burgmannes oder anderer Freien kamen, von der Beede frey gegeben wurden \*) weil der unmittelbare Adel, welcher hier unter den Freien nach dem damaligen Sprachgebrauch verstanden werden muß, zu der Klasse des Landes, in welchem seine Güter gelegen waren, nicht steuerte. Auch die Greven genossen als einen Theil ihrer Befoldung die Beedfreiheit von ihren Gütern, bis auf eine gewisse Summe \*\*).

Auswärtige, welche Güter kauften, mögen wohl auch in Entrichtung der Beede von diesen Gütern, nach dem in frühern Zeiten überall in Uebung gekommenen Grundsatz, daß der Mann seine Güter in dem Ort seines Aufenthalts versteuern müsse, nicht sehr gewissenhaft gewesen seyn, und davon mag im Jahr 1590 die Burg Friedberg die Veranlassung genommen haben, allen Güterverkauf außer Land ohne ihr Vorwissen zu verbieten, und dabei zu verordnen, daß die in den nächsten vorhergehenden zwei Jahren an Aus-

- 
- „ und nicht beedhaft gewesen, so lang sie in freier Hand
  - „ bestehen, der Beede erlediger fern und bleiben; welche
  - 1 „ aber vormals beedbar gewesen, oder in andere beedbare
  - „ Hände verkauft, oder wachsen, und in die Beede kommen,
  - „ oder beedbar wurden, die sollen wie andere beed-
  - „ bare Güter gehalten werden, und ihre Beede entrichten“

\*) Mader a. a. D. Seite 253. III. Theil Seite 374.

\*\*) Derselbe a. a. D. II. Theil Seite 311.

wärtige verkaufte Güter mit einer doppelten Weede belegt werden sollten \*).

Aber diese Verordnung hat dem vorgehabten Zweck, die Verminderung der Weede zu verhüten, nicht entsprochen. Sie wurde vermuthlich in den damaligen Kriegszeitern nicht so genau befolgt, und da noch dazu kam, daß die Befreiungen von der Weede durch besonders ertheilte Freiheitsbriefe immer häufiger wurden, so sah sich die Burg im Jahr 1668 veranlaßt, eine eigene Kommission zu ernennen, welche die über die Weede entstandene Unordnungen genau untersuchen sollte. \*\*) Sie wurde durch die Gemeinden veranlaßt, welche sich dadurch gedrückt fühlten, daß Wenigere eine Last tragen mußten, welche vorher auf Mehrere vertheilt gewesen war.

Um die Veranlassung dieser Beschwerde beurtheilen zu können, bemerke ich, daß eine jede Gemeinde ihren eigenen Weedstock, das heißt eine bestimmte Summe hatte; welche sie in die Rente der Burg jährlich einliefern mußte.

Dieser Weedstock blieb unverändert, es mochten durch die so eben gedachte Veränderungen noch so viele Güter aus der Weede gekommen seyn, wenn nicht hier und da einer Gemeinde wegen der in derselben zugestandenen Befreiungen, eine Verminderung ausdrücklich bewilliget wurde \*\*\*) Er wurde erhöht,

---

\*) Mader a. a. D. III. Theil Seite 81.

\*\*) Derselbe a. a. D. Seite 365.

\*\*\*) Derselbe a. a. D. III. Theil Seite 373.

wenn außerordentliche Vorfälle, welche Geld kosteten es nothwendig machten \*) und war der Maasstab für alle unter die sämtlichen Gemeinden zu vertheilenden Ausgaben \*\*)

Wahrscheinlich war er in den ältesten Zeiten nur auf den liegenden Gütern gegründet, und Kaiser Friedrich der III. dehnte ihn erst im Jahr 1467 durch ein der Burg ertheiltes Privilegium auf den Viehstand aus, indem er gestattete, daß zur Besoldung der neu angestellten Dorfgreben, damit sie allen Gerichten desto besser abwarten, ein ziemlicher Aufschlag auf alles Vieh, es bestehe in Pferden, Ochsen, Kühen, Schweinen, Schaafen, Geißen und dergleichen gethan werde. \*\*\*)

Was für ein Maasstab dafür angenommen, oder was überhaupt in den früheren Zeiten auf die Länderei und Häuser ausgeschlagen wurde, kann hier nicht mit Gewißheit angegeben werden, aber, wie die Weede in neueren Zeiten regulirt war, das ergeben gerichtliche Akten. Vielleicht ist es noch der alte von jeher bestandene Fuß. Nach diesen gerichtlichen Akten kamen die liegende Güter jährlich in folgenden Anschlag:

\*) Mader a. a. D. Seite 147.

„ Zu Ende des Jahrs 1607 hat die Burg Friedberg kraft  
 „ ihres, die übrigen Rheinischen Ritterschaft nichts ange-  
 „ henden Steuer-Privilegii wegen deren über die ge-  
 „ wöhnliche Anzahl angenommenen Soldaten und an-  
 „ dern Gemeinen Burgauslagen die Weede in dem Kai-  
 „ serlichen Gericht erhöht und den Zusatz ausgeschrieben.

\*\*) Derselbe a. a. D. Seite 89.

\*\*\*) Derselbe a. a. D. I. Theil, Seite 350.

## A.) in dem Amt Altenstadt :

## 1.) zu Altenstadt

## a.) 1 Morgen Acker

aa.) in einer jeden Lage zu . . . 4 fr.

b.) 1 Morgen Wiesen oder Garten . 8 —

## 2.) zu Heldenbergen

## a.) 1 Morgen Acker

aa.) der ersten Klasse zu . . . 7 —

bb.) — zweiten . . . 5 —

cc.) — dritten . . .  $2\frac{1}{2}$  —

b.) 1 Morgen Wiesen oder Garten . 10 —

## 3.) zu Oberau

a.) 1 Morgen Acker in allen Klassen . 4 —

b.) 1 Morgen Wiesen oder Garten . 12 —

4.) zu Kommelhausen und Rodenbach  
wie bei Altenstadt.

## B.) in dem Amt Büdesheim.

## 1) zu Büdesheim

## a.) 1 Morgen Acker

aa.) der ersten Klasse zu . . . 3 —

bb.) — zweiten — — . . .  $2\frac{1}{4}$  —cc.) — dritten — — . . .  $2\frac{1}{2}$  —

b.) 1 Morgen Wiesen oder Garten . 10 —

## 2.) zu Kendel

## a.) 1 Morgen Acker

aa.) der ersten Klasse zu . . .  $4\frac{1}{2}$  —

bb.) — zweiten — — . . . 4 —

cc.) — dritten — — . . .  $3\frac{1}{4}$  —

dd.) — ehemaligen Weinbergen . 10 —

b.) 1 Morgen Wiesen oder Garten . 10 —



## 3.) zu Raichen

## a.) 1 Morgen Acker

aa.) der ersten Klasse zu . . . . . 2 $\frac{1}{4}$  —bb.) — zweiten — — . . . . . 2 $\frac{1}{2}$  —cc.) — dritten — — . . . . . 2 $\frac{1}{4}$  —

b.) 1 Morgen Wiesen oder Garten . . . . . 8 —

## C.) in dem Amt Großkarben.

## 1.) zu Groß- und Kleinkarben

## a.) 1 Morgen Acker

aa.) der ersten Klasse zu . . . . . 6 —

bb.) — zweiten — — . . . . . 4 —

cc.) — dritten — — . . . . . 3 —

b.) 1 Morgen Wiesen und Garten . . . . . 8 —

## 2.) zu Klarben

## a.) 1 Morgen Acker

aa.) der ersten Klasse zu . . . . . 5 —

bb.) zweiten — — . . . . . 4 —

cc.) dritten — — . . . . . 3 —

b.) 1 Morgen Wiesen und Garten . . . . . 10 —

## 3.) zu Ilbenstadt

## a.) ein jeder Morgen eigen Land an Aekern

Wiesen oder Gärten, gut und schlecht 10 —

## b.) ein mit Grundzinsen beschwerter

Morgen. . . . . 8 —

Die Häuser hatten einen verschiedenen Anschlag, je nachdem sie groß, oder klein, gut oder schlecht gelegen waren. Auch die Weed vom Vieh wurde nicht gleich erhoben; in der einen Gemeinde kam die nemliche Gattung zu 6 fr. in Anschlag, welche in andern zu 3. 4. und 5 fr. geschätzt war. Selbst das Mannsgeld, welches gleichfalls zur Weed gerechnet wurde, und wobei die Wittfrau zur Hälfte in Anschlag kam,

war verschieden, in der einen Gemeinde zahlte der Mann 4 fr: der in einer andern 5. 6. 7. bis 8 fr. bezahlen mußte. Warum bei den liegenden Gütern eine solche Verschiedenheit des Anschlages herrschte, läßt sich leicht aus der vorzüglicheren oder geringeren Güte des Landes, aus dem reichlicheren oder sparsameren Ertrag desselben erklären, aber was der Grund dieser Differenz bei dem Manngeld und der Viehbeed war, das dürfte sich schwerlich mit Gewißheit bestimmen lassen.

Uebrigens lag es in der Natur der Sache, daß der Ertrag dieser Beed in dem einen Jahr nicht der nemliche wie in dem andern seyn konnte; die Zahl der Menschen und des Viehes änderten sich, und selbst die Morgenzahl der Felder hat sich durch den stärkeren Anbau der Gemarkungen gegen jene Zeiten, in welchen eine jede Gemeinde einen bestimmten Anschlag erhielt, merklich vermehret. Dieser Zuwachs floß nicht in die Kasse der Burg, er kam einer jeden Gemeinde zugut, die ihn zu Bestreitung ihrer Gemeindeg Ausgaben verwandte.

Neben dieser Beed hatten die Unterthanen der Grafschaft Raichen von den ältesten Zeiten her Frohnden und Dienste an die Burg Friedberg zu entrichten. Sie wurden Anfangs in Natur geleistet, in der Folge aber verwandelten sich diese Naturaldienste in Geld und die Burgrente erhielt dafür an jährlichem Dienstgeld:

Von einem Mann. . . . .	fl. 3 —
Von einer Wittfrau . . . . .	fl. I 30 f.
Von einem Pferd . . . . .	fl. I 30 fr.
Von einem Paar Ochsen . . . .	fl. I —
Von einem Paar Zugkühen oder Stieren —	30 fr.

Schon früher konnte die Burg mit denjenigen Abgaben, welche sie von ihren Untertanen erhoben, nicht auskommen, Kaiser Friedrich III. ertheilte ihr deswegen unter dem 13. Mai 1475 ein Privilegium, daß sie, um die Burg Ihm und dem heiligen Reich in Ehren und Wesen zu erhalten, und ihre Schulden zu bezahlen, alle Jahr auf ein jedes Dorf in der Grafschaft Raichen eine aufrechte, redliche und ziemliche Steuer legen dürfe. \*) Diese Steuer wurde jährlich nach dem Weedstock unter den Gemeindegliedern ausgeschlagen, und die Burg hat sie neben den bis daher erzählten Abgaben bis auf die neueste Zeiten in einer festgesetzten Summe in monatlichen Raten erhoben.

Es waren also außer andern Landesherrlichen Gefällen, und den Einkünften von eigenen Gütern dreierlei Abgaben, welche die ehemalige Burg Friedberg von ihren Untertanen bezog. Die Weed, das Dienstgeld und die Kontribution. Daß das Dienstgeld ein Ausfluß der Leibeigenschaft ist, versteht sich wohl von selbst, aber ob die Weed ebenfalls in diese Klasse gehöre, und bloß eine grundzinsliche Abgabe sey, das ist eine andere Frage?

Wenn wir die Natur der Zinsgüter betrachten, so zeigen sie sich als Güter, welche gegen einen jährlichen Zins bald eigenthümlich bald unzinslich an Bauern überlassen worden sind. Sie können in Hofraiten und Ländereien bestehen, aber Pferde, Ochsen und Kühe sind die Gegenstände nicht, welche auf ewige Zeiten für einen jährlichen Zins hingegeben wurden:

---

\*) Mader a. a. O. II. Theil Seite 7.

noch weniger kann eine solche Abgabe auf dem Menschen selbst ruhen. Dabei ist aus den Rechten bekannt, daß die Zinsen von dergleichen Gütern, welche ein ewiges Eigenthum der Besitzer geworden sind, nirgends verändert oder erhöht werden dürfen. Sie stehen mit den Abgaben, welche der Staat als Staat von seinen Unterthanen fordert in keiner Verbindung und können also nie der Maasstab werden, nach welchem der Landesherr die Bedürfnisse des Staates unter seine Unterthanen vertheilt.

Vergleichen wir nun diese Grundsätze mit dem, was oben von der in der Grafschaft Raichen hergebrachten Weid gesagt worden ist, so finden wir, wenn wir den einzigen Umstand ausnehmen, daß sie zum Theil auf liegenden Gütern ruhet, bei ihr gerade gar nichts, was sich mit den Begriffen einer grundzinslichen Abgabe, die der Landesherr nicht als Landesherr fordert, vereinigen läßt. Sie wurde von Menschen und Vieh gegeben, wurde nach Umständen erhöht und vermindert, und diente zur Richtschnur bei der Vertheilung aller dem Staat aufgelegenen Lasten. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß sie in dem Burg Friedbergischen dasjenige war, was sie in der Regel in allen übrigen Staaten Deutschlands ist, — eine wahre Steuer — die Anfangs Bittweise gefordert wurde, und nach und nach zu einer fortwährenden Schuldigkeit heranwuchs. Man wende nicht ein, daß die Burg neben der Weid eine eigene Steuer unter Kaiserlicher Autorisation erhoben habe.

Wem ist nicht bekannt, daß diese Abgabe erst im 15. Jahrhundert zur Mode wurde, als die Kaiser die Geld-

hülfe der Stände zu Türkenkriegen und Römerzügen, zu Aufrechthaltung des Landfriedens und zu andern öffentlichen Ausgaben so nöthig hatten, und deswegen den Ständen erlaubten, die ihnen verwilligte Gelder an ihre Unterthanen auszuschlagen? Hatte gleich die Burg nie zum Reich gesteuert, so vermehrten doch die Charitativ Subsidien, welche sie mit der Rheinischen Ritterschaft in Gemeinschaft zahlte und andere mit dem Geist der Zeit entstandene neue Einrichtungen, die Ausgaben so sehr, daß die alte Steuer, die Weed, nicht mehr hinreichte, und die Burg nach dem Vorgang der Reichsstände zu ihrer Erhaltung und zu Bezahlung ihrer Schulden, wie das Kaiserliche Privilegium sagt, zu einer neuen Besteuerungsart ihrer Unterthanen ihre Zuflucht nehmen mußte. Es existirten also zwei Steuern, die eine als ein Ueberrest der ältesten Verfassung, und die andere als eine Geburt späterer Zeiten, und die erstere war eben so wenig ein Ausfluß des Leibeigenschaftsverbands als es die letztere war. Dieser Verband erzeugte Dienste und Frohnden, die sich in der Folge in Geld verwandelten, und eben weil diese neben der Weed besonders geleistet oder bezahlt wurden, konnte die Weed keine Leibeigenschaftsabgabe seyn.

Der Umstand, daß die Grafen von Hanau, wie oben angemerkt worden ist, vergleichsmäßig von ihren Leibeignen in der Grafschaft Raichen eine ständige Weed erheben durften, scheint zwar in dem ersten Augenblick den Satz, daß sie eine grundzinnliche Abgabe seye, zu bestärken: allein, dessen nicht zu gedenken,

daß das Verhältniß, in welchem diese Leibeigene zu den Grafen von Hanau standen, zu wenig aufgeklärt ist, um dasselbe genau beurtheilen zu können, so darf dabei nicht übersehen werden, daß gerade dasjenige was gewöhnlich mit dem Leibeigenschaftsverband am engsten verwebt ist, Dienst und Frohnde, den auswärtigen Grafen zu leisten untersagt, dagegen ihnen Weid zu erheben gestattet worden ist. Sollte man daraus nicht schließen können, daß hier von feinen eigentlichen Leibeigenen die Rede gewesen sey, sondern daß die Grafen von Hanau gewisse in der Burg Friedbergischen Gemarkung gelegene Güterstücke als zu ihrem Territorio gehörig in Anspruch nahmen, und von ihnen behaupteten, daß deren Besitzer die Steuer davon ihnen zu reichen schuldig seyen? Vielleicht haben diese Besitzer auch andere der Burg Friedbergischen Hoheit unstreitig unterworfenen Güterstücke inne gehabt, oder sie waren eigentliche Leibeigene von der Burg, und daher mag es gekommen seyn, daß die Burg Friedberg zwar die auf den Gütern ruhende Abgaben den Grafen von Hanau zugestand, aber die Dienste und Frohnden sich vorbehielt. Wäre eins oder das andere nicht der Fall gewesen, so bedurften die gedachten Grafen nicht einer besondern Erlaubniß diejenigen unter ihren sogenannten Leibeigenen zu wählen, welche die Weid setzen und einsammeln dürften, und wäre dieselbe eine beständige und unveränderliche Abgabe gewesen, so konnten die Grafen zwar Leute nöthig haben, welche sie einsammelten, aber keine solche, die sie jährlich setzten, das heißt, deren Beitrag alle Jahre aufs neue bestimmten.

Alles dieses zusammen genommen, rechtfertigt wohl die Behauptung, daß auch diese Abgabe eine eigentliche Steuer gewesen ist, wie es unstreitig die Weed in der ganzen Grafschaft Raichen gewesen war.

Dr. M e f f.

—:0000:—

## II.

## Zirkulär

Er. Excellenz des Herrn Reichsgrafen  
v. Beugnot,  
kaiserlichen Kommissairs u. Finanz-  
minister im Großherzogthum Berg.

An  
sämmliche Herrn Präfekte des  
Großherzogthums.

---

Herr Präfekt. Seine Majestät der Kaiser verlangen von mir eine periodisch fortlaufende, genau entwickelte Darstellung der politischen und ökonomischen Lage des Großherzogthums und die Herren Präfekte sind diejenigen, von welchen ich die Elemente zu einer Arbeit fordere, welche ihrer hohen Bestimmung, unter die Augen des Monarchen gelegt zu werden, nicht unwürdig seyn darf.

Zu diesem Zwecke, erwarte ich von Ihnen Herr Präfekt am Ende jedes Monats einen umfassenden Bericht über Ihr ganzes Departement, und damit eine gewisse Gleichförmigkeit in der Redaktion herrsche,



werde ich Ihnen jetzt die leitenden Grundsätze angeben, welche Sie bei dieser Arbeit zu befolgen haben.

Jede Wissenschaft, jede Kunst hat ihr eigenes Object, ihre eigene Tendenz, ihre eigenen Grundsätze in der Anwendung, und verschiedene, mehr oder weniger sichere Wege, auf welchen sie ihrem Zweck entgegensteilt.

Auch die Staatsverwaltung ist eine Wissenschaft, und zwar eine solche, die unter jedem Gesichtspunkt betrachtet, eine der glänzendsten Stellen in der Reihe der menschlichen Erkenntnisse verdient. Die Gegenstände, welche dieselbe umfaßt, sind mannichfaltig und von hoher Wichtigkeit, erhaben die Grundsätze, auf welche sie sich stützt und groß der Zweck, den sie beabsichtigt, nämlich nicht nur jedes Uebel von der bürgerlichen Gesellschaft zu entfernen, sondern dieselbe auch durch alle mit ihrer Natur nur immer verträglichen Genüsse zu verschönern.

Durch die Erfahrung belehrt, kennen Sie nun schon die Hauptzweige der Verwaltung, diese sind: Bevölkerung, Ackerbau, Gewerbleiß, Handel, öffentlicher Unterricht, Wohlthätigkeitsanstalten, Militäirmacht und Steuern. Die Stufenfolge, welche ich Ihnen hier vorzeichne, ist nichts weniger als willkürlich.

Der erste Gegenstand, welcher sich dem Blick des Staatsbeamten darstellt, ist die große Familie, welche seiner Pflege anvertraut ist. Einmal genau bekannt sowohl mit ihren physischen als geistigen Kräften und Bedürfnissen, forscht er nun weiter nach ihrer Bestimmung. Er findet, daß der Ackerbau die älteste und allgemeinste Beschäftigung des civilisirten Menschen ist. Aber die rohen Produkte, welche der Boden erzeugt,

sind noch mancher Veredlung fähig; sie reizen und erwecken also den Kunstfleiß, und so entstehen nun mechanische Künste und Handwerke. Die Verschiedenheit des Bodens und der örtlichen Industrie erzeugt jedoch auch eine Verschiedenheit an natürlichen und künstlichen Produkten; diese gegen einander zu tauschen, befehlt das gemeinschaftliche Interesse, und so wird jetzt der Handel das Medium eines wechselseitigen Tausches. Wenn der Kreis der menschlichen Ideen sich erweitert, und eine je größere Masse von Licht sich über die Gesellschaft verbreitet, destomehr blühen auch Ackerbau, Künste und Handel, und der Einfluß, welchen auf jede Art von Produktion der öffentliche Unterricht äußert, weist daher mit Recht ihm hier seine Stelle an; denn offenbar ist Weisheitsbildung die erste Quelle des Reichthums. Indessen gibt es Menschen, die eine karge Natur, Krankheit oder ein unverdientes Schicksal aus dem Gewühl eines thätigen Lebens gleichsam herausgeschleudert haben; diesen ist die Gesellschaft Hülfe schuldig, und öffnet ihnen in den Wohlthätigkeitsanstalten sichere Oerter der Zuflucht. Jedoch nur im Schooße des Friedens reißt die bürgerliche Gesellschaft ihrer Bestimmung entgegen; um also den Staat gegen feindliche Anfälle zu schützen, bedarf es einer bewaffneten Macht; so wie endlich die Erhaltung der Ordnung im Innern, und die Sicherheit der Grenzen, Ausgaben herbeiführen, in welchen das System der Besteuerung seinen Grund und seine Rechtfertigung findet.

Ich bestrebe nicht geradezu auf dieser Eintheilung; es hängt von Ihnen ab, derselben zu folgen, oder eine weniger mangelhafte aufzustellen, welches letztere

ich selbst für einen wissenschaftlichen Gewinn betrachten würde, indessen mag obige Klassifikation vorläufig zur Basis dienen.

Art. 1. Bevölkerung: — In Ansehung dieses Gegenstandes wünsche ich, daß Ihr erster Bericht alle seit dem 1ten Jenner in dem Bevölkerungsstand Ihres Departements eingetretene Veränderungen enthalte, und daß man aus der beigefügten Tabelle ersehen könne: 1) die Anzahl der Gebornen mit Unterscheidung der Geschlechter, so wie auch der ehelichen und unehelichen Kinder; 2) die Sterbfälle, mit einer Anzeige des Alters der Gestorbenen; 3) die Heirathen; auch ersuche ich Sie, mir zugleich die neuesten und genauesten Angaben über die ganze Bevölkerung Ihres Departements mitzutheilen, damit ich dieselben, nach den bekannten Grundsätzen der politischen Arithmetik, aus dem Verhältniß der Geburten und Sterbfälle herichtigen kann.

Für jetzt beschränke ich mich bloß auf das Materielle der Bevölkerung. Die mannichfaltigen Bemerkungen, zu welchen Populationslisten sehr reichhaltigen Stoff liefern, werden in den folgenden Berichten, die ich nach und nach von Ihnen erwarte, schon ihre Stelle finden.

Art. 2. Ackerbau. Hier werden Sie mir angeben: 1) die Beschaffenheit des in Ihrem Departement angebauten Bodens; 2) die verschiedenen Kultur-gattungen; 3) jene welche am allgemeinsten befolgt wird; 4) den Mittelpreis des Getraides; 5) den Mittelfaz des Tagelohnes; 6) ungebraute Strecken, Haiden und Mooren.

Späterhin werden wir dann untersuchen, ob der Boden auf das möglichst vortheilhafteste benutzt werde, ob die Kulturgattungen seiner Natur angemessen, welche Bestimmung man den ganz unproduktiven Gegenden geben könnte, ob man nicht neue Kulturarten einführen, noch mehr künstliche Wiesen anlegen, und den Anbau solcher Erzeugnisse befördern könnte, deren Produktion Europa immer mehr von der Abhängigkeit von Amerika befreien würde.

Art. 3. **Gewerbefleiß.** In so ferne alle Fabriken Produkte aus einem der drei Reiche der Natur verarbeiten, können dieselben, meiner Meinung nach, füglich in dieser Hinsicht auch in drei Abtheilungen getheilt werden, und da, wo einige Fabriken sich mit den Erzeugnissen von zwei oder gar von allen drei Naturreichen beschäftigen, muß der Hauptstoff, den sie vorzüglich verarbeiten, ihre Klassifikation bestimmen. Ueber diesen Gegenstand nun wünsche ich zu wissen: 1) die Anzahl der Manufakturen, Fabriken und Werkplätze jeder Art; 2) eine Anzeige derjenigen, welche im Gange sind, so wie jener welche stille stehen; 3) die Anzahl der Arbeiter, welche dabei angestellt sind; 4) den Mittelpreis der Tagelöhner.

Der Gewerbefleiß ist für das Großherzogthum eine der ergiebigsten Quellen; seine Vor- und Rückschritte müssen daher stets Ihre Aufmerksamkeit fesseln; aber vorzüglich wird es hier erfordert, daß alle Angaben mit der größten Sorgfalt gesammelt und mit kritischem Scharfsinn geprüft werden. Es diene Ihnen daher stets zur Grundmaxime: daß überall, wo sie keine völlig erwiesene Thatsa-chen oder ganz sichere Kalküle angeben können, es besser ist, die Rubriken in der

Tabelle leer zu lassen, als solche mit gewagten, oder übereilten Angaben zu füllen.

Art. 4. Handel. Diesen Gegenstand werden Sie schwerlich anders, als bloß im Allgemeinen behandeln können; das Spezielle davon muß sich aus den Zollbüchern ergeben; auch wird, um eine genau detaillierte Bilanz der sämtlichen Ein- und Ausfuhr zu erhalten, bei der Zolladministration noch eine besondere Kontrolle hierüber errichtet werden. Indessen können Sie doch im Allgemeinen angeben: wohin der Ueberschuß der Produktion Ihres Departements ausgeführt, und die Plätze, wo derselbe abgesetzt wird; so wie auch jene, von welchen Ihr Departement seine Bedürfnisse gleichfalls wieder erhält. Diesem muß zugleich ein Verzeichniß der Jahr- und Wochenmärkte beigelegt werden. Da aber seit dem dieselben festgesetzt wurden, bedeutende Veränderungen mögen eingetreten seyn; so werden wir in der Folge untersuchen, ob das gegenwärtige Interesse des Handels dießfalls nicht einige Abänderungen erfordern könnte. Eben so müssen Sie mir hier ein Verzeichniß von den Land- und Kunststraßen, so wie auch von den Brücken entwerfen, und dasselbe mit Ihren Bemerkungen über den Grad ihrer Nützlichkeit begleiten. Diese Mittel eines wechselseitigen Verkehrs sollen vorzüglich den Handel befördern; man muß sich also überzeugen, ob in Ihrem Departement auch dieser Zweck vollkommen erreicht wird.

Art. 5. Oeffentlicher Unterricht. Nach meiner Meinung ist Religion die Grundlage jedes öffentlichen Unterrichts; denn in ihr liegen die kräftigsten Keime jeder menschlichen Weisheit. Nach der Verschiedenheit der Konfessionen, tritt auch hier eine

dreifache Abtheilung ein, nämlich in Katholiken, der Augsbургischen Konfession Angehörige und in Reformirte. Von einer jeden dieser 3 Kirchen werden Sie mir sowohl die Anzahl ihrer Mitglieder, als auch jene der dabei angestellten Pfarrer, Priester und Prediger angeben. Dieser Abschnitt wird ferner ein Verzeichniß der Seminarien, Pensionsanstalten, Gymnasien, Lateinischen und Primärschulen enthalten, so wie die Anzahl der Zöglinge beider Geschlechter, welche darin Unterricht erhalten.

Schon hat das Großherzogthum von der Huld seines Kaisers, welcher nur über gebildete Völker herrschen will, und dessen höheres Genie sich stets über Alle erheben wird, eine hohe Schule erhalten. Dieser neu aufblühenden Universität wohl vorbereitete Jünglinge zuzusenden, muß daher ein vorzüglicher Gegenstand Ihrer Aufmerksamkeit seyn. Auch die ganz untere Schulen für das gemeine Volk empfehle ich Ihrer Sorgfalt, denn Lehranstalten, in welchen die Kinder der Landleute die ersten Elemente der dem Menschen durchaus nöthigen Kenntnisse erhalten, verdienen offenbar unsere wärmste Theilnahme. An Instituten, wo der begüterte Jüngling sich zum künftigen Gelehrten oder Geschäftsmann bilden kann, hat es keinen Mangel; man Sorge aber vor Allem dafür daß in jeder Kommüne des Großherzogthums auch das Kind des Armen, zum Menschen, Christen und Bürger erzogen werde.

Art. 6. Wohlthätigkeits-Anstalten. Hier wünschte ich zu wissen; 1.) die in Ihrem Departement bestehenden Hospitäler; 2.) die Anzahl der darin befindlichen Betten; 3.) jene der seit dem 1. Jenner darin auf-

genommenen, wieder entlassenen, oder gestorbenen Kranken; 4. die Krankheiten, welche in dieser Zeit die herrschenden waren. 5. Im Durchschnitt den täglichen Kostenbetrag. Gibt es außer den Hospitälern noch andere Anstalten zum Besten der leidenden Menschheit; so müssen Sie mir dieselben ebenfalls angeben. Ich weiß, daß das Großherzogthum im Allgemeinen keinen Ueberfluß an Wohlthätigkeitsanstalten hat, und daß diejenigen, welche man antrifft, wenigstens sehr schwach dotirt sind; aber aus eben diesem Grunde muß man sich um so mehr bestreben, ihre innere Einrichtung zu vervollkommen; ist dieses einmal geschehen, und hat man eine vollständige Kenntniß von ihren Bedürfnissen und Hülfquellen, dann kann man einen Schritt weiter thun, und sich mit der Frage beschäftigen: ob durch zweckmäßig vertheilte Hausunterstützungen der Bedarf der Hospitäler nicht allenfalls noch zu ergänzen wäre.

**Art. 7. Militäirmacht.** Von dem Kontingent des Departements bei der großherzoglichen Armee ist hier nicht die Rede; dieses werde ich von den Kriegsbüreaus erhalten. **S.** Herr Präfekt, schicken mir nur von jener bewaffneten Macht eine Uebersicht, welche von den Linientruppen getrennt ist, nämlich: 1) von den Brigaden der Gensdarmrie, ihrer Stärke und Vertheilung; 2) der Flurschützen; 3) der Nationalgarde. Gibt es in einer Stadt Ihres Departements, gleich den Schützenkompagnien, oder jenen der Armbrustschützen in Frankreich, noch andere Gesellschaften, welche sich bisweilen zu gewissen Waffenübungen vereinigen; so muß in diesem Abschnitte von denselben ebenfalls Erwähnung geschehen. So viel ich

weiß, hatte man in dem Großherzogthum ehemals eine Nationalgarde nach Art jener in Frankreich errichtet, aber nachher wieder eingehen lassen; die Gründe hievon wünschte ich zu wissen, nebst Ihrem Gutachten ob es nicht zweckmäßig wäre, dieselbe wieder in Thätigkeit zu setzen.

Art. 8. Steuerwesen. Die Uebersicht der Steuern werde ich von dem öffentlichen Schatz erhalten; sollten jedoch in Ihrem Departement, unter welchem Titel oder Vorwand und auf wessen Ermächtigung es auch immer seyn möge, nach Nebensteuern oder andere Beiträge, als solche, welche das Gesetz über das Finanzwesen festsetzt, bestehen, so müssen Sie mir dieselben anzeigen, und ein Verzeichniß davon beilegen.

Dieses, Herr Präsekt, sind die Grundsätze, nach welchen ich Ihren Bericht abgefaßt wünsche. Die Elemente aus welchen er bestehet, sind, wie Sie sehen, zweifacher Art; die einen nämlich sind unwandelbar, die andern der Veränderung unterworfen. Mit dem, was unwandelbar ist, braucht nur ein einziger Ihrer Berichte sich zu befassen; auch fordere ich nicht, daß Sie schon in dem ersten Monat, und auf einmal mir alle diese Angaben liefern, ja ich wiederhole Ihnen meine obengemachte Erinnerung, daß ich nämlich lieber warten, lieber gar nichts von Ihnen sehen will, als eine übereilte, in Ihren Büreaus zusammengestückelte und alten, gehaltlosen Kompilationen nachgeschriebene Arbeit, und ich werde vollkommen zufrieden seyn, wenn Sie auch in dem ersten Monat nur einige der angegebenen acht Gegenstände gründlich behandeln.



Haben wir dieselben aber einmal alle durchgegangen, und sind wir auf diese Art im Besitze der festen Bestandtheile unserer Arbeit, dann müssen Ihre folgenden Berichte sich mit der Untersuchung der Wirkungen jener bestimmten Ursachen, so wie mit den Veränderungen beschäftigen, welche ein Zusammenfluß von Umständen in den letztern könnte erzeugt haben. Diese sind alsdann die unsteten der Veränderung unterliegenden Elemente, die täglichen fortlaufenden Aufgaben der Verwaltung und die Gegenstände der monatlichen Berichte.

Zu einer Arbeit auf welche man ein sehr hohes Interesse legt, werde ich mit Eifer und nicht ohne alle Sachkenntniß schreiten, und ich hoffe, daß meinen Anstrengungen ein gleicher Eifer von Ihrer Seite, so wie Ihr Zutrauen meinen Erfahrungen entgegen kommen wird.

Keine Arbeit, Herr Präsekt, wird Ihre Kräfte übersteigen, so bald zwei große Ideen ununterbrochen Ihrer Seele vorschweben: die Volksmenge, deren Schicksal in Ihren Händen ruhet, und der große Monarch, der Ihnen dieses heilige Pfand seines Zutrauens gab. Nicht daß man Ihm nachahmen sollte, nachahmen könnte — Er stehet allein, unerreichbar den Zeitgenossen, und beispiellos in der Geschichte. — Aber um stets mit neuem Eifer, mit verjüngter Kraft zu dem allgemeinen Besten hinzuarbeiten, bedarf es nur eines Blickes auf Ihn, den Helden des Jahrhunderts, der, nachdem er auf den Flügeln des Genies sich zur höchsten Stufe von Macht und Größe emporgeschwungen, sich im Besitze des schönsten Reiches der Welt, und umgeben von allen Reizen eines

üppigen, genussreichen Lebens sieht, dennoch seine Hauptstadt, den glänzenden Sitz seiner Größe, verläßt, welt-schichtige Regionen mit beflügelter Eile durchläuft, jedem Klima trotzt, jede Gefahr verachtet, die Tage durch arbeitet, die Nächte nicht ruhet, und bei dieser rastlosen, alle menschliche Kräfte = Masse übersteigenden Anstrengung, doch kein anderes Ziel sich setzt, als ein allgemeines Reich der Gerechtigkeit zu begründen und alle jene Völker und Nationen zu beglücken, welche eine ewig waltende Vorsehung seinem weitreichenden Szepter unterwarf.

**Genehmigen Sie, Herr Präsekt, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.**



## 12.

Weitere Nachrichten  
 das Rurrheinische Kreis Schulden  
 und Pensionswesen betreffend.

---

In dem 61. Hefte des Rhein. Bundes, S. 69. haben Wir die Erklärung des großherzogl. Badenschen Herrn Kommissarius, Freiherrn v. Sedendorf d.d. 6ten März l. J. über den Neuern Vorschlag des fürst-primatischen, großherzoglich frankfurtischen Herrn Kommissarius v. Roth, „wie das Rurrheinische Kreis Schulden und Pensionswesen gänzlich auseinander gesetzt werden könne“ vollständig eingerückt.

Wir theilen nunmehr die Gegenerklärung des fürst-primatischen, großherzoglich frankfurtischen Herrn Kommissarius, unsern Lesern ebenfalls vollständig mit, wie sie derselbe dem zur Regulirung des Rurrheinischen Kreis Schulden Wesens zu Frankfurt angeordneten Konvente, mittels einer Zirkularnote dd. Frankfurt 2. Juli 1812. vorgelegt hat.

## §. 1.

Fürstprimatistischer großherzoglich frankfurtischer Kommissarius hat die Ehre, auf die Erklärung des großherzoglich Badenschen Herrn Kommissarius, Freiherrn von Seckendorf dd. Frankfurt 6ten März 1812, den Neuern Vorschlag des Fürstprimatistischen gr. fr. Kommissarius vom 18ten Juli 1811. „wie das Kur-rheinische Kreis Schulden- und Pensionswesen gänzlich auseinander gesetzt werden könne“ (a) betreffend, dem zur Regulirung des Kur- und Oberrheinischen Kreis Schulden- und Pensionswesens zu Frankfurt versammelten Konvente, folgende Bemerkungen im Zirkel mitzutheilen. —

## §. 2.

Von dem in dieser großherzogl. Badenschen Kommissarischen Erklärung geäußerten gnädigsten Beifall Sr. Königlichen Hoheit, Großherzogen von Baden, aufgefordert, sucht der fürst-primatistische gr. fr. Kommissarius die Sache, unter ausdrücklichem Bezug auf den bei dem ebengedachten Konvente abgehaltenen Vortrag der kaiserlichen Reichs-Exekutions-Subdelegations-Kommission sowohl (b) als des fürst-primatistischen gr. fr. Kommissarius (c), in dieser Zirkularnote, wie folgt, nach Kräften, aufzuklären.

## §. 3.

Der fürst-primatistische gr. fr. Kommissarius hat nemlich in seinem obengedachten Neuern Vorschlag das Kur-rhei-

(a) Abgedruckt in Winkopp Rhein. Bund, Heft 57. S. 326.

(b) Ebend. Heft 51. S. 382.

(c) Ebend. Heft XIII. S. 2.

nische Kreisschuldenwesen betreffend den Satz unterstellt, daß an der befragten Kurrheinischen Kreisschuld à 200/m fl. Kapital

	fl.	l.
a.) Kurmainz — — —	68,110 =	52 *)
b.) Kurtrier — — —	37,922 =	28
c.) Kurköln — — —	22,408 =	20
d.) Kurpfalz — — —	71,558 =	20

Summa 200000 fl. —

zu zahlen schuldig sey.

#### §. 4.

Der Großherzoglich Badensche Herr Kommissarius behauptet, in seiner Abstimmung vom 22. Dezember 1807. (d.) und in seiner vorgedachten Erklärung vom 6. März 1812, dagegen

a.) daß Kurpfalz die gedachte Summa à 71,558 fl. nicht voll, zu restituiren — sondern daß vorerst die ehemaligen Kurstaaten, Mainz, Trier, und Köln, die von Lüttich erhaltene, folglich doppelt bezogene Vorschüsse ad fl. 68,110 = 52 l. fl. 37,922 = 28 l. und fl. 22,408 = 20 l. zur Kreiskasse, zu refundiren schuldig seyen, und dann (mit oder ohne Bezug der paß-

\*) Diese 68,110 fl. 52 kr. waren die Fürsten, welche sich in den Kurstaat Mainz getheilt haben, zu zahlen schuldig; diese Schuld aber, ist bei dem Kurmainzischen Ausgleichungskongresse, dem Hause Nassau zugetheilt und von demselben übernommen worden. Winkopp l. c. Heft 13 S. 4

(d.) Winkopp l. c. Heft 15 S. 357.

tirten Reichsstände, welches ebenfalls noch auf nähere Erörterung beruhe) die befragten fl. 71,558 = 20 fl. gemeinschaftlich mit der Kurpfalz, nach dem Matrikularfuß, zu übernehmen hätten, wonach sich die Schuldigkeit der Kurpfalz an Kapital und Zinsen, um ein Beträchtliches vermindern.

b.) Daß die Kurpfälzische General- und die Kriegsmilitair = Kasse an Lütticher Exekutionskosten noch fl. 81,361 = 47 fl. zu fördern habe, welche gegen obige Schuld zu kompensiren sey. —

### §. 5.

Der Fürstprimatische Kommissarius übernimmt dagegen zu beweisen und in's Klare zu setzen :

a.) daß Niemand, als die gedachten vier Kurhöfe die befragte 200/m fl., und zwar Kurmainz 68,110 fl. 52 fl. Kurtrier 37,922 fl. 28 fl. Kurköln 22,408 fl. 20 fl. Kurpfalz 71,558 fl. 20 fl. zusammen 200/m. fl. — und kein Hof mehr — und keiner weniger — in die Rurrheinische Kreiskasse — und daß nicht die 3 Kurfürsten, Mainz, Trier, Köln, die befragte Kurpfälzische Summe á 71558 fl. 20 fl. gemeinschaftlich mit Kurpfalz, nach dem Matrikularfuß — sondern daß Kurpfalz, allein, für sich, die ebengedachte Summe á 71558 fl. 20 fl. — in die Rurrheinische Kreiskasse — und daß insonderheit, die sechs übrigen Rurrheinischen Kreisstände, die sogenannte Paktitir — an der befragten Summe á 200/m fl. Nichts zu zahlen schuldig sind, und daß

b.) Kurpfalz seine Lütticher Exekutionskosten á 81,361 fl. 47 fl. — nicht von den genannten 3 Kurhö-

fen — nicht von der Rurrheinischen Kreiskasse — sondern lediglich, von Lüttich, zu fordern gehabt habe! —

#### §. 6.

Um über das befragte Rurrheinische Kreispassiv Kapital à 200/m. fl., wie der Fürstprimat'sche Kommissarius bereits in seinem kommissarischen Vortrag bemerkt hat, gründlich urtheilen zu können, muß man die aktenmäßige Geschichte der Aufnahme dieses Kapitals voraussetzen! —

Die ächten, wahren Quellen, wdraus diese Geschichte geschöpft werden muß, sind die Urkunden der Schuldverschreibungen selbst, welche in Winkopp l. c. Heft 51. S. 403. abgedruckt sind.

#### §. 7.

Nach dem Inhalte dieser Schuldverschreibungsurkunden haben aber, die vier Kurfürsten, Mainz, Trier, Köln, Pfalz, nach ihren Höchsteigenhändigen Unterschriften, Friedrich Karl Joseph, Element Wenzeslaus, Maximilian Franz, Karl Theodor, in den Jahren 1790 und 1791, und zwar:

a.) am 19ten Oktober 1790, von dem ritterschaftlichen Ranton Kreichgau 115,000 fl. und

b.) am 14ten April 1791, von den darin genannten Frankfurter Kreditoren 85,000 fl., Summa 200/m fl. zur Vestreitung der damaligen Lütticher Exekutionskosten, auf die Rurrheinische Kreiskasse, leihweise aufgenommen.

Dieses Kapital von 200/m fl. ward demnächst, aus der Rurrheinischen Kreiskasse, von dem damaligen

Kurrheinischen Kreisobernehmer Brentano, auf dem Römer in Frankfurt, pro rata der Truppen, die jeder dieser vier Kurfürsten zur Lütticher Exekution zu stellen hatte, also vertheilt, daß:

				fl.	fr.
Kurmainz	—	—	—	68,110	= 52.
Kurtrier	—	—	—	37,922	= 28.
Kurköln	—	—	—	22,408	= 20.
Kurpfalz	—	—	—	71,558	= 20.

Summa 200,000 fl. —

Davon erhielt.

Nach dem weitem Inhalt der gedachten Schuldverschreibungsurkunden haben nur diese vier Kurfürsten, allein — diese Summe à 200/m fl. ohne Bestimmung, ohne Mitwirkung der übrigen sechs Kurrheinischen Kreisstände, Arenberg, Taxis, Balley-Koblenz, Nassau-Weilstein, Nieder-Isenburg, Rieneck, der sogenannten Paktitier, von den vorgedachten Kreditoren, verzinslich aufgenommen — nur sie haben, laut dieser Urkunden, darüber quittirt — nur sie allein haben, laut derselben, den Kreditoren die Verzinsung und Bezahlung des befragten Kapitals, darin, ausdrücklich versprochen — nur sie sind demnach allein die Schuldner der gedachten Kreditoren, von dem befragten Kapitale, geworden.

Nach der besonderen und ganz eignen, von jeher, und damals, und bis an das Ende der Reichs- und Kreisverfassung — bestandenen Kurrheinischen Kreisverfassung, haben die vier ersten Kurrheinischen Kreisstände, die vier rheinischen Kurfürsten, Mainz, Trier, Köln, Pfalz — allein — einen Matrifularanschlag, bei dem Kurrheinischen Kreis getragen —



nur sie allein haben die Rurrheinische Kreiskasse verwaltet — nur sie allein haben bei jeder Rechnungsablage, welche sie allein abhörten, den jedesmaligen Ueberschuß — lediglich unter sich allein — vertheilt. Die sechs übrigen obengenannten Rurrheinische Kreisstände haben nur ihre jährige Paktitiengelder — und Nichts weiter — und Nichts anders — weder einen Matrikularanschlag — weder einen andern Beitrag — weder an Mannschaft, weder an Geld — bei dem Rurrheinischen Kreis zu zahlen gehabt. Diese sogenannte Paktitier waren, wie schon diese Benennung mit sich bringt, durch die Zahlung ihrer jährlichen Paktitiengelder von allen und jeden Kreisprästationen von jeher und allzeit frei. — Daher auch in dem gegenwärtigen Falle, die vier Kurfürsten allein die befragte ganze Schuld aufgenommen und unter sich allein vertheilt haben, so, daß die sechs Paktitier an der befragten Geldaufnahme weder einen aktiv noch passiv Antheil nahmen noch erhielten, auch weder die vier Kurfürsten, weder die Rurrheinische Kreiskasse solchen von Ihnen damals verlangten noch gaben. —

Es ist daher vorerst kein Zweifel, daß die Mitbezahlung der befragten Summe à 200/m fl. auf die Paktitier nicht zu vertheilen, am wenigsten, nach dem Matrikularfuße, weil sie keinen hatten, sondern daß die vier Kurhöfe allein, und jetzt die Besitzer der diesseits Rheinischen Reste der oftgedachten vier Kurlande, in soweit sie zum Rurrheinischen Kreise gehören, die befragte Rurrheinische Kreisschuld — eigends und allein — insofern der matrikularmäßige Antheil der jenseits Rheins gelegenen Kreislande an dieser Schuld, von Frankreich nicht unter die Kategorie der von demselben zu übernehmenden Schulden gerech-

net wird (Reichsschluß 1803. S. 84.), wie er dann nach der Deduktion des Fürstprimatistischen Kommissarius (Winkopp Ab. Bund Heft 51. S. 371.) dahin nicht zu rechnen ist — zu zahlen verbunden sind.

Der Umstand, daß in dem Kaiserlichen Reichskammergerichtlichen Urtheile dd. 1. Juli 1790. erkannt ward: „daß sämtliche Kreisausschreibende Herren Fürsten der zur Lütticher Exekution berufenen Kreise ihre Mitkreistände, zu einer matrikularmäßigen Konkurrenz an Mannschaft und Geld beizuziehen allerdings befugt, und gedachte Kreismitstände den verlangten Beitrag unverweilt zu leisten schuldig seyen“ ändert die Natur der Sache nicht.

Fürs Erste, ist dieses Urtheil nur im Allgemeinen auf alle Kreise überhaupt, welche zu der befragten Exekution berufen worden sind, nach der bei dem Kaiserlichen Reichskammergerichte gewöhnlichen generellen Formel abgefaßt, und nicht auf die Verfassung eines jeden einzelnen Kreises, insonderheit ausgedehnt.

Fürs Zweite konnte und wollte das Kaiserliche Reichskammergericht, durch diese seine generelle Verfügung, die ganz eigne, von der Verfassung aller anderen Kreise abweichende, von jeher so bestandene ganz besondere Verfassung des Rurrheinischen Kreises nicht ändern und aufheben.

Fürs Dritte, hat nicht das Kaiserliche Reichskammergericht, dem Rurrheinischen Kreise aufgegeben, das befragte Kapital aufzunehmen, sondern die vier Herren Kurfürsten haben solches aus ihrem alleinigen freien

Wissen, und zwar nach den eignen Worten der oftgedachten Schuldverschreibung:

„ Anstatt diese (Exekutions) Kosten auf  
 „ die Kreisstände zu repartiren und  
 „ anzulegen, für rätlicher erachtet, ein Anle-  
 „ hen von 200 m fl. rheinisch, zum Belaste der Kur-  
 „ rheinischen Kreiskasse verzinslich aufzunehmen“  
 aufgenommen, ohne einen Beitrag von den Paktitiern  
 nur zu verlangen.

Eben so wenig ändert der weitere Umstand — daß die vier Kurfürsten, ihren Kreditoren, die der Kurrheinischen Kreiskasse zufließende Kreisbeiträge zum ausdrücklichen Unterpfand, verschrieben haben — weder an der Natur, weder an dem Rechtlichen der Sache Etwas, indem nicht das Pfand — sondern der Schuldner — die Schuld zu zahlen schuldig ist, zumal die sämtlichen, noch restirende Paktitiengelder, selbst nach dem Vorschlag des Fürstprimatischen Kommissarius, zur Tilgung der Kurrheinischen Kreisschulden, verwendet werden sollen und müssen — und von ihm wirklich mit in Anschlag gebracht worden sind — es auch am Ende auf Eins hinausläuft, ob die Paktitiengelder, zur Tilgung dieser oder jener Kurrheinischen Kreisschuld benuzet werden.

Da es nun, aus allem diesem, offen und anschaulich vorliegt, daß Niemand Anders, Etwas aus der Kurrheinischen Kreiskasse, von dem befragten Kapitale erhalten hat, so ist es sehr einfach und natürlich, daß auch Niemand, ausser den vier Kurfürsten, jezt die Besitzer der betreffenden Lande, Etwas daran, in die Kurrheinische Kreiskasse — und zwar Jeder

gerade so viel — und nicht mehr und nicht weniger, als er daraus empfangen hat, auch dahin zurück zu refundiren schuldig und gehalten ist! Warum also Kurpfalz allein die 71,558 fl. 20 k., welche Kurpfalz, aus der Rurrheinischen Kreiskasse, so wie die andern Kurhöfe, ihre Raten, baar und voll erhalten hat, in diese Kasse, nicht voll, zu restituiren schuldig seye, sondern vorerst die Kurhöfe Mainz, Trier, Köln, diejenigen Summen, welche sie aus der oftgedachten Kasse erhalten haben, zu refundiren — und überdas die befragte Kurpfälzische Ratam á 71558 fl. 20 k. gemeinschaftlich mit Kurpfalz, nach dem Matrikularfuß, zu übernehmen haben sollen — kann man dießseits keinen Grund finden.

Der Umstand, daß die befragten einzelnen Summen, so wie das ganze Kapital, zu der Lütticher Exekution, haben verwendet werden sollen, ändert die Sache nicht; indem nicht der Zweck, wozu oder warum das Geld, Leih- oder Vorschußweise aufgenommen wird, die Zurückzahlungspflicht erzeugt, sondern lediglich das bloße Faktum: daß man das Geld Vorschußweise erhalten hat, den Grund enthält, daß man es zurückzahlen muß.

Eben so wenig kann der Umstand, daß die drei ersten Kurfürsten ihre Exekutionskosten von Lüttich — mit Voassischen Papieren (woran überdieß große Summen, baar, verlohren gegangen sind) erhalten haben — die Schuldigkeit der Kurpfalz, das, was sie aus der Rurrheinischen Kreiskasse erhalten hat, dahin zurückzahlen — ändern oder aufheben — eben so wenig

wie der Umstand, daß Kurpfalz seine Exekutionskosten von Lüttich nicht angenommen hat, weil Kurpfalz die Papiere an Zahlung vermorsen, und von Lüttich mehr als 71558 fl. 20 f. — nämlich 81361 fl. 47 f. gefordert hat, welche erhöhte Summe Lüttich an Kurpfalz zu zahlen, verweigert hat.

Aus welchem Grund will man endlich behaupten, daß Mainz, Trier, Köln die Raten, welche sie aus der Kurrheinischen Kreiskasse nur einmal empfangen haben, zweimal dahin bezahlen sollen, wo man zu gleicher Zeit behaupten will, daß die Kurpfalz ihre Raten welche sie ebenfalls, wie jene, aus derselben Kasse empfangen hat, nicht einmal, wenigstens nicht voll, in diese Kasse zu refundiren schuldig sey, sondern daß vielmehr, Mainz, Trier, Köln, einen Theil der Kurpfälzischen Raten, nebst ihrer eigenen, in die Kurrheinische Kreiskasse mitzuzahlen haben sollen! —

Was Mainz, Trier, Köln an ihren Exekutionskosten von Lüttich — mit Boassischen Papieren — erhalten haben, daran hat Kurpfalz Nichts zu fordern — Wenn Kurpfalz seine Exekutionskosten mit 71,558 fl. 20 f. von Lüttich erhalten hätte, wie es geschehen wäre, wenn Kurpfalz Boassische Papiere an Zahlung wie jene, angenommen hätte — wer will behaupten, daß Mainz, Trier, Köln, einen Theil davon hätten fordern können. — Treten bei gleichen Verhältnissen, nicht gleiche Rechte ein? Kann der zufällige Umstand, daß Kurpfalz seine Exekutionskosten von Lüttich nicht angenommen hat, woran Mainz,

Trier, Köln, nicht die geringste Schuld tragen, sondern lediglich von Kurpfalz abhing, das Wesentliche und Rechtliche der Dinge — zu Gunsten für Kurpfalz, und zum Nachtheil der oftgedachten drei Kurhöfe — abändern, umstoßen, vereiteln?

Kurz! der, der exequirt worden ist, nämlich Lütlich, hat die Exekutionskosten zu tragen — wie selbst der Großherzoglich Badensche Herr Kommissarius in seiner ausführlichen Abstimung „ in Worten erklärt hat „ die Lütlicher sind die Exekutionskosten zu vergüten schuldig gewesen“ — folglich nicht die ersten drei Kurfürsten — welche mit exequirt haben — nicht die Kurrheinische Kreiskasse, welche selbst die befragte Summe à 200 m fl. vorgeschossen hat.

Indem nun der Fürstprimatise Großherzoglich Frankfurtische Kommissarius die ganze Sache von allen Seiten, ins Klare gesetzt zu haben vermeint; so vertraut er, daß seinem befragten unmaßgeblichen Vorschlage, wie das Kurrheinische Kreisschulden und Pensionswesen, auf einmal mit allgemeiner Zufriedenheit sämmtlich dabei Betheilten Höchsten Souverainen, Kreditoren und Pensionisten gänzlich auseinandergelegt werden könnte, der Beitritt von Großherzoglich Badenscher Seite, nicht ferner versagt werden wollen.

Frankfurt den 2. Juli 1812.

J. K. v. Roth.

## 13.

**I n s t r u k t i o n**  
**für den zeitigen Hoheits-Schultheißen,**  
**in den Standesherrlichen Ortschaften**  
**des Großherzogthums Hessen.**

---

## §. 1.

Der Hoheits-Schultheiß ist, seinem geleisteten Dienst-  
 eid gemäß, Großherzoglicher Diener; Er steht also in  
 keinem Dienstverhältniß zur Standesherrschaft, und  
 hat nur die ihm von Souverainitätsbehörden in Dienst-  
 sachen zugehende Befehle zu befolgen.

Des Hoheits-Schultheißen nächster Vorgesetzter ist  
 der Hoheitsbeamte. Diesem hat er also in allen Dienst-  
 angelegenheiten die schuldige Folge zu leisten, dessen  
 Aufträge unweigerlich zu befolgen, denselben die ver-  
 langten Aufschlüsse, nach eingezogener genauer Erkun-  
 digung der Sache, zu erteilen und die desfallsige Be-  
 richte ohne allen Verzug an denselben zu erstatten.

## §. 2.

Er muß sich bestreuen, durch Mäßigung, Sitt-  
 lichkeit, Verschwiegenheit, welche der Dienst fordert,

und tadelssreie Handlungen der ihm übertragenen Ehrenstelle sich würdig zu machen.

Wirthschaft darf er nicht treiben.

### §. 3.

Er setzt sich der Kassation, und nach Befinden noch weiterer Bestrafung aus, wenn er sich Untreue, Unwahrheiten und Partheilichkeit in seinen schrift- oder mündlichen Berichten, Zeugnissen und Angaben, oder durch Annahme von Geschenken, welche auf seine Dienstverhältnisse Bezug haben, schuldig macht.

### §. 4.

Seine erste Pflicht ist unverbrüchliche Treue gegen seinen Souverain, die Wahrung und Beförderung dessen Interesse und Gerechtsame; wo er findet, oder es ihm auch nur scheint, daß demselben auf irgend eine Weise zu nahe getreten werde, da hat er sogleich dem Hoheitsamt Anzeige davon zu thun, und wenn er sich überzeugt hält, daß hier und da das Interesse des Souverains, ohne jedoch den Gerechtsamen welche dem Standesherrn verbleiben, zu nahe zu treten, oder die Untertbanen mit unmäßigen Lasten zu belegen — vermehrt werden könne, so hat er auch hierüber seine Gedanken dem Amt mitzutheilen.

### §. 5.

Da die Allerhöchste Deklaration vom 1. August 1807 das erste und Hauptgesetz in Hinsicht der Verhältnisse der Standesherrn zu dem höchsten Souverain ist, und des Hoheits-Schultheissen vorzüglichste Obliegenheit darin besteht, die Gerechtsame des Souverains in dem ihm angewiesenen Bezirk in, Gefolge der darin enthaltenen Bestimmungen zu wahren, und über deren



Aufrethaltung zu machen; so muß er sich den Inhalt dieser Deklaration, so wie auch die darauf Bezug habende — weitere Bestimmungen besonders wohl bekannt machen, und sich solche, wo sie ihm dunkel oder zweifelhaft scheint, von dem dazu angewiesenen Hoheitsbeamten erklären und verständlich machen lassen.

#### §. 6.

Werden in seinem Bezirk Standesherrliche Regulative, Vorschriften oder sonstige Befehle zur Nachachtung publizirt, so hat er das Hoheitsamt davon in Kenntniß zu setzen, damit dasselbe beurtheile, ob solche nichts enthalten, was der Allerhöchsten Deklaration und Bestimmungen entgegen ist, oder ob auch dem Standesherrn zu deren Erlassung die Befugniß zusteht.

#### §. 7.

Der Hoheits-Schultheiß hat darauf zu sehen, daß alle Landesherrliche Verordnungen, insbesondere auch jene wegen der Feuerpolizei, genau befolgt werden, und daß auch von den Standesherrn keine Maasnahmen dagegen geschehen.

#### §. 8.

In Polizeisachen kann nach §. 15. und 28. der Deklaration ein Standesherr bis auf 15 fl. in Geld oder mit 14 tägiger Einthürmung strafen, wenn das Landesgesetz nicht eine bestimmte Strafe vorschreibt. Ist dieß der Fall, so muß sich der Standesherr nach der Vorschrift des Gesetzes in seinen Befehlen richten, und darf solche nicht überschreiten, oder einen Straf-erlaß verfügen; in jenem Fall aber kann er die von

ihm angelegte willkürliche Strafe nur bis auf die Hälfte wieder erlassen, und will er hierinnen weiter gehen, so muß er Bericht an die Landesregierung erstatten.

Der Hoheits-Schultheiß hat demnach, wann ihm Fälle vorkommen, wo diese Vorschriften überschritten worden seyn sollten, dem Hoheitsamt sogleich Nachricht davon zu geben.

#### §. 9.

Er hat ferner darauf zu sehen, daß von den Standesherrn keine Dispensationen, zum Beispiel vom Alter, von der Trauerzeit, von der Wanderschaft, von dem Meistersfuß, von der Verwandtschaft und dergleichen erteilt werden, indem die Standesherrn nach §. 17. der Deklaration nur von denjenigen Anordnungen und Verfügungen dispensiren können, wozu sie nach dem vorhergehenden §. befugt sind. Daß

#### §. 10.

die Justizkanzlei des standesherrlichen Bezirks in Polizeisachen sich nicht einmischt, und in dergleichen sich Erkenntnisse und Entscheidungen anmaßt, weil nach dem 28. §. der Deklaration alle Anfragen, Rekurse und Beschwerden der Untertanen in Polizeisachen bei der Regierung genommen und vorgebracht werden müssen. Daß

#### §. 11.

die Standesherrn, nach Vorschrift des 30ten §. der Deklaration, sich nicht anmaßen, einer Gemeinde oder Körperschaft, Rechte und Privilegien zu erteilen, und die ersten Ortsvorgesetzten, namentlich die Schultheissen, ohne zuvor eingeholte Einwilligung der Regierung für sich zu bestellen. Daß

## §. 12.

die Standesherrn nach §. 34 der Deklaration, überhaupt sich nicht anmaßen, an irgend Jemand Privilegien oder Monopolen, sie mögen betreffen was sie wollen, zu ertheilen.

KonzeSSIONen oder Erlaubnisse zu örtlichen Gewerben können sie übrigens mit Genehmigung der Landesbehörden zwar ertheilen, es wird jedoch den Hobeits-Schultheißen demnächst noch eine detaillirtere Instruktion über diesen Gegenstand zugehen.

Eben so werden sie in der Folge noch eine nähere Weisung zu ihrer Verrichtung darüber erhalten; wie weit nach dem 30. §. der Deklaration ein Standesherr in Gemeinhaushaltungssachen, als worinnen, so wie bei Lokalfistungen und Zünften, den Landesherrlichen Stellen ebenwohl die höhere Aufsicht und Leitung zusteht, zu gehen hat, und was hierinnen ohne Anfrage und Konsens der Regierung geschehen und vorgenommen werden darf, oder nicht.

## §. 13.

Diejenigen Hobeits-Schultheißen, deren Bezirke ans Ausland grenzen, haben ein besonderes Augenmerk auf die Aufrechthaltung der Landesgrenzen zu schlagen, und dieselben von Zeit zu Zeit in dieser Hinsicht zu visitiren. Nehmen sie eine Verrückung der Grenzsteine, oder eine sonstige Veränderung dabei wahr, so haben sie sogleich dem Hobeitsamte davon Anzeige zu thun. Weiters haben auch

## §. 14.

die Hoheits-Schultheißen darauf zu sehen, daß in Gemäßheit des §. 33. der Deklaration die Standesherrn sich nicht erlauben, Ausländer, das heißt, außer dem Umfange des Großherzogthums Hessen Gelorne oder Wohnende, in das Untertanenrecht aufzunehmen, und Heirathserlaubnisse an dieselben zu ertheilen; daß auch von den Standesherrn keine Juden in den Schutz aufgenommen und Inländern das Untertanenrecht nicht eher von ihnen ertheilt wird, bis dieselben von Kriegsdiensten dispensirt sind, oder die Erlaubniß dazu erhalten, und die ihnen etwa sonst noch weiters nöthige Dispensationen z. B. vom Alter, von der Verwandtschaft ic. bei Großherzoglicher Hofkammer ausgebracht haben werden. Daß

## §. 15.

kein Untertan ohne zuvor bei der Regierung ausgebrachte Erlaubniß das Land verlasse, oder emigrire; nimmt der Hoheits-Schultheiß dergleichen wahr, so erfordert seine Pflicht, sogleich mit Arrestirung der Sachen und der Person vorzuschreiten, und dem Hoheitsamt Anzeige davon zu thun. Auch gehört

## §. 16.

zu des Hoheits-Schultheißen Obliegenheit, den Zustand der Chausseen und sonstigen Landesstraßen fleißig zu untersuchen, und den Befund dem Hoheitsamt anzuzeigen, auch bei nöthig befunden werdenden Reparaturen und Anlagen auf die pünktliche Ausführung zu sehen.

## §. 17.

Da, wo Standesbezirke an schiffbare Flüsse stoßen, sollen die Hoheits-Schultheißen Acht haben, daß die

Standesherrschaft keine Flossgerechtigkeiten, Marktschiffprivilegien, oder Fährrechte gestatten, weil die Befugniß hiezu nur dem Souverain zusteht.

§. 18.

Wie weit die Rechte der Standesherrn in Hinsicht ihrer eigenen Forsten und Waldungen sowohl, als auch derjenigen der Gemeinheiten und Privaten geht, darüber wird den Hoheits-Schultheißen demnächst noch eine nähere Weisung zugehen. Vor der Hand haben sie ihr Augenmerk besonders darauf zu schlagen daß durch unzeitige und ungebührliche Holzfällung die Waldungen nicht devastirt oder ruinirt werden; Nehmen sie dergleichen wahr, so haben sie sogleich dem Hoheitsamt Anzeige davon zu thun.

§. 19.

In Militairsachen hat der Hoheits-Schultheiß alle ihm zugehende Befehle auf das schleunigste zu befolgen, und wird ihm auch hierinnen noch eine besondere Instruktion zu seiner Bemessung in einzelnen Fällen zugehen.

§. 20.

Nach §. 42. IV. darf kein Standesherr Chausseegelder, Weg- und Brückengelder von Heerstraßen und Flüssen, Flußbaugelder und dergleichen mehr erheben.

Der Hoheits-Schultheiß hat also zu wachen, daß in seinem Bezirk dergleichen Fälle nicht einschleichen.

Weiter hat er

§. 21.

in Gefolge des ebenbemeldten §. 42. VI. darauf zu sehen, daß die Standesherrn sich nicht anmaßen, Ac-

cise und Abgaben auf Salz, Tabak, Kaffee, Wein, Fleisch oder Licent, Pfundzoll und Abgaben auf Getränke überhaupt, und sonstige Artikel — Land- oder Wasserzölle, Judengeleit und wie sonst die Auslage heißen mag, einzuführen und anzuordnen. Nimmt der Hoheits-Schultheiß dergleichen wahr, so hat er dem Hoheitsamt sogleich Nachricht davon zu geben.

§. 22.

Auch das Recht, nach Salpeter zu graben, kann nur der Souverain und nicht der Standesherr erteilen.

§. 23.

Auf die Beobachtung der Stempelpapierordnung, so wie

§. 24.

auf die Befolgung der Collateralgelbverordnung, wornach in Erbschaftsfällen, wo Seitenverwandten oder Fremde die Erben sind,  $2\frac{1}{2}$  Prozent von dem reinen Betrag der Erbschaft an die Dispensationsklasse dahin eingesandt werden müssen, welche Verordnung in No. 22. der Großherzoglichen Zeitung vom 20. August vorigen Jahrs eingerückt ist, hat der Hoheits-Schultheiß zu sehen, und, wenn

§. 25.

derselbe wahrnimmt, daß ungebrautes Land urbar gemacht und angebaut wird, so soll er ebenfalls dem Hoheitsamt sogleich davon Anzeige thun.

Endlich hat

§. 26.

der Hoheits-Schultheiß als Untersteuereinnnehmer die weitere Obliegenheit, die Steuern nach den ihm jedes

halbe Jahr zugestellt werdenden Registern zu erheben, und sich dabei überhaupt und bei allenfallsigen Rückständen nach den vorliegenden, und ihm zugestellt werdenden Allerhöchsten Verordnungen, besonders vom 10. März 1807, 4. Dezember 1807 und 8. April 1808, so wie nach dem Inhalt seines Annahms-Deckretes und den weiters erscheinenden Verordnungen zu richten.

Die Steuern sowohl als alle andere zur Erhebung ihm übertragen werdende Hoheitsgefälle, sind von ihm gewissenhaft einzuziehen, und nach Abzug der bestimmten Unter-Erhebgebühren, in den vorgeschriebenen Terminen pünktlich einzuliefern, über Einnahme und Ablieferung auch besondere Register zu führen.

Daß nun derselbe diesem allen getreulich nachkommen wolle und solle, darüber hat er einen leiblichen Eid geschworen und zur Urkund einen besondern Revers ausgestellt.

## I4.

**Sammlung aller Aktenstücke,**  
welche auf die Naturalisation der Fran-  
zosen im Auslande Bezug haben.

(S. Heft 61. Seite 131. )

---

**Von** Seiten Sr. Majestät des Königs von Bai-  
ern wurden in diesem Betreff nachfolgende drei Be-  
kauntmachungen erlassen und im Regierungsblatt ab-  
gedruckt.

**Wir Maximilian Joseph von Gottes**  
**Gnaden König von Baiern &c.**

Wir haben über die Wirkung des am 26. August  
v. J. in Trianon gegebenen Kaiserlich französischen  
Decrets, in Ansehung der in Baiern sich aufhalten-  
den oder in Unsern Diensten stehenden Franzosen,  
Uns umständlichen Vortrag erstatten lassen, und dieß-  
falls, mit Berücksichtigung des von Unserer Gesand-  
schaft zu Paris am 27 November erstatteten Berichtes  
nach Vernehmung Unseres geheimen Rathes, folgende  
Beschlüsse gefaßt :



- 1.) Allen durch jenes Dekret betroffenen Individuen, welche sich in Unfern Staaten aufhalten, oder darin sich ansäßig gemacht haben, aber weder auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte Ansprüche zu machen, noch in Unfern Hof- Staats- oder Militairdiensten sich befinden, werden wirklich überlassen, sich gegen die Nachtheile, welche aus dessen Dispositionen ihnen erwachsen könnten, durch die darin vorgeschriebene Maßnehmung selbst zu schützen.
- 2.) Bei jenen, welche in Unserm Kriegsdienst stehen, und sich im Falle des französischen Gesetzes befinden, soll die Erwirkung und Beibringung der Kaiserlichen Autorisation zu fernerm Verbleiben in diesen Diensten genügen.
- 3.) Da aber der Genuß der vollen staatsbürgerlichen Rechte, so wie die Fähigkeit ein Staats- Kron- oder Hofamt zu bekleiden, die Unabhängigkeit von jedem fremden Staate nothwendig voraussetzt, so ist den im Königreiche ansässigen, auf obigen Genuß Ansprüche machenden, so wie den in Unserm Hof- oder Staatsdienste stehenden Individuen, auf welche das Dekret von Trianon in Anwendung gebracht werden kann, um der politischen Rechte und Vorzüge eines Baiern theilhaftig zu seyn, oder um sich zur Fortdauer ihres Dienstverhältnisses zu qualifiziren, unerläßlich nothwendig, die Kaiserliche Erlaubniß zur Naturalisation in Baiern, oder die förmliche Entlassung aus dem französischen Unterthansverbande zu erwirken.

- 4.) Da die Gesuche um die Erlaubniß Sr. Majestät des französischen Kaisers zur Naturalisation, oder in fremden Diensten bleiben zu dürfen, nach dem Dekret von Trianon, und nach dem neuesten Gutachten des französischen Staatsraths lediglich als Partei- und nicht als Staatssache behandelt, und deswegen von jedem Betheiligten individuel in eigenem Namen bei dem Großrichter Justizminister angebracht werden müssen, so können zwar gesandtschaftliche Einschreitungen nicht statt finden, jedoch soll unsere Gesandtschaft zu Paris solchen Individuen, wenn sie sich an dieselbe wenden, mit ihrem Rathe beistehen, und ihnen einen thätigen und redlichen Sachwalter anzeigen, dessen sie sich in ihrer Angelegenheit bedienen können; auch hat dieselbe uns von Zeit zu Zeit über den Erfolg solcher angebrachten Gesuche Bericht zu erstatten.
- 5.) Nach diesen Vorschriften, hat Unsere Gesandtschaft zu Paris die bei ihr anfragenden Individuen zu bescheiden, und sich in ihren Angelegenheiten zu bemühen.

München d. 5. Februar 1812.

Max. Joseph.

Graf v. Montgelas.

Auf Königl. Allerböchsten Befehl  
der General Secretair

Baumüller.

# Wir Max. Joseph

von Gottes Gnaden, König von Baiern.

Unsere Generalkreise und Lokalkommissariate sind aus Unserem Reskript vom 5. vorigen Monats bereits jene Beschlüsse bekannt, welche Wir in Ansehung der im Königreiche sich aufhaltenden oder auch in Unseren Diensten stehenden Eingebornen des französischen Reichs, auf welche das Kaiserliche Dekret dd. Trianon 26 August v. J. anwendbar ist, nach Vernehmung Unseres Geheimen Raths gefaßt haben.

Da die früher schon abgeforderten Verzeichnisse der in jenem Falle befindlichen öffentlichen Beamten Uns seitdem größtentheils vorgelegt worden sind, und nunmehr zum Besten der Betheiligten, auch die Verfügung getroffen ist, daß die, in Gemäßheit des erwähnten Kaiserlichen französischen Dekrets und Unserer dießfalls ausgesprochenen Willensmeinung bei dem französischen Großrichter Justizminister einzuleitenden Gesuche durch die allhier bestehende Kaiserlich französische Gesandtschaft dahin befördert werden; so befehlen wir Unsern Kommissariaten, durch ein förderlichst zu erlassendes, und durch die Zeitungen und Kreisintelligenzblätter auszuschreibendes Publikandum nicht nur die in Unserm Reskripte vom 5. v. M. ausgesprochene Grundsätze, sowohl rücksichtlich der in Unsern Staaten Privatistrenden als der in Unsern Zivildiensten stehenden Franzosen, aus den alten und neu vereinigten Departements, in soweit nemlich die aus letzteren gebürtig nicht schon zur Zeit der Reunion in Baiern naturalisirt waren, sondern durch obige Verfügung, über die Einleitung der an des Kaisers Ma-

jeſtät zu bringenden Geſuche, den Betheiligten bekannt zu machen. Dabei iſt denſelben, zur Vermeidung aller Irrungen und Verzögerungen zu eröffnen, daß ihre an den Großrichter zu addreſirenden und bei der franzöſiſchen Geſandſchaft einzureichenden Geſuche die Vor- und Zunamen der Bittſteller, ihre Qualitäten oder Profeſſion, Alter, Geburtsort, den Ort ihres jüngſten Aufenthalts in Frankreich, ihren dormaligen Aufenthalt in Baiern bezeichnen müſſen; und was insbeſondere die in Staats und Hofdienſten ſtehenden, und im Falle des oberrwähnten franzöſiſchen Dekrets befindlichen Individuen betrifft; ſo iſt denſelben aufzugeben, ſowohl von den nach Obigem zu machenden Schritten, als von deſelben Erfolg Unſern Kommiſſariaten die geeignete Anzeige zu machen, deren Vorlage Wir von 3 zu 3 Monaten von denſelben gewärtigen.

München d. 2. März 1812.

Mar. Joſeph.

Graf v. Montgelas.

Auf Allerhöchſten Befehl

der General Sekretair

Baumüller.

Wir Mar. Joſeph.

Von Gottes Gnaden, König von Baiern.

Durch die an Unſerm Hofe akkreditirte Kaiſerlich franzöſiſche Geſandſchaft iſt Unſerm Miniſterium der auswärtigen Verhältniſſe über die Anwendung des

Kaiserlich französischen Dekrets dd. Trianon 26 Aug. v. Jahr8 eine nähere Bestimmung, dahin ertheilt worden :

daß unter den Dispositionen des genannten Dekrets jene Franzosen nicht begriffen seyen:

- 1.) welche in einem fremden Staate, entweder als Reisende, oder als Diener einer Privatperson sich befinden;
- 2.) welche Landwirthschaftliche oder Handelsetablissements oder Fabriken darin errichten, oder Theil an denselben nehmen, ohne mit dem Lande, in welchem sie sich aufhalten, in nähere Unterthangs-Verbindung durch Naturalisation treten zu wollen;

sondern

daß solche Individuen, da sie in dem Besiz ihrer Rechte als Franzosen verbleiben, jene Formlichkeit zu beobachten haben, welche den in fremden Landen sich aufhaltenden Franzosen durch die ältern Reglements vorgeschrieben sind, insbesondere jene, welche ihre Eintragung in die bei der einschläglichen Kaiserlich französischen Gesandtschaft bestehende Matrikel betrifft. Wir befehlen Unseren General- Kreis- und Lokalkommissariaten, diese nähere Bestimmungen durch die Zeitungen und Kreisintelligenzblätter ohne Verzögerung bekannt zu machen.

Im Uebrigen verweisen wir die Kommissariate rücksichtlich der rechtlichen Verhältnisse solcher Individuen in Beziehung auf Unser Königreich auf Unser Edikt vom

6 Jänner 1812 über das Indigenat, Staatsbürgerrecht, die Rechte der Forensen und der Fremden in Baiern.

München d. 3 Juni 1812.

Max. Joseph.

Graf v. Montgelas.

Auf Allerhöchsten Königlichen Befehl  
der General Secretair  
Baumüller.

Im Großherzoglich Badenschen Regierungsblatte Nr. 37. von 1811. wurden zuvörderst unterm 19. Dezember alle betreffenden Behörden vom Ministerium des Innern angewiesen, die einkommenden Gesuche solcher französischen Angehörigen um Etablierung in den Großherzoglichen Landen dahin zu entscheiden, daß sie zu ihrer Naturalisirung im Auslande von dem K. K. französischen Gouvernement die Erlaubniß beizubringen haben.

Hierauf wurde im Regierungsblatte N. 7. am 14. Febr. 1812. nachstehendes General-Ausschreiben — oder Anleitung für die im Falle der Nachsuchung Kaiserlich französischen Naturalisations-erlaubniß befindlichen Landesangehörigen bekannt gemacht.

## Generalaus schreiben.

Anleitung für die im Falle der Nachsuchung K. K. Naturalisationserlaubnis befindlichen Landesangehörigen.

Nachdem durch das K. franz. Dekret vom 21ten Januar 1812. diejenigen Fragen ihre Erledigung erhalten haben, deren Beantwortung erwartet werden mußte, um eine der Sache entsprechende diesseitige Anleitung ergehen zu lassen, wie diejenigen diesseitigen Staatsangehörigen sich zu verhalten haben, auf deren Amtsführung oder Privatverhalten das frühere Kaiserl. Normativedikt vom 26. August 1811. über die Verhältnisse der Eingebornen des franz. Reichs die im Auslande sich befinden, Bezug hat, so findet man nun nöthig, folgendes desfalls zu verfügen:

I.) Keine Mannsperson, die dormalen zu Orts- oder Schutzbürgerrechten oder ständigen Staatsdiensten noch nicht hierlands angenommen ist, kann künftig zu einem Orts- oder Schutzbürgerrechte im Lande angenommen oder zu Dienstanstellungen in Vorschlag gebracht werden, wenn sie aus dem französischen Staate, einschließlich aller demselben jetzt einverleibten Provinzen, gebürtig ist, ohne vorher eine dazu ausgefertigte Kaiserl. Erlaubniß in Urschrift oder in einer von einer Kaiserl. Präfektur mit beglaubter Abschrift vorgelegt zu haben.

2. Alle aus dem französischen Reiche in dessen obgedachtem Umfange gebürtige als Bürger angenommene, oder als Diener im Lande angestellte Mannspersonen,

welche nicht in dem nachstehenden 3. u. 4. Absatz als ausgenommen bezeichnet sind, und eine Kaiserl. Erlaubniß zur Naturalisation im Auslande nicht schon besitzen, haben, wenn sie zweifelhaft sind, ob sie den Wunsch äußern wollen, Naturalisationserlaubniß zu erhalten, zu erwägen, ob sie Vermögen im obgedachten Umfange des französischen Reichs wirklich besitzen, oder in Erb, oder anderer Weise künftig zu erwarten haben, ingleichen ob sie nach ihrem Beruf und Lebensweise künftig in das gedachte Reich zu reisen, in den Fall kommen können. In beiden Fällen kann ein solcher nicht ohne Nachtheil unterlassen, vor dem Monat August dieses Jahres die Naturalisationserlaubniß bei dem Justizminister Großrichter in Paris urkundlich nachzusuchen, und darüber sich Bescheinigung zu verschaffen. Wer es unterläßt, hat nachmals sich selbst zu zuschreiben wenn er der Vermögensansprüche in der Folge verlustig erklärt wird, und deßfallige diesseitige Staatsverwendung nicht erlangen kann.

Zu Reisen nach Frankreich kann zwar derjenige, der die Naturalisationserlaubniß nachzusuchen unterlassen hat, auch späterhin, wenn einst der Fall zu einer Reise eintritt, noch um die besondere Erlaubniß dazu bei dem französischen Staatsherrscher einkommen, ist auch einer Verwendung des hiesigen Hofes nicht durchaus verlustig, doch kann er auf deren Erlangung keine sichere Rechnung mehr machen, und hat es daher auf sich zu leiten, wenn die Reiseerlaubniß von der Kaiserl. französischen oder die Verwendung von der hiesigen Staatsbehörde versagt wird.



3.) Ausgenommen von seiner Nothwendigkeit der gleichbaldigen Nachsuchung einer Erlaubniß zur Naturalisation sind jene diesseitige in französischen Reichtheilen eingeborren gewesene Bürger oder Diener, die aus den diesseitigen an Frankreich abgetretenen Landestheilen, oder aus andern mit diesem Kaiserstaat vereinten Ländern gebürtig sind, aber schon vor der Aussprechung seiner Vereinigung in diesseitigen, dormalen Großherzoglichen Ländern bürgerlich oder hinfänglich aufgenommen, oder darin zu Landesherrlichen Staatsdiensten, die hierlands die Naturalisation mit sich führen, angestellt waren, mithin vor dem 2. März 1793. jene, die aus dem jenseits rheinischen Theile, des Hochstifts Basel gebürtig ind.

Vor dem 1ten Oktober 1795. bei denen ehemals österreichischen Niederlanden, oder Belgien, sammt Lüttich und Zugehörden.

Vor dem 15. Mai 1796, beiden mit Frankreich reuniten italienischen Provinzen Piemont und Savoyen.

Vor dem 23. Januar 1798, bei den überrheinischen ehemaligen deutschen Reichsländern.

Vor dem 28. Januar 1798, bei der ehemaligen Schweizerstadt Mülhausen.

Vor dem 26. April 1798, bei den mit Frankreich vereinten Schweizerlandestheilen an der westlichen Schweizergrenze.

Vor dem 17. Mai 1809, bei dem einverleibten ehemaligen Kirchenstaat.

Vor dem 20. Oktober 1809, bei der Stadt und Feste Kehl.

Vor dem 9. Juli 1810, bei dem ehemaligen Königreich Holland.

Vor dem 10. Dezember 1810, bei den Niederdeutschen ehemaligen, nun unter den Namen der Departements der Zundersee, der Maasmündungen, der Oberpfel, der Visselmündungen, Friesland, der Westems, der Ostems, der Oberems, der Weselmündungen, der Elbemündungen mit Frankreich vereinten Landen.

Ingleichen bei dem Walliserland der Schweiz.

4.) Ausgenommen von jener Nothwendigkeit sind ferner jene diesseitigen Staatsdiener, welche mit Vorbehalt ihres auswärtigen Staatsbürgerrechts in hiesige Dienste getreten, und in dieser Eigenschaft vom hiesigen Gouvernement wissentlich angenommen worden sind. Dagegen müssen diese die Erlaubniß, in hiesigen Diensten zu bleiben, von der Kaiserlich französischen Behörde in den geeigneten Fällen nachsuchen, ohne Unterschied, ob sie Hof- Kriegs- oder Zibildienste begleiten. Sie sollen, wenn sie sich außer dem Fall halten wollen, nach Erforderniß der Umstände als ihre diesseits tragende Dienste aufsagend geacht zu werden, die Uebergabe dieser Erlaubnißbitte am behörigen Orte bewirkt zu haben, in 3 Monaten nach Ablauf des französischen Seits zur Eingabe vorgeschriebenen, unten im 1ten Absatz benannten Termins, bei dem Ministerium des Innern bescheinigen.

5.) Gleich den Vorigen haben jene Diener sich zu betrachten, welche aus abgetretenen ehemals diesseitigen Landen gebürtig sind, und nach deren Abtretung dort ihr zuvor gehabtcs Staatsbürgerrecht, durch fort-

geführten Ortsbürgerrecht, oder durch Theilnahme an politischen Staatsbürgerrechten (*droits politiques du Citoyen*) beibehalten haben.

6.) Auf Frauenspersonen, als die an jenen politischen Staatsbürgerrechten keinen Theil haben, erstrecken sich jene Verfügungen nicht. Dieselbe gelten sobald sie ordnungsmäßig in die hiesigen Lande eingeheirathet haben, als rechtmäßig dahier naturalisirt, für solange als ihre Ehe unaufgelöst ist, und auch nach deren Auflösung, solange sie sich nicht nach Art. 19. des Code Napoleon, wieder im französischen Reiche staatsbürgerlich einlassen. Auch künftig können Frauenspersonen aus dem französischen, wenn sie die zur Heirath erforderlichen Zeugnisse von ihrer jenseitigen Obrigkeit beurkundet beibringen, wie bisher zur Heirath und mit ihr zur Theilnahme an dem Staatsbürgerrecht ihrer Ehemänner zugelassen werden. Französinen, die ohne ins Land zu heirathen, sich hierlands aufhalten oder niederlassen, bleiben französische Staatsangehörige, und sind daher hierlands nur als Ausländer, die Einsassenrechte benutzen, zu behandeln.

7.) Die Beamten werden andurch besonders angewiesen, denjenigen Unterthanen, die in dem Falle des 2. Artikels sind, und etwa nicht Einsicht genug haben möchten, selbst zu beurtheilen, ob sie sich in dem unterstellten Falle befinden, und wie sie sich desfalls zu benehmen haben, mit den nöthigen Belehrungen Amtshalber entgegen zu gehen.

8.) Hierorts wird das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten jenen, welche für die Sicherheit ihrer Eingabe diplomatische Besorgung derselben wün-

schen, damit an Händen gehen, wenn eine geeignete Witschrift an den Kaiserl. franz. Justizminister Großrichter mit amtlicher Beurkundung der Unterschrift dorthin in Zeiten eingesendet wird. Diese Einsendung muß jedoch allda vor dem 1ten Juli d. J. eintreffen, damit noch Zeit zur Besorgung dem Ministerium übrig bleibe. Diejenigen, welche unmittelbar zu Paris die Einreichung selbst besorgen lassen wollen, haben Zeit dazu bis zum 26. August 1812, vor welchem Tag sie aber geschehen seyn muß, wenn man sich nicht der Gefahr der Verspätung aussetzen will.

9. Zu einer nach Eintritt dieser letztgedachten Frist anzutretenden oder fortzusetzenden Reise nach Frankreich, kann keinem diesseitigen Diener oder Untertanen, der im Fall des 3ten Absatzes ist, ein Paß nach Frankreich ausgestellt werden, ohne daß die erlangte Kaiserlich französische Erlaubniß zum Eintritt in das Reich vorgelegt sey. Paßwerber, welche ihre obgedachte Lage verheimlicht, und dadurch einen Paß erschlichen haben, müssen sich alle widrige Folgen selbst zuschreiben. Beamte, welche an Personen, von denen ihnen jene Lage bekannt war, oder seyn konnte und sollte, Pässe geben, bleiben nach Befinden der Umstände darüber verantwortlich.

10.) Nach dieser, außer dem Regierungsblatt auch in die Kreisanzeigebblätter zu übertragenden Verfügung hat sich Jeder zu benehmen, und vor Schaden zu hüten. **Karlruhe am 10. Februar 1812.**

**Der Minister des Innern  
Freiherr von Andlam.**

**Der General-Secretair  
Büchler.**

In No. 9. des nämlichen Regierungsblattes erfolgt hierauf nachstehende Bekanntmachung :

Nach einer anhergekommenen Erklärung über die Naturalisations-Erlaubnisse der innerhalb des französischen Reichs gebornen dssseitigen Staatsangehörigen dürfen die sowohl wegen dieser Erlaubnisse, als wegen etwa verlangender Reisepässe jener Personen an den Kaiserlich französischen Minister Großrichter zu richtenden Vorstellungen nicht unmittelbar an ihn, sondern lediglich auf diplomatischem Wege eingereicht werden. Sie sind daher nun nothwendig an das hiesige Ministerium der auswärtigen Verhältnisse zu Besorgung des Nöthigen einzusenden.

Annebst dient hiermit zur allgemeinen Nachricht, daß die gedachte französisch zu fassende und eigenhändig von jedem Bittsteller zu unterschreibende Vorstellung nachfolgendes wesentlich enthalten muß. Der Bittsteller Tauf- und Familiennamen in ihrer ganzen Vollständigkeit, ihr Alter, den Ort ihrer Geburt, ihr Gewerbe, ihren letzten, innerhalb des französischen Reichs gehaltenen Wohnsitz, ihren dermaligen hiesländischen Wohnsitz und die Beweggründe ihrer Bitte, es sey nun das solche auf die Naturalisations-Erlaubnis gerichtet werde, oder auf einstweilige Beibehaltung hiesländischer Dienste unbeschadet des fortzuführenden französischen Bürgerrechts, oder auf Ertheilung eines

Reisepasses nach Frankreich. Vorstehendes wird zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung verkündet.

Karlsruhe d. 24. Febr. 1812.

Der Minister des Innern

Frhr. v. Andlam.

Der General Sekretair

Büchler.

Unterm 19. März 1812. erinnerte endlich das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sämtliche Betheiligten auf die genaue Beobachtung der unterm 24 Februar erlassenen Bekanntmachung des Ministerium des Innern.

Wie es in dieser Angelegenheit im Königreich Westphalen gehalten wird, darüber finde ich nun folgende Bekanntmachung in Nr. 26. des Westphälischen Moniteurs:

„ Da in Gemäßheit des Kaiserlichen Dekrets vom  
 „ 26 August vorigen Jahrs allen Franzosen wel-  
 „ che im Auslande dienen, dazu durch Patente  
 „ autorisirt seyn müssen, so werden diejenigen,  
 „ welche sich gegenwärtig im Dienste Westphalens  
 „ befinden, benachrichtiget, daß sie sich einzeln bei  
 „ dem Großrichter und Justizminister in Frank-  
 „ reich melden müssen, um gedachte Patente zu  
 „ erlangen, sie sollen aber zuvörderst dem Justiz-  
 „ Minister in Westphalen ein Gesuch übergeben,  
 „ um zu ersehen, ob Er. Majestät der König,

„ dessen Befehle er in dieser Hinsicht einholen wird,  
 „ die Absicht haben, sie in seinen Diensten zu be-  
 „ halten, im Falle sie hinlänglich autorisirt seyn  
 „ würden.

---

Im Großherzogthum Frankfurt erschie-  
 nen nachstehende 3 Bekanntmachungen:

Das von Er. Majestät dem Kaiser von Frank-  
 reich unterm 26 August l. J. gegebene Defret über  
 die Naturalisirung der im Umfange des französischen  
 Reichs gebornen und nun in fremden Staaten sich auf-  
 haltenden Personen hat verschiedene Besorgnisse er-  
 regt über die Folgen, welche eine weitere Dienst-  
 fortsetzung oder ein verlängerter Aufenthalt im Groß-  
 herzogthume Frankfurt haben dürfte.

Er. Königl. Hoheit haben, um diese Besorgnisse  
 ihrer getreuen Unterthanen zu heben, auf deßfalls er-  
 statteten Ministerialbericht gnädigst zu verordnen ge-  
 ruht, daß vorderst von allen Großherzoglich Be-  
 diensteten und Unterthanen, welche sich in dem Falle  
 des erwähnten kaiserl. Dekrets befinden, bei der Mai-  
 rie, Distrikts- und Stadtmairie ihres Wohnorts, oh-  
 ne Unterschied von Stand, Rang und Geschlecht, die  
 nöthige Angabe nach dem anderseits folgenden For-  
 mulare geschehe, um sodann für sämtliche solche  
 Individuen die Höchstlandesherrliche Verwendung bei  
 Er. Majestät dem Kaiser eintreten lassen zu können.

Ich fordere daher in Gemäßheit hohen Inscripts  
 Er. Excellenz des Herrn Ministers der Justiz, der  
 Polizei und des Innern vom 9. Dezeimber angelegent-  
 lich alle Einwohner des Departements Aschaffenburg,

welche sich in diesem Falle befinden, auf, diese gütigste Landesherrliche Verwendung dankbar zu ergreifen; und bis zum 16. Dezember sich bei ihren betreffenden Mairien zu melden, wo ihnen ein Formular für ihre Angaben welches Jeder auszufüllen hat unentgeltlich von dem Herrn Maire abgegeben werden wird. — Ich warne zugleich ernstlich alle diejenige welche aus irgend einem Mißverständnisse, obwohl betheiligt doch keinen Antheil hieran zu nehmen gedachten, indem ich für die möglichen Folgen einer solchen Unterlassung auf keine Weise bürgen kann. — Da mit dem 16. Dezember überall die Einreichung der Angaben aufhört, und die Liste geschlossen wird, so muß ich dringend allen denjenigen, welche es betrifft, Beschleunigung ihrer Eingaben empfehlen, indem nach Verfluß dieses Termins durchaus keine Angabe mehr angenommen werden kann.

A s c h a f f e n b u r g am 10 Dezember 1811.

D e r P r ä f e t W i l l,

der General Secrétaire  
Freiherr v. Strauß.

---

Unterm 10. Dezember vorigen Jahres habe ich alle Einwohner des Departements, die im Umfange des französischen Reichs geboren und hießeits naturalisirt sind, das heißt: das Indigenat, Bürgernachbarrecht sich erworben haben, auf Höchsten Befehl aufgefordert, ihre Namen und Verhältnisse, nach einem bestimmten Formulare näher anzugeben. —



Es war damals die wohlwollende Absicht Sr. Königlichen Hoheit, unsers gnädigsten Herrn, für sämtliche Untertanen, und Staatsdiener, welche nach dem Kaiserlich französischen Dekret vom 26 August 1811. als auswärtig naturalisirt betrachtet werden konnten, die Höchstlandesherrliche Verordnung eintreten zu lassen.

Diese Höchste Verwendung kann nun nicht mehr statt haben. Ein neues von Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen genehmigtes Staatsraths-Gutachten vom 21. Jänner 1812 bestimmt ausdrücklich:

„ Jeder Franzose, welcher eine Autorisation zu er-  
 „ erhalten wünscht, es sey um sich naturalisiren zu  
 „ lassen, oder auswärtige Dienste zu nehmen, muß  
 „ seine desfallsige Bitte persönlich an den Groß-  
 „ richter, Minister der Justiz nach Paris gelangen  
 „ lassen, welcher alsdann diese Bitte Sr. Majestät  
 „ vorlegt.“

Damit nun die Betheiligten desfalls nichts versäumen mögen, bringe ich dieses, vermöge Höchsten Reskripts Sr. Erzellenz des Herrn Ministers der Justiz, der Polizei, und des Innern vom 31. Jänner hiermit zur Kenntniß; und bemerke in dessen Gemäßheit, daß die, damals bei den Mairien gemachten Anzeigen, nun nicht mehr genügen; sondern Jeder, welcher sich in dem Falle des Kaiserlichen französischen Dekrets glaubt, insbesondere für sich die Kaiserliche Erlaubniß auszuwirken habe. Wer in diese Klasse gehöre, bestimmt näher das erwähnte Staatsraths Gutachten welches in Nr. 28. der Großherzoglichen Frank-

furtischen Zeitung abgedruckt ist, und worauf ich mich der Kürze halber beziehe. —

A s c h a f f e n b u r g am 4. Febr. 1812.

Nachstehende Bekanntmachung der K. K. französ. sischen Gesandtschaft in Frankfurt, wird in Gemäßheit der h. Weisung Sr. Erzellenz des Herrn Ministers der auswärtigen Verhältnisse vom 21 dieses hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Les Français des anciens ou des nouveaux départements, qui d'après les décrets des 26 et 28 Août 1811, ont à demander l'autorisation de Sa Majesté l'Empereur et Roi, soit pour rentrer en France, soit pour légitimer leur naturalisation en pays étranger, soit pour rester, soit pour passer au service de puissances étrangères, doivent en faire eux mêmes, et par écrit la demande à son Excellence le grand Juge, Ministre de la Justice.

Leurs noms, prénoms, surnoms, qualité, ou professions, leur âge, le lieu de leur naissance, leur dernier domicile en France, leur domicile actuel, doi-

Diejenigen Franzosen aus den alten oder neuermorbenen Départements, welche in Gemäßheit der Dekrete vom 26. und 28. August 1811. von Sr. Majestät dem Kaiser und Könige ermächtigt seyn müssen, entweder um nach Frankreich zurückzukehren, oder ihre Naturalisirung im Auslande gültig zu machen, oder um in den Diensten einer auswärtigen Macht zu bleiben, oder um in denselben einzutreten, sind gehalten ihr Gesuch deßfalls in eigener Person und schriftlich an Se. Erzellenz den Großrichter Minister der Justiz zu richten.

In dem Gesuche müssen angegeben seyn ihre Familiennamen, Vor- und Zunamen, ihr Stand, oder Gewerbe, Alter, Geburtsort, ihr letzter Wohnort in

vent être indiqués dans la demande, et de plus les motifs qu'ils ont de la faire.

Ces demandes ne doivent pas être envoyées directement au grand juge, mais adressées à la Légation impériale de France près S. A. R. le grand Duc de Francfort, laquelle est chargée de les transmettre à son Excellence.

Francfort le 20. Fevrier  
1812.

Frankreich, ihr gegenwärtiger Wohnort, und nebst dem die Gründe welche sie zu diesem Gesuch veranlassen.

Diese Gesuche werden nicht geradezu an den Großrichter geschickt, sondern an die kaiserlich französische Gesandtschaft bei Sr. Königl. Hoheit dem Großherzoge von Frankfurt adressirt, welche den Auftrag hat dieselbe an Se. Excellenz zu übersenden.

Frankfurt am  
20. Februar 1812.

Ueberzeugt das verschiedene Einwohner des Departements Aischaffenburg dieses Anerbieten der K. K. Gesandtschaft in Frankfurt, als eine willkommene Gelegenheit ergreifen werden, auf einem näheren Wege ihre Wünsche zu erreichen, werden alle jene, die in dem Falle, und in den Verhältnissen sind, welche das Kaiserl. Dekret v. 26. und 28. August 1811 verbunden mit dem erläuterten und Statraths Gutachten v. 21. Januar 1812 voraussetzt, hiemit aufgefordert, von diesem günstigen Anerbieten Gebrauch zu machen.

Aischaffenburg am 22 Februar 1812.

Da es in dieser Angelegenheit wohl viel darauf anzukommen scheint an welchem Tage eigentlich die Vereinigung der 4 überrheinischen Departements mit Frankreich geschehen ist, so theilen wir hiernach das deshalb erlassene Gesetz mit, wie es in den zu jener Zeit vom Regierungskommissair publicirte Bulletin abgedruckt ist. Es lautet wie folgt:

## E x t r a i t

du bulletin des réglemens et arrêtés publiés pendant l'an IX. par le Commissaire général du gouvernement dans les 4 Departemens de la rive gauche du Rhin.

Bulletin Nr. 48.

Loi portant que les Départemens de la Roer, de la Sarre de Rhin et Moselle, et du Mont-tonnèrre sont parties integrantes du territoire français.

\*) du 18 Ventose an 9. de la république.

Au nom du peuple français, Bonaparte premier Consul proclame loi de la Republique le Décret suivant rendu par le corps législatif le 18 Ventose an 9 conformément à la proposition faite par le Gouvernement le 8. du dit mois, communiquée au tribunal le même jour.

## D é c r e t,

**Art. I.** Les départemens de la Roer, de la Sarre, de Rhin et Moselle et du Mont-tonnèrre, sont partie intégrante du territoire français.

**Art. II.** La circonscription des dits départemens et celle des arrondissemens communaux qui y ont été provisoirement compris, sera définitivement fixée dans le courant de l'an 10.

**Art. III.** Les lois et reglemens de la republique ne seront appliqués aux dits départemens qu'aux époques où le gouvernement le jugera convenable,

---

\*) 9. Mars 1801.

## A u s z u g

aus dem Bulletin der Verordnungen und Beschlüsse, welche während des Jahrs 9 durch den General-Kommissair der Regierung in den 4 Departements des linken Rheinufers publizirt wurden.

## Bulletin Nr. 48.

Gesetz, verordnend, daß die Departemente der Ruhr, Saar, Rhein und Mosel und Donnersberg, integrireder Theil des französischen Gebietes sind.

\*) vom 18 Ventose 9ten Jahr der Republik.

Im Namen des fränkischen Volkes, Bonaparte erster Konsul, proklamirt als Gesetz der Republik, folgendes Dekret, erlassen vom Gesetzgebungskörper den 18ten Ventose 9ten Jahrs gemäß dem Vorschlage der von der Regierung den 8ten besagten Monats gemacht, und dem Tribunal den nämlichen Tag mitgetheilt worden ist.

## D e k r e t.

Art. I. Die Departemente der Ruhr, Saar, Rhein und Mosel und Donnersberg sind integrireder Theil des französischen Gebietes.

Art. II. Der Umfang gedachter Departemente, so wie der in denselben einfließenden begriffenen Gemeinbezirke, soll im Laufe des 10ten Jahrs definitiv bestimmt werden.

Art. III. Die Gesetze und Verordnungen der Republik sollen auf gedachte Departemente nur zu den Zei-

---

\*) 9. März 1801.

et en vertu d'arrêts qu'il prendra à cet effet.  
Collationné à l'original par nous President et Secrétaire du corps législatif.

à Paris le 18 Ventose an 9 de la republique.

Signé Lefebure Cayet, Président; Bordes, Guillemot, Papin (des Landes) Danet (du Morbihan) Secrétares.

Soit la présente loi revetue du sceau de l'Etat, insérée au bulletin des lois, inscrites dans les registres des autorités judiciaires et administratives, et le Ministre de la justice chargé d'en surveiller la publication.

à Paris le 28 Ventose an 9. de la republique.

Signé Bonaparte, premier Consul; Contre-signé le Secrétaire d'état, Hugues B. Maret, et scellé du sceau de l'Etat.

Certifié conforme: le Ministre de la justice, signé Abrial.

Le Conseiller d'Etat, Commissaire général du gouvernement

J o l l i v e t.

---

punkten angewandt werden, wo die Regierung es  
schießlich erachtet, und in Gefolg von Beschlüssen,  
die sie dießfalls erlassen wird.

Verglichen mit dem Original von uns Präsident und  
Sekretairen des Gesetzgebungskörpers.

Zu Paris den 18ten Ventose 9ten Jahrs der Franken-  
Republik.

Unterschrieben: Lefevre-Cayet, Präsident:  
Bordes, Guillemot, Papin (von den Lan-  
des) Dânet (von Morbihan) Sekretaire.

Werde gegenwärtiges Gesetz mit dem Staatsinsiegel  
bekleidet, in die Register der Gerichts und Verwal-  
tungsstellen eingeschrieben und der Justizminister beauf-  
tragt auf die Verkündung desselben zu wachen.

Zu Paris den 28ten Ventos 9ten Jahrs der Republik.

Unterschrieben Bonaparte, erster Konsul. Gegen-  
über, der Staatssekretair, Hugo B. Maret. Und  
mit dem Staatsinsiegel besiegelt. Gleichlautend beschei-  
nigt, der Justizminister, unterzeichnet Abrial.

Der Staatsrath, General-Regierungs-Kommissair

Jollivet.

Die feierliche Publikation dieses Dekretes geschah  
nach Nr. 102 des Beobachtens vom Donnersberg zu  
Mainz am 22. Germinal Jahr 9. (12 April 1801.)  
Der Luneviller Friede wurde am 20. Pluviose 9. (Fe-  
bruar 1801.) abgeschlossen und das Reichsratifikations-  
dekret erfolgte am 7. März 1801. Der Eid der Treue  
wurde am 1. August 1801. zu Mainz geleistet.

Im Großherzoglich Würzburgischen Regierungsblatte Nr. 4. vom 4. März 1812. wurde die unter Nr. 1 folgende Bekanntmachung erlassen, auf welche sodann im Regierungsblatte Nr. 19. am 1ten August eine zweite Bekanntmachung erfolgte, welche hier unter 2. abgedruckt ist. Wir bemerken hierbei, daß diese Bekanntmachung auch in andern Blättern des Rheinischen Bundes erfolgt ist.

## I.

(den fernern Aufenthalt der in Frankreich oder in den mit Frankreich vereinigten Provinzen gebornen Personen im Großherzogthume Würzburg betreffend.)

## Im Namen

Er. Kaiserlich Königl. Hoheit  
des Erzherrzogs Ferdinand  
Großherzogs von Würzburg etc.

Aus öffentlichen Blättern sind bereits die Kaiserl. Königl. französischen Dekrete vom 26. August vorigen, und 21. Januar dieses Jahrs bekannt, welche Se. Majestät der Kaiser von Frankreich und König von Italien wegen jenen Eingebornen der sämmtl. französischen Staaten, die dermal im Auslande wohnen, zu erlassen geruht haben.

In Gemäßheit derselben müssen alle in den alten oder neuen Departements von Frankreich Geborne, ohne Unterschied des Geschlechts und Standes, die Al-



terhöchste Kaiserl. Königl. Genehmigung in der gesetzlich bestimmten Frist eines Jahrs von dem berührten am 26. August vorigen Jahrs ergangenen Dekrete an gerechnet, nachsuchen, wenn sie nach Frankreich zurückkehren, oder im Auslande bleiben, sich da nationalisiren, oder in die Dienste eines andern Staats treten, oder darin verbleiben wollen, widrigenfalls gegen sie nach Ablauf der bestimmten Frist mit aller Strenge der Gesetze verfahren werden soll.

## 2.

(Die Nichtanwendbarkeit des Kais. französischen Dekrets vom 26. August 1811 auf Frauenspersonen betreffend.)

Im Namen

Er. Kaiserlich Königlich Hoheit  
des Erzherzogs Ferdinand,  
Großherzogs von Würzburg &c.

Nachdem vermöge Eröffnung der K. K. französischen Gesandtschaft dahier das von Er. Majestät dem Kaiser der Franzosen und König von Italien wegen jener Eingebornen der sämtlichen französischen Staaten, die dermal im Auslande wohnen, erlassene Dekret vom 26. August v. J. rücksichtlich dessen eine Bekanntmachung in dem 4ten Stücke des Regierungsblattes vom 4ten März l. J. und in dem Intelligenzblatte N. 25. vom 3ten desselben Monats eine Bekanntmachung er-

sehen, die Frauenspersonen nicht angeht, so wird diese Erklärung hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Würzburg den 15. Julius 1812.

Großherzogl. Landes-Direktion

Freiherr v. Bernck.

Klinger.

H ö g g.

Diese Gesuche, welche unmittelbar bei dem Kaiserl. Königl. französischen Großrichter als Justizminister anzubringen sind, müssen nach der von der Kaiserl. Königl. französischen Gesandtschaft dahier gegebenen Erklärung enthalten: 1.) das Jahr, den Tag und den Ort der Geburt; 2.) den Vor- und Zunamen des Ansuchenden; 3.) den Vor- und Zunamen, dann den Stand seiner Eltern; 4.) den Stand des Ansuchenden vor dessen Auswanderung aus den französischen Provinzen; 5.) den gegenwärtigen Stand, das Amt oder Gewerbe, welches derselbe nach seiner Emigration-besorgt hat; 6.) das Vermögen, welches er in oder außer Frankreich besitzt, und worin es besteht; 7.) seinen gegenwärtigen Wohnort; 8.) den Wohnort, wo er sich zuletzt in Frankreich aufgehalten hat; endlich 9.) die Ursachen und Gründe, aus welchen um die allerhöchste Genehmigung seiner Bitte nachgesucht wird.

Außer diesem ist es für diejenigen, welche außer der Residenzstadt im Großherzogthume wohnen, und in Falle sind, dergleichen Gesuche einzureichen, rathlich, daß dieselben zugleich über ihr bisheriges Betragen ein versiegeltes Attest ihrer betreffenden Behörden, der Bittvorstellung beilegen.

Die Kaiserl. Königl. französische Gesandtschaft dahier hat sich bereit erklärt, die dießfalligen Gesuche gefäl-

ligst übernehmen und an die betreffende Behörde befördern zu wollen.

Dieses wird sonach allen in dem Großherzogthume wohnenden Personen, welche es betreffen mag, zur Erinnerung und Venehmung bekannt gemacht.

Würzburg, den 2. März 1812.

Großherzogliche Landes-Direktion

Freiherr v. Wernck.

Klinger.

Colson.

Die in dem Würzburgischen Intelligenzblatte Nr. 25. vom 3. März 1811. in obigem Betreff enthaltene Bekanntmachung ist mit der vorstehenden ganz übereinstimmend.

---

## 15.

### U e b e r

die Lage der Central Staatsdiener und  
Gläubiger des Hoch- und Deutschmei-  
sterthums und des deutschen Ordens.

---

Das Interesse, welches das Schicksal der durch jede Staatsveränderung leidenden Individuen erregt, wird es rechtfertigen, wenn in diesen Blättern, die mit warmen Eifer der Rechte und Schicksale des vor-

maligen Reichskammergerichtspersonals und anderer in unsern Zeiten ihrer staatsbürgerlichen Existenz verlustig gewordene, schuldlosen Opfern politischer Ereignisse erwähnten, auch jener der Centralstaatsdiener und Gläubiger des Hoch- und Deutschmeisterthums und deutschen Ordens gedacht werde.

Die Mehrzahl dieser, mit Einschlusse der Ordensritter entbehrt schon im 35ten Monate des größten Theils ihrer Besoldungen, Pensionen und Deputate, somit des zu ihrem nöthigsten Lebensunterhalte erforderlichen Einkommens, obwohl der Wiener Friedensschluß den Staatsdienern und Gläubigern, das Arrêté vom 24. April 1809 aber, den Ordensrittern Pensionen zusichert. Die Zinsen von Landesschulden sind schon über 3 Jahre rückständig, und dadurch, nebst einer beträchtlichen Anzahl einzelner Privatpersonen und Familien, alle dabei interessirten Stiftungen und Wohltätigkeitsinstitute zu Grunde gerichtet.

Seit dem 1. Februar 1809 haben alle Zahlungen der schon am 20. April desselben Jahres für die Krone Württemberg in Beschlag genommenen Centralkassen zu Mergentheim aufgehört.

Sobald die in Folge des Wiener Friedens abgeschlossenen Tauschverträge vom 20. Oktober 1810 in Vollzug gebracht waren, wendeten sich die in Mergentheim anwesenden Centralstaatsdiener und Pensionisten an sämtliche betheiligte Höfe des Rheinischen Bundes, und baten um Fürsorge und Friedensschlußmäßige Vertheilung dieser im Verhältnisse zu ihren Akquisitionen sehr mäßigen Lasten. Die Antworten fielen

größtentheils entsprechend aus, und der Königlich Baierische Hof trug mittels Zirkularreskripts seinen bei den beteiligten Souverains des Rh. B. akkreditirten Gesandtschaften auf, den Antrag zu einem Anfangs April 1811 in Mergentheim zu eröffnenden Kongresse zu machen. Mehrere dieser Höfe erwiederten ihre Bereitwilligkeit — es blieb indessen noch zur Zeit ohne Erfolg und bis jetzt, Dezember 1811, ist der Gesamtheit keine weitere tröstliche Aussicht eröffnet worden.

Mit ruhmwürdigem Beispiele hingegen gingen der Königl. Württembergische und Großherzogl. Frankfurter Hof voran (der Oestreichische Kaiserhof hatte, ohne aller eigenen Verbindlichkeit, gleich nach Abschluß des Wiener Friedens, 4 Individuen mit ansehnlichen Besoldungen in seine Dienste zurückgenommen, und anderen Ordensrittern beträchtliche Unterstützungen verwilliget.) Ersterer — Württemberg, hat bereits 11 Individuen in seine Dienste berufen, und allen andern in Mergentheim anwesenden Centraldienern und Pensionisten den 2ten Theil ihres vorigen fixen Gehaltes oder Pension, sowohl für das Vergangene als Zukünftige angewiesen. Von der Gerechtigkeit und Einsicht Sr. Majestät des Königs ist zu erwarten, daß für die eben so schuldlos leidenden Staatsgläubiger und Ordensritter — denn für beide ist noch gar nichts geschehen — und den Rest der Lokaldiener baldigst Fürsorge getroffen und durch diesen Hof die Initiative zu der so dringend nothwendigen allgemeinen Ausgleichung übernommen werde, nachdem derselbe

allein mit allen erforderlichen Aufklärungen längst versehen ist, auch ihm allein alle Mittel zu Gebote stehen, dieses Geschäft zu erleichtern und zu vereinfachen.

Se. K. H. der Großherzog von Frankfurt hat den Betrag, welchen Höchstderselbe als Konkurrenz der Besoldungen und Pensionen schuldig zu seyn erachtete nicht nur im J. 1811. nach Mergentheim abgeliefert, sondern auch ausdrücklich zugesichert, alles dasjenige mit Vergnügen beitragen zu wollen, was dem Großherzogthume verhältnißmäßig an Pensionen und Schulden zufalle. — Dieser Hof hat überdieß von den Mergentheimer Kameralschulden einen beträchtlichen Theil der Zinse alljährlich abgezahlt.

Indessen hat die am meisten — und beinahe mit der ganzen Hälfte der vormaligen hoch- und deutschmeistrl. Besitzungen betheiligte Krone Baiern, mit Ausnahme zwei in Dienste genommener Rätthe und einer Abschlagszahlung an einige Ordensritter, noch nichts für Staatsdiener, Pensionisten und Gläubiger geleistet, und dieser ansehnliche Rückstand begründet den Nothstand der betreffenden Individuen, der der allgemeinen Beherzigung und wirksamsten Verwendung zur Linderung unverdienter Leiden höchst würdig ist.

Baden und Würzburg haben einige Mergentheimer Rätthe bereits angestellt; — Darmstadt und Nassau scheinen auf die Eröffnung jenes Kongresses zu warten, dem die große Zahl der Staatsgläubiger, Ordensritter und Diener mit Sehnsucht entgegen harret. Mögten jene, deren Beruf und Dienstpflicht es ist, für die Rechte und Verbindlichkeiten ihrer Souverains

gleich sorgfältig zu wachen, die laute Stimme der leidenden Menschheit hören, und zur Rettung so mancher dem äussersten Nothstande Preis gegebener Familien beitragen; es wäre bleibendes Verdienst das sie sich um Fürst, Vaterland und Menschheit erwürben.

---

Dieser Aufsatz war schon im Januar dieses Jahrs eingelangt, inzwischen ist der Kongreß, wie ich vernahm, zu Mergentheim nun wirklich zusammengetreten. Es sollte mich freuen, wenn ich bald die Resultate desselben eben so berichten könnte, wie ich bisher von dem Schulden und Pensionswesen der verschiedenen Reichsfreie und des Reichskammergerichtlichen Personals die getreueste Nachricht gegeben habe.

W.

---

## K r i e g

Frankreich und seiner Alliirten, mit Rußland.

---

Die öffentlichen Angelegenheiten des Kontinents haben seit Kurzem eine Wendung genommen, die der denkende Beobachter der Zeitereignisse, blickend in die Geschichte des Alterthums, wohl vermutben, doch so schnell nicht erwarten konnte. Aber Geschäfte, die sonst eine Reihe von hundert und mehrerer Jahre bedurften, um zur Reife zu gelangen, werden jetzt in einigen Monaten, längstens in ein oder zwei Jahren vollendet. Diese Schnelligkeit ist das Werk der leitenden hohen Kraft die sich so charakteristisch am meisten dadurch offenbart.

In den letzten Tagen des diesjährigen Winters und während des rauhen Frühlings sahen wir große französische Heere sich gegen die Elbe, die Oder und die Weichsel, gegen den Norden überhaupt bewegen, sahen wir die Kontigente der Rheinischen Bundesfürsten, wie ansehnliche Armeen und Hülfskorps aus Italien, Oesterreich und Preußen sich dem großen Heere anschlossen und vernahmen, daß zwischen Frankreich und Oesterreich, zwischen Frankreich und Preußen beson-



dere Traktaten abgeschlossen waren. Noch ehe der Sommer seinen Anfang nahm, stand das große Heer schlagfertig an den Ufern der Weichsel. Noch niemals hatte Europa ein so zahlreiches, ein aus so vielen Nationen bestehendes, ein mit allen Bedürfnissen so reichlich versehenes Heer versammelt gesehen. Dänen, Schweden und Türken ausgenommen waren hier alle Nationen versammelt, bewaffnet gegen den nordischen Roloß, der seit 50 Jahren etwa sich immer mehr und mehr dem Herzen von Europa genähert, und einen so unglücklichen Einfluß auf die Angelegenheiten Europas ausgeübt hatte. Diesem Einflusse ein Ziel zu setzen, ist der Zweck *Napoleons*, wie er solchen selbst in seiner Proklamation an die Armeen (*Wilko wicz*) am 22 Junius 1812) sagte. An diesem Tage begann der Krieg mit Rußland, und ehe 2 Monate vergingen, stand *Napoleon* schon im Herzen des europäischen Rußlands. Dieser Krieg interessirt alle Mächte Europas, er interessirt besonders die Staaten des Rheinischen Bundes. Die Resultate müssen für diese wie für alle von der höchsten Wichtigkeit seyn. Die Festigkeit des politischen Systems von Europa hängt davon ab. Wir haben uns daher vorgenommen den Ursprung, den Fortgang und das Ende desselben aus officiellen Aktenstücken und fast immer mit officiellen Worten zu erzählen, und so in jedem Hefte diesem Kriege, der auf eine so sonderbare Weise von Rußland geführt wird, einigen Raum zu geben.

Das ganze große französische Heer hatte mit den Verbündeten schon die Weichsel passirt und stand an der

Grenze Rußlands, ohne daß öffentlich etwas einen Grund und Zweck des Krieges zur Kunde des Publikums gekommen wäre.

Die ersten Aktenstücke, welche über diese Angelegenheiten Auskunft geben, waren die beiden Verträge, welche Frankreich mit Oesterreich und Preussen abgeschlossen hatte. Sie wurden in mehreren deutschen Zeitungen bekannt gemacht, welche aber die Veranlassungen dazu anzudeuten nicht vermochten. Diese Versuche waren erst durch die Rede, welche der Fürst Erzkämmerer des Reichs in dem auf Befehl des Kaisers Napoleon (von Gumbinnen am 21. Juni) außerordentlich zu Paris am 5 Julius versammelten Senate hielt. Er sprach:

„Ich komme auf Befehl des Kaisers, dem Senate 2 Allianzverträge mitzutheilen, die im Namen Sr. Maj. des Kaisers der eine mit Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, der andere mit Sr. Majestät dem König von Preussen abgeschlossen worden sind.“

„Die Umstände, welche diese Verträge veranlaßten und die Grundsätze, auf welchen sie beruhen, sind in 2 Berichten des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten auseinander gesetzt, welche auf Befehl Sr. Majestät Ihnen gleichfalls mitgetheilt werden.“

„Als unser Kaiser mitten im Siegen inne hielt, um den ersten polnischen Krieg in Tilsit zu beendigen, versprach Rußland ohne allen Vorbehalt, den weisen Plan zu adoptiren, wodurch das feste Land von Europa allen Einflüssen Englands entzogen wird, um

dieses dadurch zu Grundsätzen zu vermögen, welche den Völkerrechten angemessen sind. Allein Rußland säumte nicht, sich von diesem heilsamen System zu entfernen. Als diese Veränderung durch Thatfachen kund wurde, und die gütlichen Unterhandlungen während des Jahrs 1811 nichts nützten, mußte der Kaiser Maßregeln ergreifen, welche die Würde seiner Kronen, und das Interesse seiner Völker und die Gefahr seiner Allirten erforderten. Die Ihnen vorzulegenden Verträge enthalten die Einleitung zu Ausführung dieser Maßregeln. "

„Der Muth unserer Krieger, der Genius des Helden, welcher sie auf dem Pfade des Ruhms anführt, verbürgen der Nation, daß auch diesmal, wie vormal, auf große Hoffnungen große Siege folgen werden. "

Die hier angeführten Berichte des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Kaiser dd. Gumbinnen am 21. Junius 1812. lauteten:

„Der Friedensvertrag von Tilsit zwischen Frankreich und Rußland war ein Offensiv-Allianz-Traktat gegen England. Bei der Rückkehr von der Konferenz auf dem Niemen wo der Kaiser Alexander zu Ew. Majestät sagte, er wolle ihr Sekundant gegen England seyn, entschlossen Sie sich, Eure, die Vortheile aufzuopfern, welche Sie aus Ihren Siegen ziehen konnten, und aus dem Zustande des Krieges in jenen einer Allianz mit Rußland schleunigst überzugehen. "

„Diese Allianz, welche die Kriegshülfsmittel Frankreichs gegen England vermehrte, sollte zugleich den Frieden des festen Landes garantiren. "

„Inzwischen fing Oesterreich im Jahr 1809 mit Frankreich Krieg an. Rußland leistete Ew. Majestät gegen den bestimmten Inhalt der Verträge gar keine Hülfe. Statt 150000 Mann, welche dasselbe hätte marschieren lassen können, und die französische Armee unterstützen sollten, zogen nur 15000 Mann ins Feld. Das Schicksal des Krieges war schon entschieden, als sie die russische Gränze verlassen hatten.“

„Seit diesem Zeitpunkte vernichteten Rußlands Ulfase vom 19. Dezember 1810, welche Frankreichs Handelsverhältnisse mit Rußland zerstörte, — die Zulassung des Englischen Handels in seinen Häfen, seine Zurüstungen, welche seit Anfang 1811 das Großherzogthum Warschau mit einem Einfalle bedrohten, endlich seine Protestationen wegen Oldenburg, die Allianz. Sie bestand schon nicht mehr, als sich von beiden Seiten Armeen bildeten, um sich wechselseitig zu beobachten.“

„Inzwischen wurde das ganze Jahr 1811. zu Besprechungen, Sendungen und Unterhandlungen mit Rußland in der Hoffnung angewandt, das Petersburger Kabinet, wo möglich, vom Kriege, den dasselbe beschloßen zu haben schien, abwendig zu machen, und seine wahren Absichten zu erforschen. Es wurde bis zur Evidenz erwiesen, daß diese Macht zugleich den Vorsatz hatte, sich den Bedingnissen des Vertrags von Tilsit zu entziehen, und mit England Frieden zu schließen und nach dem Besitz des Großherzogthums Warschau zu streben, indem sich dieselbe des Vorwands der vom Herzoge von Oldenburg reklamirten Entschädigungen bediente.“

„Ew. Majestät waren entschlossen, die Ehre des abgeschlossenen Friedensvertrags, so wie die Integrität der-

mit Ihnen alliirten Staaten mit den Waffen zu behaupten, und fühlten daher die Nothwendigkeit, sich noch enger mit einer Macht zu verbinden, an welche Allerhöchstdieselben schon Ihr Herz fesselt und dem allgemeinen politischen Interesse mit jenem Er. Majestät völlig übereinstimmend ist. In dieser Absicht wurde am 14. März dieses Jahrs zwischen Er. Majestät und dem Kaiser von Oesterreich ein Allianzvertrag zu Stande gebracht.“

„Alles versichert dieser Allianz die längste Dauer. Sie sichert die Ruhe des mittäglichen Europa und befördert Frankreichs Absichten, auch den Seefrieden herzustellen, u. s. w.“ —

Der hier angeführte Allianzvertrag zwischen Frankreich und Oestreich war am 14. März 1812. zu Paris zwischen dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herzog von Bassano und dem K. Oestreichischen Gesandten am französischen Hofe, Fürsten v. Schwarzenberg abgeschlossen worden, und enthält folgende 9 Artikel :

Art. I.) Es soll für immer Freundschaft, aufrichtige Vereinigung und Allianz zwischen Er. Majestät dem Kaiser von Oestreich, König von Ungarn und Böhmen, und Er. Maj. dem Kaiser der Franzosen, König von Italien, Beschützer des Rheinischen und Vermittler des Schweizerischen Bundes seyn. Dem zu Folge werden die hohen kontrahirenden Mächte Ihre größte Aufmerksamkeit dahin richten, daß zwischen Ihnen, so wie Ihren respektiven Staaten und Unterthanen glücklich bestehende freundschaftliche Verhältniß zu erhalten, Alles, was dasselbe stören könnte, zu vermeiden, und in jeder

Rücksicht Ihren wechselseitigen Nutzen, Ehre und Vortheil zu befördern.

II.) Die beiden hohen kontrahirenden Mächte garantiren sich wechselseitig die Integrität Ihrer gegenwärtigen Besitzungen.

III.) In Folge dieser wechselseitigen Garantie werden die beiden kontrahirenden Mächte stets im Einvernehmen an den Maasregeln arbeiten, welche Ihnen zur Erhaltung des Friedens die geeignetesten scheinen werden, und Sie werden in dem Falle, wo die Staaten der einen oder andern derselben mit einem Angriffe bedroht würde, Ihre kräftigste Verwendung eintreten lassen, um einen solchen Angriff zu verhindern. Da indessen diese Verwendung nicht die gewünschte Wirkung haben könnte, so verpflichten Sie sich, einander wechselseitig Beistand zu leisten, im Falle die eine oder andere angegriffen oder bedroht werden sollte.

IV.) Der durch den vorhergehenden Artikel stipulirte Beistand soll aus 30000 Mann bestehen, wovon 24000 Mann Infanterie, und 6000 Mann Kavallerie, welche sämmtlich fortwährend in völlig komplettem Kriegesstande erhalten werden sollen; ferner aus einem Artilleriepark von 60 Kanonen.

V.) Dieser Beistand soll auf die erste Aufforderung des angegriffenen oder bedrohten Theiles geleistet werden. Er soll sich in der möglichst kürzesten Zeitfrist, und spätestens vor Verlauf von 2 Monaten nach geschehener Aufforderung, in Bewegung setzen.

VI.) Die zwei hohen kontrahirenden Mächte garantiren die Integrität der Besitzungen der Ottomanischen Pforte in Europa.

VII.) Sie erkennen und garantiren gleichergestalt die Grundsätze der neutralen Schifffahrt, so wie dieselbe durch den Vertrag von Utrecht anerkannt und bestätigt worden sind. Se. Maj der Kaiser von Oestreich erneuern, in so fern es nöthig ist, die bereits eingegangene Verbindlichkeit, während der Dauer des gegenwärtigen Seekrieges, bei dem gegen England angenommenen Verbotssysteme zu beharren.

VIII.) Der gegenwärtige Allianztraktat soll nur nach vorausgegangenem gemeinschaftlichem Einvernehmen beider hohen kontrahirenden Mächte öffentlich bekannt gemacht, oder einem andern Kabinet mitgetheilt werden können.

IX.) Er soll ratifizirt, und die Ratifikationen desselben sollen zu Wien binnen 14 Tagen, oder, wo möglich, noch eher, ausgewechselt werden.

Der zweite Bericht des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten; dessen in den Reden des Fürsten Erzkanzlers des Reichs gedacht wird, lautet, wie folgt:

„Seit Ende des Jahres 1810. hat der Petersburger Hof sein System geändert und beschlossen sich von den Verbindungen loszumachen, die derselbe zu Tilsit unterzeichnet hatte, und unterstützt die Schritte, durch welche er die Allianz verlegte mit Kriegsrüstungen. Er sammelte Truppen in den polnischen Provinzen und rief einen Theil seiner Armee aus der Moldau zurück, welche in forcirten Märschen an den Gränzen des Herzogthums Warschau ankam.

„Im Monat Februar 1811 verlangten Ew. Majestät Erklärungen über diese außerordentliche Zurüstungen;

Allerhöchstdieselben mußten zugleich dem Könige von Sachsen anrathen, die Truppen des Herzogthums Warschau an der Weichsel zu konzentriren, um gegen einen plötzlichen Ueberfall gesichert zu seyn. "

„Preußen in einer Zwischenlage zwischen Frankreich und Rußland versetzt, bemerkte zuerst die Gesinnungen des Petersburger Hofes. Es konnte zwar die Beweggründe desselben nicht begreifen, aber es sah doch die Resultate zum voraus und machte Rußland Vorstellungen. Es zeigte demselben die Gefahr, deren letzteres sich aussetzen würde, wenn es Unterhandlungen durch Zurüstungen unterstützte. Es beschwor Rußland Bewegungen einzustellen, welche Preußen selbst kompromittiren könnten und auf sein Gebiet die Armeen herbeiziehen müßte, welche Ew. Maj. zur Vertheidigung des Herzogthums Warschau marschiren zu lassen würden gezwungen seyn. Dieser von der Liebe zum Frieden eingeblöste und von der Klugheit gebotene Schritt hatte gar keine Wirkung. Preußen sah nun, daß jenes Verhängniß, welches seit 10 Jahren Europa drängt, sich auch auf Rußland werfe, und auf demselben laste, äußerte nun schon im Monate Mai 1811 das freimüthige Verlangen sich durch eine Allianz mit Ew. Maj. zu vereinigen. "

„Lange nahmen Sie, Sire, Anstand, Verbindungen einzugehen welche vermuthen lassen mußten, daß die Allianz von Tilsit nicht mehr bestehe. Sie kannten die Beweggründe noch nicht, welche Rußland dahin verleiten könnten, die Verträge zu brechen mit England Frieden zu schließen, und den gegenwärtigen Zustand des Herzogthums Warschau zu bedrohen. Allein da endlich Ew. Majestät kein Zweifel mehr übrig



blieb, beauftragten Sie mich, mit Preußen in Unterhandlung zu treten und den am 24. Februar 1812. unterzeichneten Vertrag abzuschließen u. s. w. //

Dieser Vertrag, welcher von dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem K. Preussischen General Freiherrn v. Krusemark unterzeichnet worden, besteht aus 5 Artikeln, nachstehenden Inhalts:

Art. 1.) Es soll zwischen Sr. Maj. dem Kaiser der Franzosen, König von Italien und Sr. Maj. dem Könige von Preußen Ihren Erben und Nachfolgern eine Defensivallianz gegen alle Mächte von Europa statt finden, mit welchem einer oder der andere der kontrahirenden Theile in Krieg verwickelt ist, oder verwickelt werden könnte.

2.) Beide hohe kontrahirende Theile garantiren sich wechselseitig die Integrität ihrer gegenwärtigen Staaten.

3.) Auf den Fall, daß die gegenwärtige Allianz in Wirksamkeit kommen sollte, und jedesmal, wenn dieser Fall eintritt, werden die kontrahirenden Mächte die hiernach zu ergreifenden Maaßregeln durch eine besondere Konvention bestimmen.

4.) So oft England die Rechte des Handels beeinträchtigen wird, indem es entweder die Küsten von Frankreich und Preußen in Blokadestand erklärt, oder indem es jede andere Maaßregel ergreift, welche nicht mit dem im Utrechter Frieden festgestellten Seerechte übereinstimmen, werden beide kontrahirende Theile ihre Küsten und Häfen selbst gegen die Schiffe derjenigen neutralen Mächte ver-

schließen, welche die Unabhängigkeit ihrer Flagge verletzen lassen.

Der 5te Art. betrifft die Ratifikationen und Auswechslung des Traktates.

Beide diese Traktate, der österreichische und preussische waren schon früher durch die Wiener und Berliner Zeitungen bekannt worden. Diese enthielt zugleich noch einen besondern Vertrag über die wechselseitige Auslieferung der Deserteurs, jene eine Proklamation des Kaisers das nämliche betreffend.

Der Krieg gegen Rußland hatte, als diese Aktenstücke bekannt wurden, schon seinen Anfang genommen, und Jedermann war auf die Erklärung begierig, welche gewöhnlich allen Kriegen vorherzugehen pflegt. Von keiner Seite erfolgte eine solche Erklärung, sondern der Pariser Moniteur machte unterm 8 Juli 15 offizielle Aktenstücke bekannt, welche das Publikum in die vollständigste Kenntniß von der politischen Lage Frankreichs und Rußlands setzte und den Schleier entzog, welcher bisher die großen Angelegenheiten Europas verdeckt hatte. Ehe wir also die eigentlichen Kriegshebegebenheiten erzählen, ist es nothwendig, diese offiziellen Aktenstücke mitzutheilen und zu erwähnen.

Das erste Aktenstück ist eine Note des K. K. französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Grafen Romanzow, Kanzler des Russischen Reichs, Paris vom 25. April 1812.

Da diese Note den ganzen Zustand der Dinge zwischen Frankreich und Rußland entwickelt, und Aufschlüsse über verschiedene bisher ganz unbekannte Gegenstände gibt; so theilen wir solche ganz in einer getreuen Uebersetzung mit. Sie lautet wörtlich:

„Herr Graf! Se. Majestät der Kaiser hatten zu Tilsit anerkannt, daß die gegenwärtige Generation nicht eher wieder zu Glück und Wohlstand gelangen könne, bis alle Nationen im Vollgenuß ihrer Rechte ganz frei sich ihrer Industrie würden überlassen können und bis die Unabhängigkeit ihrer Flagge ein Recht jeder derselben und eine gegenseitige Pflicht einer jeden gegen die andere sey, daß sie nicht weniger, eine für die andere, für die Unverletzlichkeit ihrer Flagge als für die ihres Gebiets stehen müßten; daß, wenn eine Macht nicht, ohne aufzuhören neutral zu seyn, von einer der kriegsführenden Mächte das Eigenthum der andern auf ihrem Gebiete wegnehmen lassen könne, sie gleichfalls aufhöre neutral zu seyn, wenn sie von einer der kriegsführenden Mächte das Eigenthum, das die andere unter den Schutz ihrer Flagge gestellt hat, wegnehmen lasse. Daß demnach alle Mächte berechtigt seyen, zu fordern, daß die Nationen, welche auf Neutralität Ansprüche machen, eben so gut darüber wachen, daß ihre Flagge, als daß ihr Gebiet respektirt werde; daß so lange England auf seinem Kriegssystem beharrend, die Unabhängigkeit keiner Nation auf dem Meere anerkennt, keine Macht, die im Besitze von Küsten ist, neutral gegen England seyn könne.

Der Kaiser Alexander sah so mit dem Scharfsinne und den erhabenen Gesinnungen, welche ihn auszeichnen, ein, daß es kein Heil für die Staaten des festen Landes gebe, als in der Herstellung ihrer Rechte durch den Seefrieden. Dieses große Interesse des Seefriedens herrschte in dem Frieden von Tilsit; alles Uebrige war eine unmittelbare Folge davon. — Der Kaiser Alexander bot seine Vermittlung der Eng-

lischen Regierung an, und machte sich verbindlich, — im Falle, daß diese Regierung nicht einwilligte, Frieden auf die Grundlage, daß die Flaggen aller Mächte einer gleichen und vollkommenen Unabhängigkeit auf allen Meeren jederzeit genöſſen, abzuschließen, — gemeinschaftliche Sache mit Frankreich zu machen, mit ihm die Höfe von Kopenhagen, Stockholm und Lissabon aufzufordern, ihre Häfen den Engländern zu schließen, und England den Krieg zu erklären, und auf nachdrücklichste bei diesen Mächten auf die Annahme der nämlichen Grundsätze zu dringen. — Der Kaiser Napoleon nahm die Vermittlung Rußlands an; England antwortete aber darauf durch eine bis dahin in der Geschichte unerhörte Verletzung des Völkerrechts. In vollem Frieden und ohne vorgängige Kriegserklärung griff es Dänemark an, überfiel seine Hauptstadt, verbrannte seine Zeughäuser, und bemächtigte sich seiner, entwaffnet und sicher in seinen Häfen liegenden Flotte. Rußland erklärte, den Stipulationen und Grundsätzen des Tilsiter Friedens gemäß, England den Krieg, proklamirte aufs neue die Grundsätze der bewaffneten Neutralität, und versprach, nie von diesem System abzuweichen. Nun warf das Britische Kabinet die Maske ab; im Monat November 1807 erließ es jene Konseilsbefehle, wodurch England eine Auflage von 4 bis 500 Millionen auf das feste Land ausschrieb, und alle Flaggen dem Tarif und den Verfügungen seiner Gesetzgebung unterwarf. So setzte es sich auf einer Seite in den Kriegstand gegen ganz Europa; auf der andern Seite sicherte es sich die Mittel, dessen Dauer zu verewigen, indem es seine Finanzen auf den Tribut gründete, den es allen Völkern aufzulegen sich anmaßte.

Schon im Jahr 1806, während Frankreich mit Preußen und Rußland im Krieg war, hatte England eine Blokade proklamirt, welche alle Küsten eines Reichs mit einem Interdikt belegte. Als Se. Maj. in Berlin eingezogen waren, antworteten Sie auf diese ungeheure Anmaßung durch das Defret der Blokade der brittischen Inseln. Um aber den Konseilsbefehlen von 1807 ganz zu begegnen, waren unmittelbare, bestimmtere Maßregeln nöthig; Se. Majestät erklärten durch das Defret von Mailand vom 17. Dezember des nemlichen Jahres alle Flaggen für entnationalisirt, die ihre Neutralität verletzen, und jenen Beschlüssen sich unterwerfen würden. Der Angriff gegen Kopenhagen geschah unversehens und öffentlich. England bereitete in Spanien mit Vorbedacht und im Finstern neue Frevel vor. Da es die Festigkeit Karls IV. nicht erschüttern konnte, bildete es eine Parthei gegen diesen Fürsten, der die Interessen seines Königreichs nicht England opfern wollte; es bediente sich des Namens des Prinzen von Asturien, und der Vater wurde im Namen des Sohnes vom Throne gestossen; die Feinde Frankreichs und die Anhänger Englands bemächtigten sich der höchsten Gewalt. Se. Maj. ließen, auf Ersuchen des Königs Karls IV. ihre Truppen in Spanien einrücken, und der Krieg auf der Halbinsel brach aus. Vermöge einer der Tilsiter Stipulationen sollte Rußland die Wallachei und Moldau räumen. Diese Räumung wurde verschoben. Neue zu Konstantinopel vorgefallene Revolutionen hatten mehrmalen das Gerail mit Blut überdeckt. So war ein Jahr seit dem Frieden von Tilsit verflossen, und schon hatten die Vorfälle von Kopenhagen, in Spanien und in Konstantinopel, dann die im Jahr 1807 von dem brit-



tischen Konseil bekannt gemachten Beschlüsse Europa in eine so unerwartete Lage versetzt, daß beide Souveraine für räthlich hielten, sich mit einander zu benehmen und zu verstehen; die Zusammenkunft von Erfurt hatte Statt. Mit gleichen Absichten und von dem Vertrage des Tilsiter Vertrags beseelt, vereinigten sie sich über das, was so große Veränderungen ihnen vorschrieben; der Kaiser bewilligte die Räumung Preussens von seinen Truppen; er willigte zugleich ein, daß Rußland die Moldau und Wallachei nicht räumte, sondern diese Provinzen seinem Reiche einverleibte. Beide Souveraine, in gleichem Grade die Herstellung des Seefriedens wünschend, und eben so fest, wie zu Tilsit, an den Grundsätzen hängend, zu deren Vertheidigung sie sich vereinigt hatten, beschloßen gemeinschaftlich einen feierlichen Schritt bei England zu thun.

Sie, Herr Graf, kamen nach Paris, um die Folgen davon abzuwarten, und sie wechselten damals mehrere Noten mit der brittischen Regierung. Das Kabinet von London aber wies, bei der Aussicht auf einen neuen Landkrieg, jede Unterhandlung zurück. Schweden hatte sich geweigert, seine Häfen England zu verschließen. Rußland hatte ihm, in Gemäßheit der Tilsiter Stipulationen, den Krieg erklärt. Schweden verlor dadurch Finnland, das Rußland mit seinem Reiche vereinigte. Zu gleicher Zeit bemeisterten sich die Russen der Festungen an der Donau, und führten mit Glück den Krieg gegen die Türken.

Inzwischen, Herr Graf, triumphirte das System Englands. Seine Kabinettsbeschlüsse drohten die unermesslich günstigsten Erfolge zu gewinnen, und die Waarenabgabe, welche die Mittel, den von demselben

ausgesprochenen ewigen Krieg zu unterhalten, anschaffen sollte, wurde auf allen Meeren erhoben. Da Holland und die Hansestädte den Handel mit demselben fortsetzten, so machte deren Nachsicht die heilsamen und entscheidenden Verfügungen der Dekrete von Berlin und Mailand unwirksam, welche doch allein die Grundsätze und die Beschlüsse des Britischen Cabinets siegreich bekämpfen konnten. Und da die Vollziehung dieser Verfügungen nur durch tägliches Wirken einer festen, wachsamten und gegen jeden feindlichen Einfluß geschützten Staatsverwaltung gesichert werden konnte, so mußten Holland und die Hansestädte (dem französischen Reiche) einverleibt werden.

Aber während die liebsten Empfindungen in dem Herzen Sr. Maj. dem Interesse ihrer Völker und dem des festen Landes weichen mußten, ereigneten sich große Veränderungen. Rußland verließ die Grundsätze für welche es sich zu Tilsit verpflichtet hatte, gemeinschaftliche Sache mit Frankreich zu machen; welche Grundsätze es auch in seiner Kriegserklärung gegen England als die seinige ausgesprochen hatte, und welche die Dekrete von Berlin und Mailand veranlaßt hatten. Diesen Grundsätzen wurde durch die Ukase in Handelsfachen ausgewichen, welche die Häfen Rußlands jedem Englischen Schiffe öffnete, das mit Kolonialwaaren oder englischem Eigenthum befrachtet war, sobald es die Maske einer fremden Flagge annahm. Dieser unerwartete Streich zernichtete den Vertrag von Tilsit, und jene Fundamentalverhandlungen, welche den Kampf der zwei größten Reiche der Welt geendiget, und für Europa die große Wohlthat des Stetfriedens versprochen hatten. Man sah

von da an schon neuen Umwälzungen und blutigen Kriegen entgegen.

Das Betragen Rußlands von dieser Zeit an neigte sich beständig gegen gedachte traurige Resultate. Die Vereinigung des Herzogthums Oldenburg, das auf allen Seiten in die Landesbezirke eingeschlossen war, die neuerlich der nemlichen Regierung in Frankreich unterworfen wurden, war eine natürliche Folge der Einverleibung der Hansestädte. Es wurde eine Schadloshaltung angeboten. Dieser Gegenstand konnte leicht auf eine wechselseitig schiedliche Weise angeordnet werden. Aber Ihr Kabinet machte eine Staatssache daraus: und man sah zum erstenmal eine Protestation eines Allirten gegen den andern Allirten erscheinen.

Die Aufnahme englischer Schiffe in die russische Häfen, und die Anordnungen der Ufse von 1810, hatten gezeigt, daß die Verträge nicht mehr bestehen. Die Protestation bewies, daß nicht nur die Bande, welche die beiden Mächte vereint hatten, zerrissen seyen, sondern daß auch Rußland öffentlich Frankreich den Fehdehandschuh um einer Sache willen hinwarf, die ihm fremd war, und die sich nur durch das von Sr. Maj. angebotene Mittel beilegen ließ. Man verhehlte es nicht, daß die Ablehnung dieses Anerbietens den schon gereiften Entwurf eines Bruchs entwikelte. Rußland rüstete sich wirklich dazu. In dem Augenblick, da es die Friedensbedingungen der Türkei vorschreiben wollte, rief es plötzlich 5 Divisionen der Armee von der Moldau zurück, und vom Monat Februar 1811 an



erfuhr man zu Paris, daß die Armee des Großherzogthums Warschau sich genöthiget gesehen habe, über die Weichsel zurück zu gehen, um sich in die Lage zu setzen, von dem Bunde der Alliirten Hülfe erhalten zu können; so sehr waren die Armeen auf der russischen Gränze zahlreich und drohend.

Als Rußland sich zu Maasregeln entschloß, die dem Interesse des wirklichen Kriegs, den es zu führen hatte, entgegen waren; als es seine Waffenrüstungen auf eine, für seine Finanzen lästige, und in Hinsicht der Lage, worin sich alle Mächte des festen Landes befanden, zwecklose, Weise vergrößerte, befanden sich alle französische Truppen noch disseits des Rheins, mit Ausnahme eines Korps von 40,000 Mann, das bei Hamburg zur Vertheidigung der Küsten des Nordmeeres und zur Erhaltung der Ruhe in den neuerlich einverleibten Ländern versammelt war; die inne behaltenen preussischen Festungen waren nur von alliirten Truppen besetzt: zu Danzig war nur eine Garnison von 4000 Mann geblieben: und die Truppen des Großherzogthums Warschau waren auf dem Friedensfuß: ein Theil derselben sogar in Spanien.

Die Zurüstungen Rußlands waren also zwecklos, es sey denn, daß es die Hoffnung hatte, Frankreich durch mächtige Anstalten zu schrecken und es zu bewegen, den Erörterungen wegen Oldenburg durch Aufopferung des Bestehens des Herzogthums Warschau ein Ende zu machen; vielleicht griff auch Rußland, das sich nicht verbergen konnte, daß es den Tilsiter Vertrag verletzt hatte, nur zur Gewalt, um

Parasiten zu rechtfertigen zu suchen, die nicht gerechtfertigt werden konnten.

Se. Maj. blieben gleichwohl unempfindlich. Sie beharrten auf dem Wunsche einer Uebereinkunft; Sie dachten, daß es immer Zeit wäre, die Waffen zu ergreifen; Sie verlangten, daß dem Fürsten Kurakin Vollmachten geschickt, und daß eine Unterhandlung über die Zwistigkeiten eröffnet werden möchte, die sich leicht beilegen ließen, und die sicherlich nicht von der Art wären, daß sie Blutvergießen forderten. Sie beschränkten sich auf folgende 4 Punkte:

1) Das Bestehen des Herzogthums Warschau, das eine Bedingung des Tilsiter Friedens gewesen war, und das, vom Ende des Jahrs 1809 an, Rußland zu Aeußerungen von Mißtrauen Anlaß gegeben hatte, welche Se. Maj. mit einer so weit getriebenen Nachgiebigkeit beantworteten, als es die anspruchsvollste Freundschaft wünschen und die Ehre gestatten konnte.

2) Die Vereinigung des Herzogthums Oldenburg, die der Krieg gegen England nothwendig gemacht hatte, und die im Tilsiter Geiste war.

3) Die Gesetzgebung über den Handel der englischen Waaren und der entnationalisirten Schiffe, die nach dem Geiste und dem Inhalte des Tilsiter Vertrags bestimmt werden sollte.

4) Endlich die Verfügungen der Ukase vom Dezember 1810, die, während sie alle Handelsverhältnisse Frankreichs mit England aufhoben, den mit englischem Eigenthum beladenen, fälschlich angenommenen, Flaggen die Häfen öffneten, dem Buchstaben des Tilsiter Vertrags entgegen waren.

Dies sollten die Gegenstände der Unterhandlung seyn.

Was das Großherzogthum Warschau betraf, so ließen sich Se. Maj. gerne eine Uebereinkunft gefallen, wodurch Sie Sich verbindlich machten, kein Unternehmen zu begünstigen, das direkt oder indirekt auf die Herstellung Polens zielte.

Was Oldenburg betrifft, so nahmen Se. Maj. die vermittelnde Dazwischenkunft Rußlands an, welches gleichwohl kein Recht hatte, sich in das zu mengen, was einen Fürsten des Rheinischen Bundes anging: und Sie willigten ein, diesem Fürsten eine Entschädigung zu geben.

Was den Handel mit englischen Waaren und die entnationalisirten Schiffe betrifft, so verlangte Se. M. ein Einverständniß, um die Bedürfnisse Rußlands mit den Grundsätzen des Handelssystems des festen Landes und mit dem Geiste des Tilsiter Vertrags zu vereinbaren.

Was endlich die Alkase betrifft, so willigten Se. M. ein, einen Handelsvertrag abzuschließen, der, indem er die, im Tilsiter Vertrag garantirte, Handelsverhältnisse sicherte, zugleich für alles Interesse Rußlands sorgte.

Der Kaiser schmeichelte sich, daß Gesinnungen von einer so offenkundigen Ausgleichungsliebe eingegeben, endlich eine Uebereinkunft herbeiführen würden. Aber es war unmöglich, Rußland dahin zu bewegen, daß es Vollmachten zur Eröffnung einer Unterhandlung gab; es antwortete auf die neuen Eröffnungen, die ihm gemacht wurden, beständig durch neue Rüstungen

und es mußte endlich begreiflich werden, daß es sich zu erklären weigerte, weil es nur Dinge vorzutragen hätte, die es nicht auszudrücken wagte, und die nicht bewilligt werden konnten; daß es keine Uebereinkunft wünschte, welche das Herzogthum Warschau mit Sachsen genauer vereinigen, und es gegen die Bewegungen, welche bei Rußland Besorgnisse für die Ruhe seiner Provinzen erregen könnten, sichern sollten, sondern daß es das Herzogthum selbst (mit Rußland) vereinigen wollte; daß es nicht seinen Handel, sondern den Handel der Engländer, begünstigen wollte, um England der Katastrophe, die ihm droht, zu entreißen; daß Rußland nicht wegen der Angelegenheiten des Herzogs von Oldenburg bei der Vereinigungs Angelegenheit ins Mittel treten, sondern daß es nur eine offenbare Beschwerde gegen Frankreich im Hinterhalte haben wollte, für den Augenblick des Bruches, zu dem es sich rüstete.

Der Kaiser erkannte nun, daß er keinen Augenblick zu verlieren hatte. Er griff auch zu den Waffen. Er setzte sich in Stand, Armeen gegen Armeen zu stellen, um einen so oft bedrohten Staat der zweiten Reihe, der sein ganzes Vertrauen, auf seinen Schutz und seine Treue setzte, zu schützen.

Indessen mein Herr Graf, ergriffen Seine Majestät noch alle Gelegenheiten, Ihre Gesinnungen zu äußern. Sie erklärten öffentlich, den lezvergangenen 15 August, die Nothwendigkeit, den so gefährlichen Gang, den die Sachen nähmen, aufzuhalten, und den Wunsch, durch Ausgleichungen, über welche sich in Unterhandlung einzulassen Seine Majestät unaufhörlich verlangten, diesen Zweck zu erreichen.

Am Schluß des Novembers glaubten Seine Majestät hoffen zu dürfen, daß ihr Kabinet endlich diesem Wunsch seinen Beifall geben werde. Sie kündigten, mein Herr Graf, dem Botschafter Seiner Majestät an, daß der Herr von Nesselrode bestimmt sey, sich mit Instruktionen nach Paris zu begeben. Es verflossen hierauf 4 Monate; und Seine Majestät erfuhren nun, daß diese Sendung nicht Statt haben werde. Sie ließen sogleich den Herrn Obersten Czernichew rufen, und überzaben ihm für den Kaiser Alexander ein Schreiben, das von neuem auf Eröffnung von Unterhandlungen abzwelte. Herr v. Czernichew kam am 10 März zu Petersburg an: und dies Schreiben ist noch unbeantwortet.

Wie konnte man es sich länger verhehlen, daß Rußland jeder Annäherung ausweiche? Seit anderthalb Jahren hatte sich dasselbe beständig zum Geseß gemacht, nach dem Schwerdte zu greifen, so oft ihm Vergleichungsanträge gemacht worden waren.

So gezwungen, alle Hoffnung in Hinsicht Rußlands aufzugeben, dachten Seine Majestät vor dem Beginnen dieses Kampfes, der so vieles Blut fließen machen wird, daß es ihre Pflicht wäre, sich an die englische Regierung zu wenden. Das Gedränge, in dem sich England befindet, die Umtriebe, denen es Preis gegeben ist, und die Veränderungen, die in seiner Regierung neuerlich Statt hatten, bestimmten Seine Majestät dazu. Ein aufrichtiges Verlangen nach Frieden hat diesen Schritt veranlaßt, wovon ich Ihnen Kenntniß zu geben, den Auftrag erhalten habe. Kein Abgeordneter ist dahin geschickt worden; und es fand kein anderer Verkehr zwischen beiden Regierungen

statt. Das Schreiben wovon Em. Exc. hier eine Abschrift beigelegt finden, und welches ich an den Staatssekretair Sr. Brittischen Majestät für auswärtige Angelegenheiten adressirt habe, ist auf dem Meere dem Befehlshaber der Station von Douvres übergeben worden.

Daß ich mich jetzt an Sie wende, mein Herr Graf, ist ein Folge der Bestimmungen des Tilsiter Friedens, welchem gemäß sich Se. Maj. bis auf den letzten Augenblick betragen will. Wenn auf die Eröffnungen, die an England gemacht worden, Etwas erfolgen wird, so werde ich mich beeilen, Ihnen davon Nachricht zu geben. S. M. der Kaiser Alexander werden daran Theil nehmen, entweder in Folge des Traktats von Tilsit, oder als Mittler von England, wenn schon Dero Verhältnisse mit England festgesetzt sind.

Es ist mir förmlich vorgeschrieben, mein H. Graf, bei Endigung dieser Depesche Ihnen noch den Wunsch auszudrücken, den Se. Maj. schon gegen den Herrn Obristen v. Czernichew geäußert haben, wie sehr Sie zu sehen wünschten, daß doch die Unterhandlungen, welche Sie seit 18 Monaten unaufhörlich verlangt haben, die Ereignisse, worüber die Menschheit zu seufzen haben würde, abwenden mögen.

In welcher Lage auch die Angelegenheiten sich in dem Augenblick befinden mögen, da dieses Schreiben Ihnen zukommen wird, so wird noch immer der Friede von den Entschliessungen ihres Kabinetts abhängen.

Ich habe die Ehre, mein Herr Graf, Ihnen die Versicherung meiner größten Hochachtung darzulegen.

Die in diesem Schreiben angeführte Note an den Britischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Lord Castlereagh war vom 17. April 1812. und folgenden Inhalts:

Se. Maj. der Kaiser und König, immer von den nemlichen friedlichen und mäßigen Gesinnungen beseelt, will einen neuen feierlichen und förmlichen Schritt thun, um dem Kriegsübel ein Ende zu machen. Die Größe und der Drang der Umstände, welche dormalen auf der Welt lasten, haben S. M. bewogen, mich zu autorisiren, Sie mein Herr, von dessen Gesinnungen und Absichten zu unterrichten.

Seit 10 Jahren sind in Europa große Veränderungen vorgegangen; sie waren alle eine nothwendige Folge des zwischen Frankreich und England ausgebrochenen Krieges. Es werden aus der nämlichen Quelle noch mehrere Veränderungen nachfolgen. Der besondere Karakter, welchen der gegenwärtige Krieg angenommen hat, kann dessen Dauer und Folgen in die Länge ziehen. Ausschließende und willkürliche Grundsätze können nur durch einen Widerstand bekämpft werden, welcher jedes Maas und jedes Ziel übersteigt, und das Verwahrungs- und Widerstandssystem muß sich mit dem nemlichen Karakter der Allgemeinheit, Beharrlichkeit und der Kraft bekleiden.

Hätte man den Frieden von Amiens aufrecht erhalten, dann wäre manchem Umsturze vorgebeugt worden. Ich wiederhole den Wunsch, man möge sich der Erfahrungen der vergangenen Zeit zur Lehrerin für die Zukunft bedienen.

Mitten in der Aussicht zu einem gewissen Triumphe hielten S. M. oft inne, und wendeten ihre Blicke davon



ab, um den Frieden herbeizuführen. Im Jahr 1805 machten Allerhöchstdieselben, mit dem vollen Bewußtseyn aller Vortheile Ihrer damaligen Lage, und mit aller Zuversicht auf die Vorbedeutungen, welche das Glück sehr bald in Erfüllung gehen ließ, der brittischen Regierung und Sr. Maj. dem Könige Vorschläge, welche unter dem Vorwand verworfen wurden, man müßte Rußland um Rath fragen. Im Jahr 1808 wurden in Verbindung mit Rußland neue Anträge gemacht; damals bezog sich England auf eine Dazwischenkunft, welche eigentlich nur das Resultat der Negoziation selbst seyn konnte. Im Jahr 1810 konnte Se. Maj. es sich nicht länger mehr verhehlen, daß die brittischen Kabinettsbefehle vom Jahr 1807 die Fortsetzung des Krieges mit Hollands Unabhängigkeit unverträglich machten, und verfügten daher neue, indirekte Mittheilungen, um den Frieden herbeizuführen; sie blieben ohne Erfolg, und dem französischen Reiche mußten neue Provinzen einverleibt werden.

Der gegenwärtige Augenblick begreift alle die verschiedenen Verhältnisse aller vorhergegangenen Epochen zusammen genommen in sich, in welchen Se. Maj. friedliche Gesinnungen geäußert haben, die ich noch einmal zu wiederholen den Befehl habe.

Die Drangsale, welche die Halbinsel und die weiten Strecken des spanischen Amerika verwüsten, müssen alle Nationen interessiren, und sie mit dem gleich lebhaftesten Wunsche befeelen, ihnen ein Ziel zu setzen.

Ich werde mich, mein Herr, auf eine Art ausdrücken, welche der Offenheit des Schritts, den ich zu thun beauftragt bin, völlig angemessen ist, und nichts wird dessen Rechtllichkeit und Größe mehr zu



bezeichnen fähig seyn, als der feste Ton, den ich anzustimmen die Erlaubniß habe. Warum sollte ich mich auch in Formeln einwickeln, deren sich nur die Schwäche bedient, weil sie nur des Betrugs bedarf.

Die Angelegenheiten der Halbinsel und jene von Sizilien haben Irrungen veranlaßt, deren Beilegung mit den größten Schwierigkeiten verknüpft ist. Ich bin autorisirt, Ihnen den Vorschlag zu machen, auf nachstehende Grundsätze darüber ein Arrangement zu Stande zu bringen: Spaniens Integrität wird garantirt, — Frankreich leistet auf alle Vergrößerung seines Gebietes an den spanischen Pyrenäen Verzicht; — die gegenwärtige Spanische Dynastie wird für unabhängig erklärt, und Spanien wird nach einer Nationalkonstitution der Cortes regiert. — Eben so wird die Unabhängigkeit und die Integrität von Portugal garantirt, dort soll das Haus von Braganza regieren. — Das Königreich Neapel bleibt dem Könige von Neapel — Das Königreich Sizilien soll dem gegenwärtigen Königl. Hause von Sizilien garantirt werden. Als Folge dieser Bedingungen, würden Spanien, Portugal und Sizilien von allen franz. und engl. Truppen zu Wasser und zu Lande geräumt werden.

Was die übrigen strittigen Punkte betrifft, so können sie nach dem Grundsatz ausgeglichen werden, daß eine jede Macht dasjenige behält, was ihr die andere nicht durch den Krieg hinwegnehmen kann. Dies mein Herr, sind die Annäherungs- und Aussöhnungsgrundsätze, welchem S. K. H. dem Prinzen Regent anbietet.

Se. Maj. der Kaiser und König hat bei diesem Schritte weder die Vortheile noch die Nachtheile des gegenwärtigen Krieges in Anschlag gebracht, welche dessen Fortdauer seinem Reiche bringen kann. S. M. nehmen bei Ihren disjunktiven Beschlüssen nur auf das Wohl der Menschheit und auf die Ruhe der Völker Rücksicht. Sollte dieser 4te Versuch, so wie die vorhergehenden, ohne Erfolg bleiben, dann kann sich Frankreich wenigstens mit dem Gedanken beruhigen, daß alles künftig zu vergießende Blut nur über England allein kommen wird.

Die Antwort des Kaiserlich Russischen Kanzlers Grafen Romanzow auf die Note des k. franz. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten erfolgte von Wilna aus am 19. Mai. Sie lautet:

Der Herr Graf v. M a r b o n n e hat mir die Depesche eingehändigt, die E. E. ihm anvertrauten. Ich säumte keinen Augenblick, sie Sr. Maj. vorzulegen. Der Kaiser, immer der Verhaltungsrichtschnur, welche er sich unabänderlich vorgezeichnet hat, getreu, immer bei seinem bloßen Verteidigungssysteme beharrend, kurz, immer um so gemäßigter, je mehr die Entwicklung seiner Macht ihn in Stand setzt, Ansprüche, die man gegen die Interessen seines Reichs und die Würde seiner Krone erheben möchte, abzuweisen, beschränkt sich darauf, sich nur an den Wunsch zu halten, mit dem Sie, Hr. Herzog, die merkwürdige Mittheilung Ihres Hofes zu schließen geruhen. Stets geneigt zu beweisen, wie sehr Sr. Maj. die Vermehrung alles dessen am Herzen liegt, was in Höchsth-

re Verhältnisse mit Frankreich einen Karakter von Leidenschaftlichkeit und einer für die Erhaltung derselben nachtheiligen Bitterkeit bringen könnte, geben Allerhöchstdieselbe mir auf, die Beschwerden, welche Sie angeführt haben, noch nicht zu widerlegen, und Behauptungen, die meistens auf oft völlig entstellten Thatsachen oder auf völlig ungegründeten Voraussetzungen beruhen, nicht zu rügen. Die dem Fürsten Kurakin durch den Baron Serdobin zugesandten Depeschen haben zum Theil alle Beschuldigungen zum Voraus beantwortet; sie haben das biedere Betragen, das der Kaiser in allen seinen Verhältnissen mit Frankreich befolgt hat, in seinem wahren Lichte dargestellt; sie haben über den Zweck unserer Rüstungen Erklärungen gegeben, die sich so sehr bestätigten, daß es selbst über die Erwartungen des Kaisers Napoleon gewesen zu seyn scheint, weil ungeachtet der drohenden Bewegungen seiner Armeen jenseits einer Linie, wo sie, der Sicherheit unserer Gränzen wegen, hätten Halt machen sollen bei uns alles sich noch in dem nämlichen Zustande befindet, wie bei dem Abgange des letzten Kuriers: es ist wirklich nicht ein Mann in Preußen oder auf das Gebiet des Herzogthums Warschau eingerückt, und es steht kein neues Hinderniß von unserer Seite der Erhaltung des Friedens im Wege.

Im Gegentheil, die letzten Instruktionen, die der Fürst Kurakin erhalten hat, geben ihm alle Mittel an die Hand, unsern Zwisten ein Ende zu machen, und jene Unterhandlung, die Ihr Hof wünschte einzuleiten.

Wir haben mit Vergnügen erfahren, wie der Kaiser Napoleon unsere Anträge aufgenommen hat;

die offizielle Antwort die E. E. darauf geben werden, und die der Fürst Kurakin uns ankündigt, wird die wichtige Frage über Krieg oder Frieden entscheidend lösen. Die Mäßigung, welche die Antwort bezeichnet, die ich heute an Sie zu richten die Ehre habe, gibt Ihnen, Herr Herzog, die sichere Bürgschaft, daß man bei uns nicht unterlassen wird, alle Nuancen aufzufassen, welche sie zu Gunsten des Friedens darbieten wird. S. M. haben eine sehr angenehme in dem bei der Britischen Regierung gethanen Schritt gefunden. Allerhöchstdieselben erkennen die Aufmerksamkeit, die der Kaiser Napoleon gehabt hat, Se. Maj. davon zu benachrichtigen. Allerhöchstdieselben werden jederzeit die Opfer zu schätzen wissen, welche dieser Souverain für die Abschließung des allgemeinen Friedens bringen wird; in Höchsthren Augen gibt es keine, die ansehnlich genug wären, um ein so großes und schönes Resultat zu erlangen.

Ich habe die Ehre ic.

Unterz. G. Romanzow.

Die Antwort des Britischen Staatssekretairs Lord Castleragh erfolgte schon am 23. April und lautet wörtlich:

E. E. Schreiben vom 17. d. M. ist eingetroffen und Sr. K. H. dem Prinzen Regent vorgelegt worden. Se K. H. glauben es Ihrer Ehre schuldig zu seyn, bevor Sie mich autorisiren E. E. Schreiben näher zu erörtern, den genauen Sinn, welchen Frankreich mit den Worten in folgender Stelle Dero Schreiben verbindet, festzusetzen. Es heißt daselbst:

„Die gegenwärtige Dynastie soll für unabhängig erklärt, und Spanien von einer Nationalkonstitution der Cortes regiert werden.“

Wenn, wie es S. R. H. befürchtet, der Sinn dieses Vorschlages dahin gehet, Spaniens Königl. Autorität und seine von den Cortes gebildete Regierung soll in dem Bruder des Oberhauptes der Franz. Regierung anerkannt werden, so wie die unter seiner Hoheit gebildeten Cortes, und nicht in jener des rechtmäßigen Souverains, Ferdinand VII., und dessen Erben, so wie in der außerordentlichen Versammlung der Cortes, welche dermalen in dessen Namen und durch dessen Autorität mit der höchsten Gewalt in diesem Königreiche bekleidet ist; — Dann habe ich den Befehl E. E. freimüthig und ausdrücklich zu erklären, daß treue und redliche Verbindungen Sr. R. H. nicht erlauben, einen Friedensvorschlag anzunehmen, welcher sich auf eine solche Basis stützt.

Sollten dagegen die oben angeführten Ausdrücke auf die gegenwärtige Regierung Spaniens hinielen, wie solche im Namen Königs Ferdinand VII. besteht, dann ist, auf die von E. E. darüber gegebene Versicherung, der Prinz Regent bereit, sich über die Sr. R. H. zur Erwägung übersendeten Grundsätze, ausführlich zu erklären, indem sein lebhaftester Wunsch dahin geht, in Verbindung mit seinen Allirten zu der Ruhe von Europa beizutragen, und an einem Frieden zu arbeiten, welcher nicht nur allein für Großbritannien und Frankreich, sondern auch für alle die Staaten, welche mit diesen beiden Mächten in freundschaftlichen Verhältnissen stehen, ehrenvoll seyn würde.

Nachdem ich die Besinnungen des Prinzen Regenten ohne Rückhalt über einen Punkt eröffnet habe, wegen welchem man sich vor allen Dingen verständigen muß, ehe man in weitere Erörterungen eingehen kann, halte ich mich genau an die mir von Sr. K. H. ertheilte Instruktion, wenn ich mich enthalte, unnöthige Bemerkungen zu machen, oder auf die Nebendinge in Ihrem Schreiben mit Gegenvorfürfen zu antworten. Glücklicher Weise kann ich mich zur Rechtfertigung des von Großbritannien eingehaltenen Benehmens, in den verschiedenen von Ihnen angeführten Epochen, auf die damals geführte Korrespondenz und auf das Urtheil beziehen, welches die Welt darüber schon lange gefällt hat.

Was den besondern Karakter betrifft, den der Krieg unglückseliger Weise angenommen hat, so wie auf die ausschließenden und willkührlichen Grundsätze von welchen E. E. behauptet, sie hätten dessen Fortschritte bezeichnet, muß ich es läugnen, daß die Großbritannische Regierung daran Theil habe, und ich bin beauftragt, E. E. zu versichern daß sie deren Daseyn aufrichtig beweint, da sie die Kriegsdrangsale unnöthiger Weise vermehren, und daß das lebhafteste Verlangen dieser Regierung, sie befinde sich nun mit Frankreich auf dem Kriegs- oder Friedensfuße, dahin geht, die Verhältnisse zwischen den verschiedenen Völkern nach liberalen, in der Vorzeit üblichen, Grundsätzen gehandhabt zu sehen.

Ich ergreife diese Gelegenheit, um E. E. meiner hohen Achtung zu versichern.

Inzwischen hatte zwischen dem Fürsten Kuratin Kaiserlich Russischen Gesandten zu Paris und dem

Französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herzog von Bassano, eine diplomatische Korrespondenz statt gehabt.

Die erste Note ist vom 30. April 1812. In dieser Note bemerkt zuvörderst der Fürst Kurakin, daß da er den Minister seit seinen mündlichen Eröffnungen nicht habe zu Hause treffen können, es die Dringlichkeit der Sache erfordere, die ihm anbefohlene Mittheilungen auf eine offizielle Art zu machen.

„Ich habe den Befehl, Ew. Excell. zu eröffnen, daß die Erhaltung Preußens und dessen Unabhängigkeit von jeder politischen Verbindung, welche gegen Rußland gerichtet seyn könnte, für das Interesse S. K. Maj. unumgänglich nothwendig ist. Um mit Frankreich auf einen wahren Friedensfuß zu kommen, ist es durchaus nöthig, daß zwischen demselben und Rußland ein neutrales Land gelegen sey, in welchem sich keine Truppen der beiderseitigen Mächte befinden. Und da die Politik S. M. des Kaisers, meines Herrn, nur dahin gerichtet ist, mit Frankreich solide und dauerhafte Verhältnisse herzustellen, welches aber, so lange noch fremde Truppen fortfahren, so nahe an der Russischen Gränze zu liegen, nicht wohl thunlich seyn wird, so kann die erste Grundlage der Unterhandlung nur in einem förmlichen Versprechen bestehen, die Preussischen Staaten und alle Preussischen Festungen, zu welcher Zeit und aus welchem Grunde sie auch immer von Französischen oder alliirten Truppen besetzt worden seyen, gänzlich zu räumen; die Garnison von Danzig zu verringern, Schwedisch-Pommern zu verlassen und mit dem König von Schweden ein Arrangement zu treffen, wodurch den beiden

Kronen Frankreich und Schweden ein Genüge geschieht.

Ich bin beauftragt, zu erklären, daß, wenn die vorstehenden Anträge von Seiten Frankreichs als Grundlage der zu treffenden Uebereinkunft angenommen werden, ich auch zugleich die Erlaubniß habe, zu versprechen, daß sich Se. Maj. der Kaiser, mein Herr, bei dieser Uebereinkunft, auch noch zu Nachstehendem verbindlich machen wird:

Ohne von den von dem Kaiser aller Rußen für den Handel seiner Staaten und für die Zulassung der Neutralen in den Häfen seines Reichs angenommenen Grundsätzen abzuweichen, Grundsätze, auf welche Se. Maj. nie Verzicht leisten wird, verpflichtet sich der Kaiser aus Anhänglichkeit für die zu Tilsit geschlossene Allianz, keine Veränderung in den in Rußland aufgestellten verbotenden und bis jetzt strenge beobachteten Maasregeln gegen den mittelbaren Handel mit England anzunehmen. Se. Maj. ist außerdem bereitwillig, mit Sr. Maj. dem Kaiser der Franzosen und Könige von Italien über ein in Rußland, nach dem Beispiel Frankreichs einzuführendes Lizenzsystem übereinzukommen; wohl verstanden, daß dasselbe nicht eher angenommen werden kann, als bis es dafür anerkannt worden ist, daß dasselbe durch seine Wirkungen den Nachtheil nicht vermehren kann, den der Handel in Rußland schon erleidet.

Se. Maj. der Kaiser aller Rußen verpflichten sich durch diese Konvention ferner, durch ein besonderes Arrangement, gewisse Modifikationen zu unterhandeln, welche Frankreich für den Vortheil seines



Handels in dem Russischen Douanentarif von 1810 wünschen möchte.

Endlich willigt Sr. Maj. auch ein, sich verbindlich zu machen, einen Tauschtraktat des Herzogthums Oldenburg gegen ein annehmbares Equivalent abzuschließen, das von Sr. Maj. dem Kaiser und Könige vorgeschlagen werden soll, und in welchem Sr. K. Maj. erklären wird, die Protestation zurückzunehmen, die Allerhöchstdieselben hätten machen können, um die Rechte ihres Hauses auf das Herzogthum Oldenburg zu wahren.

Die, Herr Herzog, sind die Grundlagen, welche mir hier vorzulegen befohlen wurden, und deren Annahme, in Betreff der Räumung der Preussischen Staaten und Schwedisch Pommerns, der Verminderung der Garnison von Danzig auf den Fuß, wie sie vor dem 1. Januar 1811 stand, und des Versprechens einer Negoziation mit Schweden, allein noch einen Vergleich zwischen unsern beiden Höfen möglich machen kann. Mit lebhaftem Bedauern sehe ich mich, ungeachtet der Zwischenzeit, welche seitdem verfloßen ist, als ich sie Ew. Erz. wörtlich mitgetheilt habe, noch immer in einer vollständigen Ungewißheit über die Wirkungen, welche meine Schritte ungeachtet der günstigen Aussichten haben werden, die ich mir aus der Audienz, welche Sr. K. K. Maj. mir am Montage zu erteilen geruheten, und von den Versicherungen versprach, die Ew. Erzell. Ihrerseits hinzufügten. Ich muß Ew. Erz. dasjenige wiederholen, was ich mir schon die Freiheit genommen habe, Sr. Maj. dem Kaiser selbst zur Kenntniß zu bringen, und

was ich, Hr. Herzog, Ihnen schon zu sagen die Ehre hatte, nämlich, daß auf den Fall, wo mir zu meinem großen Leidwesen die Nachricht zukäme, daß der Hr. Graf v. Lauriston Petersburg verlassen hätte, es meine Pflicht seyn würde, auf der Stelle um die Ausfertigung meiner Reisepässe zu bitten und auch Paris zu verlassen.“

Als hierauf keine Antwort erfolgte, gab der Fürst Kurakin unterm 7. Mai eine neue Note ein und bat dringend um Antwort, mit der Bemerkung: daß er das Ausbleiben dieser Antwort für ein Zeichen des beschlossenen Krieges ansehen und seine Pässe, um Frankreich zu verlassen, verlangen müsse. Die Antwort erfolgte nun unterm 9. Mai vom französischen Minister Herzog v. Bassano.

„Ehe ich mich, heißt es in derselben, in dem Falle befinde, auf beide Noten zu antworten, muß ich Ew. Erz. fragen, ob Sie mit hinlänglichen Vollmachten versehen sind, um einen Vergleich über die Mißhelligkeiten, welche sich zwischen den beiden Mächten erhoben haben, festzusetzen, abzuschließen und zu unterzeichnen, und im letzten Falle Sie ersuchen, mir dieselbe in Gemäßheit des Herkommens aller Kabinete vorläufig mitzutheilen.“

Der Fürst Kurakin erwiederte hierauf unterm 9. Mai: „er sey bereit, einen Vergleich zu unterhandeln, auch solchen *sub sperati* zu unterzeichnen, und er könne für die Ratifikation bürgen. Er sey zwar mit einer *Spezial Vollmacht* hierzu nicht versehen, doch schmeichle er sich, daß der Charakter, welchen

er am französischen Hofe bekleide, hierzu vollkommen gnüge, besonders da er versichern könne, daß ihm für den Fall die Spezialvollmacht zugesichert sey. Er bemerkte dabei, daß wenn er diese auch wirklich jetzt hätte, die Ratifikation dem Souverain doch immer ebenfalls nothwendig bleibe." —

Da der französische Minister, Herzog v. Bassano, inzwischen am 10. Paris verließ, so erfolgte die eigentliche Antwort darauf erst von Thorn aus unterm 12. Junius. Sie lautet:

„Mein Herr Großbotschafter!

In Ihrer Note vom 30. April haben Sie erklärt, daß eine Uebereinkunft zwischen unsern beiden Höfen unmöglich sey, wenn nicht Se. Maj. der Kaiser und König zuvörderst dem peremptorischen Begehren beistimmen, die Preussischen Staaten gänzlich zu räumen.

Als mir Ew. Erz. mündlich diesen Schritt ankündigten, verheelte ich Ihnen nicht alle Folgen desselben. Nach der Schlacht von Austerlitz, wo die Russische Armee umzingelt war, nach der Schlacht von Friedland, wo sie eine gänzliche Niederlage erlitten hatte, bewiesen Se. Maj. Ihre Achtung gegen die Tapferkeit dieser Armee, gegen die Größe der Russischen Nation, und gegen den Charakter des Kaisers Alexander, indem Höchstdieselbe nichts ehrwidriges forderten. Es war nicht möglich zu denken, daß Ihr Souverain, der ohne Zweifel weder den Charakter des Kaisers, noch den der Ehre so treuen Französischen Nation erkennt, in den gegenwärtigen Umständen von Europa Frankreich entehren wolle. Se.

Maj. der Kaiser und König konnten demnach in dem Begehren, Preußen zu räumen, als vorläufige Bedingung, nichts anders als eine positive Weigerung zu unterhandeln sehen.

Sie haben diese Meinung dadurch bestätigt, Hr. Großbotschafter, daß Sie am 7. Mai ihre Pässe verlangt, und dieses Begehren am 11. u. 24. wiederholt haben.

Ich habe es gleichwohl anstehen lassen, Ew. Erz. zu antworten, weil Se. Maj. annoch sich bereden wollten, als sehen Sie weiter gegangen, als Ihre Instruktionen, indem Sie eine Note eingaben, und als formelle Bedingung festsetzten, was das Resultat einer Unterhandlung seyn könnte, und indem Sie alle Diskussionen durch das Begehren Ihrer Pässe abbrachen.

Als aber die Depeschen des Hrn. Grafen Lauriston, die Berichte, die von verschiedenen Höfen einliefen, sogar die Bekanntmachungen in den Englischen Blättern uns belehrt hatten, daß Ihre Regierung ihre Hauptstadt und ganz Europa von dem Entschlusse, den sie gefaßt, benachrichtigt hat, in keine Unterhandlung sich einzulassen, bis die Französischen Truppen an die Elbe würden zurückgegangen seyn, so sah ich ein, Hr. Großbotschafter,, daß ich mich geirrt habe, und ich mußte Ihrer Erfahrung und Ihren Einsichten Gerechtigkeit widerfahren lassen, die Sie würden verhindert haben, einen solchen äußersten Schritt zu thun, wenn nicht Ihre Regierung es Ihnen zur unnachlässlichen Pflicht gemacht hätte.

Da nun Se. Maj. nicht mehr an den Absichten Ihres Hofes zweifeln können, so haben Sie mir befohlen, Ihnen Ihre Pässe zuzuschicken, deren wiederholtes Begehren Höchstdieselbe als eine Kriegserklärung ansehen.“ —

Die weitem diplomatischen Verhandlungen, sowie die Erzählung der wirklichen Kriagsbegebenheiten ausoffiziellen Blättern, werden wir im nächsten Hefte unfehlbar mittheilen.

## 17.

### Zustand und Unterstützung des Departements Fulda im Großherzogthum Frankfurt.

Carl, von Gottes Gnaden, Großherzog von  
Frankfurt, Fürstprimas des rheinischen Bundes,  
des, Erzbischof von Regensburg &c. &c.

Die Verfassung des guten Fulder Landes ist durch eine lange Reihe unvermeidlicher Ereignisse in solchen Verhältniß gekommen, daß es Hilfe und Unterstützung bedarf. Die Schulden der Staatskassen in diesem Departement sind in vorhergegangenen Zeiten, nach und nach, zu solchen Summen angewachsen, daß die

verfassungsmäßigen, feierlich versicherten, Gehalte und Besoldungen des verflossenen Jahres, aus den Einnahmen des laufenden Jahres nachgezahlt werden; so daß in künftigen Jahren die mögliche Zahlung nicht vorzusehen ist; Handel und Wandel stocken in Stadt und Land, einschleichender Muth verurteilt nachtheilige Folgen für den Familienwohlstand so mancher achtungswürdiger Stadt- und Landbewohner.

Um diesen Uebeln einigermaßen abzuhelfen, haben Wir im verwichenen Jahre

- 1) der Fulder Departementskasse einen unverzinslichen Vorschuß von 30,000 fl. aus einer allgemeinen andern Kasse des Großherzogthums verschafft.
- 2) Haben Wir zur Verzinsung der Kapitalschulden den Ertrag von 18  $\frac{1}{2}$  Steueranlagen angewiesen, aus deren Einnahme bisher, zur Wiederherstellung des Kredits, bereits mehr als 40000 fl. verwendet worden.

Da jedoch

- 3) diese Summe nicht hinreichend ist, so haben Wir Uns Landesväterlich entschlossen, von nun an in Quartalszahlungen den Fulder Departementskassen aus Unserm persönlichen Vermögen jährlich 80,000 fl. unverzinslich vorzuschießen. Indem unterdessen auch dieser Vorschuß nicht hinreichen wird, die Departementsbedürfnisse in diesen drangvollen Zeiten zu decken, so sehen Wir Uns genöthigt, dem täglich verderblicher einreißenden Uebel einen kräftigen Damm entgegen zu setzen, und hierzu dasjenige Mittel zu ergreifen, welches Uns in diesen gegenwärtigen Zeitumständen

einzig übrig ist, und eben so schnell als verläßig wirken kann.

Wir fordern nämlich

- 4) die Vaterlandsliebe der gesammten Stadt- und Landbewohner, die sie noch in jeder bedrängnißvollen Zeit mit Wärme und Treue bewiesen haben, auch dermalen wieder eben so vertrauensvoll, als ernstlich, zu einer monatlichen Klassensteuer auf. Das Klassenverhältniß selbst ist von Uns in der Art festgesetzt, daß dem Armen, wie dem Reichen, sein monatlicher Beitrag, bei sonst gutem Willen, unmöglich beschwerlich fallen kann.

Während der kleinste persönliche Beitrag monatlich nur einen Kreuzer austrägt, wird der höchste Beitrag keine zweien Gulden übersteigen. Fünf und zwanzig Abstufungen nach den Gesamtverhältnissen, in welchen jeder Zulder Staatsbewohner sich befindet, abgemessen, liegen in der Mitte; und zur Ausführung haben Wir, in der Person Unsers geheimen Finanzraths Menz, einen eigenen Spezialkommissär ernannt der nach den ihm hierüber erteilten besondern Instruktionen verfahren wird.

Wir erklären übrigens

- 5) diese Klassensteuer als für den unvermeidlichen Drang der gegenwärtigen Bedürfnisse unumgänglich nothwendig, und eben darum ausdrücklich als vorübergehend. Sie wird daher aufhören, sobald das Bedürfniß nicht mehr dasselbe seyn wird; und Wir werden mit väterlicher Sorg-

salt Uns bestreben, diesen erwünschten Zeitpunkt sobald, wie möglich, herbei zu führen, durch Ermunterung des Handels und der Gewerbe, durch richtige Zahlung, durch verhältnißmäßigere Einrichtung der Grundsteuer und der indirekten Abgaben, nach dem Sinne des Organisationspatents.

Nebstdem wird das Fulder Departement zu Kräften kommen, wenn in der Folge der Zeit gegenwärtige Gehalte und entbehrliche Stellen erlöschen.

Da endlich

- 6) die getreue richtige Verwendung sämmtlicher Steuern und Klassenbeiträge der Inwohner, zum Besten des Vaterlandes, eine geheiligte Sache ist: so werden Wir dafür sorgen, daß darüber jährliche, förmliche, richtig belegte Rechnung gestellt, gedruckt und dem Fulder Publikum bekannt gemacht werde.

Gegeben Fulda den 12. August 1812.

C a r l, Großherzog.

#### Druckfehler.

Seite	Zeile			
164	1	von unten	statt ein	lies eins.
157	6	von oben		individuelle l. individuelle.
175	10			Produkten l. Produktion.
177	11	von unten		nachdem l. nach dem.
178	13	von oben		Das l. Das.
226	8		ist das eine Wort	„das“ hinwegstreichen.
230	13	von unten	st. Wohlthätigkeitsanstalten	l. Wohlthätigkeitsanstalten.
236	11	von oben	st. nach	l. noch.
255	13	von unten	st. ebenwohl	l. ebensowohl.
263	3	von oben	st. Unsere	l. Unseren.



# Literarischer Anzeiger.

N. II.

## Bekanntmachung.

der Eröffnung einer medizinisch-chirurgischen Lehranstalt in Frankfurt im November des Jahres 1812.

Die Organisations-Patente des öffentlichen Unterrichtes in dem Großherzogthume Frankfurt vom 25. Jänner u. 1. Februar l. J. verfügen, daß die Großherzogliche Universität als ein allgemeines, für das ganze Land bestimmtes Lehrinstitut, mehrere nach Orten getrennte Spezialschulen befassen solle.

So sehr man von Seiten der Regierung die großen Vorthelle anerkannte, welche mit der Vereinigung aller dem Unterrichte in den höhern Wissenschaften gewidmeten Lehrstühle, und der da-

zu erforderlichen Hilfsmittel an einem und demselben Orte verbunden sind; so wollten doch die in dem Großherzogthume bestehenden Verhältnisse nicht gestatten, der Ueberzeugung von der besseren Verfassung einer Universität zu folgen, und Seine Königliche Hoheit sahen sich daher in Höchst Ihrer immer auf das allgemeine Wohl gerichteten Weisheit bewogen, lieber auf das anerkannte Bessere Verzicht zu leisten, als mehrere in den einzelnen Departementen des Landes vorhandene Stiftungen und Anstalten für wissenschaftliche Veredlung unbenutzt zu lassen.

Aus diesen weisesten und verehrungswürdigsten Gesinnungen gieng die in den oben angeführten Patenten enthaltene Verfügung hervor, daß eine medicinisch-chirurgische Schule in der Hauptstadt Frankfurt errichtet werden solle, weil diese Stadt in ihren zahlreichen Hospitälern und in der senkenbergischen Stiftung, zu welcher ein in geschmackvollem Style erbautes anatomisches Theater, ein geräumiger botanischer Garten und ein eigenes zu Vorlesungen dienendes Gebäude gehören, kostbare, ander

wärts in dem Lande nicht ohne den größten Aufwand zu verschaffende Beförderungsmittel für den Unterricht in den Heilwissenschaften darbietet.

In Gemäfsheit dieser Höchsten Verfügung werden den senkenbergischen Stiftes-Theilen die von ihrer jetzigen höhern Bestimmung geforderten Einrichtungen und Erweiterungen gegeben, ein eigenes Gebäude zum Behufe des chemischen Unterrichtes aufgeführt, und alle erforderliche vorbereitende Maasregeln genommen, so, daß mit dem Anfange des nächsten Novembers die neu fundirte medicinisch-chirurgische Schule eröffnet werden wird.

Die Auswahl der gelehrten Männer, denen Seine Königliche Hoheit die Pflege der beginnenden Lehranstalt anvertrauet hat, und deren Ruf in der litterarischen Welt größtentheils schon gegründet ist, berechtigt zu der Erwartung, daß ächter wissenschaftlicher Geist, welcher gleich weit von blindem Epirism, wie von den Anmaßungen gehaltloser Spekulationen entfernt, festen Schrittes auf dem von B a c o und andern großen Meistern vorgezeichneten Wege nach dem

Ziele der Vervollkommenung physischer Wissenschaften hinstrebet, sich als herrschendes Prinzipium bei der medizinisch-chirurgischen Spezialechule festsetzen, und sowohl für gründliche Bildung der Studierenden, als für die Förderung der Heilwissenschaften selbst reichliche Früchte bringen werde.

Die Vorlesungen, welche in dem nächsten Winter-Semester werden gehalten werden, sind aus angeschlossenem Verzeichnisse zu ersehen.

Die Statuten der medizinisch-chirurgischen Fakultät, so wie die akademischen Gesetze, werden noch besonders bekannt gemacht werden.

Hanau den 4. August 1812.

Der Generalkurator des öffentlichen Unterrichtes  
im Großherzogthume Frankfurt.

Staatsrath Pauli.

---

## Vorlesungen

an der medicinisch-chirurgischen Lehranstalt in Frankfurt, im Winter-Semester des Jahres 1812.

- 1) Professor, Doctor Behrends trägt täglich des Nachmittags von 4 bis 5 Uhr die Anatomie des menschlichen Körpers vor, und leitet ausserdem die Präparir-Uebungen, welche den ganzen Tag auf dem anatomischen Theater vorgenommen werden können.
- 2) Professor, Doctor Crève. trägt fünfmal in der Woche Vormittags von 8 bis 9 Uhr medicinische spezielle Therapie, und des Nachmittags von 2 bis 3 Uhr Zoonomie nach eigenen Heften vor. Praktischen Unterricht in Heilung innerer Krankheiten ertheilt er täglich Vormittags von 9 bis 10 Uhr am Krankenbette.
- 3) Professor, Doctor Kestner. hält täglich Vormittags von 11 bis 12 Uhr Vorlesungen über die Chemie nach seinem zu Michaelis erscheinenden Leitfaden. Wöchentlich ist eine Stunde zur Wiederholung der bedeutendsten

chemischen Versuche bestimmt, Arzneimittel lehrt er Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 3 bis 4 Uhr nach eigenen Hefen.

- 4) **Professor, Doctor Lucae** trägt an noch zu bestimmenden Tagen und Stunden die Physiologie des menschlichen Körpers nach eigenen Hefen; die vergleichende Anatomie, vorzüglich in physiologischen Rücksichten nach Blumenbachs Handbuch der vergleichenden Anatomie vor, und nimmt Theil an der Leitung der Präparir-Uebungen an dem anatomischen Theater.
- 5) **Professor, Doctor Neff** trägt wöchentlich in 8 Stunden fünfmal Vormittags von 10 bis 11 Uhr und dreimal Nachmittags von 3 bis 4 Uhr die generelle und spezielle Pathologie nach Burdachs Handbuch der Pathologie, Leipzig 1808, und zweimal in der Woche, Nachmittags von 3 bis 4 Uhr die Lehre von der Wirkung und Anwendungsart der Arzneimittel nach theoretischen Prinzipien nach eigenen Grundsätzen vor.
- 6) **Professor, Doctor Scherbius** wird wöchentlich zweimal von 2 bis 3

Uhr nach G. F. Hoffmanns Sillabus plantarum officinalium seine Zuhörer mit den offiziellen Pflanzen bekannt machen, und er bietet sich, über die cryptogamische Pflanzen, besonders jene, welche in der Wetterau vorkommen, nach Anleitung der Wetterauer Flora zu lesen.

7) Professor, Dr. Varrentrapp wird wöchentlich viermal von 12 bis 1 Uhr Vorlesungen über die gerichtliche Arzneiwissenschaft, und zweimal wöchentlich von 6 bis 7 Uhr Abends über die Ursachen und das Rettungsverfahren bei plötzlichem und Scheintode nach eigenen Heften halten.

8) Professor, Doctor Wenzel trägt fünfmal die Woche die Geburtshülfe nach Weidmanns Entwurf der Geburtshülfe, Mainz 1807, von 1 bis 2 Uhr; die Lehre von den allgemeinen chirurgischen Krankheiten nach eigenen Heften fünfmal die Woche von 5 bis 6 Uhr vor. Chirurgisch-praktischen Unterricht wird derselbe in noch zu bestimmenden Stunden am Krankenbette geben.

Doctor Bayrhammer wird als Doctor legens wöchentlich viermal von

6 bis 7 Uhr Abends die Lehre von der Erkenntniß und Heilung der Augenkrankheiten, nebst der Anleitung zu dem dabei vorkommenden operativen Verfahren nach eigenen Heften vortragen.

Die Vorlesungen nehmen am 9. November ihren Anfang.

Den Fremden, welche die Anstalt besuchen wollen, erboten sich sämmtliche Herren Professoren zur Berathung in Betreff der Wohnungen und anderer häuslicher Einrichtungen.

Der Generalkurator des öffentlichen Unterrichtes  
im Großherzogthume Frankfurt.

**Staatsrath Pauli.**

---



Der  
Rheinische Bund.

Drei und Sechzigstes Heft.

---

18.

Edikt,

die bisherigen adelichen Fideikommiſſe und künftigen  
Majorate im Königreiche Baiern  
betreffend.

---

Wir Maximilian Joſeph, von Gottes  
Gnaden König von Baiern.

Wir haben aus mehreren an Unſere Miniſterien gebrachten Anſragen wahrgenommen, daß rüchſichtlich der in Unſerem Edikt über den Adel feſtgeſetzten Beſtimmungen, wegen Aufhebung der vormaligen Fideikommiſſe und Bildung der Majorate, ſich mancherlei Anſtände ergeben haben. Um dieſelben zu heben, und künftigen Zweifel vorzubeugen, finden Wir Uns veranlaßt, die Beweggründe bekannt zu machen welche Unſere Entſchließung hierin geleitet haben.

Wir haben nämlich in Erwägung gezogen, daß viele vormalige Fideikommiſſe als zu unbedeutend,

und auf kein Grundeigenthum gebaut, keine sichere und hinlängliche Rente gewährten, um das Ansehen einer adelichen Familie hierauf gründen zu können, — daß ohne Vortheil auf einer andern Seite bisher viele Kapitalien hierdurch dem freien Verkehr entzogen waren, — daß selbst Grundrenten durch Lasten verschiedener Art manchmal größtentheils verschlungen, und auf zu geringe Erträgnisse zurückgebracht wurden, — daß durch die Zeitereignisse viele Familien in solche Verhältnisse versetzt worden sind, welche ihnen nur in einer freien Disposition über ihre bisherigen Fideikommissgüter die Mittel übrig lassen, ihren gerüttelten Zustand zu ordnen, — daß die eingetretenen politischen Veränderungen den adelichen Familien viele Mittel entzogen haben, welche sonst den Nachgeborenen und Töchtern reiche Quellen des Unterhalts gewährten, — daß es also für viele Familien zur Wohlthat werde, wenn sie sich in die freie Lage versetzt finden, über ein durch frühere Dispositionen gebundenes Vermögen zu verfügen.

Auf der andern Seite haben Wir Unsere Sorge dahin erstreckt, daß nach der Konstitution Unseres Reichs der Adel in einem seinem Zwecke entsprechenden, den Verhältnissen angemessenen Zustande für die Zukunft erhalten werde, was nur durch hinlängliches, unter besonderem Schutze des Staates stehendes Grundeigenthum, dauernd gesichert werden kann.

Diese Ansicht hat Uns bewogen, mit Auflösung der bisherigen bloßen privatrechtlichen Verhältnisse der Fideikommissе ein öffentliches Institut durch Gründung der Majorate aufzustellen, denjenigen adelichen Familien, welche sich im Stande befinden, auf solche Art für die Fortdauer ihres Namens und Stammes

zu sorgen, die Mittel hierzu möglichst zu erleichtern, und die Majoratsbesitzer als die ersten Grundeigenthümer durch solche Vorzüge auszuzeichnen, welche dieselben eben so sehr mit dem gehörigen Ansehen umgeben, als an die verfassungsmäßigen Staatseinrichtungen sich anschließen.

Damit diese Unsere landesväterliche Absicht allenthalben anerkannt und erfüllt werde, haben Wir Unserem Geheimen Rath aufgegeben, die hierauf Bezug habenden Verordnungen in allgemeine Revision zu nehmen, und in ein das Ganze umfassendes Edikt zu bringen, welches über diese Gegenstände als allein geltendes Gesetz angesehen werden soll, und mit dem Tag der Publikation, auch für die seit der Bekanntmachung des früheren Edikts erworbenen Staaten und Landestheilen, in Wirksamkeit zu treten hat.

Diesem nach haben Wir beschlossen und beschließen wie folgt:

### Erster Theil.

Von der Erlöschung der vormaligen Fideikomnisse, und den rechtlichen Folgen ihrer Auflösung.

#### I. Titel.

Was unter den aufgehobenen vormaligen Fideikomnissen begriffen worden sey.

#### §. I.

Durch das Edikt vom 28. Juli 1808. sind nicht nur alle Geschlechtsfideikomnisse der adelichen, und nicht adelichen Familien Unseres Reichs, sondern auch alle übrigen fideikommissarischen Substitutionen, wie sie immer

beschaffen seyn mögen, im Allgemeinen für erloschen anzusehen.

## §. 2.

Hiernach haben schon an dem Tage der Publikation des ebengenannten Ediktes (am 14. September 1808.) nicht nur alle Substitutionsrechte der durch die vormaligen Fideikommiß-Konstitutionen berufenen, eigentlichen Fideikommiß-Folger aufgehört; sondern wenn bei solchen Fideikommissen sich etwa a.) Kirchen, b.) milde Stiftungen, oder c.) selbst Unser Fiskus substituirt befinden sollten, müssen auch diese hierin den übrigen vormaligen Fideikommiß-Nachfolgern gleich gehalten werden.

## §. 3.

Es war jedoch Unsere Absicht keineswegs, unter den erloschenen fideikommissen, oder Fideikommissarischen Substitutionen, auch a.) die sogenannten umgehenden Aktivlehen der adelichen Familien, b.) die Familienstiftungen, und c.) die Fideikommiße der Unserer Souverainität durch Mediatisirung untergebenen Fürsten, Grafen und Herren zu begreifen.

## §. 4.

Was die eben bemerkten umgehenden Aktivlehen betrifft, bei welchen bisher das Obereigenthum aller Mannsprossen der Familie gemeinschaftlich angehört hat; die Verwaltung und der Genuß derselben aber gewöhnlich dem Geschlechtsältesten überlassen geblieben ist, wollen Wir, daß bei der nach Unserem Edikt über die Verhältnisse unterm 7. Juli 1808. §. 24. verordneten Auflösung solcher Aktivlehen das bisher

der Familie in Gemeinschaft zugestandene Lehenobereigenthum vorerst in so viele Haupttheile getheilt werde, als noch vorhandene Geschlechtslinien bei der letzten Konstituierung dieser Art des Gesamteigenthums konkurriret haben; wonach bei der weiteren Unterabtheilung unter den Mannsprossen der einzelnen Linie die, die Linie betreffende Substanzquote (wenn kein gütliches Einverständnis der Interessenten Platz greift) nach dem Verhältnisse vertheilt werden muß, in welchem sich dieselbe bisher auf die gedachten Mannsprossen vererbt hat.

#### §. 5.

Sände aber eine adeliche Familie eine solche Theilung ihrer bisherigen umgehenden Aktivlehen ihrer Konvenienz nicht angemessen, so bleibt derselben gestattet, diese Lehen, wenn sie ediktmäßig nach §. 25. und 28. der oben angeführten, und nach §. III. der Verordnung vom Mai 1810. auf andere Grundgerechtigkeiten, oder gegen Bodenzinse verließen seyn werden, noch künftig dergestalt in Gemeinschaft zu besitzen, daß von Zeit zu Zeit einem aus ihrer Mitte die Administration dieser Gesamtmasse anvertraut, und hiernach der jährliche Ertrag derselben, oder wenn solche Güter allodifizirt würden, die Allodifikationssumme unter sämtliche hierzu berechnigte Geschlechtsangehörige, nach den in dem eben vorstehenden §. festgestellten Prinzipien vertheilt werden soll.

#### §. 6.

Eben so sind als aufgehoben nicht anzusehen, Familiensiftungen, d. i. solche Anstalten und Dispositionen, die der partiellen Hülfe einzelner Mitglieder

des Geschlechts, für besondere bestimmte Zwecke gewidmet sind, als z. B. zur Unterstützung in der Erziehung, in Versorgung, oder Ausstattung unverehlichter Töchter, bei Antretung eines Civil- oder Militäirdienstes, bei eintretender Verheirathung, im Wittwenstande, bei höherem Lebensalter und dergl.

Solche Dispositionen (wenn sie auch selbst uneigentlich in den Urkunden Familien-Fideikommiße genannt werden) bestehen, nebst den darin enthaltenen Anordnungen über die Nachfolge und Theilun, unaufgelöst fort.

Sollte die Eigenschaft einer Disposition in einzelnen Fällen zweifelhaft bleiben, so tritt die rechtliche Vermuthung für die Eigenschaft einer Stiftung ein.

#### §. 7.

Dagegen sind als erloschen zu betrachten, diejenigen mit einer wahren Fideikommissanstalt verbundenen Nebenstiftungen, welche mit der fideikommissarischen Erbfolge in unmittelbare Verbindung gesetzt, nur die Erhaltung des Mannsstammes bezwecken, doch müssen diejenigen Familienmitglieder, welche sich zur Zeit der Erlöschung des Fideikommisses im Genuße solcher Nebenstiftungen, z. B. Apanagen, befunden haben, gleichwohl noch bis zu ihrem Ableben in denselben Genuße belassen bleiben, wofür ihnen, auf Begehren, der vormalige Fideikommissbesitzer, welchem durch die Erlöschung des Fideikommisses auch der Fond einer solchen Nebenstiftung zugefallen ist, die nöthige Sicherheit zu leisten hat.

#### §. 8.

Rücksichtlich der Geschlechts-Fideikommiße, der Unserer Souverainität durch Mediatisirung untergebe-

nen Fürsten, Grafen und Herren, verbleibt es bei den Bestimmungen Unserer Erklärung vom 19. März 1807 Regier. Bl. d. J. Nr. XIII. S. 465 — 490. in Folgewelcher Uns die Familienverträge zur Bestätigung vorgelegt werden müssen. Ihre bisherigen Fideikommiſſe werden in die Majoratenmatrikel eingetragen, und sämtliche Vorzüge der Majoratsbesitzer werden ihnen gleichfalls eigen.

## II. Titel.

Von den Wirkungen, oder rechtlichen Folgen der Aufhebung der Fideikommiſſe.

### §. 9.

Durch die Vermöge des Edikts vom 28. Juli 1808. geschehene Aufhebung der Fideikommiſſe, haben in dem damaligen Umfange Unseres Königreichs bereits zur Zeit der Publikation desselben, bei allen Geschlechts- und andern Fideikommiſſen, nicht nur a.) gemäß oben §. §. 1 und 2. die Fideikommiſſ.-Substitutionen und die daraus fließenden Erbfolgsrechte, sondern auch b.) die sogenannten Regredienterbrechte gänzlich aufgehört, und c.) die bis dahin bestandenen Fideikommiſſmassen haben sich, ausschließlich für ihre damalige Besitzer, in freies Eigenthum verwandelt.

### §. 10.

Wenn demnach in den älteren Theilen Unseres Königreichs seit dem 14. Sept. 1808. der damalige Fideikommiſſbesitzer mit Tode abgegangen ist, oder in den neuen Gebietstheilen nach der Publikation des gegenwärtigen Edikts mit Tod abgehen wird, so gebührt die Erbfolge in die ehemalige Fideikommiſſmasse nicht mehr dem Fideikommiſſfolger (wenn er nicht zugleich

Allodialerbe des letzten Besizers ist) sondern den Allodialerben desselben.

## §. 11.

Dem Besizer des aufgelösten Fideikommisses steht zwar das freie Dispositionsrecht über die ehemalige Fideikommissmasse, wie über jedes Allodium zu: wenn jedoch nach der besonderen Konstitution des aufgelösten Fideikommisses auf demselben besondere Lasten zum Besten der Kirchen, oder anderer gemeinnütziger Stiftungen lasten (es mögen hierbei die Angehörigen der Familie, oder auch Fremde bedacht und begünstigt erscheinen) so bleiben dieselben auf dem neuen Allode noch ferner liegen, und sollen durch unverzügliche Hypothekenzirkulation und Eintragung in die Hypothekenbücher hinlänglich versichert werden.

## §. 12.

Finden sich in solchen Fideikommisskonstitutionen, zu den im vorstehenden §. bemerkten Zwecken, eigene, aus dem Fideikommissvermögen zu errichtende Stiftungen, oder Legate, erst für den Fall der Erlösung des Fideikommissverbandes angeordnet; so hat der letzte Fideikommissbesizer, auch solchen Anordnungen der Fideikommisslister ohne Verzug zu genügen.

## §. 13.

Da sich verschiedene Zweifel darüber ergeben haben, wer unter mehreren zum Fideikommissberechtigten für den eigentlichen Besizer zu halten sey, zu dessen Gunsten sich das aufgelöste Fideikommiss in freies Eigenthum verwandelt hat; so erklären Wir hiermit, daß



derjenige, oder diejenigen, die sich ausschließlich, oder miteinander in dem auf einen Eigenthumstitel begründeten Genuße des Fideikommißes zur Zeit seiner Erlöschung befunden haben, unter den damaligen Besitzern desselben verstanden worden seyen.

§. 14.

Wenn daher damals nicht ein Einzelner als ausschließender Nutznießer bei einem Fideikommiß vorhanden war, sondern sich bei demselben Mehrere, aus dem Eigenthumstitel im gemeinschaftlichen Genuße befunden haben, so hat jedem derselben ein Recht auf einen Antheil an der Substanz, nach dem Maasstabe des, am Tag der Erlöschung des Fideikommißes gehabten Genußes, gebühret.

## Zweiter Theil.

Von der Bildung der künftigen Majorate, und den eigenen Rechtsverhältnissen dieses Instituts.

### I. Titel.

Von der Bildung der Majorate überhaupt.

§. 15.

Die künftigen Majorate werden entweder a.) aus einer solchen Gütermasse gebildet, welche bis jetzt noch in keinem Fideikommißverbande gestanden hat; oder b.) es werden vormalige Fideikommißgüter zur Errichtung derselben verwendet.

### I. Abschnitt.

Von der Bildung der Majorate aus solchen Gütern, die bisher noch nicht im Fideikommißverbande gestanden haben.

## I. Kapitel.

Wer Majorate errichten könne, und für Wen?

## § 16.

In Unserem Edikt über die Verhältnisse haben Wir Uns bereits im §. 37. das Recht vorbehalten, zur Belohnung großer und bestimmter, dem Staate geleisteter Dienste Lehen zu verleihen, und hierzu vorzüglich die heimfallenden Lehen, oder die neu zu erwerbenden Domainen zu verwenden.

Wir erstrecken diesen Unsern Vorbehalt auf das gegenwärtige Institut der Majorate, und behalten Uns und Unsern Regierungsnachfolgern auf ähnliche Weise das Recht vor, unter obigen Voraussetzungen, auch aus gedachten Gütern entweder zugleich mit einer Adelsverleihung, oder Standeserhebung, oder bei schon vorhandenem Adelsstande, auch ohne letztern, eine vollständige, oder partielle Majoratsdotacion zu verbinden, oder zu erteilen.

## §. 17.

Das Recht, Majorate zu errichten, und damit die Vortheile eines Majoratsbesizers zu genießen, kommt ausschließlich dem Adel Unseres Reichs zu. Der Konstituent ist gehalten, einen vidimirten Kontrakt aus der Reichsadelsmatrikel beizubringen und dem Anlangen, welches er wegen der Herstellung des Majorats einzureichen hat, beizulegen.

## §. 18.

Es bleibt jedoch jedermann unbenommen, einem Majoratsfähigen durch Schenkung, oder letztwillige Verordnung eine, zu einem Majorate nach den unten

folgenden Bestimmungen hinlängliche Gütermasse, unter der Bedingung zuzuwenden, für sich selbst die wirkliche Errichtung des Majorats aus derselben zu bewerkstelligen. Irgend eine andere Bedingung, wodurch nach den bürgerlichen Gesetzen die Auflösung eines Rechtsgeschäftes herbeigeführt werden kann; ist hierbei nicht zulässig.

#### §. 19.

Hierbei versteht es sich von selbst, daß jeder, der auf direktem (§. 17.) oder indirektem Wege (§. 18.) die Majorate begründen will, der wahre, und mit vollem Dispositionsrechte versehene Eigenthümer der hierzu zu verwendenden Gütermasse seyn müsse.

#### §. 20.

Vormünder und Kuratoren sind daher zur Errichtung eines neuen Majorats aus den Gütern ihrer Pflegebefohlenen, auch selbst mit Beistimmung der letzteren, nicht berechtigt.

#### §. 21.

Jeder in Unserem Königreiche als adelich Anerkannte, ist des Besitzes eines für ihn zu konstituierenden Majorats fähig.

#### §. 22.

Es steht demnach einem adelichen Gutsbesitzer, der hierzu das hinlängliche und geeignete Vermögen besitzt, frei, für sich selbst, und damit zunächst für seinen erstgebornen Sohn, oder für einen seiner nachgeborenen Söhne, oder auch für jeden dritten ein Majorat zu begründen, wenn nur in jedem dieser Fälle der erste Besitzer nach den verschiedenen Vorschriften Unse-

rer gegenwärtigen Erklärung die Fähigkeit hat, ein Majorat zu erwerben.

### §. 23.

Hat ein adelicher Gutsbesitzer keine ehelichen männlichen Leibeserben, so kann derselbe auch für seine adoptirte Nachkommenschaft, wenn der letztern, sonst die Fähigkeit zu Erwerbung eines Majorats nicht mangelt, ein Majorat begründen.

### §. 24.

Wir wollen überdies gestatten, daß der erste Majoratsbegründer für den Fall, wenn seine eigene successionsfähige Deszendenz erlöschen würde, die Seitenverwandten seines Namens und Stammes, oder diejenigen aus demselben, die er diesfalls zu substituiren willens ist, gleichfalls zur Majoratsfolge berufen möge.

### §. 25.

Wenn bei einem adelichen Güterbesitzer die Vermögensmasse so weit zureicht, und derselbe sich veranlaßt findet, zwei Majorate zu begründen, so bleibt ihm auch dieses freigestellt; und er kann, wenn z. B. das zweite Majorat für einen seiner nachgeborenen Söhne errichtet, und dieser als der erste Nachfolger im Majorat bestimmt ist, auch in diesem nicht nur allein seine übrigen Söhne, sondern auch (nach §. 24.) seine Agnaten substituiren.

### §. 26.

Sollte der Fall eintreten, daß zwei Majorate in Einem der Substituirtten sich vereinigten; so steht diesem frei, dieselben entweder vereinigt übergehen zu

lassen, oder in seiner Familie (nach §. 24.) in zwei Majorate wieder zu trennen. Jedoch muß sodann die ursprüngliche Konstituierung dieser Majorate beibehalten werden..

## II. Kapitel.

Auf welche Güter Majorate gegründet werden können.

### §. 27.

Wir haben zwar bereits in Unserem Eingangs erwähnten Edikt erklärt, daß die künftigen Majorate nur auf ein freies, von allen Schulden und Lasten entledigtes, in Unserem Königreich gelegenes Landeigenthum gegründet werden können: Wir wollen aber nunmehr zu Erleichterung der Majoratserrichtungen folgende Modifikationen und nähere Bestimmungen eintreten lassen.

### §. 28.

Es soll nämlich hinsichtlich der Erträgnisse eines Majorats eine reine Normalrente von 4000 fl. bayerischer Reichswährung angenommen, das noch weitere Erträgniß des Majorats aber als Ueberschuß der Normalrente angesehen werden.

### §. 29.

Hinsichtlich der Normalrente bleibt zwar die bisherige Bestimmung als Regel stehen, daß dieselbe nur auf freies, und von allen Schulden entledigtes Landeigenthum gegründet werden könne. Wir wollen jedoch als Ausnahme zugeben, daß auch dienendes Eigenthum, wenn dasselbe von Uns, oder von einem andern Privatgrundherrn erbzins- oder erbrechtsweise genossen wird, in dieser Hinsicht dem freien Landeig-

genthume gleich gehalten, und ebenfalls zur Begründung der Majorate verwendet werde. Hierbei bleiben aber die von uns rührenden Lehen, dann bloße Leibrechts- Freistifts- Neustifts, und andere dergleichen Güter, welche letztere mehr auf die Person des Grundholden beschränkt sind, ausgeschlossen.

### §. 30.

Dabei versteht es sich von selbst, daß zu der Gültigkeit einer solchen Verwendung Unser, oder der Privaten grundherrlicher Konsens, voraus erwirkt seyn müsse.

### §. 31.

Wenn nun einmal die eben bestimmte Normalrente §. 28. erforderlichermaßen auf freiem, oder diesem (nach §. 29.) gleichgehaltenen Landeigenthume begründet worden ist, so kann der Ueberschuß der Majorats-erträgnisse noch weiters, aus Einkünften von den mit Landgütern in natürlicher Verbindung stehenden Industrialanstalten, als z. B. Schmelzhütten, Glashütten, Ziegelbrennereien, eben so auch aus Einkünften von dem Bergbau bestehen, auch können Häuser in unserer Residenzstadt zu diesem Majoratsüberschuß verwendet werden. Ueberdies kann (wenn schon nicht der Fond der Normalrente) doch jener des Majoratsüberschusses unter verschiedenen Umständen, welche weiter unten vorkommen werden, auch mit Schulden, oder andern solchen Bürden, belastet bleiben, oder belastet werden.

### §. 32.

Unter die Früchte des Landeigenthums §. 29. worauf die Normalrente gegründet werden muß, reihen sich a) die Renten aus dem Oekonomiekomplex (die Brauereien,

in so ferne sie mit eben diesem Komplex in Verbindung stehen, mit eingeschlossen; b.) die Früchte des Obereigenthums, als Giltten, Stiften, Laudemien, Scharwerke, grundherrliche Brieferrichtungstagen, Grundzinse, c.) die Erträgnisse der eigenthümlichen Waldungen, die Jagdgefälle mit begriffen; d.) die Fischereirenten aus eigenthümlichen Weihern und Privatwassern; e.) die Renten aus fruchtbringenden Realrechten, die auf fremden Eigenthum ausgebt werden; 3. B. Diensthbarkeiten, insonderheit Zehnten, wo diese nicht allenfalls ohnehin schon aus dem Obereigenthume fließen, ferner die Jurisdiktionserträgnisse, dann das Jagd- und Fischrecht in fremden Waldungen oder öffentlichen Flüssen und Seen, wenn diese letztere Gerechtigkeit als Realrechte genossen werden, und sich mit einem zum Majorate bestimmten Gute im Zusammenhange befinden.

### §. 33.

Treffen bei diesen letzteren Gerechtigkeiten die eben erwähnten Eigenheiten, oder Erfordernisse nicht ein; so bleiben sie (ebenso wie Brauereien, welche mit den Oekonomieen nicht in Verbindung stehen) bei der Konstituierung der Normalrente ausgeschlossen, und können nur bei der Nachweisung eines Ueberschusses in Anspruch gebracht werden.

### §. 34.

Da die zur Konstituierung der Normalrente bestimmten Erträgnisse des im Vorstehenden §. 29. bezeichneten Landeigenthums dem Majoratsbesitzer jährlich viertausend Gulden rein abwerfen müssen, (§. 28.) so ist hie-

zu eine jährliche Rente von fl. 6666 $\frac{2}{3}$  nothwendig, indem ein Fünftheil hiervon als konstitueller Maximum der öffentlichen Abgabe und ein zweites Fünftheil für die Administrationskosten in Abzug zu bringen sind.

#### §. 35.

Um diese für die Gründung der Majorate bestimmte Normalrente für immer zu sichern, wollen Wir, daß bei Berechnung der Erträge jener Maßstab zum Grunde gelegt werde, welcher in der unter Ziffer I. angehängten Fassionsinstruktion vorgezeichnet ist. Diese lediglich zur Konstituierung der Majorate bestimmten Ansätze, sollen übrigens, wie sich von selbst versteht, rücksichtlich anderer Geschäfte und Verhältnisse nicht zur Folge gezogen werden.

#### §. 36.

Damit aber das zum Fond der Normalrente ausgewiesene Landeigenthum von allen darauf haftenden Schulden und Lasten befreiet, oder „als schon wirklich davon befreiet“ hinlänglich konstatiert werde; so soll der zur Konstituierung eines Majorats in Vorschlag gebrachte Güterkomplex durch das einschlägige Appellationsgericht öffentlich bekannt gemacht werden. Dasselbe hat denjenigen, welche hinsichtlich dieser Gütermasse persönliche oder Hypothekarische Forderungen vorzubringen haben, zu deren Angabe bei demselben einen drei monatlichen präklusiven Termin unter dem Rechtsnachtheile vorzusetzen, daß nach Verstreichung desselben der ebengedachte Güterkomplex als ein Majorat würde immatrikulirt werden, die nicht angezeigten Forderungen folglich nie mehr aus der Substanz des Majorats abgeführt werden dürfen, sondern die Inhaber dieser Forderungen sich an das Allodialvermögen.



ihres Schuldners, oder in dessen Ermangelung an die Früchte des Majoratsüberschusses (§. 28.) zu halten berechtigt seyn sollten; und selbst hierin nur unter der Beschränkung, daß sie denjenigen Gläubigern, die sich innerhalb des gedachten Termins gemeldet haben, den Vorzug in der Befriedigung zu überlassen schuldig seyen.

### §. 37.

Hat sich innerhalb dieses präklusiven Termins kein Gläubiger bei dem betreffenden Appellationsgerichte gemeldet, so hat dasselbe Unserem Justizministerium dieses mit Einsendung der Akten anzuzeigen, und in denselben öffentlichen Blättern, in welchen der Aufruf eingerückt war, bekannt zu machen, daß sich kein Gläubiger gemeldet habe.

### §. 38.

Werden aber nach erfolgter gerichtlicher Bekanntmachung Forderungen obiger Art vorgebracht, so steht es dem neuen Majoratskonstituenten frei, mit den Gläubigern in Unterhandlung zu treten, ihre Einwilligung zu erholen, und nachzuweisen, daß sie den erforderlichen Fond der Normalrente zur Errichtung des Majorats seiner bisherigen Gesamthaftung entlassen, und sich entweder mit anderer Sicherheit begnügen, oder zur allmählichen Befriedigung ihrer Forderung auf die Früchte, des oben bestimmten Ueberschusses verweisen lassen wollen.

### §. 39.

In diesem letzten Falle bleiben zwar solche Schulden auf gedachtem Majoratsüberschusse dergestalt liegen, daß sie aus den Früchten desselben bezahlt werden müs-

sen, da es aber unsere Absicht ist, daß die Majorate durchaus, so viel möglich von Schulden befreit werden sollen, so hat bei obigen Verhältnissen der Majoratskonstituent einen mit seinen Gläubigern verglichenen Tilgungsplan einzureichen, wie in gewissen Terminen, solche auf dem Majoratsüberschusse liegende gebliebene Forderungen allmählig von ihm selbst nach oder vor seinen Majoratsfolgern aus den Früchten des gedachten Ueberschusses abgeführt werden sollen; welcher Tilgungsplan, in sofern derselbe unsere Genehmigung erhalten haben wird, dann auch ebenso, wie der Majoratskomplex selbst, der Majoratenmatrikel einverleibt werden soll.

#### §. 40.

Sollten neben verglichen Schuldforderungen auf dem zum Majorate vorgeschlagenen Güterkomplexe etwa noch andere Bürden und Lasten haften, die von demselben entweder gar nicht, oder nur mit größter Beschwerlichkeit getrennt werden könnten, als z. B. unab lösbare ewige Gelder, an Andere zu verreichende Beventen, und ähnliche Passivdienstbarkeiten, Stiftungen für Pfarreien, Benefizien, Stipendien, und für andere milde, oder öffentliche Zwecke, so können auch solche Lasten, in so ferne sie nur die Normalrente nicht angreifen, ebenfalls auf dem Majoratsüberschusse liegen bleiben.

#### §. 41.

Obgleich bloße Mobilien zur Begründung eines Majorats der Regel nach sich nicht eignen; so sind doch hierunter diejenigen nicht verstanden, welche zum Betrieb der etwa unter den Majoratsanschlägen begriffenen a) Oekonomien b.) Brauereien c.) oder sonstigen Industrialanstalten erfordert werden.

## §. 42.

Hiernach erhalten (womit auch jeder Majoratskonstituent das Majorat sogleich zu dotiren hat) a.) bei Dekonomien, das Vieh und die sogenannte Fahrniß; b.) bei Brauereien, das Braugeschirr jeder Gattung; c.) bei andern Industrialanstalten, die hierzu gehörigen Maschinen und Werkzeuge aller Art die Eigenschaft der Unveräußerlichkeit, und müssen dem Majoratsfolger nach dem Umfange, welchen die Dotation ausspricht, im vollkommenen brauchbaren Stande hinterlassen, oder in eben derselben Qualität ersetzt werden.

## §. 43.

Da Wir auch jeden neu antretenden Majoratsbesitzer in den Stand gesetzt wissen wollen, von der Zeit seines Antritts den vollen Genuß der Normalrente zu erhalten, so hat jeder Majoratskonstituent seinem Nachfolger a.) bei Dekonomien den nöthigen Saamen und das bis zur nächsten Erndte hinreichende Speisgetraid, dann b.) bei Brauereien einen nach dem zur Zeit der Majoratsfolge sich bezeigenden Betriebe des Braugeschäfts nöthigen, halbjährigen Vorrath zu hinterlassen. Diese verschiedenen Vorräthe sollen ebenfalls als wahre Majoratstheile angesehen, und den mit der Unveräußerlichkeit belegten unbeweglichen Majoratsstücken vollkommen gleich gehalten werden.

## §. 44.

Wenn schon übrigens Unsere Absicht bei den gegenwärtigen Bestimmungen auch mit dahin gerichtet ist, daß jedes Majorat mit einem verhältnißmäßigen Landhause zur anständigen Wohnung des Majoratsbesizers, und seiner Angehörigen dotirt werden solle; so wollen Wir doch hierbei den Majoratsverband nur auf jene

Art von Mobilien in demselben ausgedehnt wissen, die zwar an sich bloß für solche angesehen werden müssen, indessen durch die bestehenden bürgerlichen Gesetze bereits ebenfalls für unbewegliches Gut erklärt sind, oder durch eine neue Gesetzgebung hierfür erklärt werden.

### III. Kapitel.

Unter welchen Bedingungen, auf welche Art, und mit welchen Förmlichkeiten die Majorate zu errichten sind.

#### §. 45.

Ein Majorat kann nur a.) mit Erhaltung Unserer besondern Bewilligung und b.) mit Erwirkung seiner Eintragung in die Majoratsmatrikel errichtet werden.

#### §. 46.

Da bei Errichtung eines neuen Majorats zugleich für den standesmäßigen Unterhalt der Notherben des Konstituenten gesorgt werden muß, so soll derselbe gehalten seyn, zur Deckung der Pflichttheilsrate, welche den Notherben aus dem Kapitalwerthe des zum Majorate vorgeschlagenen Objektes seiner Zeit hätte zukommen können, allemal den Betrag der Hälfte dieses Objektes auf sein übriges freies Vermögen anzuweisen, und zu versichern. Bei Berechnung dieser Hälfte, wenn die Ausweisung in Grundrenten geschieht, soll ebenso, wie bei Berechnung des Kapitalwerthes des Majoratsobjektes selbst der für die Majoratsfassion (oben §. 35.) bestimmte Maßstab zum Grunde gelegt werden.

Wenn sich nach dem Tode des Konstituenten zeigt, daß diese Hälfte mehr beträgt, als die vorhandenen Notherben, ihrer geringern Zahl nach, aus gedachtem Objecte erhalten haben würden, oder wenn bei dem Tode

des Konstituenten gar keine Notherben mehr vorhanden sind; soll der dadurch bei Berechnung der obgedachten Pflichttheilsraten sich bezeichnende Mehrbetrag, oder im letzten Falle die ganze, als Pflichttheilsrate ausgewiesene Quote, die Eigenschaft eines Majoratsüberschusses annehmen, und dort, wo es noch nöthig seyn wird, in Grundeigenthum verwandelt, dem Majorat einverleibt werden.

Uebrigens verbleiben den Notherben ihre gesetzliche Ansprüche zum Pflichttheile auf das übrige, unter obiger Ausweisung nicht begriffene Vermögen.

#### §. 47.

Was Unsere bei Errichtung der Majorate nöthige besondere Bewilligung belanget; so wird diese in einer an Uns gerichteten, und bei Unserem Justizministerium zu übergebenden Vorstellung nachgesucht, worin die persönliche Fähigkeit zur Errichtung eines Majorates (oben-§. 17.) nachgewiesen: und damit die Auszeige der für die Notherben des Konstituenden bestimmten Quote (§. 46.) verbunden werden muß. Dieser Vorstellung ist a.) eine umständliche Anzeige aller Bestandtheile der zu dem Majorate in Vorschlag gebrachten, und hierzu fähigen Güter beizulegen, dabei b.) der dem Impetranten bisher unbestrittene Besitz eben dieser Güter gerichtlich zu beurfunden, und c.) auszuzeigen, daß diese Güter wenigstens den zur Konstituierung eines Majorates erforderlichen Rentenbetrag nach dem Minimum (§. 34.) normalmäßig berechnet (§. 35.) abwerfen.

#### §. 48.

In jenen Gegenden Unseres Reichs, wo bereits Hypothekenbücher eingeführt sind, und wenn dieselben

künftig allgemein eingeführt seyn werden, sollen überdies Zeugnisse der einschlägigen Hypothekämter, daß die zum Majorate vorgeschlagenen Objekte mit keiner Hypothek belastet seyen, oder Auszüge eben dieser Hypothekenbücher beigebracht werden, woraus sich zeigt: in wie ferne? und in welchem Maße das ganze vorgeschlagene Majorat, oder der eine, oder andere Bestandtheil desselben mit Hypotheken sich beschweret befinden.

#### §. 49.

Der Konspekt des zum Majorate vorgeschlagenen Güterkomplexes ist durch Unser Justizministerium dem einschlägigen Appellationsgerichte, worin der Hauptort des Majorats gelegen ist, zur ediktmäßigen Instruirung (§. §. 36 u. 37.) zuzuschließen, und nach eingelangtem Verichte, unter Anlegung der Akten, der in Majoratsgegenständen bestehenden geheimen Rathskommission zu übergeben.

#### §. 50.

Erfolgt hierauf nach dem in der Instruktion welche hier unter Ziffer II. nachfolget, vorgeschriebenen Verfahren, und geschehenem Vortrage in Unserem geheimen Rath, Unsere Genehmigung; so wird die Majoratsurkunde, welche sämmtliche Bestandtheile und Bedingungen des Majorats enthalten muß, von Uns bestätigt, und unter Unserem großen Insegel ausgefertigt, sodann in eine eigene Matrifel eingetragen und nach erlegten Stempel- und Kanzleigebühren durch das Regierungsblatt bekannt gemacht.

#### §. 51.

Bei jedem Unserer Appellationsgerichte muß daher eine eigene solche Matrifel, welche die in dessen Be-

zirke befindlichen Majoratsgüter mit einer vollständigen Angabe derselben, auch ihre Ab- und Zugänge enthält, geführt, und jedem Interessenten auf Verlangen zur Einsicht vorgelegt; von Unserem Justizministerium aber für die Anlegung und Fortsetzung dieser Majoratsmatrikeln, eine besondere Obsorge getragen werden.

#### §. 52.

In denjenigen Fällen, wo zwar die Errichtung eines Majorats von Uns selbst veranlaßt wird, doch die Dotation hierzu von Uns nicht vollständig, sondern nur theilweise geschieht; ist hinsichtlich desjenigen mangelnden Theiles, welcher noch aus dem Privatvermögen hierauf verwendet werden muß, alles dasjenige zu beobachten, was bisher in Hinsicht der Errichtung neuer vollständiger Majorate durch Adelige verordnet worden ist. Erst dann, wenn hinsichtlich des zur Ergänzung angewiesenen Theils, jene Bedingungen alle erfüllt seyn werden, kann über das damit vollständig hergestellte Majorat die erforderliche Majoratsurkunde ausgemacht, und das volle Majorat gehörig immatriculirt werden. (§. 51.)

#### §. 53.

Wenn mit einer Adels-erhebung, oder Standes-erhebung, oder auch ohne diese, von Uns selbst eine volle Majoratsdotation ertheilt wird, so werden Wir nach der Verschiedenheit der ebengedachten Fälle das Ertheilungsdekret nebst dem Verzeichnisse, der das Majorat konstituierenden Güter, Unserem Ministerium der Justiz, und in so ferne damit etwa zugleich die Adels-erhebung oder Standeserhebung verbunden wäre,

auch Unserem Ministerium der auswärtigen Verhältnisse zufertigen. Dem ersten liegt sodann ob, hiernach die Majoratsurkunde auszustellen, dann die Immatriculation des Majorats und dessen Bekanntmachung durch das Regierungsblatt zu verfügen. Das letzte hat aber den erteilten Adelstitel, oder die Standeserhebung in das Adelsregister des Königreichs einzutragen, und gleichfalls durch das Regierungsblatt bekannt machen zu lassen.

§. 54.

Aus den bisherigen Bestimmungen geht zwar von selbst hervor, daß die eigentliche Errichtung eines Majorats nur durch eine Handlung unter Lebenden geschehen könne. Es kann aber auf ähnliche Weise wie oben (§. 18.) vorgekommen ist, auch von einem Gutsbesitzer ein bereits von ihm zum Majorate bestimmtes Gut durch letztwillige Verordnung einem des Majoratsbesitzes Fähigen, unter der Bedingung hinterlassen werden, Unsere zur wirklichen Errichtung desselben erforderliche Genehmigung auf dem oben vorgeschriebenen Wege, und unter den nöthigen Formalitäten zu erwirken. Auch ist der Testator berechtigt, auf den Fall, wo der zum Majorate Berufene diese ihm gesetzte Bedingung nicht erfüllen könnte, oder wollte, demselben einen andern unter eben dieser Bedingung zu substituiren.

II. A b s c h n i t t.

Von der Bildung der Majorate aus vormaligen Fideikommissen.

I. Kapitel.

Was hierbei die vormaligen Fideikommissbesitzer mit den übrigen Majoratskonstituenten gleichförmig zu beobachten haben?



## §. 55.

Wenn vormalige Fideikommißbesitzer (deren Fideikommiße ganz, oder doch zum Theil soweit im Lande eigenthume bestanden haben, daß dasselbe zur Bildung eines Majorats wenigstens in dem Minimum §. 34. hinreicht) jene ihre aufgelöste Fideikommißgüter hierzu in Vorschlag bringen wollen: so sind dießfalls a) nur solche Objekte annehmbar, welche die bereits nach oben §. §. 27 — 44. sowohl für das Minimum, als den Majoratsüberschuß näher bezeichneten Eigenschaften an sich tragen; auch muß b.) die Berechnung der Erträgnisse dieser Objekte eben dieselbe seyn, welche die in der Beilage I. zu oben §. 35. elegens für das Majoratsinstitut entworfene Fassung verordnet.

## §. 56.

Auf gleiche Weise haben die vormaligen Fideikommißbesitzer, wenn sie auch selbst die Majorate aus ihren schon ehemals bestandenen Fideikommissen errichten wollen, nichts destoweniger hinsichtlich Unserer hierzu zu erholenden Bewilligung, und der Eintragung ihres neugeschaffenen Majorats in die Majoratenmatrikel (in so ferne nicht durch das nächstfolgende Kapitel besondere, und bestimmte Ausnahmen hierwegen gestattet sind) alle jene Bedingungen und Förmlichkeiten zu erfüllen, die nach oben §. §. 45 — 54 den übrigen Majoratskonstituenten vorgeschrieben sind.

## §. 57.

Wenn die Besitzer eines vormaligen Fideikommißes, welches die Fähigkeit hat, zu einem Majorate verwendet zu werden, noch unter der Vormund-

schaft stehen; so hat es bei der schon oben §. 20. ertheilten Bestimmung sein Bewenden.

Im Falle aber solche Besitzer unter bloßer Kuratel stehen, so wollen Wir hiermit auch diesen Kuratoren die Befugniß ertheilen, mit Bewilligung der Obrigkeit, und nach Beobachtung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten aus dem vormaligen Fideikommißvermögen ihrer Kuranden ein Majorat für dieselben und ihre männlichen Deszendenten zu errichten.

## H. Kapitel.

Begünstigung der Majoratserrichtung aus vormaligen Fideikommissen.

### §. 58.

Da die Nachgeborenen und Töchter der adelichen Familien, wenn die vormaligen Fideikomnisse nicht aufgehoben wären, aus diesen letzten nie einen Pflichttheil zu erwarten gehabt hätten, und Unsere Absicht dahin geht, die Errichtung der Majorate aus vormaligen Fideikommissen zu erleichtern, so bestimmen Wir hiermit, daß im Falle ein vormaliger Fideikommißbesitzer seine Fideikommißmasse zur Errichtung eines Majorats verwenden will, derselbe zu mehr nicht gehalten seyn soll, als seinen Notherben von dem, was er aus dem vormaligen Fideikommißvermögen zum neuen Majorate verwendet, die Hälfte dessen auszuweisen, was sie an eben dieser Portion zum Pflichttheile betroffen hätte, wenn letzte als väterliche, oder großväterliche Erbschaft auf sie gekommen wäre.

## §. 59.

Die Bestimmung der Quote dieses Pflichttheils geschieht nach den bürgerlichen Gesetzen. Die Berechnung des vormaligen Fideikommissarischen Vermögens zum Behufe der Ausweisung des Pflichttheils geschieht nach dem Maaßstabe der Majoratskassationen, dergestalt, daß die Gesamtmasse der Majoratsrenten mit 20 zu Kapital erhoben wird.

## §. 60.

Was den zum Pflichttheil Berechtigten bei noch bestandnem Fideikommiss etwa schon durch besondere Bestimmungen, als Apanage ausgewiesen war, kann denselben bei der gegenwärtigen Ausweisung ihrer Pflichttheilshälfte angerechnet werden.

## §. 61.

Diese Pflichttheilshälfte kann der vormalige Fideikommissbesitzer auch auf seinem übrigen Aode ausweisen, auf welchem sie sodann versichert werden muß. Außerdem haftet solche Schuld auf dem Majoratsüberschusse (§. 28.) dergestalt, daß es nach dem Ableben des Majoratskonstituenten von den Interessenten abhängt, dieselbe verzinslich auf dem Majoratsüberschusse liegen, oder in billigen Fristen abbezahlen zu lassen.

## (§. 62.)

Da ferner die älteren Gläubiger der vormaligen Fideikommissbesitzer (wenn nicht ihre Forderungen privilegierte, sogenannte Fideikommissschulden bildeten) auf die Substanz des Fideikommisses nie einen Anspruch zu machen hätten; so ist es auch bei der Aufhebung der Fideikommissen Unsere Absicht keineswegs

gewesen, solchen Gläubigern für den Fall, wenn der vormalige Besitzer das Fideikommiß in ein Majorat verwandelt, hinsichtlich jener ältern Forderungen neue Rechte auf diese Gütermasse einzuräumen.

#### §. 63.

Hingegen verdienen solche Gläubiger billige Rücksicht, welche mit den Fideikommißbesitzern erst nach dem 14. Septbr. 1808. sohin in der Voraussetzung kontrahirt haben, daß sie ihre Befriedigung auch aus der in Allode übergegangenen Fideikommißmasse erlangen würden.

#### §. 64.

Alle vormaligen sogenannten Fideikommißschulden bleiben ebenso auf der Substanz des Majorats verflücht, wie sie bisher die Fideikommißmasse affizirt haben: nur tritt für den Majoratstifter die Verbindlichkeit ein, das zum Majorate umgeschaffene Fideikommiße allmählig, und vor Allem sogleich den Fond der Normalrente von solchen Schulden zu befreien.

#### §. 65.

Da gemäß §. 63. die Fideikommiße auch für jene neue Schulden haften, welche von einem Fideikommißbesitzer erst nach dem 14. Septbr. 1808. kontrahirt worden sind, so liegt dieser Schulden wegen dem Majoratstifter die gleiche Verbindlichkeit ob, das zu dieser Stiftung verwendete Fideikommiß von diesen neueren Lasten zu befreien.

#### §. 66.

In Folge der voranstehenden Bestimmungen sind solche Majoratstifter, welche ihre Fideikommißgüter

zum Majorate verwenden wollen, verbunden, den dazu vorgeschlagenen Güterkomplex (nach §. 36.) durch das einschlägige Appellationsgericht zur Bekanntmachung zu bringen; jedoch sind hierbei bloß jene Gläubiger aufzurufen, deren Ansprüche entweder auf einer das vorgeschlagene Objekt affizirenden wahren Fideikommissschuld beruhen: oder aus einem erst seit dem 14. September 1808. geschlossenen Vertrage herühren.

### III. A b s c h n i t t.

#### Von der Vergrößerung der Majorate.

##### §. 67.

Wenn ein Majorat in der Folge vergrößert werden soll, so müssen a.) die Bestandtheile dieses Zuwachses von der Art seyn, daß sie wenigstens (und zwar normalmäßig nach §. 31.) zu Konstituierung eines Majoratsüberschusses verwendet werden können. Sie müssen b.) überdies, wie die älteren Majoratstheile, schuldenfrei gemacht werden, und dürfen endlich c.) nach (§. 46.) dem Pflichttheile derjenigen nicht zum Abbruch gereichen, die einen solchen von diesem Objekte hätten erhalten können.

##### §. 68.

Es sollen a.) auch diese zur Vergrößerung eines Majorats bestimmten Güter der oben (§. 36.) angeordneten gerichtlichen Bekanntmachung unterliegen, und b.) der zur Abbezahlung der auf dem Vergrößerungsobjekte liegenden Schulden einzureichende Tilgungsplan soll mit jenem gleichfalls immatriculirt werden.

## § 69.

In Hinsicht der Förmlichkeiten wollen Wir die besondere Konsenszertheilung, welche bei der ersten Begründung eines Majorats nöthig ist, für die Vergrößerungsfälle als supplirt erklären.

## §. 70.

Jeder Majoratsvergrößerungsvorschlag muß indessen vor Allem, Unserem Justizministerium unter Beobachtung dessen, was oben §. 48. vorgeschrieben ist, vorgelegt werden; welches diesen Vorschlag an die in Majoratssachen angeordnete geheime Rathskommission, zu dem in der Instruktion vorgeschriebenen Verfahren, übergibt.

## II. T i t e l.

Von den Rechten und Pflichten der Majoratsbesitzer.

## I. A b s c h n i t t.

Von den Rechten der Majoratsbesitzer und ihrer Angehörigen, vorzüglich in Beziehung auf ihre Personen.

## §. 71.

Die Majoratsbesitzer nehmen in Gemäßheit des Titels I. §. 5. der Konstitution des Reichs einen verhältnißmäßigen Antheil an den allgemeinen Versammlungen, Kreisdeputationen, dann der Nationalrepräsentation: und als die größeren Güterbesitzer erklären Wir dieselben dergestalt für geborne Mitglieder der genannten Versammlungen, daß in den allgemeinen Versammlungen Sämmtliche aufgenommen werden: in den Kreisdeputationen und der Nationalrepräsentation

tation aber die mindere Hälfte aus ihnen, und den adelichen Besitzern künftig bleibender Kankleihen be-  
stehen solle, welche Wir in diesem, wie in den nach-  
folgenden Vorzügen den Majoratsbesitzern gleich ge-  
halten wissen wollen.

#### §. 72.

Sie genießen nach der Verordnung vom 14. Dezbr.  
1808. (Regbbl. d. J. St. LXXII. S. 2885.) den befrei-  
ten Gerichtsstand, in allen Personal- und Realklagen  
bei Unfern einschlägigen Appellationsgerichten, und  
zwar, so viel die Majorate betrifft, bei jenem, wo  
sie immatrikulirt, und die Lehen, wo sie gelegen sind.

#### §. 73.

Wir übertragen den Majoratsbesitzern; und den  
ihnen gleich gehaltenen adelichen Vasallen in dem  
ganzen arrondirten Umfange ihrer Majorats- oder Le-  
hengüter, die Ausübung der Polizei, und der vollen  
Zivilgerichtsbarkeit, wie dieselbe Unfern Landgerich-  
ten anvertraut ist. Ihre Gerichte erhalten die Benen-  
nung: Herrschaftsgerichte, mit Beifügung des Famili-  
ennamens des Besitzers, und ihre Gerichtsbeamten  
heißen: Herrschaftsrichter.

Die Herrschaftsgerichte sind in allen sowohl Justiz-  
als Polizei- und sonstigen administrativen Gegenstän-  
den nur Unfern höhern Landesstellen, nämlich, den  
Generalkreiskommissariaten, Appellationsgerichten  
und Finanzdirektionen untergeben; jene Fälle aus-  
genommen, in welchen die Landgerichte oder Rent-  
ämter aus besondern Aufträgen und im Namen der  
genannten höhern Landesstellen handeln.

## §. 74.

Bei Verlassenschaften der Majorats- und adelichen Lehenbesitzer, können unbetheiligte Blutsverwandte des Verstorbenen, die Besiegelung, Beschreibung, und die gänzliche Behandlung vornehmen, in soferne nicht vor Gericht ein Streit darüber entsteht.

## §. 75.

Wir behalten Uns vor, einzelne Majoratsbesitzer, entweder aus eigener Bewegung mittels Ausfertigung einer besondern Urkunde, durch Unsern Minister der auswärtigen Angelegenheiten, als Chef des Hoheitsdepartements, oder nach dem Ansuchen der einzelnen Majoratsbesitzer, auf desselben Vortrag, den mediatisirten Fürsten, Grafen und Herrn, in Rücksicht weiterer Vorzüge, nach Unserer Deklaration vom 19. März 1807. gleichzustellen, und ihnen solche Vorzüge auf Lebenszeit, oder erblich zu erteilen.

## §. 76.

In Fällen, wo sich ein Majoratsbesitzer des Majorats gänzlich verlustig machen würde, sollen ihm, bei Ermanglung anderer Mittel die, doch nur natürlichen Alimente aus dem Majorate verreichet werden. Hiernächst haben die Wittwen der Majoratsbesitzer aus dem Majorate subsidiarisch einen verhältnißmäßigen Wittthum, ihre nachgeborenen Kinder aber haben, doch auch nur subsidiarisch, die benöthigten Alimente daraus zu fordern. Worüber die näheren Bestimmungen in den §§. 79—87. nachfolgen.



## II. Abschnitt.

Von den Rechten und Pflichten der Majoratsbesitzer,  
und ihrer Angehörigen, in Beziehung auf die  
Majoratsgüter.

### I. Kapitel.

Rechte und Pflichten derselben, hinsichtlich des  
Genusses dieser Güter.

#### §. 77.

Der Majoratsbesitzer ist für den einzigen, und nur hinsichtlich des Veräußerungsrechtes beschränkter Eigenthümer des Majorats anzusehen, und es gebührt ihm neben dem ausschließlichen Verwaltungsrechte, auch, der Regel nach, der volle Genuss des Majorats, wesswegen er auch die darauf liegenden öffentlichen Lasten zu tragen hat.

#### §. 78.

Der volle Genuss des Majoratsbesizers unterliegt nur dann einer Verminderung, wenn a.) eine, oder mehrere Wittwen der vorigen Majoratsbesitzer, die selbst zu einem Wittthum aus dem Majorate berechtigt sind, oder b.) wenn solche Alimentbedürftige Nachgeborne der vorigen Majoratsbesitzer, oder endlich c.) solche privilegirte Gläubiger vorhanden wären, die nach den verschiedenen Dispositionen Unserer gegenwärtigen Erklärung auf die Früchte des Majorats einen Anspruch zu machen haben.

#### §. 79.

Hinterläßt ein Majoratsbesitzer eine Wittwe, die kein zu ihrem Unterhalte hinlängliches eigenes Vermögen besitzt; und sind auch außer dem Majorate keine

andere Güter vorhanden, worauf ihr ein standesmäßiger Unterhalt angewiesen werden könnte, so geht die Verbindlichkeit auf die nachfolgenden Majoratsbesitzer über, ihr ganz oder zuschussweise ein verhältnismäßiges Wittthum aus den Majoratseinkünften zu verreichen.

§. 80.

Dieser Wittthum darf aber, in so fern nur eine solche Wittwe vorhanden ist, den dritten Theil der Normalrente des Majorats nicht überschreiten, und hört durch die zweite Heirath der Wittwe, oder wenn dieselbe zu einem hinlänglichen eigenen Vermögen gelangt, wieder auf.

§. 81.

Den nachgeborenen Kindern eines Majoratsbesizers gebührt bei dem gänzlichen Abgang eines andern Vermögens, der Lebensunterhalt (Alimentatio) aus den Einkünften des Majorats, welcher sich verhältnismäßig nach der Zahl, und ohne Unterschied des Geschlechts dieser Kinder, selbst bis auf die Hälfte der Normalrente erstrecken kann.

§. 82.

Kann sich eine Wittwe über ihre Ansprüche auf ein Wittthum, oder über die Quote desselben — und könne sich die Nachgeborenen oder nach Umständen ihre Vormundschaft, über die Quote der Alimenten mit dem Majoratsbesitzer nicht selbst gütlich vereinigen, so hat das einschlägige Appellationsgericht von erster Instanz wegen, hierüber zu entscheiden.

## §. 83.

Wie ein Majoratsbesitzer zur Bezahlung seiner Schulden außer dem Majorat kein anderes hiezu- hinlängliches Vermögen zurück läßt; haften die Majoratsnachfolger nur für jene Schulden, welche zum beständigen, und erweislichen Nutzen des Majorats verwendet worden sind. Hieher gehören diejenigen, welche zur Abführung der dem Majorate auferlegten feindlichen Kontributionen, zur Herstellung nöthiger, oder nützlicher Gebäude, zur Tilgung nothwendiger, die Substanz des Majorats betreffenden Prozeßkosten, aufgenommen worden sind.

## §. 84.

Für diese Schulden haftet jedoch keineswegs die Substanz des Majorats, sondern dieselbe müssen in verhältnißmäßigen Fristen eingetheilt, von den Majoratsbesitzern jährlich, doch nur mit dem dritten Theile der Normalrente des Majorats, abgeführt werden.

## §. 85.

Wenn bei einem Majorat Wittbume, Alimenter und privilegirte Schulden (§. 83.) konkurriren; so darf ihr Gesamtbetrag zwei Dritttheile der Normalrente des Majorats d. i. Zweitausend sechshundert sechs und sechzig Gulden, vierzig Kreuzer nicht übersteigen, und dem Majoratsbesitzer muß in jedem Falle ein Dritttheil dieser Rente frei belassen werden. Jedoch darf bei dieser, den Majoratsbesitzer ohnehin begünstigenden Berechnung, weder aus dem Titel eines Kriegsschadens, noch eines andern Unglücksfalls, eine

weitere Verminderung der für die Wittwe, Alimentirte u. Gläubiger, obenbestimmten Summe statt finden.

§. 86.

Sollten die nach dem bisher angezeigten Maasstabe zum Mitbezug der zwei Dritttheile der Normalrente (§. 85.) berechtigten Wittwen, zu alimentirenden Nachgeborenen und privilegierten Gläubiger über die verhältnismässigen Anttheile, oder da wo mehrere, oder neue Konkurrenten auftreten, über die nöthige Abminderung ihrer bereits genießenden Bezugsquoten sich nicht gütlich vereinigen können; so haben dieselben den gerichtlichen Ausspruch zu erwarten.

## II. Kapitel.

Rechte und Pflichten der Majoratsbesitzer, in  
Hinsicht der Erhaltung der Majoratsgüter.

§. 87.

Jedem Majoratsbesitzer liegt die Pflicht ob, die Majoratsgüter aus den Früchten des Majorats, und auf eigene Kosten, in gutem Stande zu erhalten, weswegen er hierauf den Fleiß eines jeden guten Hausvaters zu verwenden, ( die Culpa levis zu präsumiren ) hat.

§. 88.

Der Majoratsbesitzer kann demnach weder für sich, noch wegen der eigenen Natur des gegenwärtigen Majoratsinstituts, selbst mit Einwilligung aller zur

Majoratsfolge Berechtigten, das Majorat mit einer bleibenden neuen Bürde, Dienstbarkeit, oder Hypothekschuld beladen. Für Gläubiger, deren Darlehen erweislich zum Vortheile des Majorats verwendet worden sind, und zu deren Abführung das sonstige Vermögen des Schuldners nicht mehr hinreichen würde, hat bereits das gegenwärtige Gesetz (oben §. 83 84) von selbst gesorgt.

#### §. 89.

Zeigt sich bei einem Majoratsbesitzer eine dem Majorate verderbliche Wirthschaft, oder eine offene Zuwiderhandlung gegen eben berührte Obliegenheit, so kann, und soll dasselbe Majoratsgut auf Instanz der Interessenten (§. 78. folg.) oder Majoratsfolgen, auch von dem einschläglichen Appellationsgericht, nach vorher von uns hiezu erhaltener besonderen Genehmigung, selbst von Amts wegen, in Administration gesetzt werden.

#### §. 90.

Dem Majoratsbesitzer ist daher (wenn auch selbst die Einwilligung aller zur Majoratsfolge berechtigten Familienglieder dazu vorhanden wäre) jede Veräußerung des Majorats im Ganzen, oder in seinen Theilen, durch Verpfändung, Tausch, Verkauf, Vergleich, letztwillige Verordnung, oder welche Veräußerungsarten sonst nur genannt werden können, noch viel weniger gestattet.

#### §. 91.

Alle solche von einem Majoratsbesitzer vorgenommenen Veräußerungen, oder dem Majorate überbür-

deten Schulden und Lasten (§. 88.) sind, der Regel nach, an sich schon nichtig, können von keinem Gerichte als gültig erkannt, und durch jeden zur Majoratsfolge Berechtigten von jedem dritten Inhaber (wenn diesem nicht selbst, als früherer und wahrer Eigenthümer, das Vindikationsrecht des an ihn gekommenen Majorats zugestanden hatte) ohne daß die Einrede einer Verjährung dagegen statt hat, zu allen Zeiten zurück gefordert, und dem Majorate einverleibt werden.

#### §. 92.

Würde eine untere Gerichtsstelle den Handlungen vorstehender Art eine Gültigkeit zulegen, so sollen deren Erkenntnisse auf Anrufen der zur Majoratsfolge berechtigten, von dem höheren Tribunale cassirt, und der ursprüngliche Stand des Majorats hergestellt werden.

#### §. 93.

Für das auf diese Art revozirte Majorat, oder desselben Theile wird (den einzigen Fall ausgenommen, wo der anrufende Majoratsnachfolger zugleich der Allodialerbe seines Vorgängers wäre) kein Ersatz geleistet; sondern dem dritten Akquirenten bleibt nur der Regreß gegen den Veräußerer, und dessen Erben vorbehalten.

#### §. 94.

Von dem in obigem (§. 90.) enthaltenen allgemeinen Veräußerungsverbote bei Majoraten sind nur die Fälle ausgenommen, a.) wo mit Unserer besondern

Genehmigung eine Veräußerung des Ganzen, oder einzelnen Theile, gegen hergestelltes hinlängliches Surrogat eintreten würde; oder b.) wo ein Theil des Majorats zum Vortheil desselben durch Vergleich angeschlossen werden sollte; und endlich c.) in dem Falle der Rentenablösung, oder wo aus administrativen Rücksichten in dem weiter unten (§. 101.) näher bezeichneten Maaße auf dem Majoratsgut eine neue Grundgerechtigkeit zu erteilen, oder eine schon bestehende in eine andere zu verändern für nützlich oder nothwendig befunden wird.

#### §. 95.

Wenn ein Majoratsbesitzer es nothwendig, oder nützlich findet, einen Theil seines Majorats, oder das Ganze gegen ein anders Objekt zu verwechseln, und hiebei den Weg a.) eines unmittelbaren Tausches, oder b.) eines vorgängigen Verkaufs eingeschlagen wird, so müssen in jedem der gedachten Fälle zur Gültigkeit der Handlung folgende Bedingnisse und Förmlichkeiten beobachtet werden.

#### §. 96.

Im Fall des unmittelbaren Tausches, ist das zu vertauschende Objekt nach seinen Eigenschaften und Erträgen, und auf gleiche Weise das dafür einzutauschende Gut bei Unserm Justizministerium anzuzeigen, damit bei der in Majoratssachen angeordneten geheimen Rathskommission, nach der derselben erteilten Instruktion weiters verfahren werde.

#### §. 97.

Bei einer auf diese Art vorgenommenen und von Uns genehmigten Vertauschung des Majorats, oder

der Theile desselben, versteht es sich von selbst, daß ( was zugleich bei den folgenden §. §. 98 bis 100 ) als dort wiederholt geachtet werden soll ) jedes Erbfolge- und Revokationsrecht der zur Majoratsfolge Berechtigten für gänzlich erloschen anzusehen sey, folglich derselben keine Reklamation gegen solche Veräußerungen, auch selbst nicht gegen Erstattung des Wertes, zustehe.

#### §. 98.

Sindet ein Majoratsbesitzer seine Konvenienz durch unmittelbaren Tausch nicht, sondern ist eine vorgängige Verkaufshandlung der Majoratsobjekte notwendig; so muß der vorhabende Verkauf, so wie oben (§. 96) der Tausch, bei Unserem Justizministerium angezeigt, und zugleich das in Landeigenthum bestehende Surrogat, soferne aber dieses aus dem Eigenthum eines Dritten bestehen würde, mit Beibringung der eventuellen Bewilligung dieses Eigenthümers umständlich, und nach Art eines Tauschobjekts nachgewiesen, und behandelt werden.

#### §. 99.

Wenn hinsichtlich einer bereits erhobenen, oder eben bevorstehenden, die Substanz eines Majorats betreffenden Streitigkeit, ein Vergleich geschlossen werden will, durch welchen ein Bestandtheil desselben veräußert werden soll; so muß dieser Unserm Justizministerium vorgelegt, und durch dasselbe in dem vorgeschriebenen Wege, unsere Genehmigung erwirkt werden.



## §. 100.

Sollte übrigens bei der vorgenommenen Prüfung der durch Vergleich, oder durch Tausch, oder Verkauf sich ergebenden gänzlichen, oder partiellen Majorats-Veräußerungen eine Vernehmung der Majoratsfolger oder anderer Interessenten für nothwendig gehalten werden; so bleibt dieses dem Ermessen der geheimen Rathskommission überlassen. Auf noch ungeborene Interessenten ist aber nach der Natur des Majoratsinstituts keine Rücksicht zu nehmen.

## §. 101.

Die Ertheilung von Grundgerechtigkeit auf dem Majoratsgute, oder dessen einzelnen Bestandtheilen ist zwar unter dem allgemeinen Veräußerungsverbote begriffen. Wir wollen aber aus bewegenden Gründen nicht nur allein die Leibrecht- und Freistiftsgerechtigkeit unter diesem Verbote nicht begriffen haben, sondern dem Majoratsbesitzer auch noch weiters eine Verwandlung der bisherigen Leib- und Freistiftsgüter in Erbrechtsgerechtigkeit, oder auch eine ganz neue Erbrechtsverleihung, dann die Ablösung der Grundrenten unter der Bedingung gestatten, daß derselbe das für die Erbrechtsverleihung, oder die Rentenablösung erhaltene Kapital dem Majorate zuschlage, und durch den Erwerb eines liegenden Eigenthums surrogire, welches dem Majorate einverleibt werden muß.

## §. 102.

Von gegenwärtiger Vergünstigung bleiben aber die zu den Majoraten gehörigen Oekonomieen, nebst den dazu gehörigen Brauereien ausdrücklich, und dergleichen

stalt ausgeschlossen, daß dieselben weder auf Leib noch Erbrecht, sondern nur auf Zeitpacht gegeben werden dürfen, der aber die Dauer von neun Jahren nicht überschreiten soll.

### III. K a p i t e l.

Rechte und Pflichten des Majoratsbesitzer, in  
Hinsicht der Restitution der Majoratsgüter.

#### §. 103.

Jedem Majoratsbesitzer liegt die Pflicht ob, seinem Nachfolger das Majorat ohne irgend eine, aus seinem Verschulden herrührende Schmälerung zu hinterlassen.

#### §. 104.

Dem Majoratsnachfolger haften demnach, neben dem ihm ohnehin gebührenden Revolutionsrechte der ungültig veräußerten Majoratsstücke, bis er zu diesem letztern gelangt, die Allodialmasse, und die Erben seines Vorgängers; welche sowohl hierfür, als nach oben (§. 87.) für jede auf das Majorat Bezug habende Pflichtversäumnis ihres Erblassers, und daraus entstehenden Deteriorationen verantwortlich sind.

#### §. 105.

Hinsichtlich des Zuwachses, und der Verbesserungen der Substanz des Majorats; so wie der Theilung der hangenden und ausständigen Früchte treten, in soferne nicht hierüber besondere Dispositionen vorhanden sind, die Bestimmungen der bürgerlichen Rechte über die gegenseitigen Verhältnisse des Eigentümers und Nutznießers, ein.

## §. 106.

Für den, den Allodialerben gebührenden Antheil bei der Fruchteheilung, und der Ersaz der Meliorationen steht aber denselben kein Rückbehaltungsrecht (Jus retentionis) an dem Majorate zu.

---

## III. T i t e l.

Von der Erbfolge in die Majorate:

## I. A b s c h n i t t.

Von dem Erbfolgerecht.

## §. 107.

Das Recht zur Erbfolge in das Majorat bedingt sich durch den Ruf des Konstituenten, verbunden mit der subjektiven Fähigkeit des Verufenen. (§. 21)

## §. 108

Mit dem Verluste dieser letzten Fähigkeit erlischt demnach zugleich das Erbfolgerecht in die Majorate.

## §. 109.

Der Verlust dieser Fähigkeit, oder der zum Majoratsbesitz erforderlichen Adelswürde tritt aber ein, a.) mit dem Verluste des Staatsbürgerrechts, b.) wenn gegen den Majoratsbesitzer eine Kriminalstrafe erkannt worden ist.

## §. 110.

Eritt bei dem zur Majoratsfolge Verufenen dieser Verlust noch vor Eröffnung der Majoratsfolge ein,

so ist das Recht zum Antritt damit erloschen. Ereignet sich aber dieser Verlust nach bereits erfolgtem Antritte des Majorats, so löset sich damit das Genußrecht des bisherigen Besitzers auf, und dem nächsten Majoratsnachfolger wird die Erbfolge in das erledigte Majorat eröffnet.

## II. A b s c h n i t t.

### Von der Erbfolge Ordnung.

#### §. III.

In Hinsicht auf die Erbfolgeordnung ist bereits in Unserm Edicte vom 28. Julius 1808 festgesetzt, daß sich künftig die Majorate unter der durch die erste Konstituierung zur Majoratsfolge Verufenen in der Linealordnung, und nur nach dem Rechte der Erstgeburt, vererben sollen.

#### §. II2.

Dem Majoratskonstituenten folgt daher, der Regel nach, unter seinen ehelichen männlichen Descendenten (welche die durch nachgefolgte Heirath legitimirte Söhne, in sofern sie nicht ex damnato coitu erzeugt worden, gleich zu halten sind) der erstgeborene Sohn, dem sodann nach Erlöschung seiner Linie, seine Brüder, oder derselben Descendenten, doch wieder nach dem Vorzuge der Linie, und der Primogeniturerbfolge zu sukcediren haben.

#### §. II3.

Ist aber das Majorat von einem Konstituenten für einen seiner nachgeborenen Söhne, oder für einen Dritten errichtet worden: so wird in Hinsicht auf

Erbfolgeordnung dieser Letzte für den Konstituenten angesehen, und hat sich das Majorat unter der Deszendenz derselben auf die bereits in dem vorstehenden (§.) bestimmte Weise zu vererben.

#### §. 114.

Diese Erbfolgesetze treten auch in jenem Falle ein, wenn die sukzessionsfähige Deszendenz des Konstituenten oder desjenigen, der in obiger Hinsicht (§. 113.) dafür gehalten wird, erloschen — sofort das Erbfolgerecht derjenigen eingetreten ist, welche nach §. 24. für jenen Fall haben substituirt werden können, und substituirt worden sind.

#### §. 115.

Von Allem, was bisher in dem gegenwärtigen Titel über Erbfolgerecht und Erbfolgeordnung gesetzlich bestimmt worden ist, kann selbst nicht durch gemeinschaftliche Einwilligung aller zur Erbfolge in das Majorat berufenen Familienglieder irgend etwas verändert werden.

#### §. 116.

Nur für den Fall, wenn der letzte Mannspröffe mit keinem sukzessionsfähigen Leibeserben versehen wäre, wollten Wir demselben das Recht der Adoption auch in Hinsicht auf die Majoratsfolge, doch nur unter dem Vorbehalt Unserer ausdrücklichen Genehmigung, einräumen.

## IV. T i t e l.

Von der gänzlichen Auflösung der Majorate.

## I. A b s c h n i t t.

Fälle, in welchen sich die Majorate auflösen.

## §. 117.

Gesetzlich errichtete Majorate und Vergrößerungen derselben sind unauflösbar. Folgende Fälle ausgenommen:

## §. 118.

A.) Wenn sie unter den oben §. 95. folg.) vorgeschriebenen Bedingungen durch Kauf oder Tausch veräußert worden sind; oder wenn ein Dritter das ganze Majorat, oder die Vergrößerung als sein Eigenthum vindiziret.

## §. 119.

B.) Durch den gänzlichen Untergang des Objekts.

## §. 120.

C.) Wenn das Majorat durch den Untergang einzelner Bestandtheile, oder durch Widifikationen dritter Eigenthümer, oder durch andere Unfälle so tief in seiner Substanz abgemindert wird, daß nicht einmal mehr die Normalrente §. §. 28. 34. bleibt.

## §. 121.

D.) Wenn der letzte zur Sukzession in das Majorat Berechtigte, ohne eine eheliche leibliche, oder nach §. 116. adoptirte männliche Descendenz zu hinterlassen, mit Tod abgeht.

## §. 122.

E.) Wenn endlich sämtliche lebende Majoratserben durch ihre gemeinschaftliche, gerichtlich erhobene Einwilligung, und mit Unserer besondern Genehmigung, den bisherigen Majoratsverband selbst aufzulösen sich bewogen finden würden:

## II. A b s c h n i t t .

Rechtliche Folgen dieser Auflösung nach Verschiedenheit der Fälle.

## §. 123.

Betrifft eine der im vorigen Abschnitte angeführten Auflösungsursachen, bloß einen Theil des Majoratsguts, so bleibt das Uebrige als Allodium in den Händen des letzten Besizers, jedoch mit Fortdauer der auf dem erloschenen Majorate, rücksichtlich der Nachgeborenen und Wittwen haftenden Lasten.

## §. 124.

Entsteht die Abänderung des Majorats unter die Normalrente aus eigenem Verschulden des Majoratsbesizers, so soll derselbe vor Allem in Administration gesetzt werden. Während dieser Administration, welche bis zur Wiederherstellung der Normalrente zu bestehen hat, sollen die auf dem Majorate liegenden Wittthume, Alimente, und die an die versicherten Gläubiger zu leistenden Zahlungen fortan ungeschmälert verreichet werden.

## §. 125.

Wenn der letzte Majoratsbesitzer keine eheliche, oder adoptirte sukzessionsfähige Nachkommenschaft (§. §. 112-116) hinterläßt, so genießt derselbe, wenn die ursprüngliche Majoratskonstitution von Privaten herrührt, alle Rechte der freien Disposition, und (insofern er hievon keinen Gebrauch macht) tritt nach seinem Ableben die gemeinte Intestaterbsfolge ein.

## §. 126.

Ist aber das Majorat im Ganzen oder zum Theil, unter dem Vorbehalt des Rückfalls, von Uns selbst dotirt worden, so fällt dasselbe, oder der aus Unserer Dotation herrührende Theil zu Unserer weiteren Disposition zurück.

## §. 127.

Erfolgt endlich die Auflösung des Majorats mit Unserer Bewilligung aus dem gemeinschaftlichen Einverständnis, aller zu der Majoratsfolge Berechtigten, so werden die rechtlichen Folgen derselben, durch die in der hierüber verfaßten Urkunde festgesetzte Bedingung bestimmt; wobei es sich von selbst versteht, daß die Rechte dritter Betheiligter ungekränkt belassen werden müssen.

## §. 128.

Jede Majoratsauflösung soll Unserem Justizministerium angezeigt werden, damit dieselbe durch die in Majoratssachen angeordnete geheime Rathskommision geprüft, und nach Unserer erfolgten Genehmigung, die Bekanntmachung durch das Regierungsblatt, so wie die Löschung in der Matritel veranlaßt werden.



## Allgemeine Bestimmung.

§. 129.

Wenn übrigens seit dem 14. Sept. 1808. in den damaligen Gebietstheilen Unsers Reichs bereits Rechtsverhältnisse zwischen Familienglieder oder mit Gläubigern, oder mit andern Dritten durch Vergleiche, richterliche rechtskräftige Sprüche, oder andere rechtsgültige Handlungen festgesetzt worden, so soll es bei denselben, wenn sie auch dem gegenwärtigen Edikt entgegen wären, sein unabänderliches Verbleiben haben.

München den 22. December 1811.

M a r. J o s e p h.  
Graf von Montgelas.

Auf Königlichen Allerhöchsten Befehl  
der General Secretair  
B a u m ü l l e r.

## F a s s i o n s I n s t r u k t i o n ,

nach welcher bei Konstituierung eines Majorats die für dasselbe auszuweisenden Renten angesetzt werden müssen.

Bei jedem Naturalempfang von Getreide, (es mag derselbe in Gülden, Zehnten, oder andern solchen Remissen bestehen) darf der Preis nicht höher als wie folgt, angesetzt werden.

Nämlich das Münchner Scheffel:

a.)	Waizen und Kern	—	fl. 8.
b.)	Korn oder Roggen	—	fl. 6.
c.)	Gerste	— — —	fl. 5.
d.)	Haber	— — —	fl. 4.
e.)	Erbsen	— — —	fl. 8. •

### A n m e r k u n g.

I.) Drei Scheffel unausgehülseter Spelz oder Gersten, werden für ein Scheffel Kern oder Waizen gerechnet.

II.) Die Einkünfte aus Oekonomien werden so berechnet, daß sämtliche Grundstücke als Kapital geschätzt, und von demselben  $2\frac{1}{2}$  pr. Cent als jährliches Erträgniß angenommen werden.

Eben dasselbe gilt von Weinbergen.

III.) Forstrenten unterliegen derselben Berechnungsart dergestalt, daß von dem Kapitalschätzungswerthe der Holzgründe ein jährliches Erträgniß, jedoch nur von 2 pr. Cent angesetzt werden kann. Die bei Oekonomiegründen und Waldungen allenfalls nöthige Schätzung soll durch die gewöhnlichen Lokalschätzleute vorgenommen werden.

IV.) Rücksichtlich der Bräuhausegefallen sind von jedem verbrauchten Meehen Maß 24 kr. als eine Rente anzunehmen:

V.) Die Ländereien aller Art sollen mit Zurechnung der grundherrlichen Brieferrichtungstaren in ideale Maierschaftsfristen aufgelöst, d. i. nach 20 jährigem Durchschnitt berechnet, und hiernach die Anschläge verfertigt werden.

VI.) Scharwerke, die bisher noch in Natur geleistet worden, sollen zwar ebenfalls dem Anschla-

ge, doch nur unter dem mindern Ansätze des gewöhnlichen Lokal-, Tag- und Fuhrlohns, und mit Abzug der Kosten des Gutsherrn unterliegen. Die bereits mit Geld rekurirten Scharwerke werden nach ihrem nachzuweisenden Geldanschlag berechnet.

VII.) Was die Jurisdiktionsgefälle anbelangt, so sollen diese nach der Familienzahl angeschlagen und für jede Familie vor der Hand ein jährlicher Jurisdiktionsertrag p. 30 fr. angesetzt werden.

VIII.) Da sich der Kapitalanschlag der gewissen Rente zu dem der ungewissen wie 30 zu 25 verhält, so soll die hiedurch sich bezeugende Differenz eines Sechstheils von den ungewissen Renten abgeschlagen werden, so daß z. B. Laudemialrenten von fl. 600. nur im Durchschnitt mit fl. 500 in Aufrechnung gebracht werden können.

Uebrigens hat

IX.) Bei den oben obnehin niedrig angesetzten Getreidpreisen im Fall der Naturalgetreide Einnahme kein weiterer Abzug für einen Kastenschwand und für Nachlässe mehr statt.

### I n s t r u k t i o n .

Für die in Majoratsgegenständen angeordnete Königliche geheime  
Rathskommission.

Wir Maximilian Joseph.  
Von Gottes Gnaden, König von Baiern.

In dem Edikte über den Adel vom 28 Juli 1808.  
haben wir bereits (Tit. 2. R. 8. §. 71.) verordnet

Daß bei Anwendung der hierin enthaltenen, die Majorate betreffenden Verordnungen, auf die Fideikommiße der in Unserm Königreiche angesessenen adelichen Geschlechter zur Berichtigung der Verhältnisse in den Familien eine besondere Kommission ernannt werden sollte. Durch eine in dem Regierungsblatt des Jahrs 1809 No. 20. kundgemachte Entschließung vom 6. März, wurde diese Kommission aus den Mitgliedern der Section der bürgerlichen und peinlichen Gesetzgebung bei Unserm geheimen Rath ernannt, und derselben aufgetragen, die Ansprüche der Töchter und der Nachgeborenen, welche sich bei der Verwandlung der bisherigen Fideikommiße in Majorate ergeben könnten, zu würdigen und gütlich auszugleichen, oder wo dieses nicht statt finden sollte, an Unseren geheimen Rath zu bringen.

Da wir nun das oben gedachte Edikt über den Adel in allgemeine Revision zu nehmen, und hierüber eine authentische Erklärung zu geben für nöthig gefunden haben, so sehen wir Uns hiedurch auch bewogen, der in Majoratsgegenstände bestehenden Kommission eine umfassende Instruktion zu ertheilen, und setzen daher über die Formation den Wirkungsbereich, und Geschäftsgang derselben, nachstehende nähere Bestimmung fest.

### I. T i t e l.

#### F o r m a t i o n.

##### §. I.

In Hinsicht auf die Formation, hat es bei Unserer Verordnung vom 6. März des Jahrs 1809 sein Ver-

verbleiben; nach welcher diese Kommission aus den Mitgliedern der Sektion der bürgerlichen und peinlichen Gesetzgebung bei Unserm geheimen Rathe zu bestehen hat; doch werden Wir derselben noch zwei Mitglieder aus der geheimen Rathssektion des Innern, dann eines aus der Sektion der Finanzen zutheilen, der Älteste unter diesen geheimen Räten hat hiebei den Vorsitz.

## §. 2.

Der Generalsekretair Unseres geheimen Justizministeriums hält in der Sitzung der Kommission das Protokoll, und bewahret die einschlägigen Akten und Protokolle in einem besondern Fache der Registratur.

## II. T i t t e l.

### W i r k u n g s k r e i s.

## §. 3.

Der Wirkungskreis dieser Kommission erstreckt sich:

a.) Auf vorläufige generelle Untersuchung und Prüfung, der bei Unsern Ministerien einlaufenden, und von diesen der Kommission zuzutheilenden Gesuche und Vorschläge über Errichtung neuer Majorate, oder Bildung derselben aus ehemaligen Fideikommissgüter, und auf den Antrag an das Ministerium der Justiz, auf präparatorische Verfügungen zu näherer Instruktion derselben, oder auf zu ertheilende oder zu erstreckende Termine.

## §. 4.

b.) Auf definitive und besondere Untersuchung und Prüfung, der nach geschעהener Instruktion und Be-

Kanntmachung wieder einlaufender Vorschläge zu Errichtung der Majorate, und auf nähere umständliche Vergleichung dieser Vorschläge mit den bestehenden gesetzlichen Verordnungen.

Das Geschäft der Kommission kann sich hiebei :

- 1.) auf Veranlassung der von dem Majoratskonstituenten noch beizubringenden Ersezungen und Belege, dann Abänderung oder Verbesserung des Entwurfs der Majoratsurkunde.
- 2.) auf gütliche Ausgleichung der allenfalls bei dieser Untersuchung sich noch bezeigenden Anstände, oder zu berichtigenden Punkte mit dem bei den Majorate interessirten Theilen;
- 3.) auf Verfassung des Hauptantrags über die Bestätigung des auf obige Art berichtigten Majorats-Errichtungsentwurf, und
- 4.) auf den Vortrag hierüber in Unserm geheimen Rathe erstrecken.

#### §. 5.

c.) Auf Prüfung und Antrag über die bei Unsern Ministerien einlaufenden Vorschläge über Vergrößerung schon bestehender Majorate.

#### §. 6.

d.) Auf gleiche Untersuchung und Antrag über solche Vorschläge zu Vertauschung der Majoratsobjekte, oder Veräußerung derselben zu Erhaltung des Majorats.

#### §. 7.

e.) Auf Untersuchung und Antrag in dem Falle, wenn mit gemeinsamem Einverständnisse aller zur

Majoratsfolge Berechtigten Unsere Bewilligung zur Auflösung eines Majorats gegeben werden soll.

### III. T i t e l.

#### G e s c h ä f t s g a n g.

#### Allgemeine Normen.

##### §. 8.

Der Kommission werden keine gewissen Tage und Stunden, in welchen sie ihre Sitzungen zu halten hat, vorgezeichnet, sondern sie hat sich bei einlaufenden Geschäften jedesmal förderlich zu versammeln, und der Tag, dann die Stunde der Versammlung wird durch den Vorstand derselben bestimmt.

Die Beschlüsse und Anträge der Kommission werden durch die Mehrheit der Stimmen ihrer Mitglieder gefaßt, und der Vorstand hat bei eintretender Gleichheit die entscheidende Stimme zu geben.

#### B e s o n d e r e N o r m e n.

##### §. 9.

ad. a.) Bei der ersten generellen und präparatorischen Prüfung und Untersuchung der bei Unsern Ministerien einlaufenden Gesuche und Erklärungen über vorhabende Majoratserrichtungen, hat die Kommission ihr Augenmerk dahin zu richten, ob der eingereichte Majoratserrichtungsentwurf die in Unserer vorstehenden Verordnung vorgeschriebenen Hauptrequisiten, nämlich die subjektive Fähigkeit des Majoratskonstituenten, und die nöthige Ausweisung über den Besitz, die Eigenschaft und den Rentenbetrag der zum Majorate zu erhebenden Güter in sich begriffen, wie auch, ob die Ausweisung des in §. 46. des Edikts bestimmten Pflichttheils geschehen sey; dann im Fall,

wenn der Entwurf die Verwendung eines vormaligen Fideikommissguts zu einem Majorate betrifft, ob ferner hierbei die in obiger Verordnung vorgeschriebenen Eigenschaften und Bedingnisse im Allgemeinen obwalten, oder nicht?

Im ersten Falle hat die Kommission den Antrag an Unser Justizministerium dahin zu machen, daß nach dem §. 49. der gedachten Verordnung, durch das einschlägige Appellationsgericht die öffentliche Bekanntmachung des Majoratsgüterkomplexes, und die vorgeschriebene Instruktion geschehe. Im zweiten Falle aber ist der Antrag an Unser Justizministerium dahin zu stellen, daß dem Majoratskonstituenten die in seinem Entwurfe schon bei präparatorischer Prüfung sich zeigten wesentlichen und allgemeinen Anstände und Mängel eröffnet, und sein Entwurf ihm zur Abänderung und Verbesserung, wenn sie anders thunlich ist, zurückgestellt werden.

Zur Beibringung dieser nöthigen Abänderungen oder Verbesserungen kann die Kommission dem Majoratskonstituenten bestimmte Termine bewilligen, oder die gegebenen auf dessen Ansuchen verlängern.

§. 10. ad. b.

Nach geschehener öffentlichen Bekanntmachung des Majoratskomplexes und Zurückkunft des Entwurfes nach geschehener Instruktion von dem Appellationsgerichte, schreitet die Kommission zur definitiven und detaillirten Untersuchung und Prüfung des Majoratserrichtungsvorschlags, und des allenfalls damit verbundenen Schuldentilgungsplanes.

Es sind hierbei sowohl die in Unserer obgedachten Verordnung vorgeschriebenen Eigenschaften und Erfor-



bernisse in wiederholte und nähere Rücksicht zu nehmen, als auch, wenn es sich um Bildung eines Majorats durch Verwendung eines ehemaligen Fideikommissguts fragt, die hiezu vorgeschriebenen Bedingungen mit dem Entwurfe zu vergleichen, und es ist über diese Untersuchung von dem Referenten der Kommission ein schriftlicher Vortrag abzulegen.

Ergiebt sich nun aus diesem Vortrage das Resultat: daß kein Anstand gegen die Vorlage des Majoratsentwurfes zur Bestätigung bei Unserm geheimen Rathe obwalte, so legt die Kommission die Akten sammt dem Vortrag Unserm Justizministerium vor, damit er von da an Unsern geheimen Rath gebracht werde.

Zeiget sich aber bei diesem Vortrage, daß noch einige Ersezungen zur Vervollständigung des Majoratsentwurfes nothwendig wären, z. B.

- a.) durch Beibringung grundherrlicher Konsense;
  - b.) durch nähere Ausweisung der Erträgnisse des Majoratskomplexes zur vollständigen Herstellung der Normalrente;
  - c.) Anlegung der Zeugnisse oder Auszüge aus den bestehenden Hypothekenbüchern über Schuldenfreiheit der zum Majorate bestimmten Güter;
  - d.) Abänderungen in dem Aufsatze der Majoratsurkunde s. a., oder,
- daß noch gütliche Ausgleichung zwischen den Majoratskonstituenten, dann den übrigen Gliedern seiner Familie oder andern Interessenten zu bewerkstelligen wären. z. B.
- 1.) in Auszeigung der nöthigen Sicherheit an die Familienglieder des Majoratskonstituenten, welche sich in dem Genuße von Familienstiftungen befinden;

- 2.) in Auszeichnung und Berechnung des den Motherben des Konstituenten gebührenden Quantum des Pflichttheils, dann in Anrechnung und Ausweisung der Kollationsposten;
- 3.) in Aufstellung des zur Berichtigung der auf dem Majorate haftenden Schulden verfaßten Tilgungsplans. So stehet der Kommission zu, den Majoratskonstituenten sowohl, als dessen übrige Familienglieder und Interessenten in Person, oder durch spezialbevollmächtigte Anwälte durch Unser Justizministerium auf einem von ihr zu bestimmenden Tag vorzuführen zu lassen.

Bei diesem kommissionellen Zusammentritte, sind die allenfalls zur Vervollständigung des Majoratsentwurfes noch nöthigen Ersezungen dem Majoratskonstituenten zu eröffnen, und ihm aufzugeben, daß er diese Ersezungen selbst besorge und nachtrage, wenn er aber dieses nicht wohl selbst zu thun im Stande seyn sollte, so hat die Kommission den Antrag an Unser Justizministerium zu machen, daß die deswegen nöthigen Weisungen an die einschlägigen Gerichte und Behörden erlassen werden. Sollten gütliche Ausgleichungen der oben berührten Gegenstände nothwendig seyn, so hat die Kommission zu versuchen, ob nicht durch derselben Verwendung diese Ausgleichungen erzielt werden können, und im Zustandebringungs-falle das Resultat zu Protokoll zu nehmen, sohin nach diesem den Majoratsentwurf und die Urkunde zu modifiziren.

Sind nun die nöthigen Ersezungen oder Verbesserungen auf obige Art zu Stande gebracht, so schreitet die Kommission zur Vorlage des Hauptantrags an Unseren geheimen Rath, damit sonach

die Majoratsurkunde gegen die Stempel- und Kanzleigebühren, welche letztere auf 50 fl. überhaupt hiermit bestimmt werden, ausgefertigt werden können.

Ergibt es sich aber bei diesen kommissionellen Verhandlungen, daß einige Ersezungen nicht zu bewerkstelligen, oder einige zur kommissionellen Ausgleichung geeignete Punkte auf diese Art nicht ganz zu berichtigen seyen, so ist doch mit dem Hauptvortrag an den geheimen Rath zu verfahren, und die Entscheidung zu erholen, ob der Majoratsentwurf in der vorliegenden Art bestätigt werden könne, oder ob diese Bestätigung verweigert werden soll.

§. 11. ad. c.

Wenn Vorschläge zur Vergrößerung eines bereits bestehenden Majorats bei Unserm Ministerium eingebracht, und von da zur Kommission gegeben werden, so hat diese vorläufig zu untersuchen, ob dieser Vergrößerungsplan nach Vorschrift Unserer Verordnung, und auf eine Art abgefaßt sey, daß hierüber Unsere Bestätigung erfolgen könne, oder nicht.

Im ersten Falle ist der Informationsprozeß bei dem einschlägigen Appellationsgerichte durch Unser Justizministerium zu veranlassen, und nach geschehener Rückkunft des Planes und vorgegangener Instruktion, der Antrag auf unsere Genehmigung in dem geheimen Rath zu erstatten.

Im zweiten Falle sind die gegen den eingereichten Vergrößerungsplan vorkommende Anstände zu rügen, und der Antrag an das Justizministerium zu machen, daß dieselben dem Uebergeber des Vergrößerungs-

planes zur Abänderung oder Verbesserung eröffnet, oder daß diese Abänderung durch kommissionelle Zusammenkunft erzielt werde.

§. 12. ad. d.

Auf gleiche Art hat die Kommission in dem Falle zu verfahren, wenn nach dem §. 952 u. f. Unserer Verordnung, eine Veräußerung eines bestehenden Majorats, zum Theil, oder im Ganzen gegen Herstellung eines hinreichenden Surrogats eintreten, oder ein Theil des Majorats zum Vortheile desselben durch Vergleich angelassen werden soll.

Bei der Prüfung eines Tauschvorschlages ist die Qualität und der Werth des einzutauschenden Objekts, und der gegenseitige Werth des Vertauschungsgegenstandes nach den in Unserer Verordnung vorgesehnen Normen zu untersuchen und zu vergleichen, so wie auch das einzutauschende Objekt der öffentlichen Bekanntmachung vorläufig unterwerfen zu lassen, nur mit Ausnahme des einzigen Falles, wenn dasselbe schon ehevor, und bis zur Vertauschung die Bestandtheile eines neu errichteten Majorats ausgemacht hätte. Bei dem Antrage über Gesuche und Genehmigung eines von dem Majoratsbesitzer eingehen wollen: den Vergleiches über einen die Substanz eines Majoratsbetheiligten Streit ist der Bedacht dahin zu nehmen, ob dieser Vergleich zu nothwendiger Erhaltung des Ganzen durch Abwendung eines demselben außer dessen zugehenden Nachtheils, oder zu dessen Verbesserung durch Erreichung eines ihm anwachsenden größeren Vortheils abziele.

Erfolgt von Uns die Genehmigung eines Tausch- oder Vergleichsvorschlags, so wird das Genehmigungsdekret, wodurch der veräußerte Theil von dem bisherigen Majoratsverbande befreiet wird, und das dafür eingetauschte Objekt in seinen Verband eintritt, durch das Regierungsblatt, nach erlegter Ausschreibungstaxe, bekannt gemacht, und bei dem einschlägigen Appellationsgerichte der Majoratsmatrikel eingetragen, der veräußerte und von dem Majoratsverbande befreite Theil entgegen darin erlöscht.

§. 13. ad. e.

In dem Falle, wo mit Unserer Bewilligung die Auflösung eines bestehenden Majorats durch gemeinsames Einverständnis aller zur Majoratsfolge Berechtigten geschehen solle, hat die Kommission auf ein hierüber zu Unserem Ministerium einlaufendes Gesuch mit Rücksicht auf §. §. 122. und 127. den Antrag zu fassen, und bei Unserem geheimen Rathe abzulegen.

Wir versehen Uns zu dieser Kommission, daß sie nach obiger ihr gegebenen Instruktion, und nach den bestehenden Verordnungen in jedem eintretenden Falle so pünktlich als förderlich verfahren, und hiedurch zu dem bei Anordnung der Majoratsinstitution, in dem hierüber bekannt gemachten Gesetze Uns vorgesezten gemeinnützigen Zwecke nach Kräften mitzuwirken sich bestreben werde.

München d. 22. Dezember 1811.

Mar Joseph  
Graf von Montgelas

Auf Königlichen allerhöchsten Befehl  
der General Secretair.

Baumüller.

## 19.

## N a c h t r a g,

zu der im 56. Hefte des Rheinischen Bundes unter Nr. 13. S. 194. abgedruckten großherzoglich hessischen Verordnung, die Aufhebung der Leibeigenschaft betreffend.

---

Da über die Anwendung §. 15. der, wegen Aufhebung der Leibeigenschaft unterm 25. Mai 1811. erschienenen höchsten Verordnung, in Hinsicht des Abkaufs und der Besteuerung der übrig bleibenden Frohnen, Zweifel entstanden sind; so sehen Wir Uns veranlaßt, Nachstehendes hierdurch zur Belehrung und Nachachtung bekannt zu machen.

Die Frohnen sind entweder :

- 1.) Staats- oder Landesfrohnen, oder
- 2.) Amts- und Gemeindefrohnen, oder
- 3.) Domanial- und Gutsherrlichefrohnen.

Unter Staats- oder Landesfrohnen sind diejenigen Frohnen zu verstehen; welche einen allgemeinen Staatszweck beabsichtigen, und sonach aus keinem be-

sondern Titel, folglich weder aus Gutsherrlichem Me-  
ras, noch aus der Leibeigenschaft u. s. w. entspringen.  
Zu den Staatsfrohnern gehören hiernach z. B. das  
Machen und Fahren des für den Hof, das Militair, so  
wie des zur Besoldung der Landeskollegien und Die-  
ner, in den Landesherrlichen Waldungen angewiese-  
nen Holzes, der zu gleichem Zwecke angewiesenen  
Früchte und Fourage — die zur Erbauung und Un-  
terhaltung der Residenzschlösser, Diasterial- und üb-  
rigen zu allgemeinen Staatsanstalten gehörigen Staats-  
gebäude und Anlagen erforderlichen Vausfuhren und  
Frohnern u. s. w.

Die Frohnern können so wenig abgekauft, als in  
Steuerkapitals Abzug und Ansatz gebracht werden,  
indem sie eine Last sind, die dem ganzen Lande auf-  
liegt, und von demselben nach dem Maaße der Kräf-  
te getragen werden muß; und wo die Vertheilung  
dieser Last nach solchem Maaße bisher noch nicht gänz-  
lich bewirkt seyn möchte, werden die einschlägigen  
Behörden dafür sorgen, daß eine richtigere Verthei-  
lung bis zum Anfange des Jahrs 1813 hergestellt  
werde.

Unter Amts und Gemeinde Frohnern, sind solche  
von den Aemtern und Gemeinden zu leistende ge-  
meinsame Arbeiten zu verstehen, welche zu der Aem-  
ter und Gemeinden eigenem Besten oder zur Bewir-  
kung von Amts- und Gemeindezwecken nöthig sind.  
Auch diese Frohnern können nicht abgekauft, und eben  
so wenig in Steuerkapitalsabzug und Ansatz gebracht  
werden.

Die Domaniale und Gutsherrliche Frohnern sind ent-  
weder:

- a.) Ausflüsse der Leibeigenschaft, oder
- b.) bloße Gutsherrliche Berechtigungen.

Diejenigen Domanial und Gutsherrlichen Frohnen welche Ausflüsse der Leibeigenschaft sind, müssen in jedem Falle abgekauft werden, es mag die Leibeigenschaft rein persönlich, oder mit dem Besitz eines bestimmten Gutes verbunden seyn. Von allen Domanial- und Gutsherrlichen Frohnen aber, über deren ursprünglichen Grund keine genügende Aufklärung zu erhalten ist, soll nach §. 15. der höchsten Verordnung angenommen werden, daß sie Ausflüsse der Leibeigenschaft seyen, selbst in dem Falle, wenn auch sonst keine Spuren der Leibeigenschaft mehr vorhanden waren. Diejenigen Domanial- und Gutsherrlichen Frohnen aber, welche bloß Gutsherrliche Berechtigungen sind, brauchen nicht nothwendig abgekauft zu werden. Der Pflichtige kann jedoch die Verwandlung solcher Frohnen in einen ständigen jährlichen Grundzins, und demnach auch den Abkauf derselben, zu Folge der wegen der Theilbarkeit der Güter unterm 9. Februar 1811 erschienenen Landesherrlichen Verordnung bewirken.

Werden solche Frohnen in einen ständigen jährlichen Grundzins verwandelt, so kommt solcher den Berechtigten eben so, wie jeder andere Grundzins, in Steuerkapitalsansatz, und den Pflichtigen wird er nach demselben Maße, wonach er in Ansatz kommt, in Steuerkapitalsabzug gebracht.

Wenn aber die Pflichtigen die Verwandlung der aus bloßen Gutsherrlichen Berechtigungen entspringenden Frohnen in einen ständigen jährlichen Grundzins



nicht wollen; so soll dennoch ein Steuerkapitalsabzug und Ansaß nach dem jährlichen Werthe solcher Frohnen Statt haben; und zwar soll der jährliche Werth derselben alsdann zunächst nach der Angabe des Berechtigten bestimmt werden. Diese Angabe wird dem Pflichtigen bekannt gemacht, und ist derselbe damit zufrieden, so wird darnach der Steuerkapitalsabzug und Ansaß berechnet; wobei er alsdann das Recht behält zu jeder Zeit verlangen zu können, gegen Entrichtung eines dieser Angabe gleichkommenden jährlichen ständigen Grundzinses für immer von der Frohn entbunden zu werden. Glaubt aber der Pflichtige, daß die Angabe des Berechtigten zu niedrig sey; so steht es ihm frei, den jährlichen Werth der Frohne höher anzugeben; und es soll alsdann der Steuerkapitalsabzug und Ansaß nach seiner Angabe Statt haben, wobei jedoch der Berechtigte alsdann das Recht erhält, zu jeder Zeit, gegen Nachlaß der Frohn, einen dieser Angabe des Pflichtigen gleichkommenden jährlichen ständigen Grundzins verlangen zu können.

Die schon bestehenden Frohngelder brauchen in Folge der Leibeigenschaftsverordnung nicht abgekauft zu werden. Sie können jedoch dem Berechtigten nach denselben Normen, welche für die Besteuerung der Grundrenten bestehen, in Steuerkapitalsansatz und den Pflichtigen werden sie ganz nach denselben Normen, wie den Berechtigten in Ansatz kommen, in Steuerkapitalsabzug gebracht. Wenn die Frohngelder nicht ständig sind, sondern nach der Vieh- und Kopfsatz sich richten; so wird der Steuerkapitalsabzug und Ansaß nach einer Durchschnittsberechnung über den Be-

trag solcher Frohngelder in den letzten zehn Jahren  
ein für allemal fest bestimmt.

Darmstadt den 13. Mai 1812.

Großherzoglich Hessisches geheimes Ministerium.

Freiherr von Lichtenberg.

Coulmann.

Schmidt.

vt. Dörr.

## 20.

**Weitere Nachricht,**  
über den Zustand und Unterstützung  
des Departements Fulda  
im Großherzogthum Frankfurt.

Carl, von Gottes Gnaden, Großherzog von  
Frankfurt, Fürst Primas des rheinischen Bundes,  
Erzbischof von Regensburg &c. &c.

In Unserem Patent vom 12. des vorigen Monats  
haben Wir bereits erklärt, daß Wir entschlossen sind,  
denen gesunkenen Fuldaer Finanzen (unter göttlichem  
Schutz und Segen baldmöglichst wieder aufzuhelfen.

Diesem zu Folge ertheilen Wir hiermit folgende weitere Erklärung:

- 1.) Pensionisten und dekretirte Staatsdiener haben das ungezweifelte Recht, von dem Staate jährlich ihre Pensionen und Gehalte zu fordern, und zuverlässig zu erhalten.
- 2.) Eben dieses ungezweifelte Recht haben die Gläubiger des Staats: die richtige jährlich ausbedungene Zinsen ihrer Kapitalien zu fordern und zu erhalten.
3. Bei dem Landtage des Großherzogthums Frankfurt wurde von den Ständen festgesetzt, daß jedes Departement für Bezahlung derjenigen Schulden zu sorgen habe, welche dasselbe durch Kapitalaufnahme ursprünglich, das heißt, vor der Vereinigung der einzelnen Bestandtheile des Großherzogthums in einen gemeinsamen Staat verbindlich übernommen hat. Die Obsorge für Reichsschlußmäßige Pensionen und Dekretmäßige Besoldungen, die zu der Zeit schon bestanden, ist in dem Reichsschlusse und in der rheinischen Bundesakte gegründet.
- 4.) Da das Großherzogthum Frankfurt bekanntlich wegen verschiedenen bestandenen Hindernissen jetzt erst in Besiz derjenigen Domänen gekommen ist, welche demselben nach dem Inhalt des Pariser Vertrages, vom 19 Februar 1810 vorbehalten sind: so können Wir jetzt an vollständiger Finanzeinrichtung des Fuldaer Departements Hand anlegen.

5.) Zwar haben Wir bereits im verwichenen Jahre gesorgt, daß die laufende jährliche Zinsen der Kapitalschulden aus dem Betrage von 18½ Schatzungsimpeln bezahlt werden; allein Unsere Pflicht erfordert nun auch, daß

a.) die Besoldungen und Pensionen von nun an pünktlich bezahlt werden; daß diese richtige Bezahlung für die Zukunft zuverlässig fortgesetzt werde, daß

b.) die Suldaer Staatsgläubiger, Pensionisten und besoldete Geschäftsmänner, wegen rückständiger Zinsen, Pensionen und Besoldungen eine zuverlässige Gewißheit erhalten, schließlich

c.) wird es rathsam seyn zu bestimmen, was das Suldaer Departement zu denen gemeinsamen Kriegs- und Civillasten des Großherzogthums beizutragen habe.

6.) Was nun

ad a) den ersten Gegenstand betrifft; so beziehen Wir Uns auf Unser neulich erlassenes Patent vom 12 August d. J. und verbürgen Uns hiermit, daß von dem bevorstehenden vierten Quartale an, die Pensionen und Besoldungen richtig bezahlt werden. Was nun

ad b) den ferneren Gegenstand der Rückstände betrifft, so sind die rückständige Kapitalzinsen, die rückständige Reichsschlußmäßige durch die Bundesakte bestätigte Pensionen, und sodann die rückständige defretirte Besoldungen, unstreitige Landes- und Staatsschulden, welche nicht nur für Uns, sondern auch nach dem Sinne der

Bundesakte für Unseren Nachfolger verbindlich sind.

Den begründeten Anspruch eines Jeden werden Wir durch einen besonderen förmlich ausgestellten Schuldschein sicher stellen. Wir müssen nach Recht und Billigkeit dabei bemerken, daß jeder Kapitalist, Pensionist und Besoldeter, durch bisherige Zahlungsverzögerung in seinem Vermögen ohne sein Verschulden mehr oder weniger gelitten hat, weil er genöthigt war, um leben zu können, sein eigenthümliches Vermögen anzugreifen, oder schwer zu verzinsende Schulden zu machen. Genaue Berechnungen über so manche, so verschiedene Verhältnisse solchen Verlustes sind unmöglich. Allein aus landesväterlichem Wohlwollen für Unsere Schuldner Angehörige, sind Wir entschlossen, einigen Ersatz dadurch zu leisten, daß Wir durch Vorschüsse aus Unserem persönlichen Vermögen, die Schuldscheine für Rückstände in so lange jährlich mit fünf vom Hundert verzinsen werden, bis Uns gelingt, durch sorgfältige Sparsamkeit diese Rückstände gänzlich abzutragen. Die Einlösung und Zahlung der ausgegebenen Schuldscheine selbst, wird von Zeit zu Zeit durch das Loos bestimmt. Sogleich nach Ausgabe der Scheine wird die erste öffentliche Verloosung für eine Summe von zehntausend Gulden, die Wir aus Unseren eigenen Mitteln hergeben, unter dem Vorstehe einer von Uns zu benennenden Kommission, Statt haben. Die

künftigen Verloosungen aber werden Wir noch näher festsetzen. Jede durch das Loos gezogene Nummer erhält für ihren Hauptbetrag, wie für die vom Tage der Ausgabe bis zum Tage der Ziehung davon verfallenen Zinsen, zehn Tage nach der Ziehung baare Zahlung.

ad c) Zu Deckung der gemeinsamen Kriegslasten sind und waren ordinaire Steuern von jeher bestimmt, und Einnahme der Einregistrierung sind zweckmäßige Zuflüsse zu Bezahlung gemeinsamer Civilausgaben des Großherzogthums, aus welchen vielleicht in günstigeren Zeiten die Generalkasse der Fuldaer Departementskasse in besonderen Nothfällen mit Vorschüssen ausheifen kann. Nur der eigene große Nothstand des Departements Fulda kann dasselbe von der Ablieferung eines Theils der weiteren ergiebigen Beiträge noch dermalen entbinden.

7.) Liebere rechtschaffene Fuldaer! Schön und löblich ist es, daß ihr Eure gute Vaterstadt liebt, Eurem Fuldaer Vaterland anhänglich seyd; aber vergesst nie, daß das Fuldaer Departement ein Bestandtheil des Großherzogthums Frankfurt ist. Weg alle kleinliche Mißgunst und Mißtrauen, welche vielleicht irgend ein Kurzsichtiger oder Uebelgesinnter erregen möchte! Allgemeines wahres Wohl ist von Einheit des Staats und Gemeingeist der Einwohner unzertrennlich. Eure Verbindung mit dem Großherzogthume Frankfurt kann und wird Euch und Euren Kindern, unter göttlichem Segen, jezt und in künftigen Zeiten

nützen. Wir sind um so weiter entfernt, Uns rühmen zu wollen, da Wir von Herzen bedauern, bisher nicht mehr für Euch gethan zu haben; was aber unterdessen, konnte Uns bewegen, durch unverzinsliche Vorschüsse aus eigenem Vermögen, und durch anhaltendes Bemühen dem Fuldaer Departement vorzüglich aufzuhelfen? Was anders, als eben der Gemeingeist, der Uns zu beruhigender Pflicht macht, hierin das Beispiel zu geben.

Wir haben Euch in Unserem Patente vom 12. August d. J. versprochen, die Klassensteuer werde aufhören, sobald das dringende Bedürfnis vorüber ist; Wir haben Euch versprochen, Handel und Gewerbe zu ermuntern; durch verhältnißmäßige Einrichtungen in der Grundsteuer und der indirekten Abgaben, dem guten Fuldaer Lande wieder aufzuhelfen. Fasset Muth! biedere rechtschaffene Fuldaer, Wir werden Wort halten!

Vorstehendes Patent ist in das Departementsblatt einzurücken.

Gegeben in Unserer Residenzstadt Fulda,  
den 29. September 1812.

C a r l.  
G r o ß h e r z o g.

---

## 21.

**Königlich Sächsisches Mandat,**  
 das Censur und Bücherwesen betreffend.  
 Dresden am 10 August 1812.

---

Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden,  
 König von Sachsen &c. &c. &c. Thun hiermit kund  
 und fügen zu wissen:

Es haben zwar in Unfern Landen, wegen des Censur und Bücherwesens, schon seit früheren Zeiten zweckmäßige, sowohl von Uns, als von Unfern Vorfahren erlassene Verschriften bestanden; diese sind jedoch nicht immer zur allgemeinen Kenntniß gebracht, sondern nur hauptsächlich denen Behörden, welche zunächst mit dem Censur und Bücherwesen sich beschäftigen, und den Obrigkeiten an Orten, woselbst Buchhandlungen und Buchdruckereien vorhanden sind, zur Beobachtung zugefertigt worden.

Damit nun diese Vorschriften allgemeiner, und namentlich auch den auswärtigen Buchhändlern bekannt werden, und diese sich vor den Nachtheilen hüten mögen, welche für sie entstehen könnten, wenn sie die in Unfern Landen hierüber bestehenden Anordnungen



gen übertreten; so haben Wir für gut gefunden, theils die deshalb schon vorhandenen Anordnungen, inso weit sie besonders die Polizei des Büchermesens, und die Censurangelegenheiten betreffen, wiederholen und zusammenfassen, theils einige neuerlich von Uns getroffene Verfügungen zur öffentlichen Wissenschaft und Nachachtung gelangen zu lassen.

### §. 1.

Die Aufsicht über das Büchermesen steht an allen Orten Unserer Lande, woselbst Buchhandlungen oder Buchdruckereien befindlich sind, in der Regel zunächst der Ortsobrigkeit zu, welche in Fällen, in denen sie nicht selbst entscheiden kann, nach Beschaffenheit der Gegenstände, an Unsre Regierungs- oder Konsistorialbehörden zu berichten, und deren Verfügung zu befolgen hat. Weil jedoch der Buchhandel und überhaupt das Büchermesen zu Leipzig eine ganz besondere Fürsorge erfordert: so besteht daselbst schon seit dem 17. Jahrhunderte eine besondere Bücherkommission, welche unter Leitung Unsers Kirchenrathes und Oberkonsistorii die Aufsicht über das Censur und Büchermesen, nach der ihr ertheilten ausführlichen, schriftlichen Instruktion, entweder selbst, oder durch den ihr untergebenen Bücherinspektor zu führen hat.

### §. 2.

Um den Mißbrauch der Pressfreiheit in voraus zu verhindern, sind

1.) zuvörderst an allen Orten, woselbst Buchdruckereien vorhanden sind, Censuranstalten eingerichtet.

Ohne vorgängige Censur soll überhaupt nicht das Geringste gedruckt werden, es wäre denn der Druck von einem landesherrlichen Kollegio oder Kanzlei angeordnet, und es haben zu diesem Behufe die sämtlichen Buchdrucker im Lande beim Antritt ihres Gewerbes, nach den jeden Orts vorgeschriebenen Formularen an Eides Statt anzugeloben, daß sie ohne der geordneten Censoren Genehmigung weder selbst irgend etwas drucken, noch den Ihrigen zu drucken verstatten wollen.

2.) Anlangend die Censurbehörde selbst, so ist der Nothdurft befunden worden

a.) für alle in hiesigen Landen außerhalb der Städte Dresden, Wittenberg, Freyberg, Chemnitz, Zwickau, Hain, Plauen, Langensalza, Budissin, Görlitz, Zittau, Löbau, Lauban, Lübben, Luckau, Guben, Rottbus, Merseburg, Naumburg und Zeitz, in gleichen für alle, für Rechnung inländischer Verleger außerhalb Landes, zu druckende Schriften, politisch-historisch-geographisch- und statistischen Inhaltes, welche auf die neuern Zeitverhältnisse von und mit dem Jahr 1788. an Beziehung haben, so wie für die dahin gehörigen Aufsätze und einzelnen Stellen in andern Schriften, Journalen und Wochenblättern, welche in andern, als den vorbenannten Orten gedruckt werden, einen eigenen Censor zu Leipzig zu bestellen, durch dessen Approbation der Druck dergleichen Schriften auch sonst allenthalben in hiesigen Landen autorisirt wird. Den außer den obgedachten Orten im Lande wohnhaften Verlegern gedruckter Wochen- oder Monatsblätter indeß, welche selbigen zeither politische Nachrichten einverleibt haben, kann solches auch ferner, und zwar ohne vorher erlangte Approbation des

politischen Censors zu Leipzig, nachgesehen werden, sobald sie keine andern, als die in der Leipziger politischen Zeitung, welche selbst der Censur des politischen Censors unterworfen ist, befindliche Nachrichten, und diese ganz unverändert, aufnehmen. Wenn sie diese Bedingung, ohne die besondre Censur des Censors zu Leipzig erlangt zu haben, übertreten, so sollen sie unfehlbar die Konzession zur Herausgabe jener Zeitschriften verlieren.

b.) In Ansehung der Censurbehörden für alle übrige Schriften, bemendet es bei den Bestimmungen des Censurregularivs vom 30. September 1779. und dessen, theils wegen der in den Bergbau einschlagenden Schriften, theils wegen der römisch-katholisch-dogmatischen, liturgischen, Erbauungs- und zum Unterricht in dem römisch-katholischen Glaubensbekenntnisse bestimmten, nicht minder theologisch-polemischen, ingleichen die Geschichte der Römischkatholischen Kirche betreffenden Schriften Römischkatholischer Verfasser resp. unterm 25. November 1795. und unterm 12. September 1807. an die Konsistorien ergangenen Erklärungen.

Kommen jedoch in denselben Schriften, welche in Leipzig oder sonst in den hiesigen Landen, außer den sub Lit. a. benannten Orten gedruckt werden sollen, und an sich nicht für den politischen Censor gehören, Stellen vor, worinnen Gegenstände, welche auf die unter a. bezeichneten Zeitverhältnisse Beziehung haben, behandelt oder berührt werden, so haben die an sich kompetenten Censoren die Censur und Genehmigung dieser Stellen lediglich erstem zu überlassen, und den Druck solcher Schriften nicht anders zu gestatten, als

daß auch das Vidi des politischen Censors dazu gebracht werde.

Uebrigens ist in hiesiger Residenz und zu Leipzig und Wittenberg, die Censur gewissen, im Censurregulative benannten, eigends dafür verantwortlich gemachten, und nach den ihnen sonst obliegenden Aemtern, dazu wohlgeegneten Personen übertragen, wobei es auch ferner bewendet.

Die Stadtoberigkeiten der übrigen sub Lit. a. benannten Orte aber, welchen Wir durch fernere Ueberlassung der Censur der Schriften, so die unter diesem Buchstaben bezeichneten Gegenstände betreffen, ein besonderes Zutrauen beweisen, haben, in so weit die Führung der Censur für sie gehört, dazu eines ihrer Mitglieder ausdrücklich zu bestellen, und solches vorher resp. Unserm Kirchenrathe, dem Oberamte zu Budissin, oder dem Konsistorio zu Lübben, Merseburg oder Zeitz, anzuzeigen, damit von diesen die getroffene Wahl, wenn ihnen dabei kein Bedenken beigeht, genehmigt, oder bei vorhandenem Bedenken, eine andere Wahl angeordnet werden könne. Ein Gleiches ist bei vorgehender Veränderung mit dem aussersehenen Subjekte zu beobachten. Die von den resp. vorbenannten obern Behörden genehmigte Person, ist hierauf von der Stadtoberkeit vorangeordneterweise ausdrücklich zu Führung der Censur, in so weit sie für die Stadtoberkeit selbst gehörig ist, zu bestellen, auf die wegen des Censurwesens vorhandenen Vorschriften zu verweisen, förmlich zu verpflichten, und für die vorkommenden Unterlassungen oder Uebertretungen, verantwortlich zu machen.

3. Die Obliegenheiten der Büchercensoren bestehen in folgendem;

a.) Sollen dieselben die Censur der ihnen eingehändigten Handschriften mit allem Fleiße und erforderlicher Vorsichtigkeit verrichten, und nicht nur einzelne Bogen davon, sondern die ganze Schrift durchlesen, auch jeden einzelnen Bogen mit ihrer Namensunterschrift oder Schiffr bezeichnen.

Bei Zeitschriften, und solchen einzelnen Aufsätzen, deren baldige Erscheinung im Publikum gewünscht wird, mag, den Censoren, statt des Manuscripts selbst, der Satz- und Probebogen zur Censur vorgelegt werden; jedoch haben sie dabei die nöthige Aufmerksamkeit anzuwenden, und jeden solchen Probebogen, insofern ihnen dessen weiterer Abdruck unverfänglich scheint, mit dem Imprimatur besonders zu versehen. Bei andern und größern Schriften hingegen, ist lediglich das Manuscript selbst, vor dessen Abdruck, dem Censor zur Censur zu überreichen.

b.) Von Schriften so die Ehre und Gerechtsame des Landesregenten angehen, oder sonst in statum publicum hiesiger Lande einschlagen, haben die Censoren das Konzept sofort an die Obrigkeit des Orts abzugeben, damit von selbiger weiterer Bericht an die Behörde erstattet werden könne.

Auf den beiden Landesuniversitäten bleibt jedoch die Censur von dergleichen Aufsätzen den Ordinariis der Juristenfacultäten überlassen, welche nur dann, wenn sie dabei ein genugsam erhebliches Bedenken finden, solche mit Bericht und Gutachten zum königlich geheimen Consilio einzusenden haben.

c.) Bei der Prüfung des Inhalts der Handschriften haben die Censoren vorzügliche Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß nichts gedruckt werde, was der

Religion und den guten Sitten, und der Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung entgegensteht. Insonderheit ist daher, bei eigener Verantwortlichkeit der Censoren, der Druck von Schmä- und Spottschriften, so wie auch einzelner unziemenden Aeußerungen, über und wider die Religion, den Landesherrn, dessen Gerechtsame und Diener, die Landesverfassung, und einzelne Mitglieder des gemeinen Wesens, wie nicht weniger aller solcher Schriften und Stellen, die in den Verhältnissen des Staats zu auswärtigen Staaten und deren Regenten, Ausstoß und Mißbelieben erregen können, endlich aller sittenverderblichen oder den öffentlichen Anstand beleidigenden Schriften nicht zu gestatten, vielmehr, wenn strafwürdige Auslassungen dieser Art in den zur Censur gebrachten Handschriften vorkommen sollten, solches sofort der Obrigkeit anzuzeigen.

d.) Jedoch soll von den Censoren in den ihnen vorgelegten Schriften eigenmächtig nichts geändert oder weggestrichen, sondern, wenn ihnen eine bedenkliche, und gleichwohl vorgedachte Anzeige bei der Obrigkeit noch nicht verdienende, Stelle auffällt, solche angemerkt und dergleichen Schrift mit der Erinnerung, daß sie in dieser Weise die Censur nicht passieren könne, zurückgegeben werden.

e.) In Fällen, wo über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit eines Aufsatzes Zweifel entsteht, und selbiger nicht sofort der Obrigkeit des Orts, um die Gebühr Rechtsens dagegen vorzutehren, angezeigt werden muß, ist von dem politischen Censor seiner besondern Instruktion gemäß zu verfahren, von dem

censirenden Decan oder Professor auf den beiden Landesuniversitäten aber an den Königl. Kirchenrath, und von den übrigen Censoren an das vorgesezte Konsistorium Bericht zu erstatten, und die weitere Anordnung zu erwarten.

F.) Wenn schon vormals in hiesigen Landen gedruckte und censirte Schriften wieder aufgelegt werden sollen, müssen selbige zwar den Censoren gleichfalls vorgewiesen werden; im Fall jedoch nichts Neues hinzugekommen, und die Schrift ohne Verminderung, Vermehrung und Zusätze, nicht aus einem Manuscripte, sondern von dem gedruckten Exemplare aus neu wieder abgedruckt wird, soll die abermalige Auflage derselben, sowohl als der Druck derjenigen Manuscripte, welche an einem inländischen Universitätsorte oder resp. von dem politischen Censor zu Leipzig bereits censirt sind, ohne Abforderung einiger Censurgebühren gestattet werden.

Entstände aber über das Eigenthum des Werks und das Recht, denselben andernweit abdrucken zu veranstalten, ein Widerspruch, so ist solcher zuvörderst, und ehe der Druck erlaubt wird, der Behörde anzuzeigen, damit die Sache gebührend untersucht, und den wider den unbefugten Nachdruck der Bücher ergangenen Verordnungen, auch sonst den Rechten gemäß, entschieden werde.

Die Kognition in dergleichen Fällen gehört in Leipzig für die Büchercommission, außerhalb dieses Orts aber mögen dergleichen Civilansprüche, nach Willkür des Klägers, bei den Konsistorien, oder auch bei der weltlichen Obrigkeit angebracht werden.

G.) Für die bei der Censur gehabte Bemühung sind von dem Verleger für jeden gedruckten Bogen, es

sen ein Format, welches es wolle, zwei Groschen zu bezahlen, welche auch für die, außer Leipzig gedruckten, jedoch dem bürgerlichen besondern Censor vorgelegten Schriften, zu entrichten sind, in Ansehung deren es jedoch, in sofern anders die Censur des Leipziger Censors nicht stellenweise, sondern im Ganzen erfolgt ist, am Druckorte weder einer nochmaligen Censur, noch der Erlegung einiger Censurgebühren bedarf, sondern es hinreicht, wenn die zu Leipzig erlangte Genehmigung des Abdruckes dem Censor des Druckortes vorgezeigt wird.

4.) Sämmtliche inländische Buchhändler sind verbunden, alle Werke, welche sie außerhalb hiesiger Lande drucken lassen wollen, vor dem Abdrucke einem inländischen Censor, und zwar nach Beschaffenheit der Gegenstände, Werke der oben unter 2. a. bezeichneten Gattung, dem politischen Censor zu Leipzig, andere Werke dem jedesmaligen ordentlichen Censor ihres Orts, zur Censur und Genehmigung zu überreichen, und haben im Contraventionsfalle sechswochentliche Gefängnißstrafe, und nach Befinden, härtere Ahndung unausbleiblich zu gewarten.

5.) Außer den bereits angelegten Buchdruckereien soll nirgends eine neue, ohne besondere dieserhalb ausgewirkte Concession, errichtet werden.

### §. 3.

Damit demnächst der Verbreitung anstößiger Schriften, welche entweder in hiesigen Landen, oder im obigen ertheilten Verfügungen ohnerachtet, oder auswärts zum Vorschein kommen dürften, möglichst vorgebeugt, und Einhalt gethan, auch die nachdrucksame Handhabung der gegebenen Anordnungen erleichtert werde, so haben Wir folgendes vorzuschreiben für nöthig gefunden :



1.) Sämmtliche zu Leipzig etablirte, sowohl als auswärtige die Leipziger Messe besuchende Buchhändler, oder dasern sie nicht selbst auf die Messe kommen, deren Kommissionärs, sind hinfünftig verbunden, jedesmal zu Anfang der Messe die Verzeichnisse ihrer neuen Verlagsartikel, ohne Unterschied, ob letztere bereits im Messkataloge angeführt worden, oder nicht, bei der Bücherkommission daselbst abzugeben. Gleichermaßen sind neue, nach der Messe erst eingehende und in voriger Messe noch nicht angegebene Verlagswerke von den Kommissionärs auswärtiger Buchhandlungen ebendasselbst anzuzeigen. Wer sodane Anzeige gänzlich unterläßt, oder früher den Debit eines Verlagsartikels unternimmt, wird mit einer Geldstrafe von fünfzig Thalern belegt. Bei wiederholter Contravention haben Leipziger Buchhändler zu gewarten, daß sie des Rechts, Kommissionen zu übernehmen, verlustig erklärt werden.

2.) Bei Vermeidung gleicher Strafen sollen die Buchhändler zu Leipzig, von Publikation dieses Gesetzes an, Kommissionen von auswärtigen Buchhandlungen nicht anders übernehmen, als nachdem sich die Kommittenten durch Zeugnisse ihrer Ortsobrigkeit oder resp. durch beglaubte Abschriften ihrer etwaigen Patente legitimirt haben, daß sie unter öffentlicher Genehmigung als Buchhändler anerkannt, oder Verlagsgeschäfte zu treiben berechtigt seyen.

Bei der Bücherkommission haben sodann jene Buchhändler mit Vorzeigung jener Legitimationen anzuzeigen, für welche auswärtige Handlungen sie Kommissions- oder Expeditionsgeschäfte führen, und ob und an welchem Orte dieselbe ein Bücherlager zu Leipzig haben.

3.) Auf dem Titel jeder Schrift, welche in hiesigen Landen gedruckt oder debittirt werden soll, muß der

wahre Druckort und Name des Verlegers, oder wenn sie auf Kosten des Verfassers erscheint, des Kommissionärs, der solche debitirt, angegeben sein, außerdem, oder wenn gar eine erdichtete Handlungsfirma genannt ist, sind, von Publikation dieses Dekrets an, dergleichen Schriften unbedingt, und ohne Unterschied ihres Inhalts der Konfiskation unterworfen. Jeder Buchhändler hiesiger Lande ist über die bei Uebertretung dieser Vorschrift mit sechswochenlicher Gefängnißstrafe zu belegen. Bei Vermeidung gleicher Strafe ist der Eingang dergleichen ausländischer gedruckter Schriften alsbald der Behörde anzuzeigen und sich des Debits derselben im Lande zu enthalten. Dagegen bleibt den Schriftstellern frei, ihren Namen anzugeben, und mit abdrucken zu lassen, oder nicht. Nur in denen Fällen, wenn harte Beschuldigungen gegen Andre, namentlich benannte Personen in den Schriften enthalten wären, soll der Anschuldigte namentlich zu seiner Anschulidigung bekennen, und wenn er solches unterläßt, Censur und Druck verweigert werden.

Hat sich in andern Fällen der Verfasser nicht genannt; so bleibt der Verleger oder Kommissionär verbunden, ihn der obern Behörde, wenn es verlangt wird, namhaft zu machen.

4.) Sämmtliche inländische Buchhändler, und die Inhaber von Leihbibliotheken und Leseinstituten sind bei einer unnachsichtlich einzubringenden Strafe von zehn Thalern in jedem Contraventionsfalle, auch nach Befinden härterer Ahndung, verbunden. Druckschriften die ihnen von unbekannter Hand zum eigenen Debit oder resp. Austheilen zum Lesen zugesandt werden, sofort nach dem Empfange, der Obrigkeit der

Druck ( in Leipzig der Bücherkommission ) auszuhängen, und deren weitere Anordnung, welche bei der Behörde einzuholen ist, zu erwarten. Nur auf un-  
ausgepackt, durchgehendes Expeditionsgut, ist diese An-  
ordnung nicht zu erstrecken.

Weil jedoch durch dergleichen anonyme Zusendungen von Büchern, allemal der Verdacht entsteht, daß darunter Bücher befindlich seyn könnten, zu deren Debit sich die Absender nicht zu bekennen wagen, so sind die sämtlichen Leipziger Buchhändler bereits im Jahr 1809. angewiesen worden, durch an ihre Kommitenten zu erlassende Circularien, unter Beziehung auf das bestehende Verbot der Annahme, die anonyme Zusendung von Bücherpaqueten aller Art zu verbitten, und allen solchen Paqueten die weitere Versendung zu ver-  
sagen.

5.) Den dem Bücherwesen vorstehenden Behörden wird die sorgfältigste Aufmerksamkeit auf die genaue Beobachtung vorstehender Vorschriften, und bei befundener Uebertretung derselben, die unnachsichtliche Anwendung der festgesetzten Strafen zur Pflicht gemacht. Insbesondere aber ist wider zum Vorschein gekommene Incensirte, oder nach den oben unter §. 2. n. 3. Lit. c. angegebenen Bestimmungen anstößige und censurwürdige Druckschriften, desgleichen wider solche, bei denen der wahre Druckort und Verlagsfirma nicht beige-  
setzt ist, alsbald mit Inhibition deren Vertriebs und Weiterversendung und mit Hinwegnahme und Konfiskation der vorhandenen Exemplare zu verfahren. Nicht minder ist, wenn dabei Verbrechen vorkommen, und gegen einen Schriftsteller wegen Fertigung strafbarer Schriften, gegen einen Buchhändler wegen deren Aus-  
breitung, und gegen einen Buchdrucker, wegen Ueber-

tretung seines Angelöbniſſes an Eidesſtatt, Unterſuchung anzustellen iſt, hierunter von der weltlichen Obrigkeit das Nöthige zu beobachten, und, nach Befinden, Bericht zu der ihr vorgeſetzten Regierung zu erſtatten.

#### §. 4.

Weil endlich zur Polizei des Bücherweſens auch die gegen den Nachdruck gehörigen Maſregeln zu zählen ſind, ſo laſſen Wir es deſſhalb bei allem Demjenigen bewenden, was deſſhalb in dem Mandate vom 11. Dezember 1773. und in dem ſolchem beigefügten Regulative, wie das von der Bücherkommiſſion zu führende Protoſoll einzurichten, enthalten iſt. Jedoch finden Wir für gut, die §. 3. n. 4. des Regulativs in Anſehung der Einzeichnung der Ueberſetzungen in das erwähnte Protoſoll enthaltene Anordnung dahin zu erläutern und abzuändern, daß das von Publikation dieſes Mandates an, durch eine ſolche Einzeichnung oder auch durch eine Privilegirung, zu erlangende ausschließliche Recht nur gegen den Nachdruck derſelben Ueberſetzung ſchützen, hingegen der Verlag und Verkauf anderer, von jener, nach dem Ermessen der Bücherkommiſſion ſich wirklich, und nicht bloß durch einige unbedeutende Abänderungen, unterſcheidenden Ueberſetzungen deſſelben Buches, neben der eingezeichneten oder privilegirten Ueberſetzung, unverwehrt ſeyn ſolle.

Eben ſolche Freiheit wird auch in Anſehung der Auszüge aus Hauptwerken geſtattet. Wenn jedoch der Verleger ſich durch ſeinen betrüglichen Auszug aus einem rechtmäßigen Verlagsartikel beſchwert zu

glaubt, und deshalb das Nöthige bei der Bücherkommission anbringt, so wird diese sodann, nach vorgängiger Untersuchung, und wenn sie den Auszug wirklich als einen bloß verkäppten Nachdruck, mit Weglassung einiger wenigen gleichgültigen Stellen befindet, die auf jeden Nachdruck §. 4. des Mandates vom 18. Dezember 1773 geordnete Strafe gegen den Beklagten erkennen.

Damit übrigens, neben der an die Buchhändler durch die gewöhnlichen Cirkularen erfolgenden Instruction, um so gewisser und allgemeiner bekannt werde, welche Verlagswerke privilegirt oder in das Protokoll der Bücherkommission eingetragen worden sind, so sollen selbige, sogleich nach der Ertheilung des Privilegiums, oder der erfolgten Einzeichnung, in der Leipziger Literaturzeitung auf Kosten derer, welche die Privilegirung oder Einzeichnung erlangen, bekannt gemacht, und es soll eine jede solche Bekanntmachung für die Buchhändler so officiell angesehen werden, als ob sie durch Cirkularen an sie gelangt wäre.

Nach vorstehendem Allen hat sich Jedermann zu achten, und demselben genau nachzugehen.

Zu dessen Urkund haben Wir das gegenwärtige Mandat eigenhändig unterschrieben, und mit Unserm königlichen Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen zu Dresden, am 10. August 1812.

Friedrich August.

Peter Carl Wilhelm

Graf von Hobenthal.

Ernst Friedrich Adam Frhr. von

Manteuffel.

## 21.

## Krieg

Frankreichs und seiner Allirten, mit Rußland,  
(S. Nr. 16, des vorigen Heftes.)

Die übrigen diplomatischen Aktenstücke, welche der *Moniteur* bekannt machte, waren folgende. Das erste ist ein Schreiben des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Herzogs v. Bassano, an den französischen Botschafter zu St. Petersburg, Herrn Grafen v. Lauriston, dd. Dresden den 20. Mai.

Es lautet, wie folgt:

Herr Graf! Ich habe die Ehre, Ihnen die Abschriften von 2 Noten des Fürsten Kurakin vom 30. April und vom 7. Mai zu schicken; einer Note, welche ich den 9. des nemlichen Monats an diesen Botschafter geschickt, und der Antwort, welche ich noch am nemlichen Tage von ihm bekommen habe; und endlich einer Note vom 11. Mai, welche ich gestern erhalten habe, in welcher der Fürst Kurakin auf das dringendste die Forderung seiner Pässe erneuert.

Se. Maj. der Kaiser kann nicht glauben, H. Graf, daß dieser Botschafter nicht viel auf sich genommen habe. Er hält es dieser Sache gemäß, daß Sie in einem an den Herrn Grafen v. Soltykoff gesandten Schreiben Pässe verlangen, um sich zu dem Herrn Grafen von Romanzow nach Wilna zu begeben, oder an irgend einen andern Ort, der Ihnen zur Besprechung mit demselben angewiesen würde. Sie werden dem Herrn Grafen von Soltykoff melden, daß die Mittheilungen, welche Ihnen aufgetragen sind, und welche Sie nur dem Kanzler oder dem Kaiser selbst machen können, eben so dringend als wichtig seien.

Sie werden dem Herrn Grafen v. Romanzow alle Schriften, welche ich Ihnen hiemit schicke, zeigen. Sie werden das Erstaunen auszudrücken suchen, in das Se. Maj. gerieth, als ich Denselben von den eben so unvermutheten als den Gefinnungen, welche der Kaiser Alexander gegen Sie selbst geäußert hatte, entgegen gesetzten Schritten Nachricht gab; da er sah, daß in den Noten des Russischen Botschafters man die Räumung Preussens als eine Bedingung, über welche Frankreich selbst nicht zu berathschlagen hätte, vortrug; eine Bedingung, welcher Se. Maj. nie ähnliche nach den größten Siegen vorgeschlagen hat; da endlich, indem man die Unabhängigkeit Preussens forderte, man seine eigene Unabhängigkeit verletz, weil man die Zerstörung der politischen Verbindlichkeiten fordert, welche es geschlossen hat, indem es von dem Rechte, welches allen souverainen Fürsten zugehört, Gebrauch gemacht hatte. Sie werden, Herr Graf, denselben empfinden

lassen, wie sehr die Noten des Fürsten Kurakin sowohl durch ihre Form, als durch ihren Inhalt den friedlichen Gesinnungen entgegen stehen, wovon dieser Botschafter die Zusicherung gab; durch welchen friedliebenden Geist Se. Maj. geneigt ist, zu denken, daß, indem derselbe gedachte Noten übergab, und damit zugleich die wiederholte Forderung seiner Pässe verband, er das, was ihm vorgeschrieben worden war, überschritten habe; — und mit welchem Verdauern, wenn sie wahrhaftig der Ausdruck der Gesinnungen, und das Resultat der Befehle des Hofes von Petersburg wären, Se. Maj. alle Hoffnung, zu Ihrem Zwecke zu kommen, verschwinden sehen müßte, nemlich durch eine Unterhandlung, welche Sie seit mehr als zwei Jahren immer verlangt haben, um endlich die Zwistigkeiten beizulegen, welche die beiden Länder entzweien.

Sie werden, Herr Graf, darauf bestehen, Erklärungen zu erhalten, welche noch den Weg zu einem Vergleiche offen lassen werden. Ich habe die Ehre u.

Der französische Botschafter entledigte sich dieser erhaltenen Aufträge, und erhielt hierauf von dem Russischen Kanzler, Hrn. Grafen v. Romanzow, dd. Wilna den 27. Mai (8. Junius) Abends folgende Antwort:

Herr Botschafter! Se. Kais. Maj. sind durch den Grafen Soltykow benachrichtigt worden, daß Erw. Erz. verlangt haben, sich zu Allerhöchst Denselben zu begeben, um in Person sich der Befehle entledigen zu können, die Sie von Seiten des Kaisers, Ihres Herrn, erhalten haben. Obgleich mitten unter Ihren



Truppen, hätte doch Se. Maj. mit Vergnügen sich einen Augenblick von Ihrer gegenwärtigen Beschäftigung losgerissen, um den Botschafter eines mit ihm verbündeten Monarchen zu empfangen. Ein allen Gedanken Sr. Maj. ganz unerwarteter Umstand verhindert aber Allerhöchst Diefelbe daran. Sie haben nemlich diesen Morgen erfahren, daß der Lauf der reitenden Posten zwischem Ihrem Reiche und fremden Ländern zu Memel angehalten, und wie es scheint, alle Kommunikation mit Ihrem Reiche untersagt worden ist.

Seitdem sind Allerhöchst Diefelben benachrichtigt worden, daß einer Ihrer Kuriere auf seiner Rückkehr von einer seiner Sendungen die Erlaubniß nicht erhalten hat, über die Gränze zu gehen, um sich in Ihre Staaten zu begeben, und daß derselbe genöthigt worden sey, wieder umzukehren. Solche außerordentliche Thatfachen müssen aufgeklärt werden, und da auch S. M. nicht von der Natur der Mittheilungen, mit denen Ew. Erz. beauftragt sind, benachrichtigt worden, und Allerhöchst Diefelben Ihrem eigenen System, nemlich dem gewöhnlichen Laufe der Dinge in den Verhältnissen beider Kabinete zu folgen, getreu sind, so ersuchen Se. Maj. Sie, Herr Botschafter, lieber nicht St. Petersburg zu verlassen, und mir die Ehre erzeigen zu wollen, schriftlich dasjenige mir mitzutheilen, was Ihnen aufgetragen worden, oder auch wohl an Se. Kaiserl. Maj. unmittelbar zu schreiben, je nachdem es Ihnen beliebt; und damit es Ihnen an den Mittheilern hierzu nicht fehle, haben Se. Maj. mir befohlen, den Herrn von Wärens, Offizier im Feldjäger-Korps, welcher die Ehre haben wird, Ihnen diesen Brief zu überbringen, zu Ihrer Disposition zu stellen. Ich bitte Ew. Erz. u.

Der Graf Lauriston erwiederte hierauf dd. St. Petersburg den 12. Junius.

Herr Graf! Die Güte, welche Sr. Maj. der Kaiser Alexander mir zu beweisen, die Zeichen von Vertrauen, mit denen Allerhöchst Derselbe mich zu beehren geruht hat, ließen mich kein Hinderniß bei der Reise, die ich nach Wilna hätte machen sollen, vermuthen. Ich hatte mich also, ungeachtet der heftigen rheumatischen Schmerzen, woran ich seit einigen Tagen leide, dazu angeschickt, indem ich die ganze Wichtigkeit der Mittheilungen fühle, welche ich beauftragt war, Sr. Maj. oder Ew. Erz. in Umständen zu machen, wo die mindeste Verzögerung nachtheilig ist. Wie sehr mußte ich also erstaunen, als ich das Schreiben Ew. Erz. erhielt. Ich ersah daraus, daß meine Hoffnung zernichtet sey; daß ich mich im Betreff des Vertrauens, dessen ich mir von Sr. Maj. schmeichelte, getäuscht hatte; indem Allerhöchst Dieselben mir alle direkte Kommunikation mit Ihnen selbst, so wie auch mit Ew. Erz. in einem Augenblicke verbiethen, wo dieses Vertrauen, das ich durch mein Betragen, durch einen anhaltenden Eifer für die Aufrechterhaltung des Bündnisses verdient zu haben glaube wie ich keinen Anstand nehme zu sagen, für beide Theile von dem größten Nutzen seyn konnte. Die Ursachen sogar, die Ew. Erz. für die Aufhaltung meiner Abreise angeben, scheinen mir dieselbe gerade um so nothwendiger zu machen.

Was können in so dringenden Umständen, Herr Graf, schriftl. Kommunikationen fruchten, auf die man kaum binnen 8 Tagen Antwort erhalten kann, und die ih-

rer Natur nach kein Mittel darbieten, alle Irrthümer, alle Mißverständnisse, die von beiden Seiten Statt finden können, ja, die sogar unvermeidlich sind, bei Zeiten aus dem Wege zu räumen, um die traurigen Folgen derselben zu verhüten.

Der Hauptendzweck aber, die Erhaltung des Friedens, bleibt unerreicht. Denn eben darum weil der Kaiser mein Herr, gefühlt hatte, wie schädlich in so kritischen Zeitpunkten der mindeste Aufschub ist, eben darum hat er mir befohlen, mich zu dem Kaiser Alexander und zu Ew. Erz. zu begeben, um alle Zweifel, alle Schwierigkeiten zu heben und zu lösen, die über so wichtige Punkte obwalten können, in deren Hinsicht man aber sich nur auf diesem Wege erklären kann, wenn man die Hoffnung eines Arrangements, welches der beständige Gegenstand seiner Wünsche ist, behalten will. In der neuen Lage, worein das Schreiben Ew. Erz. mich versetzt, bleibt mir nunmehr nichts übrig als die Befehle meines Hofes in Betreff meines weiteren Verhaltens abzuwarten. Ich schicke einen Kurier ab, um desßhalb Befehle einzuholen.

Was mich besonders betrifft, Herr Graf, so kann ich Ew. Erz. nicht verhehlen, daß ich höchst empfindlich über eine Weigerung bin, die ich so betrachten muß, als ob sie einzig und allein meine Person beträfe, indem ein jeder Anderer den mein Monarch direkt abgeschickt haben würde, es sey nun ein General oder ein Adjutant, ohne Zweifel eine Gunst erlangt haben würde, die mir abgeschlagen worden ist. Da ich keine direkte Nachricht in Betreff des, wie

Er. Erz. mir versichern, zwischen Rußland und den auswärtigen Staaten eingestellten Verkehrs, erhalten habe, so kann ich diesen Artikel Ihres Schreibens nicht beantworten. Ich habe die Ehre u.

---

Ehe noch der französische Botschafter seinem Hofe Nachricht von dieser Angelegenheit geben konnte, hatte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an denselben nachstehendes Schreiben dd. Thorn den 12. Junius erlassen.

Herr Graf! Sie haben aus dem Schreiben, welches ich Ihnen am 20. v. M. zuzuschicken die Ehre hatte, ersehen, daß die von dem Fürsten Kurakin am 30. April gemachte Erklärung, und das wiederholte Verlangen um Ertheilung seiner Reisepässe, Sr. Maj. so starke, für den Augenblick so entscheidende, und der von diesem Botschafter bisher geführten Sprache so ganz zuwiderlaufende Schritte schienen, daß Sr. Maj. nicht umhin konnten, zu glauben, der Herr Minister hätte dadurch Vieles auf sich genommen. Seitdem erfuhren wir, die Russische Regierung habe es mehreren Kabinetten bekannt gemacht, daß sie von Sr. Maj. als eine, zu irgend einer weitem Unterhandlung unumgänglich nothwendige, Bedingung von Frankreich verlangte, vor allen Dingen das Preussische Gebiet zu räumen. Aus dem Schreiben, womit Sie mich am 22. Mai beehrten, ersehe ich, daß diese Bekanntmachung in Petersburg gar kein Geheimniß ist; und daß derselben in den Englischen Blättern Erwähnung geschieht, werden Sie in der anliegenden Englischen Zeitung selbst finden. Es bleibt daher kein Zweifel übrig, Hr. Graf, daß Fürst Kurakin seine Verhaltungsbefehle vollkommen begriff, und sich in

seiner Erklärung vom 30. April und bei seinem Verlangen um Reisepässe darnach richtete. Die Schritte des Fürsten Kurakin bestimmten Se. Maj. Paris zu verlassen. Als man diesen Schritten Publizität gab, hielt es der Kaiser auch, für nothwendig, von Dresden abzureisen, und sich seiner Armee zu nähern.

Se. Maj. hatten sich Hoffnung gemacht, daß bis zu dem letzten Augenblick noch immer Unterhandlungen Statt haben könnten; allein diese Hoffnung ist dahin, da Se. Maj. sich überzeugt, daß die etwa Ihnen noch zu machenden Anträge mit Ihrer Ehre nicht mehr vereinbarlich sind. Als zu Austerlitz die russische Armee geschlagen war, als Kaiser Alexander damals seine eigne Person in Gefahr sah, als ihm zu Tilsit, nachdem alle Streitkräfte seines ganzen Reichs unterlegen hatten, gar keine Hülfsmittel zum Kampfe mehr übrig blieben, wurde ihm dessen ungeachtet von Se. Maj. dem Kaiser keine Bedingung vorgeschrieben, welche seiner Ehre nahe treten konnte.

Es ist jetzt nur zu gewiß Herr Graf, daß die Regierung zum Kriege entschlossen ist, und daher nicht zweckmäßig, daß Sie länger in Petersburg bleiben. Se. Maj. befiehlt Ihnen, Ihre Pässe zu verlangen und über die Gränze zurück zu kehren. Sie werden dieselbe durch die Ueberreichung der Note an den Herrn Grafen Soltikof, deren Konzept hier beigefügt ist, begehren. Ich habe die Ehre u.

Der Herzog von Vassano.

In Gemäßheit dieses Schreibens, verlangte der Graf von Lauriston von dem Grafen Soltikoff, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, seine Pässe. Alle Kommunikationen beider Höfe waren nun abgebrochen, der Krieg entschieden. Er begann. So groß auch immer das allgemeine Vertrauen war, welches man in das Genie und in die durch so viele Feldzüge, Schlachten und Siege so groß berühmten Feldherrntalenten des Kaisers Napoleon setzte; so gab es doch nicht Wenige, welche bei den großen Gefahren zitterten, die jetzt denselben zu bedrohen schienen. Und man nahm jetzt um so größeren und wärmeren Antheil am glücklichen Erfolge der Kriegsoperationen, als jetzt eigentlich entschieden werden sollte, ob dem nordischen Kolos ferner gelingen werde in das Herz des civilisirten Europa einzudringen und ferner die hohe Sprache zu führen, welche Rußland sich in allen politischen Angelegenheiten seit 50 Jahren angemacht hatte.

Zwar waren die Vorkehrungen ungeheuer, welche zu diesem Feldzuge getroffen worden waren. Noch niemals hatte Europa ein so großes, ein so schönes, ein mit so starker Artillerie und allen Bedürfnissen so reichlich versehenes Heer gesehen. Und Napoleon war der Anführer. Er gilt für eine Armee. Aber auch auf der andern Seite, welche Schwierigkeiten! welche Gegenmacht. Die französischen Truppen hatten 3, 4, und 5 Monate zu marschiren, bis sie nur an der Weichsel ankommen konnten. Die Truppen der Rheinischen Bundesstaaten, die Truppen Oesterreichs und Preußens hatten eine kürzere Operationslinie und Polen selbst stellte eine ansehnliche Macht, aber jene der aus Neapel und Italien überhaupt kom-

menden Truppen war beinahe eben so weit, als die der französischen. Polen ist ein kornreiches auch mit Vieh reichlich versehenes Land. Viele Bedürfnisse konnten aus dem verbündeten Oesterreich und Ungarn beigebracht werden. Aber die Bedürfnisse des Heeres waren auch zahlreich. Die Veisfuhr zur See, welche bei entfernten Kriegen alle Operationen so sehr erleichtern, war jetzt beinahe unmöglich, da auch Schweden sich auf Englands Seite geneigt hatte. Alle Flüsse in Polen und auch in Preußen und Sachsen haben ihren Lauf von Süden gegen Norden, dienen bloß zur innern Kommunikation, können auf der großen Operationslinie aus Frankreich und Deutschland nach Polen, wenig oder gar nicht genutzt werden. Die Stellung und der Aufenthalt einer großen Armee in Polen war also schon mit vielen Schwierigkeiten verbunden, aber um wie vieles größer waren sie, schienen sie, wenn man in Rußland selbst eindringen und Eroberungen machen wollte. Und daß Napoleon nicht bloß zur Defensiv, nicht bloß um Polen gegen die Anfälle der Russen zu sichern, ein so zahlreiches Heer in diesem Lande aufstellen werde, sondern daß Er gesonnen sey, den Kolos in seinem Innern zu erschüttern, das mußte man wohl von Ihm voraussetzen, der nicht gewohnt ist, etwas nur halb zu thun.

Rußland, das ungeheuerste Reich, in Ansehung des Flächeninhalts das jemals bestand, enthält über ein volles Neuntel des ganzen Kontinents, über  $\frac{1}{4}$  der nördlichen Hemisphäre und über  $\frac{1}{2}$  der ganzen Erdoberfläche, hat einen Flächeninhalt von mehr als 340,000 □ Meilen. Auf dieser ungeheuern Fläche

wohnen wenigstens 41 Millionen Menschen. Nach der Revision von 1793, wo aber alle Freireiten übergegangen waren, zählte es schon 35 Millionen. Nun ist zwar richtig, daß diese Bevölkerung nur äußerst gering in Vergleichung mit dem Flächeninhalt ist, aber gerade die Gouvernements oder Statthalterschaften in Westen und in der Nähe des vermuthlichen Kriegsschauplatzes sind am meisten bevölkert. Es erfordert zwar viele Zeit, die Truppen in einem oder mehreren Punkten zu konzentriren, aber die vollreichen westlichen Gouvernements konnten schon starke Heere liefern, und was die entferntesten betraf, so war freilich die Operationslinie von daher sehr weit, allein auch die französischen Heere befinden sich in dem Falle, daß sie nur durch lange Märsche vollzählich erhalten werden können.

Die Russischen Heere hatten sich übrigens eine hohe militärische Reputation zu erwerben gewußt. Zwar war Rußland auf dem großen Europäischen Kriegsschauplatze niemals als eigne Macht, sondern immer nur als Hülfsmacht von Oesterreich oder Preussen erschienen, und man kann nicht sagen, daß es in diesem Kriege, den einzigen Feldzug in Italien etwa ausgenommen, große militärische Kraft und Talente gezeigt und entwickelt hätte. Aber seine beständigen glücklichen Kriege mit der Pforte, Polen, Schweden und Persien, die oft mit Großthaten begleitet waren und sich selten ohne große Eroberung endigten, hatten hohe Begriffe und Erwartungen von den militärischen Talenten seiner Feldherren und von der Tapfer-



keit seiner Soldaten erregt. Die Schlacht bei Auster-  
 litz, die Feldzüge in Polen gegen die französische Ar-  
 mee, hatten zwar diese militärische Reputation geschwächt,  
 aber nicht vernichtet. Man schrieb der Politik und  
 der Eifersucht der Feldherren alle erlittene Unfälle zu.  
 Der Soldat galt für den tapfersten und kühnsten, der  
 von Gefangenschaft nichts wisse, dem Tode muthig  
 entgegen gehe, fliehend verwüste, vorrückend verheeren,  
 ganz Europa ohne Magazine und Geräthschaften durch-  
 ziehen könne, der Tage lang zu hungern und sich  
 bloß mit geistigen Getränken zu erhalten vermöge.  
 Seine Bajonette schreckten den tapfersten Soldaten,  
 seine leichte Reiterei war wegen ihrer großen Schnel-  
 ligkeit, wegen des ungeheuern Schreckens, den sie  
 oft im Rücken des Feindes angerichtet hatte, furcht-  
 bar für alle kriegsführende Heere. Kurz, es gab viel-  
 leicht kein Volk auf Erden, das sich, und zwar in so  
 kurzer Zeit, ohne Großthaten einen so hohen militairi-  
 schen Ruhm zu erwerben gewußt hatte.

Was die Zahl der aufzubringenden Truppen betraf,  
 so vergrößerten die Gerüchte nicht nur die Wirklichkeit,  
 sondern man möchte fast sagen, die Möglichkeit.

Glaubt man diesen nicht etwa herumschleichenden,  
 sondern wahrscheinlich mit Vorbedacht in öffentlichen  
 Blättern verbreiteten Gerüchten, so war es Rußland  
 nicht nur leicht, mehr als eine Million Krieger zusam-  
 men zu bringen, sondern es hatte auch wirklich mehr  
 als 500000 Bewaffnete an der westlichen Gränze des  
 Reichs längst dem Niemen hinauf bis an Galli-  
 zien aufgestellt. Und ohne diese hatte es damals noch

eine Armee im Felde gegen die Pforte, eine andere gegen Persien. Nach eben diesen Gerüchten hatte Rußland ungeheure Magazine, für deren Füllung es Jahrelang gesorgt hatte, und zwar fast an der äußersten Gränze des Reichs selbst angelegt, was nicht bloß den Zweck der Vertheidigung des Reichs, sondern auch das beschlossene Vorrücken der russischen Heere in das Herzogthum Warschau oder Königreich Preussen zu verrathen schien.

Was die geographische Lage des russischen Reichs betrifft, so bot dieselbe in off- und ebensovier Hinsicht große Vortheile dar. Da die französische Armee erst im Mai und Juni an der Weichsel konzentriert seyn konnte, und Rußland schon im April und Mai vollkommen, wie wir aus den diplomatischen Aktenstücken erfahren, zum Kriege entschlossen und gerüstet war, auch den unvermeidlichen Bruch mit Frankreich wohl vorsehen mußten, so durfte es den russischen Heeren wenn sie wirklich so tapfer und so zahlreich waren, durchaus nicht schwer fallen über den Riem en zu gehen und sich im Königreiche Preussen festzusetzen, oder bis an das rechte Ufer der Weichsel vorzudringen.

Welche Hülfsmittel hatte aber alsdann das russische Heer! Die Seelüsten waren ihm offen und Bedürfnisse aller Art konnten ihm mit der größten Leichtigkeit zugeführt werden. Auch im Süden bot der Bug große Vortheile dar. Die Weichsel gibt zur Vertheidigung sowohl, als zur Fortsetzung weiterer Operationen bis an die Oder eine treffliche Lage.

Wollte aber Rußland bloß seine Gränze vertheidigen; so war aller Vorthail ganz auf Seiten Rußlands, alle Schwierigkeiten auf Seiten jeder Macht die in dasselbe einzudringen versuchte.

Durch die erste Theilung von Polen hatte Rußland schon seine Gränze sehr befestiget, aber sie hatte diese noch weit mehr durch die zweite und dritte Theilung gesichert. Der Niemen macht seiner ganzen Länge nach schon eine schöne Vertheidigungslinie, welche durch Riga und die Düna im Rücken verstärkt wird. In Süden bietet der Bug und der Dniپر die nämlichen Vertheidigungsmittel dar. In diese Flüsse ergießen sich eine Menge kleinere, welche dem eindringenden Feinde das Vorrücken sehr erschweren. Zwischen diesen Flüssen ist zwar eine große Lücke, wo keine natürlichen Gränzen sind; aber diese Gegend ist mit Sümpfen und Wüsteneien nicht nur bedeckt, sondern eine Menge kleinere Flüsse durchschneiden das Land nach allen Richtungen, so daß auch hier das Vorrücken mit unendlichen Schwierigkeiten verknüpft ist, die dadurch noch vermehrt werden, daß kein einziger schiffbarer Fluß seine Richtung von Westen nach Osten nimmt, und so die Zufuhr der Nahrungsmittel, Munition und aller Kriegsgeräthschaften in diesen Wüsten fast unmöglich ist.

In Ansehung der politischen Verhältnisse war zwar Frankreichs Macht weit größer als jene von Rußland. Es stand in Allianz mit Oesterreich und Preußen und hatte sich einen großen militärischen Beistand, Hülfe aller Arten, Sicherheit in der Flanke und auf dem Rücken dadurch zugesichert. Der Rheinische Bund

war verpflichtet, sein Contingent zu geben. Polen brannte vor Begierde, alte Schmach zu rächen und ein Joch abzuschütteln, das den Bewohnern unerträglich schien. Ueber Italien konnte Napoleon disponiren, und Dänemark war neutral. Seit dem siebenjährigen Kriege wo beinahe ganz Europa gegen Friedrich II. verbunden war, vor und etwa beim Anfange der französischen Revolution, wo eine ähnliche Verbindung gegen Frankreich sich zu bilden versucht, hatte die Welt noch niemals eine so allgemeine Einigkeit gesehen, das ganze civilisirte Europa war gegen das Eindringen der Barbarei verbunden.

Rußland stand beinahe allein. Zwar auf Englands Freundschaft konnte es zählen. Aber wer weiß nicht, das Englands Freundschaft nur in Geld und etwa in Flotten bestehen kann. Beides bedurfte Rußland allerdings, das ohne englisches Geld vielleicht nicht einmal die ersten Zurüstungen zu einem großen Kriege hätte bestreiten können. Und die Flotten in der Ostsee waren in mannigfaltigen Hinsichten für Rußland von dem größten Nutzen. Aber die Freundschaft Englands wog die militärischen Kräfte nicht auf, welcher Napoleon sich versichert hatte.

Mit der Pforte war Rußland wohl im Begriffe seinen Frieden zu schließen; aber es konnte ihn nicht erhalten, ohne von seinen stolzen Forderungen vieles herabzusimmen, die es bisher immer nach alten Planen gethan hatte. Es machte diesen Frieden wirklich, aber es konnte die Pforte nicht zur Theilnahme an Kriegen gegen seine Feinde vermögen.

Es gewann durch diesen Frieden nur so viel, das

nun seine dort beschäftigten Truppen abrufen und in der Folge zur Verstärkung der Hauptarmee verwenden konnte. Es gewann Sicherheit im Rücken und auf dem linken Flügel seiner Operationen.

Schweden weinte noch über den Verlust von Finnland. Es konnte alte Beleidigungen, Hohn und Spott, den es so oft von Rußland hatte erleiden müssen, noch nicht vergessen haben.

Es hatte erst seit Kurzem den Friedensstand mit Frankreich hergestellt, es war noch im Kriegszustande mit England. Ueberdies stand ein französischer Prinz an der Spitze der öffentlichen Angelegenheiten, der zwar bloß das politische Wohl und Interesse Schwedens vor Augen hatte, dem aber aus älteren Geschichten die Vortheile nicht verborgen seyn konnten, welche Schweden so oft von Frankreichs Allianz gezogen hatte. Alles ließ vermuthen, daß Schweden niemals ein treuer Alliirter von Rußland seyn werde. Man durfte voraussetzen, die Politik Schwedens erfordere zur Demüthigung Rußlands mitzuwirken, oder derselben wenigstens keine Hindernisse entgegen zu stellen, noch weniger demselben zur Bezwingung seiner Feinde beizustehen.

Also stand Rußland zur Zeit der Unterhandlung allein, gedeckt auf seinem rechten Flügel durch die See und englischen Flotten, in der Mitte durch Flüsse, Sümpfe, Moräste und Wüsteneien, auf dem linken Flügel durch Festungen und die Mäure der Pforte.

Im Rücken kann Rußland durch Niemand beunruhiget werden. Seine Besitzungen reichen bis an das Weltmeer. Keine Macht ist da, welche es wagen

möchte oder könnte, durch ungeheure Steppen und Wüsteneien einzudringen, wo kleine Heere Gefahr laufen würden zu verhungern. Nur gegen Persien hatte Rußland noch einen Krieg zu bestehen, der mit einigen Aufopferungen wohl leicht zu beendigen, oder mit wenigen Kräften ohne sonderlichen Verlust mit Hingebung einer kleinen Provinz leicht fortzuführen war.

Die Superiorität der französischen Waffen über die russischen, bezweifelte Niemand, aber wegen des rauhen Klima, wegen den Subsistenzmitteln, wegen der Art wie die Russen Krieg zu führen gewohnt sind, waren die Besorgnisse nicht gering. Doch Napoleon befand sich an der Spitze der Armee. Er kam, alle Schwierigkeiten verschwanden, der Krieg begann.

Ehe derselbe wirklich seinen Anfang nahm, erschienen nachfolgende 2 Bulletins, die wir um deswillen ganz hierher setzen müssen, weil sie die vollständigste Nachricht vom fernern Verlauf der diplomatischen Versuche, den Frieden zu erhalten, geben.

#### Erstes Bulletin der grossen Armee.

Gumbinnen, den 20. Jun. 1812. Zu Ende des Jahrs 1810 änderte Rußland sein politisches System: der englische Geist erhielt seinen Einfluß wieder, und sein erstes Unternehmen war die Handelskase.

Im Februar 1811. verließen 5 Divisionen der Russischen Armee die Donau, und begaben sich in Eilmärschen nach Polen. Durch diese Bewegung opferete Rußland die Wallachei und die Moldau auf.

Als die Russischen Armeen vereinigt und aufgestellt waren, sah man eine Protestation gegen Frankreich erscheinen, die allen Höfen zugesandt ward. Rußland kündigte dadurch an, daß es selbst nicht den Schein erhalten wolle. Von Seiten Frankreichs wurden alle Mittel zur Ausgleichung angewendet, aber vergebens.

Zu Ende 1811, 6 Monate hernach, sah man in Frankreich, daß alles dieses nur durch den Krieg sich endigen könne. Man rüstete man sich dazu. Die Garnison von Danzig wurde vermehrt, und auf 20000 Mann gebracht. Vorräthe aller Art, Kanonen, Flinten, Pulver, Munition, Brückengeräthschaften wurden nach diesem Plaze hingeschickt; beträchtliche Summen wurden den Ingenieuren zur Verfügung übergeben, um die Befestigungen zu verstärken.

Die Armee wurde auf den Kriegsfuß gestellt. Die Kavallerie, die Artillerietrains, und die Militairfuhrwesen erfordernisse wurden vollständig gemacht.

Im März 1812 wurde ein Allianzvertrag mit Oesterreich geschlossen: den vorhergehenden Monat war mit Preußen einer abgeschlossen worden.

Im April begab sich das erste Korps der großen Armee an die Oder, das zweite Korps an die Elbe, das dritte Korps an die Niederoder, das vierte Korps ging von Verona ab, marschirte durch Tirol und begab sich nach Schlesien. Die Garde ging von Paris ab.

Den 22. April übernahm der Kaiser von Rußland den Oberbefehl seiner Armeen, verließ Petersburg

und schlug sein Hauptquartier in Wilna auf. Zu Anfang des Mai kam das erste Korps an der Weichsel zu Elbing und Marienburg an; das zweite Korps zu Marienwerder; das dritte Korps zu Thorn; das vierte und das sechste Korps zu Plock; das fünfte Korps vereinigte sich zu Warschau; das achte Korps auf der rechten Seite von Warschau; und das siebente Korps zu Pulawy.

Der Kaiser reiste den 9. Mai von St. Cloud ab, passirte den 13. den Rhein, den 29. die Elbe, und den 6. Jun. die Weichsel.

### Zweites Bulletin der großen Armee

Wilkomisky, den 22 Juni 1812. Jedes Mittel, sich zwischen den 2 Reichen zu verständigen, ward unmöglich, indem der Geist, welcher das russische Kabinet beherrschte, dasselbe in den Krieg stürzte. Der General *Marbomme*, Adjutant des Kaisers, wurde nach Wilna geschickt, wo er sich aber nur wenige Tage aufhalten durfte. Man erhielt den Beweis, daß die übermüthige und ganz außerordentliche Forderung, welche der Fürst *Kurakin* vorgelegt hatte, und in der er aussprach, daß er sich in keine Erklärung einlasse wolle, bevor Frankreich den Boden seiner eigenen Allirten geräumt hätte, um diese so der Willführ (*discretion*) Rußlands Preis zu geben, — die unumgängliche Bedingung dieses Kabinet's war, und daß es sich damit bei fremden Mächten rühmte.

Das 1. Korps rückte an den Pregelfluß vor. Der Fürst v. *Edmühl* (*Davoust*) hatte am 11. Junius sein Hauptquartier in Königsberg.



Der Marschall Herzog von Reggio (Dubinot), Befehlshaber des 2. Korps, hatte sein Hauptquartier in Belau; der Marschall Herzog von Elchingen (Ney), Befehlshaber des 3. Korps, in Goldap; der Prinz Vikarion in Rastenburg; der König von Westphalen in Warschau; der Fürst Poniatowski in Puttusk. Der Kaiser verlegte sein Hauptquartier am 12. nach Königsberg an den Pregelfluß, am 17. nach Insterburg, am 19. nach Gumbinnen.

Noch war eine schwache Hoffnung zu einer friedlichen Uebereinkunft übrig. Der Kaiser hatte dem französischen Botschafter in Petersburg, Grafen Lauriston, aufgetragen, sich zu dem Kaiser Alexander oder zu seinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu begeben, und zu sehen, ob es kein Mittel gäbe, auf die auffordernde Erklärung des Fürsten Kurakin zurückzukommen, und die Ehre Frankreichs und das Interesse seiner Allirten mit der Eröffnung der Verhandlungen zu vereinigen.

Eben der Geist, welcher das russische Kabinet beherrschte, verhinderte, unter mancherlei Vorwand, den Grafen Lauriston, den Zweck seiner Sendung zu erfüllen: und zum Erstenmale sah man, daß ein Botschafter, in so wichtigen Umständen, sich weder dem Souverain noch seinem Minister nähern konnte. Der Legationssekretär Prevost brachte diese Nachrichten nach Gumbinnen; und der Kaiser gab Befehl aufzubrechen, um über den Niemen zu gehen: die Besiegten, sagte er, nehmen den Ton der Sieger an; ihr unglückliches Verhängniß reißt sie fort, daß das

Schicksal in Erfüllung gehe. Se. Maj. richteten folgende Proclamation an die Armee:

Soldaten ! Der zweite polnische Krieg hat angefangen. Der erste endigte sich bei Friedland und bei Tilsit. Rußland schwur ewige Allianz mit Frankreich, und Krieg gegen England. Es bricht nun seinen Schwur; es will keine Erklärung über sein sonderbares Benehmen geben, als bis die französischen Adler über den Rhein zurückgekehrt sind, und unsere Allirten seiner Discretion überlassen haben. Rußland ist durch sein Schicksal getrieben, sein Loos wird erfüllt werden. Hält es uns denn für ausgeartet ? Sind wir nicht mehr die Soldaten von Austerlitz ? Rußland läßt uns die Wahl zwischen Unehre und Krieg. Unser Entschluß kann nicht zweifelhaft seyn. Laßt uns daher vorwärts gehen, über den Niemen setzen und den Krieg auf Rußlands eigenen Boden wälzen. Dieser zweite polnische Krieg wird für die französischen Waffen eben so ehrenvoll seyn, wie der erste; aber der Friede welchen wir schließen werden, wird seine Garantie in sich selbst haben, und wird dem unglücklichen Einflusse, welchen Rußland seit 50 Jahren auf die Angelegenheiten Europas ausgeübt hat, ein Ziel setzen.

In unserm Kaiserlichen Hauptquartier zu Wilko-  
wizky am 22 Juni. 1812

unterzeichnet

N a p o l e o n.

Major General Fürst von Neufchatel,  
Alexander.

---

## 1) Uebergang der großen Armee über den Niemen.

In der dritten Theilung von Polen (1796) hatte Rußland seine Eroberung bis an den Niemen, welcher unterhalb auch die Nemel genannt wird, vorgerückt. Dieser Fluß entspringt in der Gegend von Łobez im Gouvernement Minsk, macht von Grodno aus eine ziemlich große Strecke Wegs die Gränze theils zwischen Rußland und dem Königreich Preußen, theils zwischen dem Herzogthum Warschau. Sein Lauf ist von seiner Entstehung bis noch Grodno von Osten gegen Westen. Von Grodno aus nimmt derselbe seine Richtung nördlich bis unterhalb Kowno, dann wieder westlich und fällt in das kurische Häff. Er ist schiffbar und nimmt von seinem Entstehen an eine Menge kleine und größere Flüsse und Bäche theils auf der rechten, theils von der linken Seite her auf.

Am rechten Ufer des Niemen liegt Kowno, eine russische Gränzstadt, bei welcher sich die Nemerscha und die Bielica in den Niemen ergießen. Die schiffbare Bielica hat ihren Lauf von Osten nach Westen. Am rechten Ufer der Bielica ungefähr 12 Meilen von Kowno liegt Wilna oder Wilnow, die Hauptstadt des ganzen vormaligen Großherzogthums Litthauen und nachherigen Gouvernements Wilnow. Der Kaiser Alexander hatte hier schon geraume Zeit sein Hauptquartier. Eine große russische Armee mit großen Magazinen, an deren Füllung man seit länger als einem Jahr gearbeitet hatte, war in der Gegend dieser Stadt versammelt. Ihre Kerntruppen standen längs dem Niemen. Dieser Fluß war schon einmal durch die Unterredung bekannt und berühmt geworden, welche

die beiden Kaiser im Jahr 1807 auf demselben hatten, und wovon der Friede zu Tilsit das Resultat gewesen war. Dieser Fluß sollte nun noch berühmter durch den Uebergang der ganzen französischen Armee werden. Das aus dem kaiserlichen französischen Hauptquartier von Kowno den 26. Juni datirte Bulletin gibt von diesem Eindringen der französischen Armee auf Russischen Grund und Boden vollständige Nachricht. Wir theilen es ebenfalls ganz mit, da es zugleich von der Stellung der Armeen ausführlichere Nachricht gibt.

### Drittes Bulletin der großen Armee.

Kowno, den 26. Juni 1812. Am 23. Juni verlegte der König von Neapel, welcher die Kavallerie befehligt, sein Hauptquartier 2 franz. Meilen vom Niemen auf dessen gegenseitiges Ufer. Dieser Fürst hat unter seinen unmittelbaren Befehlen die Kavalleriekorps unter den Generalen Mansouty und Montbrun; das eine bestehend aus den Divisionen unter den Generalen Grafen Bruyeres, Saint Germain und Valence; das andere bestehend aus den Divisionen unter General Baron Battier und den Generalen Grafen Sebastiani und Desfrance.

Der Marschall Fürst von Esmühl, Befehlshaber des 1ten Armeekorps, verlegte sein Hauptquartier an den Engpaß zum großen Forste Pilwiszky. (Pillwischken,) nördlich im Großherzogthum Warschau, zwischen Gumbinnen und Kowno oder Rauen.)

Das 2te Korps und die Garde folgten der Bewegung des 1ten Korps.

Das 3te Korps wendete sich über Marienpol. Der Vizekönig mit dem zurückgebliebenen 4ten und 6ten Korps begab sich nach Kalwarri.

Der König von Westphalen begab sich nach Nowogrod ( 11 Stunden nordöstlich von Ostrolenka ) mit dem 5ten, 7ten und 8ten Korps.

Das 1te Oesterreichische Korps, befehligt von dem Fürsten Schwarzenberg verließ Lemberg den... machte eine Bewegung auf seiner linken Flanke und näherte sich Lublin.

Das Brückengeräthe, unter den Befehlen des Generals Ebke, kam am 23 Juni 2 franz Meilen vom Niemen an.

Am 23. um 2 Uhr Morgens, traf der Kaiser bei den Vorposten bei Komno ein, nahm einen Ueberrock und eine polnische Kappe von der leichten Reiterei, und besichtigte die Ufer des Niemen, nur von dem General des Geniekorps, Haro, begleitet.

Um 8 Uhr Abends setzte sich die Armee in Bewegung. Um 10 Uhr ließ der Divisionsgeneral Graf Morand drei Kompagnien Voltigeurs übersetzen und im nemlichen Augenblicke wurden 3 Brücken über den Niemen geschlagen. Um 11 Uhr rückten 3 Kolonnen über die 3 Brücken hinüber. Um  $\frac{1}{4}$  nach 1 Uhr fing der Tag zu dämmern an. Um Mittag trieb der General Baron Pajol einen Schwarm von Kosaken vor sich her, und ließ Komno durch ein Bataillon besetzen.

Am 24 begab sich der Kaiser nach Komno.

Der Marschall Fürst von Edmühl verlegte sein Hauptquartier nach Rumchiki, und der König von Neapel nach Ektanoni.

Während des ganzen 24. und 25. Juni marschirte die Armee auf den 3 Brücken hinüber. Am 24. Abends ließ der Kaiser eine neue Brücke über die Wi-

lia, gegenüber von Kowno, schlagen, und den Marschall Herzog v. Reggio mit dem 2ten Korps übersetzen. Die polnische leichte Garde zu Pferd schwamm hinüber. Zwei Menschen wären ertrunken, wenn sie nicht einige gute Schwimmer vom 26ten leichten Regiment gerettet hätten. Der Oberst Gueheneuc hatte um ihnen zu helfen sich unklugerweise der Gefahr ausgesetzt, und wäre selbst ertrunken, hätte ihn nicht ein guter Schwimmer von seinem Regiment gerettet.

Am 25. begab sich der Herzog von Elchingen nach Kormelou; der König von Neapel nach Tjmorui. Die leichten feindlichen Truppen wurden von allen Seiten zurück gedrängt.

Am 26ten kam der Marschall Herzog von Reggio in Janow an; der Marschall Herzog von Elchingen in Skorouli. Die Divisionen der leichten Kavallerie bedeckten die ganze Ebene bis auf 10 französ. Meilen von Wilna.

Am 24ten setzte der Marschall Herzog von Tarent (Macdonald) Befehlshaber des 10. Korps, von dem die Preussen einen Theil ausmachen, bei Tilsit über den Niemen, und rückte gegen Kossiena (Koslinie) vor, um das rechte Ufer des Flusses von den Feinden zu säubern und um die Schiffarth zu beschützen.

Der Marschall Herzog von Velluno (Viktor) Befehlshaber des 9ten Korps, der unter seinen Befehlen die Divisionen Heudelet, Lagrange, Durutte, Partonneaur hat, hält das Land zwischen der Elbe und der Oder besetzt.

Der Divisionsgeneral, Graf Rapp, Kommandant von Danzig, hat die Division Daendels unter seinen Befehlen.

Der Divisionsgeneral, Graf Hogendorp, ist Gouverneur von Königsberg.

Der Russische Kaiser befindet sich mit seiner Garde und mit einem Theile seiner Armee in Wilna und hält Konikoutoni und Niewtroki besetzt.

Der Russische General Bagawout, Befehlshaber des 2ten Korps, und ein Theil der Russischen Armee wurden von Wilna abgeschnitten und konnten sich nur dadurch retten, daß sie sich gegen die Dwina wandten.

Der Niemen ist für Fahrzeuge von 2 bis 300 Tonnen bis Romno schiffbar. So ist also die Verbindung der Armeen zu Wasser bis nach Danzig gesichert, und mit der Weichsel, der Oder und der Elbe. Ein ungeheurer Vorrath von Brandwein, Mehl, Zwieback, ist von Danzig und Königsberg nach Romno im Anzug. Die Wilia, welche an Wilna vorbei fließt, ist von Romno bis nach Wilna für kleinere Fahrzeuge schiffbar.

Wilna die Hauptstadt von Litthauen, ist zugleich die Hauptstadt von ganz russisch Polen. Der Kaiser von Rußland befindet sich mit einem Theile seines Hofes seit mehreren Monaten in dieser Stadt. Die Besatzung dieses Plazes durch die französische Armee wird die erste Frucht des Sieges seyn. Mehrere Kosakenoffiziere und Offiziere mit Depeschen beauftragt, sind von der leichten Reuterel gefangen genommen worden.

2) Das französische Hauptquartier rückt zu Wilna, dem bisherigen Hauptquartier des russischen Kaisers ein.

Bei der Nähe des russischen Hauptquartiers an der Gränze des Reichs, bei den ungeheuern Magazi-

nen die so nah an die Gränze vorgeschoben worden waren und nach allen Anstalten, die man aus diesen Gegenden erfahren hatte, war noch vor Anfang des Krieges die Vermuthung allgemein, daß die russische Armee selbst über den Niemen oder Bug setzen und in das Königreich Preußen oder das Herzogthum Warschau einzudringen versuchen werde. Als diese offensive Operationen nicht erfolgten, schob man dieses (die diplomatischen Aktenstücke waren damals noch nicht bekannt) dem Wunsche des Kaisers Alexander zu, den Frieden mit Frankreich zu erhalten. Man vermutete, der Kaiser wolle durch eine Offensive die Unterhandlungen nicht abbrechen lassen, welche, wie man sagte, damals noch zwischen beiden Höfen statt haben sollten. Diese Vermuthung gründet sich zum Theil auf den verlängerten Aufenthalt des Kaisers Napoleon zu Dresden, auf das Daseyn des russischen Gesandten zu Dresden, auf die Absendung der Grafen Marbonne und Caulincourt nach Wilna. Als nun aber diese Offensive nicht begann, die russische Armee ruhig in ihren Quartieren blieb, der Kaiser Napoleon aber selbst sein Hauptquartier fast an die Gränze des russischen Reichs verlegte, da war wenigstens die Erwartung allgemein, daß der Uebergang der französischen Armee über den Niemen nur durch eine hartnäckige Schlacht erzwungen werden könne. Dieser Uebergang erfolgte nun, wie wir gehört haben, fast ohne Blutvergießen. Die russischen Vortruppen wichen zurück, ohne auch nur eine Miene zu machen dem weitem Vordringen nur irgend einen Widerstand entgegen zu stellen. Bei den hohen Begriffen die man bis hieher von den militärischen Talenten, dem Muthe und der Kühnheit der russischen Trup-



den hatte, vermuthete man nun also, der Kaiser Alexander werde, um die militärische Reputation der Russen zu behaupten, wenn auch bloß zur Rettung der großen Magazine und seines Hauptquartiers, seine ganze Armee in der Gegend von Wilna in einem für die Russen sehr günstigen Terrain konzentriren und der vordringenden französischen Armee eine Hauptschlacht liefern.

Wie ganz anders war der Erfolg. Das vierte französische Bulletin dd. Wilna den 30. Juli gibt die ausführlichste Nachricht. Es lautet wie folgt:

#### Viertes Bulletin der großen Armee.

Wilna, den 30. Juni 1812. Am 27. dieses kam der Kaiser auf den Vorposten um 2 Uhr Nachmittags an, und setzte die Armee in Bewegung, um sich der Stadt Wilna zu nähern, und am 28. mit Tages Anbruch, die russische Armee anzugreifen, wenn sie Wilna behaupten oder an deren Einnahme uns aufhalten wollte, um die unermesslichen Magazine, welche sie da hatte, zu retten. Eine russische Division hielt Troki besetzt: und eine andere stand auf den Anhöhen von Wafa.

Mit dem Anbruch des Tages, am 28. setzte sich der König von Neapel mit dem Vortrab und mit der leichtsten Reiterei des Generals Grafen Bruhres auf den Marsch. Der Marschall Fürst von Etmühl unterstützte ihn mit seinem Korps. Die Russen wichen überall zurück. Nachdem sie einige Kanonenschüsse gewechselt hatten, zogen sie mit großer Eile über den Wielica Fluß zurück: sie verbrannten die hölzernen

Brücke von Wilna, und zündeten die unermesslichen Magazine an, die auf mehrere Millionen Rubel geschätzt wurden. Mehr als 150,000 Zentner Mehl, ein unermesslicher Vorrath von Fourage und Haber, eine beträchtliche Menge von Kleidungsseffekten wurden verbrannt.

Eine große Menge Waffen, woran im Allgemeinen Rußland Mangel hat, und von Kriegsmunition wurden zerstört und in die Weilica geworfen.

Um Mittag zog der Kaiser in Wilna ein. Um 3 Uhr war die Brücke über die Weilica hergestellt. Alle Zimmerleute der Stadt hatten sich mit Eifer dahin begeben, und erbauten eine Brücke, während die Pontonniers der Armee eine andere Brücke errichteten.

Die Division Bruyeres folgte dem Feind auf dem linken Ufer nach. In einem leichten Gefechte der Arrieregarde wurden gegen 50 Wagen den Russen abgenommen. Es wurden einige der Unserigen getödtet und verwundet, unter letztern ist der Husarenrittmeister Segür.

Die polnische Gardechevauxlegers machten einen Angriff auf dem rechten Ufer der Weilica, trieben den Feind in die Flucht, verfolgten ihn, und machten eine gute Zahl Kosaken zu Gefangenen.

Schon am 28. hatte der Herzog von Reggio bei Komno eine Brücke über die Weilica geworfen. Am 26 wendete er sich gegen Janow, und am 27. gegen Chatoui. Diese Bewegung nöthigte den Fürsten von Wittgenstein, der das 1te Korps der russischen Armee kommandirt, ganz Samogitien und alles zu

schen Kowno und dem Meer gelegene Land zu räumen, und sich nach Wilkomir zu ziehen, indem er sich durch 2 Regimenter Garde verstärken ließ.

Am 28 Junius stieß man aufeinander. Der Marschal Herzog von Reggio traf den Feind in Schlachtordnung, Deweltovo gegenüber. Die Kanonade fing an: der Feind wurde von Stellung zu Stellung versagt, und lief mit so schneller Eile über die Brücke, daß er sie nicht verbrennen konnte. Er verlor 300 Mann als Gefangene, unter welchen mehrere Offiziere und gegen 100 Mann an Toden und Verwundeten. Unser Verlust beträgt gegen 50 Mann.

Der Herzog von Reggio lobt die Brigade leichter Kavallerie, welche der General Baron Caster kommandirt, und das 11. Regiment leichter Infanterie, welches ganz aus Franzosen von den Departements jenseits der Alpen (Italienern) besteht. Die jungen römischen Kontribuirten bewiesen viele Uner-schrockenheit.

Der Feind legte an ein großes Magazin in Wilkomir Feuer. Zuletzt plünderten die Einwohner einige Fässer Mehl. Man konnte jedoch einen Theil davon wider bekommen.

Am 29. warf der Herzog v. Elchingen gegenüber von Souderva eine Brücke, um über die Wilica zu gehen. Es wurden einige Kolonnen auf den Straßen abgeschickt, die nach Grodno und Polhinien führen, um auf verschiedene russische Korps, welche abgeschnitten und zerstreut waren, zu stoßen.

W i l n a ist eine Stadt von 25 bis 30 tausend Menschen, enthält eine große Anzahl Klöster, schöne öffentliche Anstalten und Einwohner voll Patriotismus. 4

oder 500 junge Leute von der Universität, welche über 18 Jahre sind, und den besten Familien angehören, haben verlangt ein Regiment zu formiren.

Der Feind zieht sich über die Dwina (Düna Dwina) zurück. Eine große Zahl Offiziere vom Generalstab und Eskadetten fällt täglich in unsere Hände. Wir erhalten den Beweis, daß Alles, was die Russen über die Unermeßlichkeit ihrer Hülfsmittel bekannt gemacht haben, übertrieben war. Nur 2 Bataillone von jedem Regiment sind bei der Armee.

Die 3ten Bataillone, wovon viele jetzige Bestandsverzeichnisse, in der Korrespondenz der Depotschiffiere mit den Regimentern aufgefangen worden sind, enthalten nicht mehr als 120 bis 200 Mann.

Der Hof ist 24 Stunden nachher, nachdem er unsern Uebergang bei Kowno erfahren, von Wilna abgereist. Smogitien und Litthauen sind heinabe gänzlich vom Feinde befreit. Die Lappenzusammenziehung des russischen General Bagration gegen Norden hat die Truppen sehr geschwächt, welche Polhynien vertheidigen sollten.

Der König von Westphalen, mit dem Korps des Fürsten Poniatowsky, auch das 7te und 8te Korps, müssen am 29ten zu Grodno eingerückt seyn.

Verschiedene Kolonnen sind aufgebrochen, um dem Armeekorps des Generals Bagration in die Seiten zu fallen, welches am 20ten Befehl erhalten hatte, sich in Eilmärschen nach Wilna zu ziehen. Dessen Vortrab war bereits bis auf 4 Tagmärschen von gedachter Stadt angekommen, sah sich aber durch die neue E-

eignisse genöthigt, zurück zu gehen, und wird nun von uns verfolgt.

Bis zu dieser Stunde war der Feldzug nicht blutig. Es gab bisher nur Wandvers. Wir haben in allem 1000 Gefangene gemacht. Aber der Feind hat schon die Hauptstadt und den größten Theil der polnischen Provinzen verloren, welche sich in Insurrektionsstand setzen. Alle Magazine der 1ten, 2ten und 3ten Linie, das Werk zweijähriger Bemühung, und im Werth von mehr als 20 Millionen Rubel, sind durch die Flammen verzehrt oder in unsere Gewalt gerathen. Endlich ist das Hauptquartier der französischen Armee an dem Ort, wo seit 6 Wochen der russische Hof war.

Unter der grossen Zahl von Briefen die man aufgefangen hat, bemerkt man folgende zwei: den einen von dem Intendanten der russischen Armee, welcher die Nachricht gibt, daß Rußland schon alle seine Magazine der 1ten 2ten und 3ten Linie verloren hat, und nun dahin gebracht ist, in aller Eile neue zu errichten. Der andere Brief von dem Herzog A l e x a n d e r von Würtemberg, zeigt, daß nach einem Feldzug von wenigen Tagen schon die Provinzen des Mittelpunkts in Kriegsstand erklärt worden sind.

Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge hätte die Behauptung von Wilna eine Schlacht zu wagen verdient und in jedem Lande, und besonders in demjenigen, worin wir uns jetzt befinden, hätte die Erhaltung einer 3fachen Linie von Magazinen einen General bestimmen sollen, das Kriegsglück aufs Spiel zu setzen.

Also allein Wandrers haben einen guten Theil der polnischen Provinzen, die Hauptstadt und 3 Linien von Magazinen in die Gewalt der französischen Armeen gebracht. Das Feuer ist mit solcher Eile an die Magazine von Wilna gelegt worden, daß man viele Sachen hat retten können.

Die beiden hier angeführte Schreiben lassen wir, da im Bulletin selbst ihr Inhalt abgedruckt ist, hinweg.

Das französische Hauptquartier blieb nun über 3 Wochen zu Wilna und diese Zeit wurde hauptsächlich zur Füllung der Magazine u. s. w. verwendet, während die Mortruppen und einzelne Korps beschäftigt waren, den Feind zu verfolgen und die weitere Operationen vorzubereiten. Ehe wir aber dieselbe erzählen, halten wir für nothwendig, von der russischen Armee selbst einige Worte zu sagen.

Die russische Armee hatte bei der Eröffnung des Feldzugs nachfolgende Stellung und Stärke, wie solches im fünften französischen Bulletin von Wilna am 6. Julius 1812 angegeben wird.

Das erste Korps unter dem Befehl des Fürsten von Wittgenstein bestand aus der 5ten und 14ten Infanteriedivision und einer Division Kavallerie, in Allem die Artillerie und Sappeurs mit eingerechnet, aus 18000 Mann, und hatte lange Zeit zu Chawli gelegen. In der Folge besetzte es Rosina und stand am 24. Junius zu Koydanoni oder Kievdany.

Dieses Korps hatte also den äußersten rechten Flügel der ganzen russischen Linie ein und machte Anfangs Fronte gegen das Königreich Preußen oder gegen Memel. Es gieng sodann den Niemen weiter hinauf und hatte mit dem folgenden zweiten Korps gerade dem Punkt des Uebergangs gegenüber, näm-

lich bei Kienbany seine Stellung, denn dieses Städtchen liegt nur einige Meilen von Kowno am rechten Ufer der Niewerscha, die sich unterhalb Kowno in den Niemen ergießt. Dieses Korps schien, wie auch die Folge zeigte, zunächst bestimmt zu seyn, Kurland und Liefland zu decken.

Das zweite Korps unter dem Kommando des Generals Baggamout bestand aus der 4ten und 11ten Infanterie-Division und einer Kavallerie-Division, war ebenfalls 18000 Mann stark und hatte Kowno besetzt.

Das dritte Korps wurde vom General Schomoff befehligt. Es bestand aus der ersten Grenadier- und einer Infanterie-Division nebst einer Kavallerie-Division. Es war in Allem 24000 Mann stark und stand zu Now-Trofi. Diese Stadt liegt in einer kleinen Entfernung vom rechten Ufer der Wislika nicht weit von Wilna.

Das vierte Korps stand unter dem Befehl des General Tutschloff, und bestand aus der 11ten und der 23 Infanterie- und einer Kavallerie-Division. Es besetzte die Gegend von Trofi bis Lidda, einen Raum von 8 bis 9 Meilen und kaum ebenso weit vom Niemen.

Zu Wilna war die kaiserliche Garde.

Das sechste Korps unter dem General Doctorenko bestand aus 2 Divisionen Infanterie und 1 Division Kavallerie, war 18000 Mann stark und machte einen Theil der Armee des Fürsten Bagration aus. Es kam erst im Juni aus Böhmen an, um die Westarmee zu verstärken, und stand zur Zeit des Uebergangs zwischen Lidda und Grodno.

Das fünfte Korps, das aus den 2 Grenadier Divisionen und den Infanterie-Divisionen Nr. 12. 18. und 26, und 2 Kavallerie-Divisionen bestand, war am 30. Juni noch zu Wolkowysk. Diese Armee hatte eine Stärke von 40000 Mann. Das Städtchen Wolkowysk liegt 6 Meilen südlich von Grodno.

Noch ein Armeekorps aus der 9ten und 15ten Division Infanterie und einer Division Kavallerie, welches der General Markow befehligte, stand noch tief in Polhynien. Die Armee des Fürsten Bagration und das letzte Korps konnten also zur Abwehr des Uebergangs über den Niemen nicht dienen, sondern nur die 4 ersten und das 6te Korps, welches ohne die kaiserliche Garde zu Wilna, überhaupt gegen 96000 Mann ausmachen mochten. Vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten hatte man die militärische Macht am Niemen, oder die Westarmee auf 300000 Mann angegeben. Durch den Uebergang der französischen Armee über die Wielika und den Marsch des Herzogs von Reggio wurde das 1te und 2te Korps von Wilna abgeschnitten. Das erste zog sich links nach Kurland und der unteren Düna, das zweite aber nach Dünaburg.

Das dritte und vierte Korps mit der kaiserlichen Garde zog sich an den beiden Ufern der Wielika hinauf und wurde lebhaft vom König von Neapel auf beiden Seiten verfolgt.

Das sechste Korps unter General Doctrow versuchte ebenfalls die Düna zu gewinnen, wurde aber durch einige französische Korps daran gehindert, und sah sich nach vielen ermüdeten Märschen und Contre-märschen genöthigt, sich südlich zu wenden,



Der Armee des Fürsten Bagration gelang es eben so wenig, sich mit den übrigen Armeekorps zu vereinigen, und ging ebenfalls lebhaft verfolgt zurück.

Die russische Armee stand nun also in keinem Zusammenhang mehr, und die Kommunikation der einzelnen Korps konnte nur durch Umwege erhalten werden.

Der König von Westphalen zog mit der ihm untergebenen Armee am 30 Juni zu Grodno ein. Die ganze französische Armee stand nun also auf russischem Grund und Boden.

(Die weiteren Operationen erzählen wir im nächsten Hefte)

## 23.

### U e b e r

den Ursprung und die Entstehung  
der Probsteien  
in dem vormaligen Hochstifte Fulda.

Die in der Fuldaischen Geschichte so oft genannte Probsteien machten immer, und zwar schon von den ältesten Zeiten her, einen der vorzüglichsten Theile dieses eben so ansehnlichen als berühmten Hochstifts aus. Sie selbst waren beträchtliche Ueberbleibsel von theils zerstörten, theils von selbst erloschenen Klöstern, und

Ihre Besitzer, die Pröbste, hatten nach dem Fürstbiste den ersten Rang und die höchste Würde im Fuldaischen Staate. Als Landstände nahmen sie wesentlichen Antheil an der Regierung des Ganzen, und als eigene für sich bestehende Herrn hatten sie in ihrem eigenen Probsteibezirke ihre eigene, und meistens ansehnliche Güter und Gefälle jeder Art, und übten sogar aus eigener ihnen zustehender Macht über ihre Bezirksunterthanen die hohe Gerichtsbarkeit, nach beinahe allen ihren Formen, aus. Ihr Ansehen, in welchem sie ihrer Würde wegen standen, konnte beinahe nicht größer seyn, und ihr Einfluß, welchen sie bei der stiftischen Verfassung in die Angelegenheiten des ganzen Landes hatten, war von jeher von der wichtigsten Bedeutung. Als Glieder eines eben so ansehnlichen, als in Rücksicht seiner Besitzungen reichen Domkapitels, bildeten sie das Wahlkollegium des Fürstbistes, dessen höchste Würde im stiftischen Lande nur Einem aus ihrer Mitte durch Mehrheit der Stimmen zu Theil werden konnte. In ihren Händen lag das Wohl des Vaterlandes, auf welche der gutherzige Fuldaer, der sie als Väter derselben ansah und ehrte, vertrauensvoll hinblifte, wenn es darum zu thun war, ihm entweder einen neuen Regenten zu geben, oder aber wenn sie sich gesetzlich versammelten, um über die Angelegenheiten und das Beste des Landes zu berathschlagen.

Die neueste Geschichte unserer Zeit, welche alle veraltete und meistens schon morsche Formen umgeworfen und dafür neue mit dem stiftischen Feudalsysteme unvereinbarliche aufgestellt hat, hat nun freilich auch

bis hieher gewirkt, und auch diese lang bestandene und sonst gerühmte Verfassung zu Ende gebracht.

Dem ungeachtet ist und bleibt das Daseyn dieser Propsteien dem Geschichtsforscher doch immer interessant, und ihr Ursprung und ihre zu verschiedenen Zeiten erfolgte Entstehung verdient allerdings einen Platz in der so reichhaltigen Geschichte des fuldaischen Landes, das nur erst vor Kurzem aufgehört hat, einen eigenen und für sich bestehenden Staat zu bilden, und ein ergänzender Theil des nunmehrigen Großherzogthums Frankfurt geworden ist. Da der Ursprung dieser Propsteien bis in die ersten und ältesten Zeiten der fuldaischen Kirche fällt; so sey es demnach hier mein gewagtes Unternehmen, ihn dort aufzusuchen.

Brower und Schannat, die beiden vorzüglichsten Fuldaische Geschichtsschreiber seyen meine Gewährsmänner

## Ursprung der Propsteien überhaupt.

Das sowohl in ältern, als auch noch in neuern Zeiten in jeder Hinsicht berühmte Fuldaische Kloster \*) welches

---

\*) Es bestand und behauptete noch im Jahr 1802 seinen alten Ruhm, obgleich es durch den unwiederslehlichen Drang widriger Zeiten in mancher Hinsicht abgenommen hatte. Der Erbprinz von Nassau-Oranien, dem bei der letzten Sekularisation der noch übriggebliebenen geistlichen Stifter diese gefürstete Abtei als Entschädigung für die in Holland verlorne Erbstatthalterschaft zugefallen war, hob es in jenem Jahr auf und versetzte das bischöfliche Seminarium, dessen Gebäulichkeiten er in eine Kaserne verwandelte, hieher.

nach der Absicht seines Stifter's Bonifazens die Pflanzschule apostolischer Männer seyn sollte, war durch Sturm's rastlose Thätigkeit nicht so bald zu Stande gekommen, als auch und beinahe schon eben so bald rings um dasselbe her mehrere sogenannte Zellen, (Cellae,) errichtet wurden, aus welchen nachher meistens neue und ansehnliche Klöster hervorgingen. Die immer mehr anwachsende Zahl der Mönche, für welche das erste und ursprüngliche Haus jetzt zu wenig Platz hatte, machte ihre Erbauung sogar nöthwendig. Die Errichtung derselben schon eine der Hauptorgen und Beschäftigungen des dritten Fuldaischen Abtes Waulfs, welche Raban sein dritter Nachfolger und nachheriger Erzbischof zu Mainz \*) nicht nur fortsetzte, sondern sogar noch vermehrte. \*\*) Ihrer Absicht zufolge sollten von diesen

---

\*) Es gereichte dem Fuldaischen Kloster zur vorzüglichsten Ehre, daß nicht nur mehrere Abte sondern selbst auch andere Geistliche desselben, auf den Erzbischöflichen Stuhl zu Mainz erheben wurden. So bestiegen denselben die Abte: Hailpulfus im Jahr 813. Raban im Jahr 847. Hildebert im Jahr 927. Hatto im Jahr 968. Erkembald im Jahr 1008. und Siegfried im Jahr 1059. und dann aus den übrigen Geistlichen: der im Jahr 891. in einem Treffen gegen die Normänner gebliebene Sunzo. Heriger im Jahr 912. Friedrich im Jahr 936. und Bardo im Jahr 1031. Es war, wie Schannat sagt zu Mainz von langer Zeit her Sitte und Herkommen gewesen, daß man bei einer neuen Besetzung des erzbischöflichen Stuhls unter den Gliedern der Mainzer und Fuldaischen Kirche wechselte. Schannat de Orig. Monaster. Fuld. part. I. p. 4. und Histor. Fuld. part. III. p. 141.

\*\*) Auxit deinde Cellarum numerum Rabanus, Abbas, Schannat. Histor. Fuld. p. I. pag. 27. Diese Zellen,

verschiedenen Zellen aus, derer viele bei immer zunehmender Bevölkerung nachher zu ganzen Dörfern

derer Namen noch jetzt größtentheils bestehen, erhielten diese entweder von ihren Erbauern und ersten Bewohnern, oder von der Sache wozu sie bestimmt waren. Die meisten lagen in der Nähe des Klosters und nur wenige etwas weiter entfernt. Sie waren: 1. Abrazella, von ihrem Erbauer, dem Fuldaischen Mönche Abraham. Ihre Lage ist dermalen unbekannt. 2. Agezella, oder Azella, jetzt Arzell, wahrscheinlich von dem im achten Jahrhunderte lebenden Fuldaischen Mönche Aezon. Sie lag gegen Norden an dem Flusse Haun, ohngefähr 5 Stunden vom Kloster. 3. Piligrimizella, nachher Pilgrimeszella, jetzt Pilgerzell ein Dorf ohnweit Fulda. Sie wurde so genannt, weil hier die Pilgrime, die zu dem Grabe des heil. Bonifazius wallfahrten, bewirthet wurden. 4. Edelingizella, jetzt Edelzell ein Dorf eine Stunde von Fulda, von ihrem Erbauer, dem damaligen Fuldaischen Kellnermeister Edelingo, der gegen das Jahr 1040. lebte. 5. Geroniszella von dem Fuldaischen Mönche Gero, oder Kero der sie gegen das Ende des zehnten Jahrhunderts erbaute. Jetzt ist sie als ein etwa ein und eine halbe Stunde von Fulda entlegenes Dorf mit Namen Kerzell bekannt. 6. Glaserzella jetzt Gläserzell, ein Dorf unter Fulda. 7. Haihoniszella, jetzt Eicherzell, ein Dorf zwei Stunden von Fulda, von dem ersten Fuldaischen Abte Haiho, der sie im zehnten Jahrhunderte wieder erbaute, nachdem sie von den Ungarn war zerstört worden. 8. Haigingizella, jetzt Hainzel, ein Dorf bei Blankenau, von ihrem Erbauer dem Fuldaischen Mönche Hain, 900 der um das Jahr 826 vorkömmt. 9. Kamerzella jetzt Kammerzell, ein Dorf zwei Stunden unter Fulda. Sie wurde so genannt, weil ihre Einkünfte zur Kammer des Abtes oder Konvents gehörten. 10. Kindezella, jetzt Kinzel ein Dorf anderthalb Stunden von Fulda. 11. Magbrateszella, jetzt Maberzell, ein Dorf nächst Fulda. 12. Mattorinzella, von einem Fuldaischen

erwachsen, die durch neue Schenkungen sich immer mehrenden Kloftergüter besser unterhalten und vortheilhafter verwaltet, die fremden Pilger, welche damals so häufig nach Fulda zum Grabe des heil. Bonifazius kamen, gehörig bewirthet, und den zur Verarbeitung jener Güter sich da aufhaltenden Landleuten welche nach damaliger Sitte meistens zugleich Leibeigene des Klosters waren, und größtentheils mit den Güterschenkungen erhalten hatten, der Gottesdienst gehalten werden. Ueberdies suchte man aber auch durch diese Anstalten dem großen und wichtigsten Zwecke des Stifters noch mehr zu entsprechen. Nach diesem sollten die angränzenden und noch heidnischen Völkerstämme zum Christenthume bekehrt, Volksehrer nach Bonifazens und Sturms Geiste erzogen und gebildet, Buchonins \*) noch ganz wilde und unwirthbare Einöde in fruchtbares Land umgebauet, und endlich Künste und Wissenschaften eingeführt und fortgebildet werden. Hiezu aber waren allerdings

---

Wöichen *Wetton*, derer im neunten Jahrhunderte mehrere lebten. Jetzt ist sie ein Dorf *Radenzell* genannt. 13. *Phortenerzella*, gehörte ganz der Pforte des Klosters, jetzt ist sie ein Dorf *Pforten* genannt im Schligischen. 14. *Premeteszella* jetzt *Brumzell*, ein Dorf ohnweit Fulda. 15. *Calugoniszella*, ist *Sargenzell* ein Dorf bei Hünfeld. Schannat Histor. Fuld. part. I. p. 27 et 28.

- \*) So wurde wegen der hier häufig wachsenden Buchbäume die Gegend um Fulda genannt. *Buchoniam Saltui nomen indidere majores: Bocaunam Buchoniae silvam, solitudinem similique varietate, vetustiores appellavere. Nam sponte plurima fagus hic cena cens, effecit, ut ab hac arbore vocabulum nemori veniret. Browerus Antiq. Fuld. lib. I. Cap. I. p. I.*

mehrere Menschen nöthig und da für das Unterkommen derselben gesorgt werden mußte, so forderte dieß die Errichtung neuer, oder doch wenigstens die Erweiterung alter schon bestehender Gebäulichkeiten.

Alle diese Absichten um so gewisser und besser zu erreichen, setzte man einige Mönche aus dem Hauptkloster in Fulda in diese Zellen, welchen man nebst der Verwaltung der dort liegenden Güter, auch die Sorge, die Brüder in Fulda mit den denselben benötigten Lebensmitteln zu versehen übertrug. \*) Rhaban, dem zur Erreichung aller jener heilsamen Zwecke, diese Zellen ganz besonders angelegen waren, baute nun auch mit bischöflicher Bewilligung Kirchen an dieselbe an, \*\*) und setzte nun auch aus seinem Kloster Priester dahin welche er Pröbste (Präpositi,)

\*) Cum consilio et consensu fratrum suorum constituit atque decrevit, nempe Aegil Abbas, ut fratres, qui extra monasterium ministeria providere nascuntur, fratribus intra monasterium commanentibus per singulas anni septimanas juxta ordinationem praeposit vel Decanorum; in cibo et potu, atque aliis quibuslibet commodis monasticæ vitæ congruentibus; super indictam sibi annonam ad lionestam consolationem non coacte, sed ut eos sumptus permitteret, spontanea voluntate servirent. . . . Haec ideo sane fratribus extra manentibus commisit, ut per illa charitatis officia, mercedem consequerentur a Deo, et a praecepto regulæ, quæ jubet, ut fratres sibi invicem serviant, longe positi, non discrepent. Candidus in Aegilis Abbatis Histor. apud Browerum Antiq. Fuld. lib. I. cap. 3. p. 26. et 27.

\*\*) Cellas quoque fratrum sibi commissorum ornasse permisi Episcopi templis et importatis sanctorum reliquiis Rudolphus lib. de gestis Rhabani Ab. apud Browerum Ant. Fuld. loco cit. pag. 26.

nannte, und ihnen nebst der häuslichen Verwaltung und der Pflege der Brüder und Pilger, auch die dortige Seelsorge übergab \*) Diese Priester stellten demnach schon damals in diesen Zellen, die man schon jetzt Probsteien oder kleine Klöster nannte, \*\*) obwohl nur noch im Kleinen und in einem begrenzten Wirkungskreise das vor, was nachher in den folgenden Zeiten ihre Nachfolger die Probste, mit mehr Glanz und ausgedehnter Macht wirklich waren, und wozu der nachmalige schnelle Uebergang der meisten, dieser anfänglich ganz kleinen Zellen, durch das sich immer mehrende Wachsthum ihre Güter in große und ansehnliche Klöster, nicht wenig beigetragen haben mag.

Schon in den ersten und frühesten Zeiten der Fuldaischen Kirche ligt demnach der Ursprung der Probstei-

---

\*) Et enim cum Regum liberalitate et Christianorum fidelium prompto in nascentis hic pietatis cultores benefaciendi studio, praedia, fundi, villaeque complures, jam tum monasterii opibus accessissent; quo fructuosior et fidelior horum esset administratio, majorum auctoritate consilioque provisum est: ut cultioribus fertilibusque locis presbyteros monachos praeficerent, et ad continendum in officio servos et colonos rite gubernandos in ibi ecclesias exstruerent. Hos vero presbyteros praepositos vocabant; quorum id munus erat, parochorum instar veterum congregationi Fuldensi ministrare sumptum, et praebere ad victum cultumque necessaria; reficere domesticos ultro citroque commeantes, hospitio excipere peregrinos.... Quae quidem cellae a frugi patribus familias juxtaque religionis viris habitatae, altrices et nutrices quaedam erant coetus monastici. B r o w e r. loc. cit. lib. I. Cap. 7. p. 25.

\*\*) Praepositurae, Obedientiae, Monasteriola, et Monasteria saepe vocatae. Schannat. Histor. Fuld. part. I. p. 27.



en, deren Ansehen und Bedeutenheit sich nach und nach mehr entfaltete und endlich zu jener hohen Stufe gelangte, in der wir selbe noch in unsern Zeiten sahen. Die meisten aus ihnen erwuchsen theils durch den eignen Eifer und Wohlthätigkeit der Äbte selbst, theils auch durch auswärtige Schenkungen und fromme Stiftungen zu neuen und ansehnlichen Klöstern, ohne jedoch aber aufzuhören in dem untergeordneten Verband mit dem Haupt- oder eigentlichen Mutterkloster in Fulda zu verbleiben. Schienen sie gleichwohl im Einzelnen betrachtet ein eignes und für sich bestehendes Ganze auszumachen, so war und blieb doch der Abt in Fulda ihr allein befehlender und Alles dirigirender Herr, \*) ohne doch aber darum willkürlich und ohne

---

\*) Faciam itaque compendio, eaque vel hic recensebo potissimum monasteria, quae avorum memoria tenebantur ditione Fuldensis Abbatis et huic tanquam capiti membra colligata omnium sacrarum erant et humanarum societate devincta. . . . Hinc in uno neque capaci quidem horizonte cernere oculis licuit propinquis aedi primariae collibus ac montibus stare florentis disciplinae et numero hominum et studiorum piorum varietate, probe instructa quinque monasteria, quorum praepositi et magistratus a primario coenobio et Abbate jus et leges acciperent. *Brower. Antiq. Fuld. lib. III. cap. 10.*

Hinc duplici ex causa Cellae in diversis circum locis erectae ac institutae sunt, iisque unus aut alter ex Monachis praefectus seu praepositus assignatus est, tum ut quae praedia, fundi villaeque ex Regum Munificentia, aliorumque fidelium largitate Monasterio accesserant, accedebantque in dies, rectius administrarentur ac simul excolerentur; tum ut, quia exuberante Monachorum numero omnes intra unius loci ambitum contineri amplius

das Beistimmen der ganzen Geistlichkeit, oder der Brüder, wie sie sich nannten, handeln zu dürfen. Nach der eignen Verfassung dieser verschiedenen Nebenkloster lag die Oekonomie und Verwaltung der dahin gehörigen Güter, in der alleinigen Amtsführung der Pröbste, worin sie selbst vom Könige Konrad durch die Weisung die er im Jahr 1150. dem Abte Marquard gab, bestätigt wurden, \*) und ein Decant (Decanus) hatte für die Aufrechthaltung der Klosterzucht zu machen, die ihm beim Antritte seines Amtes durch die Ueberreichung der Klosterschlüssel übertragen wurde. Die meisten dieser Klöster standen auf den um Fulda herumliegenden Bergen, und in der Nähe des Hauptklosters, als das Kloster der hl. Maria auf dem Bischofsberge, jetzt Frauenberge, des hl. Johannes auf dem jetzt sogenannten Johanneßberge, des hl. Petrus auf dem Aegsberge, des hl. Andreas auf dem Neuenberge und des hl. Michaels auf der dem Hauptkloster gegen Norden nächstgegenüberliegenden Anhöhe. Die Klöster Zell, Thulba, und Blankenau hingegen

---

non poterant, in illis Cellis, velut in totidem colonias distributiae dispersi, degerent sub ejusmodi Praepositorum Regimine, sicutamen, ut hi una cum ipsis Principi Abbati in totum subditi remanerent. Schannat. Histor. Fuld. part. I. p. 26.

\*) Cui, Marquardo videlicet, primum in mandatis dedimus, ut omnes villicationes a laicis reciperet et per Praepositos suos viros honestos et religiosos officia dispensando disponeret. In Praecepto Regis Conradi Marquardo Abbati tradito apud Browerum Antiq. Fuld. L. III. p. 263.

lagen weiter entfernt und Holzkirchen außer dem hochstiftischen Lande in Franken. \*)

So blühend und glücklich unterdessen der Stand aller dieser Klöster Anfangs und auch noch lange hernach war, so konnte doch in der Folge der Zeit ihr gänzlicher Verfall nicht verhütet werden. Widrige Zeiten und für das Klosterleben äußerst ungünstige Gesinnungen und Umstände, wirkten vereint zu ihrem Untergange, den zuletzt die Alles zerstörende Wuth der aufrührischen Bauern vollendete. Nur das Hauptkloster in Fulda allein war so glücklich sich durch die äußersten Anstrengungen der damaligen Aebte unterstützt in diesem harten Kampfe zu erhalten und den wüthenden Stürmen jener, Alles vor sich her verheerenden Zeiten, zu widerstehen. Jene hörten demnach auf Klöster zu seyn. Fanatische Wuth und niedrigste Raubsucht hatten ihre Bewohner verjagt; aber bei dem allem waren ihnen doch wenigstens die meisten ihrer Gü-

---

\*) Auch außer dem Fuldaischen Territorium lagen noch mehrere Klöster und Stifter, die den Abt zu Fulda als ihr unmittelbares Oberhaupt anerkannten. So lagen z. B. in Franken: die Mannsklöster Bang, Brachlow, und das schon genannte Holzkirchen; die Frauenklöster: Kore, Bischofsheim an der Lauber, Karzbach, Milz, Wangheim und Zellingen. In Thüringen: die Frauenklöster in Kappellendorf, Mühlhausen, Eutelsleben und die Collegiatskirche zu Großenborsla an der Werra. In Sachsen: die Collegiatskirche des hl. Bonifacius zu Hammeln. In Schwaben: das Mannskloster Solenhofen: In der Wetterau das Frauenkloster Rothumbach. Am Main: das Frauenkloster zu Hoehe und im Rheingau: das Mannskloster Johannesberg. Brower Antiq. Fuld. lib. II. cap. 10. wo noch mehrere genannt werden.

ter und vorigen Besitzungen geblieben, und da die, Verwaltung derselben den Pröbsten übertragen war so wurden diese nunmehr die eignen und ständigen Revenüen derselben, um wenigstens noch hiedurch das Andenken an jene vormaligen Klöster zu erhalten. \*) Für die Pröbste fing demnach hier eine neue und bessere Epoche an.

Merkwürdiger aber und noch glänzender ward diese nicht nur für die Pröbste selbst, sondern auch zugleich für das ganze adliche Domkapitel, dessen erste und vorzüglichste Glieder jene waren, als sich im Jahr 1656 der buchische Adel \*\*) der schon von den ältesten Zeiten her viele Kirchengüter zu Lehen trug und dessen Stämme immer die ersten Landstände im Hochstifte waren, von diesem trennte. \*\*\*) Denn von jetzt an

---

\*) Als ein Ueberbleibsel und Andenken der vormaligen klösterlichen Verfassung der Probsteien war es anzusehen, daß die Pröbste einen Geistlichen ihres Ordens als Commensalis in ihren Probsteien bei sich wohnen hatten, welcher zugleich unter dem Probste die dasigen pfarrliche Verrichtungen zu versehen hatte.

\*\*) Dieser Adel, der von dem Bezirke, den er bewohnte, seinen Namen führte, war älter, als die Fuldaische Kirche selbst, mit welcher derselbe bei der Stiftung verbunden, oder auch durch die fränkischen Könige von derselben abhängig gemacht worden war. Selbst die Fuldaischen Aebte hatten denselben theils zu ihrem eignen Glanze, theils auch zu ihrem Schutze noch ansehnlicher und mächtiger zu machen gesucht, da sie ihm nicht unbeträchtliche Kirchen-Güter zu Lehen gaben.

\*\*\*) Die schweren von dem Landgrafen Philipp zu Hessen, der das ganze Hochstift geraltamer Weise in Besitz genommen hatte, dem Lande aufgelegten Steuern, Trennung in der Religion, Verleitung und Begünstigung des Schwedischen Ge-

machte dieses adeliche Domkapitel allein die erste Klasse des innern Landadels aus, so wie dessen Glieder nunmehr die einzigen Landesstände verbleiben, \*) wodurch sie dann zu einem noch größern Ansehen gelangten. Dieses so ansehnliche Domkapitel bestand nebst dem Domdechante, der auch zugleich Probst auf dem Andreas- oder Neuenberge war, aus fünfzehn Kapitularen, welche sowohl in Rücksicht ihrer Personen, als auch ihrer besitzenden Güter mit ganz besondern

nerals W r a n g e l, der sich im J. 1547. der Stadt Schweinfurth bemächtigt hatte, veranlaßten diesen ohnehin schon unzufriedenen Adel, sich eigenmächtig vom Hochstifte loszureißen, den Schweden anzuhängen und die zum Stifte gehörige Steuern unter dem Vorwande, als gehöre er zur fränkisch-n Ritterschafft Orts Rhön-Werra, der Schweinfurthber Garnison beizutragen, und hieß sogar deswegen bei der damaligen Reichsversammlung zu Münster um Unterstützung an. Fürstabt Joseph im erwirkte zwar im J. 1648. vom Kaiser Ferdinand dem Dritten wider denselben ein Pönalmandat. Dessen ungeachtet kam aber doch im J. 1656. diese Trennung zu Stande. Schannat Cod. prob. Histor. Fuld. Nr. 279 und 280.

- \*) In vorigen Zeiten und noch im siebenzehnten Jahrhunderte waren dieser Landstände mehrere. Nicht nur das Hochstiftische Kapitel, sondern auch die landstiftige bischöfliche Ritterschafft, Stifter und Städte wurden dazu gezählt. Daher kam es auch, daß zu der allgemeinen Landeskasse vier besondere Schlüssel waren, deren Inhaber unter folgenden Benennungen bekannt waren: Capitulum, Nobilitas, Collegiatae et Civitates. Dieß wurde aber in der Folge abgeändert und statt der sonst gewöhnlichen Landestage wurde nunmehr in einem jeden Quartale ein sogenanntes Kapitel gehalten, wozu sich nebst den Präbosten sämmtliche Mitglieder des Domkapitels zu Fulda versammelten. Abt Rhaban scheint hierzu das Muster gegeben zu haben, da er, um Friede und Einigkeit im Kloster zu erhalten,

und vorzüglichsten Gerechtsamen versehen waren. \*) Sie waren als Landstände die alleinigen Repräsentanten der ganzen Landschaft, deren Bewilligung in allgemeinen Landesangelegenheiten, als in Steuersachen, Ankäufen, Verpfändungen u. d. gl. der Landeshoheit jedoch unbeschadet, durchaus nothwendig war. Sie waren zwar dem Benediktiner Orden einverleibt, und lebten auch Anfangs mit den übrigen Geistlichen dieses Ordens in klösterlicher Gemeinschaft; allein als Domizellaren wurden sie davon wieder getrennt, und genossen als solche die vorzüglichsten Freiheiten. Der

---

verordnete: daß jährlich drei Capitel unter und von den Brüdern gehalten werden sollten. *Placuit nobis, sagt er, ut tribus vicibus in anno conventuum haberemus nostras ad disputandas necessitates, h. e. quando caput est jejunii, et in VIII. Idus Junii et in IV. Novembris. Schannat Hist. Fuld. part. I. c. 2. p. 8.*

- \*) Dieses Domkapitel war nicht nur allein im Ganzen mit verschiedenem Eigenthume versehen, sondern es gehörten auch zu den einzelnen Probstseien abgesonderten im Lande gelegene Wohnungen und Gebäude, freie Privatgüter, Meiereien, Felder, Wiesen u. d. gl. Die Probstseien hatten ihre eigenen Waldungen mit dem damit verbundenen Forstrechte, als Eigenthum. Sie hatten ihre eigenen Lehnunterthanen und ganze Gerichte, Dörfer, Höfe, Schenken, Mühlen u. d. gl. standen mit ihnen im Lehnverbande. Vermöge eines im J. 1726. errichteten Regulativs, hatten sie ihre eigne Gerichtsbarkeit, die sich in dem sogenannten Gerichte Luder sogar über peinliche Fälle erstreckte. Ueber das waren sie über mehrere Kirchen mit dem Patronatrechte versehen. So hatte das ganze Domkapitel dieses Recht über die Kirchen und Pfarrer zu Großenluder und Bimbach; die Probstseien Johannesberg über Kirchen und Pfarrer auf dem Florenberge und zu Hattenhof; die Probstseien Pe-

gewählte Domdechant \*) war die erste Person und das Haupt dieses so ansehnlichen Kapitels. Derselbe versah in Abwesenheit des Fürsten die Statthalter-schaft, war zugleich ständiger Präsident der weltlichen Landesregierung und wurde als eine gewählte Obrigkeit in dem adelichen Konvente, und zwar nach dem Fürstbte als die erste, geachtet.

Die neun ersten und ältesten Glieder dieses Domkapitels, waren mit Einschluß des Domdechants zugleich Pröbste, nämlich zu Holzkirchen, auf dem Johannesberge bei Fulda, zu Zell, auf dem Petersberge, auf dem Andreas- oder Neuenberge, auf dem Michaelsberge, zu Thulba, zu Blankenau und zu Sannerz. Papst Benedict XIV., der um die lang gedauerten Streitigkeiten welche der geistlichen Gerichtsbarkeit wegen zwischen Fulda, Mainz und Würzburg

---

tersberg über Kirche und Pfarrer zu Margarethenhun; die Probstei Thulba über Kirche und Pfarrer zu Thulba, und die Probstei Sannerz über Kirche und Pfarre zu Herz. Eugen Thomas System aller Fuldaischen Privatrechte 1. Buch, 1. Hauptst. S. 27. u. d. a. Auch waren die Glieder dieses Domkapitels ständige Burgmänner in der Burg Friedberg, welches Recht ihnen K. Karl IV. im J. 1357. ertheilet u. Karl VI. im J. 1726. bestätigt hatte. Schannat Histor. Fuld. part. III. pag. 227. u. Prob. Client. Fuld. benef. p. 351.

- \*) In der Errichtungsbulle vom J. 1752. heißt es unter andern: — — — videlicet Decano, cujus Decanatus prima et unica in praefata Ecclesia dignitas regularis existat. Die Wahl dieses Domdechants war mit besondern Feierlichkeiten begleitet. Nach der Wahl übergab der Fürst-Bischof dem Neugewählten die Chors und Klosterschlüssel; dann legten nicht nur sämtliche Klostergeistliche, sondern auch die ganze Dienerschaft des Domkapitels und Konvents die Handreue ab.

obwaltet, auf einmal zu endigen, Fulda zu einem Bisthume erhob, ertheilte auch zugleich diesen Probsteien im Jahr 1752 das Recht der bischöflichen Inful und Ringes (jus mitrae et annuli) und bestätigte sämmtlichen Domkapitularen das schon von Papst Elemen s XII. erhaltene Vorrecht, ein goldnes Zeichen an einem schwarzen Bande zu tragen \*)

Der Ursprung der Probsteien im Allgemeinen wäre demnach mit jenem des Hochstifts Fulda beinahe gleichzeitig, obschon die Entstehung jeder einzelnen derselben, und so wie wir selbe noch in unsern Zeiten sahen, späterhin erst geschah: sie etwas näher kennen zu lernen, davon sey nun die Rede. Ihre in verschiedene Zeiten fallende Entstehung sey hier die Ordnung ihrer Geschichtsverählung.

(Die Fortsetzung folgt im nächsten Hest.)

---

Hierauf wurde demselben auch von allen Unterthanen der Kellerei Hinterburg und aller dazu gehöriger Vogteiorthe in Gegenwart zweier Domkapitularen unter freiem Himmel gehuldigt, was dann auch im Gerichte Luder geschah. Eugen Thomas loc. cit. pag. 59.

\*) An diesem Zeichen, das die Form eines gesterntten Kreuzes hatte, und im Ordenshalste auf der Brust getragen wurde, war das Bildniß des hl. Bonifazius.

---



---

## Inhalt des ein und zwanzigsten Bandes.

---

### Ein und sechzigstes Heft.

- 1) Grundsätze der Finanzeinrichtung des  
Großherzogthums Frankfurt..... Seite 1
- 2) Fernere Nachrichten von dem transrhe-  
nanischen Sustentationswesen.....  
( Bericht der Subdelegations = Kommis-  
sion für das transrhenanische Susten-  
tationswesen )..... — 23
- 3) Für die Erhaltung und neue Einrich-  
tung des Zunftwesens in den Staa-  
ten des Rheinischen Bundes..... — 38  
( Vom Herrn Geheimen Rathe Medicus  
zu Weilburg. )
- 4) Weitere Nachrichten von dem zur Re-  
gulirung des Kur- und Oberrheinischen  
Kreis = Schulden und Pensionswesens  
zu Frankfurt versammelten Konvents. — 69
- 5) Werden außer der Ehe geborne Kinder  
durch die Heirath ihrer Eltern jeder-  
zeit legitimirt ?..... — 105  
( Von W. v. S. schon im November vori-  
gen Jahrs eingesandt. )

- 6) Kritische Beurtheilung der offiziellen Vorträge des Herrn Geheimen Rathes von Almendingen an das Herzoglich Nassauische Staatsministerium über die Art der Einführung des Code Napoleon und seine organischen Umgebungen. (Giesen bei Müller 1811) — 111  
 (Vom Herzoglich Nassauischen Herrn Oberappellations-Gerichts-Präsidenten Freiherrn von Dalwigk.)  
 (Der Beschluß steht im folgenden Hest Nr. 9.)  
 (Aus versehen ist S. 111 Großherzogl. st. Herzogl. abgesetzt worden)
- 7) Vollständige Sammlung aller Aktenstücke, welche auf die Naturalisation der Franzosen im Auslande Bezug haben..... — 131  
 (Die übrigen Aktenstücke stehen im nächsten Hest Nr. 14)

### Zwei und sechzigstes Hest.

- 8) Ueber den Militairdienst, als eine Staatslast..... — 161
- 9) Fortsetzung und Beschluß der im Heste 61. Seite 111. kritischen Beurtheilung der offiziellen Vorträge des Herrn Geheimen Rathes von Almendingen an das Herzoglich Nassauische Staatsministerium über die Art der Einführung des Code Napoleon. (Vom Herzoglich Nassauischen Herrn Ober-Appellations-Gerichts-Präsidenten Freiherrn von Dalwigk..... — 185

- 10) Ueber die Weid. in der Burggraf-  
grafschaft Friedberg..... — 214  
 Zur Nr. 28. des 57. Heftes des Rheinischen Bundes.  
 von Dr. Meff, in Friedberg.
- 11) Zirkulär Sr. Erz. des Herrn Reichs-  
grafen von Beugnot, kaiserlichen  
Kommissairs und Finanzministers im  
Großherzogthum Berg. An sammeli-  
che Herrn Präfekte des Großherzoga-  
thums..... — 228
- 12) Weitere Nachrichten das Rurrheini-  
sche Kreis Schulden und Pensionswe-  
sen betreffend..... — 239
- 13) Instruktion für den zeitigen Hoheits  
Schultheisen in den Standesherrlichen  
Ortschaften des Großherzogthums Hessen — 251
- 14) Sammlung aller Aktenstücke, welche  
auf die Naturalisation der Franzosen  
im Auslande Bezug haben..... — 260  
 (S. Heft 61. S. 131.)
- 15) Ueber die Lage der Central Staats-  
diener und Gläubiger des Hoch- und  
Deutschmeisterthums und des deutschen  
Ordens..... — 287
- 16) Krieg Frankreichs und seiner Allirten  
mit Rußland..... — 292
- 17) Zustand und Unterstützung des Depar-  
tements. Fulda im Großherzogthum  
Frankfurt..... — 329

# VI

## Drei und sechzigstes Heft.

- 18) Edikt, die bisherigen adelichen Fideikommiſſe und künftigen Majorate im Königreiche Baiern betreffend..... — 333
- 19) Nachtrag, zu der im 56. Hefte des Rheinischen Bundes unter No. 13. Seite 194. abgedruckten großherzoglich heſſiſchen Verordnung, die Aufhebung der Leibeigenschaft betreffend..... — 394
- 20) Weitere Nachricht, über den Zuſtand und Unterſtützung des Departements Fulda im Großherzogthum Frankfurt — 398
- 21) Königlich Sächſiſches Mandat, das Cenſur und Büchereſen betreffend.  
Dresden am 10. Auguſt 1812..... — 404
- 22) Krieg Frankreich und ſeiner Alliirten,  
mit Rußland..... — 418  
( Aus verſehen iſt im Heft dieſe No. 21 ſtatt  
22 geſetzt worden )
- 23) Ueber den Urfprung und die Entſte-  
hung der Probſteien in demormali-  
gen Hochſtifte Fulda..... — 453













